

BR-Wahlen und DGB-Unvereinbarkeitspolitik S. 15

Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 284, 29. 6. 87 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM

RUB Bochum
Inst. z. Erforsch. d. europ. Arbeiterbew.
SZD 3308

Sommerpause
Die nächste Ausgabe des AK erscheint am 24. August 1987

Mord mit reinen Händen

BRD verweigert Todeskandidaten Asyl

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Es fehlt nicht viel, und der Meister heißt Zimmermann. Während sich in Santiago die chilenische Militärjustiz angeschickt hat, das Todesurteil gegen einen Widerstandskämpfer vor dem Berufungsgericht zu bestätigen, drei weitere Gefangene bereits in erster Instanz zum Tode verurteilt sind und elf anderen zur Zeit der Prozeß gemacht wird — ausnahmslos mit dem Ziel Todesstrafe; während also die Zeit mehr als drängt, daß die BRD sich endlich bereit erklärt (was Voraussetzung für eine eventuelle Umwandlung der Strafe in Ausweisung wäre), die Todeskandidaten aufzunehmen; währenddessen erklärt das vom CSU-Herrenmenschen Zimmermann geführte Innenministerium: Aufgenommen wird nicht. Später, nach eingehendster Prüfung, vielleicht. Aber nur, wer uns paßt. „Uns" soll heißen: den Sicherheitsinteressen der BRD. Bei allem aber, das ist klar, geht es nach Recht und Gesetz zu. Und sollte der Tod in Santiago schneller sein, als ein Zimmermann prüft, war auch das dann nach Gesetz und Recht.

Fortsetzung S. 12

Vom Mitmachen

I

„Oft ist Politik nichts anderes als die Suche nach dem geringsten Übel."

(Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen)

Zur politischen Typologie des Mitmachers am Beispiel Ernst von Weizsäckers, Diplomat unter Hitler ... S. 20

II

Über die Verteufelung des Neinsagens bei den GRÜNEN nach der Wahl und die Lust am Mitmachen S. 34



PKK vor dem Verbot?

Innenminister eröffnet „Kurdenkrieg"

Der Bundesrepublik steht eine neue Anti-Terror-Kampagne in's Haus. Innenministerien und Verfassungsschutz machen mobil gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK).

Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee zeigte sich „besorgt". Bei der Vorstellung des Jahresberichtes seines Landesamtes für Verfassungsschutz ist eine neue Gruppe gleich hinter der Roten Armee Fraktion auf den zweiten Platz gerückt: die „weitgehend konspirativ arbeitende, terroristisch vorgehende, stalinistiche ‚Arbeiterpartei Kurdistans' PKK." Sie verdiene „besondere Beachtung", obwohl gegenwärtig „keine Verbindungen zu deutschen Terroristen" erkennbar seien. Nach Ansicht des Ministers müssen „die terroristischen Aktivitäten der PKK mit allem Nachdruck bekämpft werden", heißt es in einer Pressemitteilung von Anfang Juni.

Auch das Bundesinnenministerium schlägt harte Töne an: Die PKK sei die „gefährlichste Ausländerorganisation", vermeldet der Verfassungsschutzbericht für 1986. Und die Innenministerkonferenz kündigte Anfang April an, „mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung" zu beobachten.

Wir berichten weiter auf S. 14

Wo bitte ist die Mitte?

Die CDU im Wandlungsprozeß

Das aktuelle Credo der CDU/CSU ist bekannt: Die Zukunft der Partei liegt in der Mitte. Aber wo liegt die Mitte?

Für Kohl liegt sie in Oggersheim. Oggersheim: Zentrum der BRD, BRD Zentrum Europas, Europa Zentrum der Welt. Für Geißler liegt sie links von der CSU, für Strauß in Bayern. ‚Querdenker' wie Biedenkopf u.a. suchen sie in grünen Gefilden. Die rechte Klientel der CDU ist verwirrt und sucht vergebens.

Zum Mitte-Verwirrspiel der Konservativen in dieser Ausgabe:
— Rund um den Biedenkopf S. 24
— Renaissance des Revanchismus? S. 25

Arabische Kommunisten und jüdische Kommunisten in Palästina und Israel

Gespräch mit Elieser Feiler Seite 27

Ausnahmezustand

Beim Reagan-Besuch galt Polizeirecht

Geschichte wiederholt sich nicht, es sei denn als Farce. Diese Reagan-Visite war Farce und Steigerung zugleich: Während Reagan sich vor ein paar tausend Jubelberlinern und gegen mehr als 70.000 Gegendemonstranten in einem schlechten Kennedy-Revival als Freiheitsredner gegen Mauer und Stacheldraht aufzuspielen suchte, verwandelten mehr als 10.000 Polizisten, davon mehr als 1.000 aus West deutschland, die Stadt in eine belagerte Festung.

Was in Hamburg soeben höchstrechtsstaatlicher Kritik unterworfen worden war, der „Hamburger Kessel", wurde in Westberlin offen praktiziert. Mehr noch, er wurde gleich auf die vorsorgliche Abriegelung und polizeiliche Durchkämmung eines ganzen Stadtteils ausgedehnt, ohne daß sich dagegen in der breiteren Öffentlichkeit effektiver Protest erhoben hätte. Am Westberliner Modell wurde so demonstriert, was Sicherheitspartnerschaft BRD-USA unter besonderen Bedingungen bedeuten kann, wenn es darum geht, eine Stadt von Protesten ‚sauberzuhalten', wenn man es denn für notwendig hält.

Wir berichten auf den S. 9-11



Die Rache der Justiz

Britischer Staat rechnet mit Akteuren der Rassenunruhen ab

Wer im Slum wohnt, hat selbst schuld. Wer sich wehrt, ist schon ein halber Verbrecher. Wer festgenommen wird, ist schon verurteilt. Das ist das Wiegenlied für die, zumeist farbigen Kinder und Jugendlichen des Stadtteils Tottenham im Norden von London.

Im Oktober 85 kamen noch schrillere Töne in dieses ohnehin schrille Lied: Der Tod einer farbigen Frau, die bei einem der üblichen Polizeiübergriffe ums Leben kam, wurde Anlaß für nächtliche jugendliche Stadtteil-Revolten. Brennpunkt ist das Wohngebiet „Broadwater Farm". Ein Polizist wurde getötet. Die Staatsmacht griff erbarmungslos zu. 362 Personen wurden verhaftet und wegen Mordverdacht unter Anklage gestellt.

Aussageerpressung, polizeiliche Willkür gegen das Viertel, rassistische Hetze in der bürgerlichen Presse begleiteten die Vorbereitung von Prozessen, die jetzt zur Aburteilung von drei Jugendlichen wegen angeblichen gemeinschaftlichen Mordes führten. Gegen soziale Verelendung und politische Radikalisierung setzt der Staat auf Repression und Rechtfertigung von Rassismus.

Ein analytischer Bericht dazu auf S. 4

Vom Vögeln der Friedensbewegung

„Alles wie gehabt", schrieb die FAZ über die Friedenskundgebung im Bonner Hofgarten. Eine geradezu schmeichelhafte Formulierung, legt sie doch nahe, die Friedensbewegung würde — allen Irritationen durch die Null-Lösungs-Debatte zum Trotz — unbeirrt an ihren alten Forderungen festhalten. Doch so unbelehrbar, wie die FAZ meint, ist die Friedensbewegung leider nicht.

Eher muß man annehmen, daß große Teile der Bewegung (die ja zumindest, was die Zahl der Beine betrifft, nicht totzukriegen ist) nun wieder/jetzt gerade darauf setzen, daß die Politiker schon den Frieden herbeiverhandeln werden und daß sich Abrüstung eben mit „A" wie Abkommen schreibt. Gemessen daran, daß das Thema Abrüstung in diesen Monaten erstmals seit 1983 wieder anhaltend die öffentliche Diskussion dominiert, war die Teilnehmerzahl von 100.000 eher bescheiden. Die etwa genauso große Teilnehmerzahl im Hunsrück im vergangenen Jahr war im Vergleich dazu ein grandioser Erfolg. Doch wer fuhr jetzt nach Bonn? Diejenigen, die fest an einen Erfolg der Verhandlungen glauben, wohl nicht. Auch nicht die Minderheit, für die Kriegsverhinderung immer schon Systemveränderung, also Widerstand, bedeutete. So gesehen hatte die Bonner Kundgebung einen Zwittercharakter, der sich einerseits im Motto „Den ersten Schritt tun" und andererseits in der Hofierung der SPD ausdrückte.

Der Auftritt Hans-Jochen Vogels war dabei der Test, den die Friedensbewegung nicht bestand:

Denn sollte mit der Zulassung seiner Rede tatsächlich bezweckt werden, wie es der Koordinationsausschuß behauptete, Druck auf die SPD auszuüben, so hätte Vogel wohl in einem Hagel von Eiern untergehen müssen, um das zu kapieren. Allerdings muß auch bezweifelt werden, ob es wirklich die richtige Methode des Druck-Ausübens ist, Rednern eine Tribüne zu verschaffen, die nicht einmal die eigenen Minimal-Forderungen vertreten — in diesem Fall die sofortige Kündigung des Stationierungsabkommens. Wenn diese Methode Schule macht, dürfte nicht nur der Terminkalender der Sozialdemokraten bald ausgebucht sein.

Doch daß nach dem „Putsch des KA" (siehe die Kritik des Grundrechte-Komitees) auch die Masse der Teilnehmer nicht etwa Brandt oder Lafontaine schluckte, sondern diesen Vogel, zeigt, daß die Akzeptanz der SPD als Partei (nicht ihrer Person oder Flügel) in der Friedensbewegung noch nie so groß war wie heute. Einen besseren Einstand konnte sich der neue Parteivorsitzende kaum wünschen.

Auf die kurose Spitze trieb es Vogel selber zwei Tage nach seinem gloriosen Auftritt. Da erst beantwortete er nämlich einen offenen Brief des Koordinierungsausschußes, in dem dieser zwei Wochen vor der Demonstration eine „verbindliche Erklärung" der SPD verlangt hatte, „die Forderungen der Friedensbewegung vorbehaltlos zu unterstützen": Also Kündigung des Stationierungsabkommens, Kündigung des War-Time-Host-Nation-Support-Abkommens etc. Vogel schrieb nun larmoyant, die Gegner und Befürworter des Nato-Doppelbeschlußes in der SPD seien sich schon immer in den abrüstungspolitischen Zielen einig gewesen, und die Zustimung zur doppelten Null-Lösung sei nun ja sogar mehr als die bloße Aufforderung zur Rücknahme der Stationierung. Als Anlagen schickte Vogel dem KA sämtliche Partei-Beschlüße seit 1979 ... Das war's dann mit dem Druck-ausüben.

Auch in anderer Hinsicht hatte die FAZ nicht recht — und das muß positiv vermerkt werden: Mit der Thematisierung der Pershing Ia stellte zumindest ein Teil der Redner/innen die militärischen und politischen Ambitionen der BRD in den Mittelpunkt. Dies ist — sieht man von der eher kleinen Hanau-Demo ab — neu für die Friedensbewegung, die bisher im Starren auf die amerikanischen Raketen oder auf das Ringen der „Supermächte" verfangen war. Neu war ebenfalls, daß mit der Planung dieser Demonstration vergleichsweise aktuell auf die gegenwärtige Debatte reagiert wurde und damit der 13.6. nicht nur den Stellenwert eines rituellen Jahresmarsches hatte.

Trotzdem zeigte sich die Friedensbewegung an diesem Tag konturenlos — und in dieses Bild gehört auch die politische Abstinenz der Grünen, die Petra Kelly mit ihrer guten Rede kaum wettmachen konnte. „Man kann Zahnpasta, einmal aus der Tube, nicht wieder hineindrücken", rief Dorothee Sölle im Hofgarten unter großem Applaus, und sie meinte damit die Beharrlichkeit der Friedensbewegung. Fragt sich nur, was eine Bewegung bewirkt — im Zustand der Paste?

Anstehen müßten jetzt politische Debatten: Was ist mit der Pershing Ia und ihrer Modernisierung, mit der konventionellen Aufrüstung, mit den deutsch-französischen Ambitionen? Sonst geht das „Vögeln" weiter.



wegung nicht bestand:
Denn sollte mit der Zulassung seiner Rede tatsächlich bezweckt werden, wie
rüstungspolitischen Zielen einig gewesen, und die Zustimung zur doppelten
deutsch-französischen Ambitionen? Sonst geht das „Vögeln" weiter.

Offener Brief
an den Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung:
Für eine basispolitische und selbstbewußte Friedensbewegung

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

die Friedenskundgebung in Bonn war sicher eindrucksvoll und zeigte, wie viele Menschen in der Bundesrepublik ungebrochen für Abrüstung eintreten. Trotzdem kritisieren wir erneut die Rednerauswahl, denn es muß ja landauf landab der Eindruck entstanden sein, SPD und Grüne seien die wesentlichen Repräsentanten der Friedensbewegung. Wir bedauern, daß unsere Voraussage im Koordinierungsausschuß Wirklichkeit geworden ist und die von uns kritisierte Rednerauswahl zur Verzerrung der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und auch zur Desorientierung beigetragen hat.

Unsere Kritik, mit Hans-Jochen Vogel und der Sozialdemokratin Ilse Brusius sowie Petra Kelly für die Grüne Bundestagsfraktion Parteipolitiker/innen so in den Vordergrund der Friedenskundgebung zu stellen, beruht jedoch nicht nur auf der aktuellen Öffentlichkeitswahrnehmung, sondern mehr noch auf den grundsätzlichen Erfahrungen der außerparlamentarischen Bewegung. Sie hat sich seit Beginn der sechziger Jahre in einem mühevollen Prozeß und unter ständiger Diffamierung von der Vorherrschaft der Parteien und Großorganisationen befreit. Sie begann ihre Arbeit selbständig zu organisieren und eine eigenständige Politik zu entfalten. Ihr basispolitisches Engagement mußte sich an langfristigen Zielen und prinzipiellen Einsichten orientieren. Dieses sind Voraussetzungen für soziale Lernprozesse, die gesellschaftliches Bewußtsein verändern können. Die Politik der Friedensbewegung durfte sich nicht an den taktischen Verhaltensweisen der Parteien festmachen, auf die diese sich in ihrer Suche nach Wahlstimmen einzulassen haben. Die außerparlamentarische Bewegung wollte der Pfeffer in der Gesellschaft sein, wollte provozieren und damit anregen, die verfahrene Politik neu zu bedenken.

Eine solche grundsätzlich distanzierte Haltung gegenüber den politischen Parteien ist selbstverständlich keine Absage an das Gespräch mit ihnen und die Arbeit in ihnen. Bei der Bonner Demonstration jedoch mußte es darum gehen, die weiterreichenden Perspektiven der Friedensbewegung deutlich zu machen. Über den Tellerrand der Null-Null-Lösung, die zwar eine wichtigen Schritt darstellt, aber keineswegs das Wettrüsten beendet und auch nicht prinzipiell die Abschreckungslogik überwunden hat, war hinauszusehen und die Utopie eines Friedens ohne Bedrohung in Europa zu skizzieren. Dazu bedarf es einseitiger Schritte und eines radikalen Umdenkens. Dies massenwirksam darzustellen, ist gerade in der jetzigen Situation notwendig, da viele Bürgerinnen und Bürger glauben, die Regierungen hätten die Sache der Abrüstung endlich in ihre Hände genommen und die Friedensbewegung könne jetzt beruhigter sein. Statt immer erneut Vorreiter zu sein, bot die Friedensbewegung in Bonn — und über die Medien in der ganzen Bundesrepublik — eine Orientierung auf Parteipolitiker wie Hans-Jochen Vogel, die nach wie vor der Abschreckungslogik anhängen.

Wir kritisieren auch das interne Verfahren. Die Geschäftsführung hat sich mit ihrer Wendung zu den Parteien über den grundsätzlichen Konsens im Koordinierungsausschuß hinweggesetzt und dann den Koordinierungsausschuß vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir haben das wie einen Putsch empfunden, in dem sich bündnispolitisiche Kalkulationen gegen außerparlamentarische Orientierungen wendeten. Wir empfinden es auch als ganz und gar unangemessen, daß Ilse Brusius von der Geschäftsführung akzeptiert wurde, nachdem sie vom DGB ohne vorherige Absprache mit dem Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit als Rednerin auf der Friedenskundgebung angekündigt worden war. Schon dieser Vorfall zeigt, wie bereit die Spitzen von Großorganisationen sind, die sozialen Bewegungen einfach als Material und Kulisse für ihre Interessen zu nutzen.

Wir fassen zusammen: Die Friedensbewegung muß trotz aller Kooperationsbereitschaft mit Parteien und Gewerkschaften ihre Autonomie in jeder Hinsicht sichern. Wir brauchen uns nicht Vogel, Kelly und Brusius auszuleihen, um von den Medien gnädig wahrgenommen zu werden. Was wir brauchen, ist die Entfaltung unserer eigenen, zukunftsgerichteten Politik. Sie wird uns Gehör verschaffen. Unterwerfen wir uns aber der Repräsentation der Parteien, werden wir kaum zu einer solchen Politik gelangen, sondern in Taktiererei verkommen.

Mit freundlichen Friedensgrüßen!

Komitee für Grundrechte und Demokratie — Vorstand

I.A. gez. Andreas Buro + Klaus Vack
Vertreter des Komitees im Koordinierungsauschuß der Friedensbewegung

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wozu braucht die BRD die Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen?

Detlef zum Winkel auf der Bonner Friedensdemonstration

Liebe Leute,
vergessen wir nicht: Alle bisherige Abrüstungsdiplomatie hat sich später als Geschichte von Aufrüstung dargestellt. Leider haben wir keinen Grund anzunehmen, daß das Gesetz dieser Serie inzwischen gebrochen wäre. Die NATO hat das Entgegenkommen der Sowjetunion zum Anlaß genommen, immer unverschämtere Bedingungen zu stellen. Allen voran die Bundesregierung mit Manfred Wörner, diesem größten militärischen Genie seit Hans Apel. Alle Welt stellt Forderungen an Gorbatschow — wir auch. Damit das klar ist: Rudolf Heß wird auf keinen Fall aus Spandau freigelassen!
Es gibt keine deutsche Wiedervereinigung!
Es darf keine deutschen Atomwaffen geben!

Die Rede ist von den Pershing I a Raketen der Bundeswehr mit ihren amerikanischen Sprengköpfen. Die Rede ist davon, daß sich ausgerechnet eine deutsche Regierung daran beteiligt, Tretminen in Abrüstungsverhandlungen zu legen.

Erstens und grundsätzlich: Wer eine Atombombe sprachlich mit dem Wort des Kopfes — des Sprengkopfes — beschreibt, hat die Natur zutiefst mißverstanden. Ein Kopf ist mehr als eine Birne. Er ist zum Denken, nicht zum Töten da.

Zweitens und konkret: Wer sogenannte „Drittstaatensysteme" für sich fordert, sieht sich auf einer Stufe mit Frankreich oder England. Das heißt, daß die Bundesregierung beharrlich den Schleichweg zu eigenen Atomwaffen verfolgt, der von Adenauer und Strauß begonnen wurde. Vor diesen militärischen Ambitionen ist das monströse Atomprogramm vom Schnellen Brüter über die Wiederaufarbeitungsanlage bis zum größten, angeblich zivilen Plutoniumlager der Welt in Hanau von äußerster Brisanz, ebenso wie die nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika und anderen Gorilla-Diktaturen. Denn 1995 läuft der Atomwaffensperrvertrag aus. Deshalb müssen Friedens- und Ökologiebewegung zusammengehen. Wir müssen begreifen, wo das Plutonium herkommt, aus den Atomkraftwerken, und die Anti-AKW-Bewegung muß begreifen, wo es hingeht, auf die Raketen.

Für Bonn ist die politische Anerkennung, über „Drittstaatensysteme" zu verfügen, viel wichtiger als die rein militärische Bedeutung dieser Waffen. Von diesem Durchbruch, sollte er denn wirklich stattfinden, müßte man sagen: Er wäre das Ergebnis des NATO-Doppelbeschlusses und der Politik von Helmut Schmidt.

Wozu braucht die Bundesrepublik Deutschland im Zeitalter des vielfachen globalen Overkills noch 72 Raketen? Wozu diese eigene perverse Note in einem perversen System? Diese Raketen sind nichts als der reine Ausdruck des Bedürfnisses von Politikern und Militärs, mit dem Massenmord drohen zu können. Das latente Vernichtungsbedürfnis erkennen wir bei den gleichen Personen, die ihre späte Geburt rühmen, um sich mit ihrer politischen und moralischen Erbschaft nicht auseinandersetzen zu müssen. Die Psychoanalyse spricht vom WIEDERHOLUNGSZWANG als Folge der Verweigerung von Trauerarbeit. Es liegt im Interesse der Friedensbewegung, der um sich greifenden Verdrängung, der Umwertung der NS-Vergangenheit entgegenzutreten, um dem Wiederholungszwang zu wehren.

Ich frage mich, ob es nicht besser ist, von Gorbatschow angegriffen als von Kohl und Wörner verteidigt zu werden. Ersterer wird nämlich nicht angreifen. Aber was unsere Politiker unter „Verteidigung" verstehen, würden wir alle nicht überleben.

Vor dieser „Verteidigung" haben wir Angst, und wir fragen uns auch, warum sie jetzt am Persischen Golf exerziert werden soll, den man zuvor mit Waffen vollgepumpt hat, auch um Schweizer Privatkonten zu pflegen und Rauschgiftgeschäfte des Weißen Hauses zu finanzieren. Keine Angst haben wir davor, ohne Waffen, ohne NATO und ohne Bundeswehr dazustehen. Nackt is beautiful!

Im übrigen verfügt die Bundesrepublik Deutschland über die wirksamste Abschreckung der Welt. Wir stellen einfach den Bundeskanzler an die Grenze und die Russen werden schreiend das Weite suchen.

Kirchentag 87:

Ort politischen Handelns

Der Frankfurter Kirchentag ist vorbei. Die kirchliche Linke hatte bereits im Vorfeld das Thema benannt: die westdeutsche Unterstützung des rassistischen Regimes in Südafrika und Namibia. In der Behauptung dieses Themas war die „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid" auch während des Kirchentags und trotz mancher eigenen organisatorischen Mängel und inhaltlicher Schwachpunkte überaus erfolgreich. Über die Bankenaktionen, an denen über 700 Menschen teilnahmen und über die Demonstration der 40.000 hat die Tagespresse berichtet. Aber nicht alles, was diesbezüglich zu lesen war, stimmte. Der folgende Beitrag setzt sich kritisch mit mancher Lesart auseinander.



Der Frankfurter Szene muß es wie ein Spuk vorgekommen sein: vier Tage lang überschwemmten gut 150.000 stets freundlich dreinblickende Christen die Innenstadt, legten zum Ärger der Taxifahrer/innen den Verkehr lahm, sangen auf Plätzen und in Straßenbahnen Choräle, und wer von den Einheimischen Pech hatte und in der Nähe einer der zahllosen Massenquartiere wohnt, wurde in aller Herrgottsfrühe durch schmetternde Posaunen geweckt, die zur täglichen Bibelarbeit riefen. Seit letzten Sonntag ist das nun vorbei, und einmal ausgeschlafen, ist die Zeit der Bilanzierungen gekommen.

Um mit der taz als einem schlechten Beispiel anzufangen. Der Allround-Leitartikler Klaus Hartung apostrophiert den Ev. Kirchentag zu „dem politischen Ort hierzulande" (Betonung liegt auf 'dem'), weil hier die „Kultur des Zuhörens" gepflegt worden sei, ohne die es „keine wirkliche Auseinandersetzung" gäbe. Er übernimmt damit die kirchentagsoffizielle Version, dieser Kirchentag sei „ein Kirchentag des Zuhörens" gewesen. Ja bitte, so fragt mensch da, was heißt denn das? Wer hat hier wem mit welcher Verbindlichkeit zugehört? Mit selten deutlichen Worten z.B. ist die Ev. Kirche in Deutschland (EKD) in abgestimmten Resolutionen aufgefordert worden, ihre Geschäftsbeziehungen zu den mit Südafrika verflochtenen Banken zu lösen, also Sanktionen zu praktizieren. Hat sie denn da zugehört? Tatsächlich hat sich während des Kirchentags kein westdeutscher Kirchenoffizieller, kein Gremium zu diesem Schritt bekannt. Materiell wird sich also, so schaut's zunächst aus, in absehbarer Zeit nichts verändern. Die Floskel vom „Kirchentag des Zuhörens" ist so betrachtet

nächst aus, in absehbarer Zeit nichts verändern. Die Floskel vom „Kirchentag des Zuhörens" ist so betrachtet

nichts weiter als eine plumpe Ablenkung von den gestellten Fragen, ein Lob der Formalisierung von Diskussionen: Jawoll, es ist geredet und gehört worden, aber zum Glück ohne Folgen.

In derselben taz (v. 22.6.) findet sich auch eine Karikatur, die den Unsinn des Leitartikels auf anderer Ebene fortsetzt: Ein stilisierter Kapitalist mit dem Hut „Profit" ringt mit der „Moral" eines Bischofs über Sanktionen gegen Südafrika. Beides, Hartungs Einschätzung und diese Karikatur, stimmte in ihrem sachlichen Kern nicht. Die taz-Redaktion ist offensichtlich dem Versuch der Kirchentagsleitung aufgesessen, das diesjährige Protestantentreffen als relativ unpolitisch darzustellen. Deren Bemühen um eine inhaltliche Deeskalation, um eine Harmonisierung der in den letzten Monaten an der Sanktionsfrage deutlich zutage getretenen Polarisierung, war schon während des Kirchentags in zunehmender Tendenz zu bemerken. Schadensbegrenzung war angesagt. Denn bereits nach zwei Tagen war offensichtlich, auf welch breite Resonanz die „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid" beim Publikum stieß. Da dieses Faktum nicht zu leugnen war, versuchten sich die Offiziellen auf eine Nivellierung und bemühten jene Allgemeinplätze, um deren Weiterverbreitung sich ein Großteil der Presse verdient gemacht hat: der Kirchtag habe nicht *ein* Thema, sondern derer viele. Was angesichts des gut 300 Seiten starken Programms eine derart durchsichtige und windige Schutzbehauptung ist, daß sie jede auch noch so unterentwickelte journalistische Neugier auf eben jenes eine Thema lenkte. Diese kirchentagsoffizielle Defensive gegenüber dem Streitpunkt Nr. 1 hat vermutlich nicht unerheblich zum publizistischen Erfolg der oppositionellen Kampagne beigetragen.

Aber das ist nicht alles: des öfteren ließ sich auch von Engagierten die Einschätzung vernehmen, die Kirche sei doch ganz schön dumm, denn wäre sie bereits im Vorfeld des Kirchentags auf ein paar Forderungen der Kampagne eingegangen, wäre dieser der Wind aus den Segeln genommen. Doch dieser Gedanke blendet aus, daß die Forderung nach eigenen konkreten Sanktionen der Kirche gegenüber den in Südafrika und Namibia engagierten Geschäftsbanken in der kirchlichen Hierarchie eben nicht Gegenstand taktischer, sondern prinzipieller Überlegungen ist. Vorreiter von Sanktionsmaßnahmen zu sein, bedeutet faktisch eine punktuelle Aufkündigung der Systemloyalität. Daß sich die EKD in ihrer Institutionalität gegen diesen symbolträchtigen Schritt abgeschottet hat, machte ihr Vorsitzender während des Kirchtags allzu deutlich.

Das Bild des mit dem Kapital ringenden Klerus ist also falsch. Richtiger wäre es, in diesem Zusammenhang die christliche Basis zu nennen. Sie hat im Verlauf des Kirchentags — hoffentlich unumkehrbar! — deutlich gemacht, in welche Richtung es weiterhin

lich unumkehrbar! — deutlich gemacht, in welche Richtung es weiterhin

gehen soll. Vor allem die Aktionen vor Banken am 19.6. und die Demonstration einen Tag später signalisierten für die Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbar, daß die westdeutsche Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit in Südafrika und Namibia hier, konkret bei den Banken und anderen Kollaborateuren des Rassismus, anzusetzen hat. Eine Praxis, die sich an dieser Einsicht ausrichtet, eröffnet eine intensive Auseinandersetzung.

Die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid" hat sich, wie in der letzten Ausgabe dieser Zeitung berichtet, in diese Auseinandersetzung begeben. Und es stimmt einfach nicht, daß dieser Kirchentag weniger als andere „Unter dem Zeichen einer innerpolitischen Kontroverse stand", wie Klaus Hartung glauben machen will. Diese Wahrnehmung bezeugt eher jenen blinden Fleck, den es auch in der Linken in bezug auf Südafrika/Namibia gibt. Die Anti-Apartheid-Bewegung fristete hierzulande bislang ein gewisses Schattendasein, und wer z.B. in erster Linie auf die Friedensfrage geeicht ist, der/die konnte im Vorfeld des diesjährigen Kirchentages die Brisanz übersehen, die in der Forderung nach kirchlichen Kontokündigungen steckte. Doch damit ging es an das Eingemachte des Klerus, und selten zuvor führte er eine Auseinandersetzung im Vorfeld mit so harten Bandagen.

Aber genau dieser Ansatz der Kirchenopposition zeigte gerade in seiner Orientierung auf innergesellschaftliche Konfliktfelder erfreuliche Wirkung. Genau diese Polarisierung nämlich sorgte für Öffentlichkeit, genau diese Zuspitzung konnte genutzt werden, um eigene Positionen zur Diskussion zu stellen. Die Vertreter/innen der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO und die Kirchenräte aus Südafrika und Namibia resümierten gegen Ende des Kirchentags, daß ihnen selten zuvor solche Podien bereitet wurden, daß ihnen solch öffentliches Interesse entgegenschlug.

Den Kirchenführern muß es bitter aufgestoßen sein, daß der schwarze, aus Südafrika stammende Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen, Allan Boesak, während seiner Predigt im Abschlußgottesdienst im Frankfurter Waldstadion den gelben Schal der Kampagne mit den Insignien der gefesselten Hände vor den Frankfurter Banktürmen trug. Und es wird sie ins Herz getroffen haben, als er sagte: *„Kann der Himmel jemals wieder geläutert werden vom schlimmsten Gestank überhaupt, nämlich dem der gewaltigen und mächtigen Herren mit Zylindern, Schärpen und Uniformen, die drohen und verstümmeln, töten und zerstören und dann zum Gebetsfrühstück gehen und den Namen des Herren anrufen: 'Gott mit uns'...?"* Denn damit ist des Klerus Kumpanei mit jenen Politikern und Wirtschaftsführern gemeint, jenes Understatement, auf die auch die EKD so viel hält und das sie dazu führt, im Streit um Sanktionen die Verteidigungslinie der inkriminierten Banken zu beziehen.

Dieses Zitat macht schließlich auch deutlich, daß die Auseinandersetzungen dieses Kirchentags keine innerkirchliche oder doch nur rein christliche Angelegenheit waren und sind. Es geht um Westdeutschland als das konkrete Heimatland jener mächtigen Herren. Es geht um die ideologische Absicherung des Herrschaftssystems des Kapitalismus, wie sie die Mainzer Theologin Luise Schottroff in einer Bibelarbeit thematisierte: *„Es ist nur möglich, einen Weg für die Kirche im Kapitalismus zu suchen, nicht einen Weg im Frieden mit dem Kapitalismus."*

Angesichts dieser Stoßrichtung, die die „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid" transportierte wie keine Friedenskampagne vor ihr, ist es bedauerlich, daß die Frankfurter „säkulare" Linke sich einer Teilnahme an den Bankenaktionen und an der Demonstration weitgehend enthielt. Dazu trug sicherlich auch Desorganisation und Überforderung der sich überregional zusammengesetzten Kampagne bei, was auch noch kritisch aufgearbeitet werden sollte. Doch das allein kann es nicht gewesen sein. Es ist sicher keine Unterstellung, der Linken eine gewisse Abschottungstendenz gegenüber ihnen exotisch anmutenden Politikfeldern zu bescheinigen. Organisiert trat sie jedenfalls nicht in Erscheinung, es blieb im Wesentlichen bei der dann allerdings wichtigen logistischen Hilfe Einzelner aus der Startbahn BI und der regionalen AAB.

Die große Aufmerksamkeit der rechten Presse, mit der sie die Auseinandersetzungen des Kirchentags begleitet hat, kann als Indiz dafür angesehen werden, wie sehr sie diese Konflikte in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen sieht. Der Rheinische Merkur (v.19.6.) bezeichnete diesen Kirchentag als „ein Stelldichein der politischen Zeitansage" und fragt an, ob dabei nicht „die wahren Sorgen und Ängste der Menschen" in den Hintergrund gedrängt würden. Und mit dem ihr typischen Gespür für Wesentliches betitelt die „Welt" (v. 19.6.) in einem Kommentar die „harte Einseitigkeit" der Kampagne als „Intoleranz" und verteidigt die vom Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Kruse, gegen kirchliche Sanktionen angeführten „Vernunftsgründe". Der Kommentar schützt ihn gegen den — übrigens nie erhobenen — Vorwurf, Rassist zu sein. Worum es wirklich geht, davon lenkt die „Welt" damit ab, nämlich um faktische Kollaboration mit den am und mit dem Rassismus verdienenden Banken.

Die nächste Hauptaktionärsversammlung der Dresdner Bank findet im Mai '88 in Hamburg statt. Bei der diesjährigen in Frankfurt waren es überwiegend Christen, die öffentlichkeitswirksam ihren Protest artikulierten. Es wäre für die Linke wichtig, sich hier einzuschalten, zukünftig in größeren Dimensionen zu denken und zu arbeiten.

mt

Günter Volkmar:

Unsere Solidarität im Kampf gegen die Apartheid verstärken

Liebe Schwestern und Brüder!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Uns alle vereint heute eine Forderung: Die Apartheid muß beseitigt werden! Ein Regime, dessen entwürdigende und unmenschliche Rassenpolitik der überwiegenden Mehrheit der Bürger alle grundlegenden Menschenrechte verweigert, zerstört den Frieden.

Mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime kann es deshalb für uns keinen Frieden geben! Die Wahlen am 6. Mai in Südafrika und die formelle Verlängerung des Ausnahmezustandes haben noch einmal deutlich gemacht: Eine Mehrheit der Weißen nimmt den Ausnahmezustand als *Dauer*-Zustand und damit die Fortsetzung und Ausweitung von Unterdrückung und Gewalt hin!

Das beweist ein weiteres Mal: Apartheid kann nicht reformiert werden, Apartheid muß abgeschafft werden! Wir alle müssen dazu unseren Beitrag leisten! Wir alle müssen unsere Solidarität mit den Menschen in Südafrika verstärken — als Christen, als Gewerkschafter, als Politiker, eben einfach als Menschen!

1.
Das heißt zu allererst:
Entsprechen wir den Anforderungen und Bedürfnissen der unterdrückten Menschen! Unterstützen wir ihren Emanzipationskampf, den ihrer Kirchen und Gewerkschaften, ihrer Gemeinde- und politischen Organisationen.

Befreiung und Befriedung müssen letztlich durch die Mehrheit der Menschen in Südafrika selber erreicht werden.

2.
Wir müssen alle gemeinsam aber auch unseren Beitrag dazu leisten, daß international die Apartheid-Regierung nicht gestützt, sondern geächtet wird — politisch, kulturell *und* wirtschaftlich.

Das fordern die Menschen in Südafrika von uns, vor allen, die ihr Handeln an den grundlegenden Menschen- und Gewerkschaftsrechten für alle orientieren!

Und deshalb fordern wir die Bundesregierung ein weiteres Mal auf: Erkennen Sie, daß es nicht ausreicht, den Mund zu spitzen: Sie müssen endlich auch pfeifen!

Die Bundesregierung darf nicht länger der letzte Brückenkopf des Apartheid-Regimes auf dem europäischen Kontinent sein. Sie darf sich in der Europäischen Gemeinschaft nicht länger wirksamen Sanktionen entgegenstellen und EG-Beschlüsse, z.B. zum Boykott südafrikanischer Kohle, verhindern!

Nur umfassende wirtschaftliche Sanktionen treffen das Regime an seiner empfindlichsten Stelle: An seiner Fähigkeit, seinen gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Unterdrückungs- und Militärapparat weiter zu unterhalten!

Deshalb sind wirksame wirtschaftliche Sanktionen vielleicht die letzte Chance, einen möglichst gewaltfreien Wandel herbeizuführen!

3.
Das Verhalten der Politiker und Regierungen, ihre praktische Politik, muß Vorbild und Verpflichtung sein auch für die Politik der Wirtschaftsunternehmen und der Banken, die in Südafrika engagiert sind.

Auch die Wirtschaft und die Banken müssen einsehen: Sie dürfen nicht zu Kooperateuren und Kollaborateuren mit dem Apartheid-Regime werden.

Viele Regierungen und viele Unternehmen handeln inzwischen danach — und das ist sicher ein Erfolg der völkerübergreifenden Menschenrechtsbewegung!

Aber überheben wir uns nicht:
Wir alle wissen, wie kompliziert und schwierig der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik ist.

Und wir wissen auch, daß nicht die Banken in erster Linie für das Südafrika-Geschäft ihrer industriellen Großkunden verantwortlich sind. Keiner von uns bildet sich ein, hier den „Oberschiedsrichter" mit vereinfachten Regeln zu spielen.

Aber eines wissen wir doch: Gegenüber den Apartheid-Regime, das, einmalig in der Welt, den Rassismus zum Verfassungsgrundsatz gemacht hat, wird die Grenze zu dem, was bei aller politischer Neutralität geschäftlich noch hinnehmbar ist, überschritten.

Gerade wir Deutschen, in deren Land Rassismus konsequent bis zum Völkermord entwickelt wurde, dürfen hier nicht noch einmal schuldig werden!

Günter Volkmar ist Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen (HBV)



Broadwater Farm, London

Der britische Staat nimmt Rache an einem Wohnviertel

Die Broadwater Farm im Londoner Stadtteil Tottenham: Die Farm besteht aus 12 jeweils um ein Hochhaus gruppierte sechsstöckige Wohnblöcke, die untereinander mittels eines Gewirrs von Betonfertigteil-Übergängen und Treppenbauten verbunden sind. Der ganze Komplex steht wegen des sumpfigen Untergrundes auf Betonpfählen. Die untere, als Parkebene geplante, Ebene bildet mangels Autobesitz der Mieter nur ein dunkles Labyrinth, das man auf der Suche nach einem Treppenaufstieg zu durchqueren hat. Innerhalb der Wohnblöcke liegen die Wohnungseingänge an endlos langen, fensterlosen und daher neonerleuchteten Gängen, deren aufgerissene Betonböden seit Jahren nicht repariert wurden. Die Farm ist nur auf zwei Seiten über insgesamt vier Zufahrten zu erreichen.

Es geht im nachfolgenden Bericht um die Darstellung und Beurteilung eines nicht alltäglichen Falles staatlicher Unterdrückung. Zu schildern ist der Rachefeldzug von britischer Polizei und britischer Justiz gegen ein ganzes Wohngebiet, dessen Jugend es gewagt hatte, sich den täglichen Demütigungen zu widersetzen.

Ort der Auseinandersetzung ist die im Norden Londons — im Stadtteil Tottenham — gelegene Broadwater Farm. In England kennt sie jeder Zeitungsleser, denn ,,die Farm'' beherrschte in den vergangenen 1 1/2 Jahren gleich zweimal für längere Zeit die britischen Massenmedien: Das erstemal im Oktober 1985, als es kurz nach dem von der Polizei verschuldeten Tod einer schwarzen Frau zu einem nächtlichen ,,Riot'' kam, in dessen Verlauf — erstmals außerhalb Nordirlands — ein Polizist getötet wurde. Etwa ein Jahr später beginnt die stark rassistisch eingefärbte Berichterstattung über die gerichtliche Aburteilung der damals beteiligten Jugendlichen.

In diesem Text soll versucht werden, durch einen häufigen Perspektivenwechsel den Zusammenhang zwischen den offiziell als ,,relevant'' geltenden Fakten und den lebensweltlichen Hintergründen der Ereignisse — miserable Lebensumstände und deren *Erklärung* durch die Betroffenen — herzustellen.

Die besondere Geschichte des Broadwater Farm Riots beginnt am 5.Oktober 1985.

Floyd Jarrett, 24 Jahre alt, in England als Sohn westindischer Einwanderer geboren und wie alle ,,Neu-Briten'' aus dem Commonwealth-Bereich britischer Staatsbürger, fährt mit seinem Auto durch die Rosseberry Avenue seines Wohnviertels Tottenham im Norden Londons. Er wird von einer Polizeistreife gestoppt; an seinem Auto — nicht das neueste Modell — finden sich einige kleinere Mängel. Man verdächtigt ihn des Diebstahls, und das reicht nach englischem Gesetz für eine vorläufige Inhaftierung in der Polizeiwache. Der fassungslose Floyd wehrt sich, versucht zu fliehen, wird eingefangen, zusammengeschlagen und eingesperrt.

Bis hierhin ist die Geschichte sozusagen vollkommen alltäglich, denn solche Schikane gehört zur dauerhaften Erfahrung von Jugendlichen in den ärmeren Wohngebieten. Wer etwas besitzt, etwa ein Moped, ein Kofferradio oder gar ein Auto, der macht sich verdächtig. Wer ohne alle diese Gegenstände nur so herumschlendert, macht sich verdächtig, diese gerade klauen zu wollen. Besonders hart trifft es schwarze Jugendliche, denn die englische Polizei ist absolut rassistisch. Wer ihr als Schwarzer in die Finger fällt, muß mit allem rechnen. Überhaupt ist der freundliche ,,Bobby'' eine Erfindung der Touristikabteilungen. Verhafteten linken Studenten wird (wie 1985 in Manchester) schon einmal die Nase gebrochen oder eine Zigarette im Gesicht ausgedrückt. Nach Aktionen der IRA werden häufig irgendwelche Leute irischer Abstammung verhaftet und furchtbar zugerichtet der Presse als Verdächtige vorgestellt. Wird jemand mit etwas Ganja erwischt, dann geht es auf der Wache selten ohne körperliche Schäden ab. Auf den Polizeiwachen und in den Gefängnissen starben seit 1971 über 30 ,,Blacks'' unter ,,ungeklärten Umständen''. Bei den ständigen Hausdurchsuchungen werden Türen und Einrichtungen komplett zerschlagen.

Eine Sondersituation herrscht jedoch in den Stadtteilen, in denen sich eine große Zahl von ,,Blacks'' mit mehr oder weniger vielen Angehörigen der ärmeren weißen Engländer die schlechten Wohnungen teilen.

(,,Blacks'' steht in England für alle ,,Nicht-Weißen''. In bewußt-ironischer Verkehrung der diskriminierenden Tradition der Bezeichnung wird sie heute von allen ,,Farbigen'' als Kampfbegriff verstanden.)

Besondere Zielscheibe der Polizei sind die wegen ihrer Unbeugsamkeit bekannten Westinder. Schon deshalb gibt es für die Londoner Metropolitan Police (,,Met'') fünf besonders zu überwachende Stadtteile: Tottenham (im Norden), Hackney (im Nordosten), Notting Hill Gate (im Nordwesten) und Brixton (im Südosten). Die Polizeiführung hat für diese Stadtteile erst kürzlich Sondergruppen — von Straßenpatrouillen bis zu Undercoverteams — gebildet, um dort den ,,rechtsfreien Raum'' sogenannter no go areas for the police zu erobern. Die statistische Begründung für diese Vorgehensweise schafft sich die Polizei selbst: Viele Verdächtige schaffen viele vorläufig Verhaftete (,,suspekt'' *wirkende* Personen können nach einem Spezialgesetz — Sus genannt — jederzeit erst einmal kontrolliert und festgenommen werden), und wenn die sich dann auch noch wehren oder gar ein Taschenmesser dabei haben, dann hat sich der Verdacht ohnehin bestätigt.

Obwohl auch in diesen Gegenden die wenigsten Leute Staatsgegner sind, und obwohl *auch dort* Arme andere Arme beklauen, kommt es selten vor, daß jemand ,,999'' wählt und die Polizei anfordert. *Diese* Polizei entspricht dort, allen Umfragen zufolge, nicht den (durchaus unüblichen) Vorstellungen von einer *guten* Polizei.

Floyd Jarrett's Schicksal bewegte sich bisher also im Rahmen ,,normaler'' schwarzer Erfahrung. Doch dabei blieb es nicht: In der Zelle entwendet ihm die Polizei den Hausschlüssel und dringt damit in die elterliche Wohnung ein, um diese zu durchsuchen. Dabei wird die völlig schockierte und aufgeregte Mutter nach Aussage einer der Töchter zu Boden gestoßen. Sie erleidet einen Herzanfall und stirbt noch am gleichen Abend. Floyd sitzt derweil in der Zelle der Polizeistation von Tottenham, unweit von der Broadwater Farm.

Nicht einmal zwei Wochen vorher wurde in Brixton Mrs. Cherry Groce, die Mutter eines wegen angeblichen Straßenraubes gesuchten jungen Schwarzen bei einer Hausdurchsuchung angeschossen und ist seither für immer querschnittsgelämt. Floyd Jarrett's Erfahrung ist zwar nicht alltäglich, aber immerhin nicht die erste dieser Art.

In Brixton kam es nach dem Schuß auf Mrs. Groce zu den seit 1981 militantesten Straßenkämpfen gegen die Polizei, in deren Verlauf die Polizeistation angegriffen wurde und etliche Häuser entlang der Brixton Road abbrannten. Der Polizeischütze wurde im Januar 1987 — wie üblich — freigesprochen, ein Umstand, auf den von dem Selbstverteidigungskomitee bei der Verurteilung von Farm-Jugendlichen immer wieder hingewiesen wurde: Das Recht sei ungerecht — eine Kritik, auf die noch einzugehen sein wird.

Die Nachricht vom Tode Cynthia Jarrett's verbreitet sich am Morgen des 6. Oktober 1985 in Windeseile in Tottenham. Zunächst versucht eine Delegation der schwarzen Community beim Polizeichef der Tottenhamer Polizeistation eine Suspendierung des für die Hausdurchsuchung verantwortlichen Polizisten zu erreichen. Ohne Erfolg. Wenig später versammeln sich vor der Polizeistation die ersten Demonstranten. Sprechchöre werden gerufen ,,Polizei-Mörder!'', ,,Rassisten-Polizei!''. Es fliegen ein paar Steine, aber die Polizei zieht es noch vor, still zu halten. Anschließend findet ein Meeting im West Indian Center in der Clarendon Road statt. Es sprechen die Führer der ,,Black community'', darunter Bernie Grant, der erste schwarze Gemeinderatsvorsitzende Englands (am 12. Juni für Labour ins Unterhaus gewählt) und Martha Osomar, Vorsitzende des örtlichen ,,Unabhängigen Polizeikomitees'', eine der umstrittenen Initiativen für ein vertrauensvolles Verhältnis der Polizei. Die anwesenden Jugendlichen fühlen sich von den Leaders beschwichtigt. Man einigt sich auf ein weiteres Meeting am gleichen Abend in den Räumen der Broadwater Farm-Jugendorganisation. Die Wut über diese erneute Polizeiprovokation ist mit dem Verlangen nach einer öffentlichen Untersuchung nicht abgetan. Die Jugend fordert ,,aktiven Protest''. Kurz vor 19 Uhr wollen sie wieder in Richtung Polizeistation ziehen. Aber zu diesem Zeitpunkt bewegt sich schon die Polizei in Richtung Farm.

Bei der Broadwater Farm handelt es sich um ein Anfang der 70er Jahre mitten in Tottenham hochgezogenes Wohnviertel für etwa 3.500 Menschen. Diese wahrlich nicht sehr einladende Wohnanlage wurde in den vergangenen 14 Jahren zur letzten Station eines Bruchteils der 11 Millionen offiziell bilanzierten Armen, die das britische Progamm des ,,Zurück zur führenden industriellen und kommerziellen Rolle in der Welt'' bisher hervorbrachte. Dieses Programm wird von den Konservativen gegenwärtig mit besonderer Rücksichtslosigkeit durchgesetzt, aber das *Ideal* einer Rückkehr zur alten Weltmachtposition teilen die Konservativen mit Labour und weiten Bevölkerungsteilen.

Von den 1.800 im Viertel lebenden Erwachsenen haben gerade 550 einen Vollzeitjob. Ein solches ,,Privileg'' bringt 35% von ihnen weniger als 3.000 engl. Pfund (etwa 9.000 DM) ein, 38% liegen zwischen 3.000 und 8.000 Pfund und nur 11% über 8.000 Pfund. Jeweils die Hälfte der Bewohner sind ,,Weiße'' und ,,Farbige''.

Solche Angaben würden zur Erklärung der nachfolgenden Vorgänge allerdings nichts hergeben, wenn den Opfern der kapitalistischen Restrukuierung nicht hinreichend klar wäre, wer und was sie in die Lage gebracht hat. Weil es darüber aber ein Bewußtsein gibt, das auch in ,,Haltungen'' und praktische Handlungen umgesetzt wird, deshalb ist ein Gleichheitszeichen zwischen ,,arm'' und ,,aufrührerisch'' zulässig, wenn man von Tottenham, Brixton und einigen anderen vergleichbaren Wohngebieten in England spricht.

Die Londoner Polizei weiß das auch und beobachtet dort argwöhnisch jede Bewegung. So auch nach dem Tod von Mrs. Jarrett. Vorsorglich werden schon am Abend des 5. Oktober kampfmäßig ausgerüstete Einsatzkräfte zusammengezogen. Tags darauf werden sie für jeden sichtbar positioniert. Nach dem Meeting im Jugendzentrum zieht es die aufgebrachten Versammlungsteilnehmer also nochmal zur Polizeistation. Aber gleich am Ausgang der Broadwater Farm treffen sie auf Polizei in voller ,,riot gear'' (Helme, Knüppel etc.). Der erste Zusammenstoß. Auf keinen Fall will man die Polizei in die Farm eindringen lassen. Aus Polizei- und anderen Autos entstehen sehr rasch brennende Barrikaden, die alle vier Zugänge zum Wohngebiet versperren. Immer mehr Leute beteiligen sich. Weiße Jugendliche schließen sich den Westindern an. Draußen stehen mittlerweile 1.500 Mann der Riot Police. Sie versuchen mit allen Mitteln, in das Viertel einzudringen. Aber ihre Stoßtrupps geraten immer wieder in geschickte Hinterhalte der ortskundigen Verteidiger. Die verhaßte Architektur der Broadwater Farm zeigt erstmalig eine vorteilhafte Seite. Ratlos stehen die polizeilichen Einsatzführer vor den mehrfarbigen Orientierungsplänen mit der Aufschrift ,,Welcome to Broadwater Farm''. Aber 3.500 Menschen sind nun von der Außenwelt absolut abgeriegelt. Man nutzt das, um sich das Nötige im Supermarkt zu besorgen. Da alle wissen, was ihnen nach einer polizeilichen Okkupation bevorsteht, gibt es auch Versuche, aus dieser Falle auszubrechen und Verbindung zu den Freunden außerhalb des Ringes aufzunehmen. Das gelingt aber nicht.

Die Belagerer versteigen sich zu rassistischen Sprechchören: ,,Ihr Schwarzen gehört in den Zoo!'', ,,Verschwindet in eure Rattenlöcher!'' und ähnliches. Einige Jugendliche belassen es nicht bei ,,petrol bombs'', sie schießen mit Schrotflinten. Um 22 Uhr wird dann ein Polizeitrupp, der versucht, der Feuerwehr einen Weg zu einem Brandherd innerhalb der Farm freizuschlagen, auf einen der schmalen U-förmigen Betonübergänge abgedrängt. Im Verlauf des Kampfes wird ein Polizist durch Messerstiche schwer verletzt und stirbt bald darauf. Für die Polizeiführung ist das nur Anlaß zu noch härterem Vorgehen. Erstmals außerhalb von Nordirland wird der Einsatz von Plastikgeschossen (plastic bullets) vorbereitet. Deren tödliche und verstümmelnde Wirkung wurde in Nordirland schon genügend unter Beweis gestellt. Sie kommen an diesem Abend nur deshalb nicht zum Einsatz, weil die Kämpfe gegen 2 Uhr nachts ziemlich abrupt aufhören: Die Jugendlichen haben sich weitgehend einheitlich ,,individualisiert'', d.h. in ihre Wohnungen zurückgezogen oder die Flucht über die angrenzenden Wiesen geschafft. Sie sind jedenfalls einfach verschwunden. Um 4.30 Uhr stürmt die Polizei die Farm und besetzt sie vollständig. Klar, daß das Jugendzentrum verwüstet wird, daß mit einzelnen angetroffenen Personen ,,Fußball gespielt'' wird …

Genau 271 Wohnungen werden von dieser Nacht an gestürmt, durchsucht und dabei häufig zertrümmert. Das ist mehr als jede vierte Wohnung! Jugendliche ab 11 Jahren aufwärts, sogar ein 7jähriger, werden in Massen festge-

Fortsetzung nächste Seite

Verwendete Literatur / Adressen

Viele Flugblätter und Flugschriften der Broadwater Farm Defence Campaign und der Broadwater Farm Youth Association. Den Broadwater Farm Inquiry der ,,Unabhängigen Untersuchungskommision''. Zeitungsberichte von Guardian, Sun, Star, Mirror, Daily Mail, Daily Express. Verschiedene Artikel aus Race Today. Nachfolgend einige Anschriften zum Anfordern von Unterschriftenlisten, Terminen und Informationen:

— Broadwater Farm Defence Campaign, 12/16 Tangmere, Broadwater Farm (Tottenham), London N 17
— Brixton Legal Defence Group (gegründet nach dem Riot 1985), 506 Brixton Road, London SW 9
— Black Parents Movement, c/o Buchladen New Beacon Book, 76 Strout Green Road, London N 4
— Zeitschrift ,,Race Today'' (Mitarbeiter: Linton Kwesi Johnson), 165 Railton Road, London SE 24
— Black People's Campaign for Justice (wie Race Today)
— Zeitschrift ,,Race and Class'', 2-6 Leeke Street, London WC 1X

Fortsetzung von vorheriger Seite

nommen, insgesamt 362 Personen. Ein Viertel der Betroffenen sind Weiße, viele sind auch nicht von der Farm, sondern aus anderen Ecken Tottenhams.

Die Farm wird nun *zu dem* Haßobjekt von Polizei, Parteien, Regierung und Presse. Jede Gemeinheit gegen die Farmbewohner findet öffentlichen und regierungsoffiziellen Beifall. Zunächst werden eine Woche lang genau *9.165 Polizisten* im Viertel stationiert — bei 3.500 Einwohnern! Ein Wohngebiet wird in ein Gefängnis verwandelt. Wer es verlassen will, muß sich rechtfertigen, wer zum Einkauf oder zu Freunden geht, riskiert, nicht mehr zurückzukommen. Die Polizei beobachtet jede Bewegung, um Verbindungen und Kontakte festzustellen, um die Beseitigung von Benzin, Wurfgeschossen etc. zu verhindern. Erst nach einem Vierteljahr sinkt die Polizeipräsenz auf 3.700 Mann, danach auf 1.000 Mann. Über 100 Streifenpolizisten sind es auch heute noch: Auf jedem Treppenabsatz, jeder Brücke, in jedem Hauseingang und hinter jeder Ecke patroullieren die Zweierstreifen. Der Belagerungszustand hält an, ist zur Dauereinrichtung geworden.

Das Resultat dieser Massenverhaftungen und Massenverhöre war für die Polizei enttäuschend. Vor Gericht be-

tungen und Massenverhöre war für die Polizei enttäuschend. Vor Gericht be-

klagte sich später ein Verhörspezialist von Scotland Yard: „Diese Kids wollen die Wahrheit nicht aussprechen. Niemand spricht mit einem. Sie wollen nicht gegeneinander aussagen — das scheint ihre Kultur zu sein." Und ein anderer: „Dies ist keine Untersuchung. In den alten Tagen hatten wir es nicht nötig, unsere Zeugen zu beschützen."

Tatsächlich gab und gibt es eine breite Übereinstimmung unter den Mietern, nicht mit der Polizei zu kooperieren. „Non-co-operation" ist allgemeiner Konsens.

Scotland Yard versuchte, dieses Schweigen mit brutalen Methoden zu brechen. Mehrere 13- und 15-jährige wurden 72 Stunden lang ununterbrochen „interviewt", ohne Beistand von Eltern oder Anwälten, teilweise nur mit einer Unterhose bekleidet. Mit dem gleichzeitigen Versprechen geringerer Strafe bei „ehrlicher Aussage" wurden Geständnisse erpreßt, die sich die Polizei dann unterschreiben ließ. Aber viele gestanden unter diesen Bedingungen Dinge, die gar nicht vorgefallen waren. Ein 15jähriger gab zum Beispiel zu, den Tod des Polizisten durch Stiche in den Oberschenkel herbeigeführt zu haben. Vor Gericht stellte sich dann heraus, daß es an diesen Stellen keine Einstiche gab. Andere „Geständige" konnten später nachweisen, in besagter Nacht gar nicht in London gewesen zu sein. Der Richter kam nicht darum herum, Verletzungen des „Children and Young Persons Act" durch die Yard-Beamten zu rügen. *Trotzdem* wurden alle später gefällten Urteile einzig und allein auf der Basis der Geständnisse gefällt, die unter den geschilderten Bedingungen zustande kamen. Auch dann übrigens, wenn diese Geständnisse widerrufen wurden und wenn Alibis vorgelegt werden konnten.

Weil alle 362 Verhafteten zunächst einmal in den Verhören des *Mordes* beschuldigt wurden, war es natürlich für viele naheliegend, nicht die Beteiligung an der Auseinandersetzung vollkommen abzustreiten, zumal die Polizei über 1.000 Photos vorlegen konnte. So wurde dann auch dieser oder jener Steinwurf oder der Besitz eines Stockes und ähnliches zugegeben, und sei es auch nur, um die Verhöre hinter sich zu kriegen. Niemand ahnte damals, daß die Unterschrift unter ein solches Geständnis bald 4 oder 7 Jahre Gefängnis einbringen würde.

Die Prozesse begannen am 15. September 1986. Von den 362 Verhafteten wurden 75 alleine auf Grundlage ihrer Geständnisse angeklagt.

Die Justiz unterteilte die Anklagepunkte in: 1. Anstiftung zum Aufruhr („Affray"), 2. praktische Teilnahme am Riot (geworfene Benzinbomben, Steine etc.) und 3. den Mordprozeß.

Als abgeschlossen gilt bisher der Mordprozeß. Die anderen Prozesse sollen sich noch bis Oktober dieses Jahres hinziehen. Bisher wurden 32 Personen wegen Anstiftung bzw. Teilnahme an dem Riot, zum Teil wegen beidem, verurteilt. Die Freiheitsstrafen liegen zwischen 3 1/2 und 25 Jahren (s. Kasten).

In zwei oder drei Fällen kam es zu einer Strafreduzierung, z.B. von 5 auf 3 1/2 Jahre, weil die Angeklagten bereit waren, mit der Polizei zu kooperieren. 15 von den 75 Angeklagten wurden freigesprochen. Für *diese* Prozesse interessierte sich die Presse nur wenig, dafür aber umso mehr für die drei des Mordes Angeklagten.

Als Mörder des Polizisten Keith Blackelock wurden im März dieses Jahres 6 Jugendliche angeklagt und davon drei verurteilt:

Jahres 6 Jugendliche angeklagt und davon drei verurteilt:

— *Engen Raghip*, 20 Jahre alt, weißer Hautfarbe, arbeitslos. Lebenslänglich wegen Mord und zusätzlich 8 Jahre wegen Beteiligung an dem Riot.

— *Winston Silcott*, 27 jahre alt, westindischer Herkunft, Gemüseverkäufer. Lebenslänglich (Minimum: 30 Jahre), wegen Mord und zusätzlich 10 Jahre wegen Aufruhr.

— *Mark Braithwaite*, 20 Jahre alt, westindischer Herkunft, arbeitslos. Lebenslänglich wegen Mord und 8 Jahre wegen Aufruhr.

Bei der Verlesung der Urteile kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Publikum und der Polizei. Mehrere Leute brachen zusammen. Trotz aller bisherigen Erfahrungen in den anderen Prozessen konnte und wollte sich niemand solche Urteile vorstellen. Die Presse jubelte und zitierte zustimmend auf den Titelseiten den Ausspruch des Old-Bailey-Richters, der zu Winston Silcott gewendet sagte: „Du bist ein gefährlicher Mann, du bist das Böse." Lediglich der „Guardian" hielt es überhaupt für erwähnenswert, auf die Grundlage der Urteile einzugehen: „Da war kein medizinischer Beweis und keine Identifikation nach den mehr als 1.000 Polizeiphotos. Da gab es auch keine Zeugenaussagen gegen die Angeklagten. Es gab nur ihre Geständnisse, gemacht im Polizeiverhör" (20.3.87).

Selbst das ist nicht die ganze Wahrheit. Silcott hat gar nichts und die beiden anderen haben den Besitz von Schlagstöcken, aber nicht einen Mord gestanden.

Die Jugendorganisation (BWFYA) und das Selbstverteidigungskomitee (BWFDC) sowie die Mieterorganisation (BWFRA) kämpfen nun seit 1 1/2 Jahren gegen die Pressehetze, gegen die andauernde polizeiliche Besetzung ihres Wohnviertels und gegen die Prozeßtaktik von Polizei und Justiz. Ohne ihren Widerstand wären mit Sicherheit noch mehr Leute verurteilt worden, hätte die Polizei mehr Angeklagte „umdrehen" können und wäre es nicht gelungen, die politischen Zusammenhänge wenigstens unter Teilen der Bevölkerung klarzumachen. Unterstützung findet die Broadwater Farm hauptsächlich von Seiten der schwarzen Gemeinden, bei verschiedenen linken Organisationen und — mit Vorbehalten — bei einigen Gewerkschaften. So hilft etwa Scargills Bergarbeitergewerkschaft bei den Prozeßkosten und einige schwarze Labour-Gemeinderäte fordern etwa den Abzug der Polizei

einige schwarze Labour-Gemeinderäte fordern etwa den Abzug der Polizei

von der Farm. Die drei Farmorganisationen geben regelmäßig Flugblätter und Presseerklärungen heraus, kommentieren jede Einzelheit der Prozesse, organisieren Meetings und Demonstrationen.

Am 3. Oktober soll in der Londoner Innenstadt eine große Demonstration gegen *„die staatlichen Attacken auf unser Leben und auf die demokratischen Rechte der schwarzen und anderen Arbeiterklasse-Gemeinden"* stattfinden. Nachdem ein großer Teil der Urteile trotz ständigen Protestes inzwischen gefällt wurde, und nachdem sich der öffentliche Protest doch auf Kräfte beschränkt, die die Regierung ohnehin zu ihren Gegnern zählt, sieht es für die Broadwater Farm leider nicht sehr gut aus. In England haben die zwischen den Fronten vermittelnden (und sie verwässernden) „liberalen" Kräfte derzeit nicht viel zu melden. Auch die Sozialtechnologen, die sich dafür zuständig fühlen, mehr Augenmaß bei Polizeieinsätzen anzumahnen und es auch mal mit mehr Sozialarbeitern oder einem Hallenbad im Krisenviertel versuchen möchten, werden im UK gegenwärtig nicht erhört. Die Thatcher-Regierung bauzt in Tottenham kein Riesenfreizeitcenter wie der damalige Labour-Oberbürgermeister nach den Riots 1981 in Brixton.

Die Thatcher-Regierung setzt einzig und allein auf mehr Polizei in den armen Wohngegenden. Liberale Argumente — man müsse ja auch die Armut und die Fehler der Polizei als mildernde Umstände anerkennen — hält die Regierung für den ersten Schritt zur Anerkennung der Gewalt.

In dieser Situation führten die Überlegungen auf der Farm, was man für die gefangenen Freunde und Genossen noch tun könne, dazu, die Menschenrechte anzurufen. Durch eine Zusammenarbeit mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und evtl. auch durch Anrufung des Internationalen Gerichtshofes hofft man, doch noch einen politischen Druck auf die Regierung ausüben zu können. Leider handelt es sich bei diesem Schritt nicht nur um den Versuch einer pragmatischen Nutzung gewisser Ungereimtheiten *innerhalb* der bürgerlichen Rechtsideologie zum Vorteil der Inhaftierten.



Eine Auswahl aus den ersten 32 Urteilen

— *Simon MacMinn*, 19 Jahre, verurteilt zu 7 Jahren Gefängnis wegen angeblichem Steinewerfen.

— *James Preston*, 20 Jahre, nachweislich beim Verhör mißhandelt, verurteilt zu 3 Jahren Gefängnis auf Basis des so zustandegekommenen Geständnisses, zum Riot angestiftet zu haben.

— *Stephan Bernard*, 24 Jahre, 5 Jahre Gefängnis für angeblich geworfene petrol bombs. Geständnis unter der Drohung, sonst als Mörder angeklagt zu werden.

— *Paul Parker*, 19 Jahre, 7 Jahre wegen seines „Anteils an der kollektiven Verantwortung für die Gewalt auf der Farm". Geständnis, bei dem Riot dabeigewesen zu sein.

„Rasse", Klasse und bürgerlicher Staat

Anmerkungen zu Problemen des antirassistischen Kampfes

Nicht überall zieht der polizeilich verschuldete Herztod einer Frau einen Aufstand nach sich. Nicht überall sind sich die Leute derart sicher, daß hinter dem Tod einer der ihren eine staatliche Systematik steckt. Nicht überall besetzt die Polizei gleich ein ganzes Wohngebiet, wenn ein Polizist erstochen wird.

Die Leute von der Broadwater Farm sahen ihren Kampf von Anfang an als im Zusammenhang mit folgenden Auseinandersetzungen stehend:

1. dem gesamten Widerstand der Einwanderer gegen den Rassismus bzw. gegen die von ihm bezweckte soziale und politische Unterdrückung;
2. dem Widerstand gegen die Schikanen der Polizei, wie sie in den *armen* Wohnvierteln Englands schon alltäglich sind und insbesondere dem Kampf gegen die spezielle rassistische Ausprägung dieser Schikanen;
3. dem Widerstand des radikaleren Teils der britischen Gewerkschaften, etwa dem der Bergarbeiter, gegen das Verarmungs- und Unterdrückungsprogramm der Regierung Thatcher.

Wenn die Broadwater Farm Youth Association (BWFYA) diese Verflechtungen ihrer Aktivitäten mit den genannten Auseinandersetzungen in einem Positionspapier (Mai 1987) hervorhebt, so handelt es sich dabei keineswegs um eine nachträgliche ideologische Überhöhung.

Diese inhaltlichen, bewußtseinsmäßigen, personellen und auch zeitlichen Zusammenhänge waren immer auch den anderen Akteuren — Polizei, Presse, Justiz etc. — gegenwärtig.

Einige kritische Bemerkungen zu den Schwachstellen dieses militant geführten Kampfes sind hier nachzutragen. Zum Beispiel zum Widerstand gegen den Rassismus. Er stellt gerade die schwarzen Organisationen vor einige Probleme hinsichtlich des Zusammenhangs von „Race & Class". Die black community in England hat sich — gerade in den vergangenen 10 Jahren — sozial stark differenziert. Die schwarze Linke spricht längst von der Existenz einer Black Middle Class. In Ansätzen stoßen auch die ersten Schwarzen ins traditionell abgeschirmte Establishment vor. Polizei und weiße Privatrassisten machen nun aber gegenüber einigen Leuten ganz bewußt nicht die sozialen Unterschiede zum Kriterium ei-

sisten machen nun aber gegenüber einigen Leuten ganz bewußt nicht die sozialen Unterschiede zum Kriterium ei-

ner Diskriminierung (wie etwa gegenüber den weißen Ghettobewohnern) sondern die Hautfarbe. Sie zwingen diese daher, sich *wie* eine Rasse zu verhalten und über ihre sozialen Gegensätze untereinander hinwegzusehen. In der englischen marxistischen Diskussion wird dieser Vorgang als politische „Rassifizierung" bezeichnet. „Rasse" ist also in diesem Zusammenhang eine *ideologische* Kategorie. Der Kampf gegen den Rassismus wird daher immer dann fragwürdig, wenn man den Rassebegriff der Rassisten akzeptiert und nur „umdreht": „Black is beautiful", etc. Über diese Phase sind zwar viele schwarze Organisationen längst hinaus, aber seit es die ersten 500 schwarzen Polizisten in England gibt, geraten die einfachen Varianten schwarzer Staatstheorie („racist police", „racist state") ins Wanken.

Negativ wirkt sich längst auch die eindimensionale Verwendung des „Diskriminierungs"-Begriffes aus. Andere zentrale kapitalistische Formen des Rassismus, wie z.B. die Diskriminierung von „Leistungsunwilligen", „Überflüssigen", „Außenseitern" und „Dummen" werden kaum kritisiert oder werden — etwa bei Schulnoten — affirmativ gehandhabt.

Einen geringen Einfluß auf die „Neu-Briten" aus dem alten Kolonialreich hat bisher der unter den weißen Arbeitern so verbreitete Nationalismus, wenngleich man auch in den schwarzen Gemeinden hin und wieder die Beschwerde hören kann, aus dem Königreich könne nichts ordentliches werden, solange das „Potential" schwarzer Leistungsfähigkeit unbeachtet bliebe.

Umso mehr fehlt es aber an einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Recht. Das zeigt sich z.B. wenn etwa die BWFDC oder die „Black People's Campaign for Justice" unter ihre Flugblätter das schöne Wortspiel „british justice no justice" setzen („justice" steht gleichzeitig für Gerechtigkeit, Justizwesen, Gericht). Als die Justiz die Leute von der Farm zu höchsten Freiheitsstrafen verurteilte, während der Polizist, der Cherry Groce anschoß, freigesprochen wurde, schrieb die BWFDC, es dürfe *nicht zwei Sorten Recht* geben. Damit ist behauptet, die britische Justiz sei zweigeteilt: in ein Recht für bzw. gegen die, die Widerstand leisten und ein Recht für Polizisten.

Daß es unterschiedliche Maßstäbe bei der Bestimmung des Strafmaßes für die verschiedenen Vergehen gibt (etwa auch bei Wirtschaftskriminalität und Raub), ist eine Tatsache. Aber wenn der Staat den Angriff auf einen Polizisten höher bewertet als den Angriff auf eine Privatperson, dann demonstriert er nur seine Prioritätenliste, seinen Maßstabskatalog, nach dem er die Strafhöhe festsetzt. Dabei kann sich ein Richter sogar rühmen, die besonderen Umstände gewürdigt zu haben. Ob ein Mord unter Alkoholeinfluß oder vorsätzlich ausgeführt wurde, ob ein Polizist aus Fahrlässigkeit oder aus Nervosität abdrückte, das alles kann dem Opfer ja egal sein. Doch es geht der Justiz nicht um die Opfer, sondern um die Geltendmachung des Rechts.

Recht und Gesetzt regulieren mittels staatlichem Gewaltmonopol den Aufeinanderprall der gegensätzlichen Interessen in einer klassenstrukturierten Gesellschaft. Sie verpflichten die einzelnen Personen dazu, sich nur im Rahmen des Erlaubten und mit ihren eigenen Mitteln um eine Verbesserung der eigenen Lage zu bemühen.

Um an das Geld heranzukommen, ohne das im Kapitalismus nichts geht, muß eben der eine Lohnarbeit suchen, während der andere vielleicht Devisengeschäfte abwickelt.

Wer zum Devisengeschäft Zugang hat, kann schon mit relativ harmlosen Tricks die 10.000 DM an sich ziehen, für die der Arbeitslose gleich eine Bank überfallen und sein und anderer Leute Leben riskieren muß. Man sieht: die sozial-ökonomischen und sonstigen Umstände produzieren verschiedene „Fälle", und darauf reagiert die Justiz eben „differenziert".

Wer daher in der Verurteilung des Diebes nach allen Regeln der juristischen Kunst, d.h. unter Heranziehung aller Pros und Contras die wahre Gerechtigkeit erblickt, andererseits die Tat eines Polizisten und die einer Privatperson absolut gleich beurteilt sehen will und drittens für den Wurf einer petrol bomb die allgemeine Wut einer Menschenmenge als lindernde Um-

hen will und drittens für den Wurf einer petrol bomb die allgemeine Wut einer Menschenmenge als lindernde Um-

stände berücksichtigt sehen will, der verstrickt sich nicht nur in die Logik staatlicher Gerechtigkeit, er erkennt sie auch im Prinzip an, unterwirft sich ihr damit und abstrahiert auch noch von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen der eine Gewinne macht und der andere ähnlich angenehme Lebensverhältnisse nur herstellen kann, indem er das Gesetz bricht.

In der Demokratie sind Polizei und Regierung dem Gesetz unterworfen und die Gerichte von Weisungen, z.B. des Kanzlers, unabhängig. Gesetzgebend ist des Volkes Wille, repräsentiert vom gewählten Parlament.

Wenn sich trotzdem so viele Leute ungerecht behandelt fühlen, dann liegt es nicht daran, daß die Parlamente den „wahren" Volkswillen verfälschen und in die falschen Gesetze übersetzen, sondern daran, daß es diesen Volkswillen in einer von Klassengegensätzen beherrschten Gesellschaft gar nicht als Zusammenfassung aller egoistischen Einzelinteressen geben kann.

Wichtig ist die Erkenntnis, daß die Existenz von Recht und Gesetz die gewaltsame Antwort auf eine innerlich gespaltene und gegensätzliche Gesellschaft ist.

Es ist vollkommen richtig, wenn die Freunde und Anwälte der Verhafteten alles versuchen, um die Leute aus den Gefängnissen herauszuholen. Gerade wenn man nicht in der Lage ist, große Massen für die Freilassung der Verurteilten zu mobilisieren, bleibt oft nur der Versuch, die Gegensätze zwischen dem selbstgesetzten Anspruch des Staates und seinen konkreten Taten aufzuzeigen. Dafür, daß der Staat sich darauf einläßt, gibt es allerdings keine Garantie. Völlig unnötig ist es jedoch, sich auch im eigenen Kopf zum fanatischen Anhänger eines wahrhaftigen und blitzsauberen Rechtsstaates zu machen, in dem die Freiheitsstrafen nach den edelsten Motiven ausgeteilt werden. Irgendwann leistet man sonst noch Abbitte dafür, daß man einmal gegen das demokratische Dogma verstieß, demzufolge ein Interesse zwar formuliert (Gedanken- und Meinungsfreiheit), aber nicht praktisch verfolgt (Landfriedensbruch etc.) werden darf.

GüJ

Abrechnung mit der Nelkenrevolution

Otelo de Carvalho zu 15 Jahren Knast verurteilt

Am 20.5.87, nach fast dreijähriger Untersuchungshaft, wurde der ehemalige General Otelo de Carvalho in Lissabon zu 15 Jahren Militärhaft verurteilt. Der Prozeß setzte den (vorläufigen) Schlußpunkt unter die portugiesische ,,Nelkenrevolution'' vom 25. April 74, mit der das seit 1932 etablierte faschistische Regime der Diktatoren Salazar bzw. Caetano beseitigt wurde. Die ,,Symbolfigur'' Otelo wurde im Rahmen eines Massenverfahrens abgeurteilt, das für die überwiegende Zahl der Angeklagten mit mehrjährigen Freiheitsstrafen — bis zu 15 bzw. 17 Jahre — endete. (Anm. 1) Zelia Afonso, Witwe des Revolutionssängers José, charakterisierte in Übereinstimmung mit allen unabhängigen Beobachtern den Prozeß als ,,politischen, moralischen und juristischen Skandal'' (taz, 25.5.).



Otelo de Carvalho 1975

Revolution, Konterrevolution

Otelo, 1936 in Mosambique — damals portugiesische Kolonie — geboren, hatte während seiner Militärlaufbahn über die Stationen Angola und Guinea Kontakte zu antifaschistischen Offizierskreisen aufgenommen. Die Bildung der MFA seit 1973 bereitete den Sturz des Regimes in Portugal vor. Otelo war für den Operationsplan der unblutig verlaufenden Revolution verantwortlich. Die Eliteeinheit Otelos, COPCON, begann seine politischen Vorstellungen umzusetzen: Verbindung von Volk und Militär, Auf- und Ausbau basisdemokratischer Strukturen. Otelo unterstützte z.B. Landbeset-
dung von Volk und Militär, Auf- und Ausbau basisdemokratischer Strukturen. Otelo unterstützte z.B. Landbeset-
zungen und die Bildung von Kooperativen, die Übernahme von Betrieben durch die Belegschaft, die Bildung von Arbeiter-, Wohn- und Kasernenkomitees.

Im Herbst 74 kommt, auf Betreiben Otelos und Samora Machels — Führer der Befreiungsbewegung Mosambiques, danach Staatspräsident — der Vertrag von Lusaka zustande, der die Unabhängigkeit Mosambiques vorbereitet.

Portugals Staatspräsident General Spinola versucht am 28.9.74 einen ersten konterrevolutionären Putsch; die Niederschlagung gelingt den MFA vor allem durch das Eingreifen des COPCON. Spinola flieht nach Rom; Mario Soares, Führer der größten nichtfaschistischen Partei, der Sozialdemokraten (SP), der bis dahin mit der KP kooperiert hat, leitet nach einem USA-Besuch den Bruch mit der KP ein. CIA-Vizedirektor Walter damals über Soares: *,,eine Garantie für das demokratische System in Portugal''*. Ex-Präsident Spinola versucht im März 75, mit Hilfe ehemaliger Salazar-Kräfte und gedeckt durch die USA, erneut einen Putsch. Wieder scheitert das Unternehmen an MFA und COPCON.

Der als Reaktion auf die konterrevolutionäre Gefahr gebildete militärische ,,Revolutionsrat'' (,höchstes Staatsorgan') vereinigt — noch — auseinanderstrebende Kräfte: KP, Basissozialisten (um Otelo), Sozialdemokraten, Mitte, Rechte. Kurz darauf gewinnt Soares' SP mit 38% die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (KP: 13%, revolutionäre Linke: 4%).

Ende des COPCON

Unter zunehmendem Druck von außen (USA,BRD) und innen (reaktionäre Kommandos, Katholische Kirche) wird von der ,gemäßigten' ,,Gruppe der Neun'' Ende 75 zunächst der KP-Einfluß in Militär und Staat zurückgedrängt; Otelos Einheit widersetzt sich dem Kurs, woraufhin COPCON zu politisch kompromittierenden Einsätzen gegen revolutionäre Projekte (z.B. den Arbeiter-Sender ,,Radio Renascenca'') befohlen wird. Schließlich wird COPCON im Oktober 75 aufgespalten. Einige Fallschirmspringereinheiten versuchen daraufhin am 25. November 75 einen vergeblichen Aufstand; Otelo unterstellt sich mit dem Rest-COPCON dem Generalstab. Unmittelbar danach wird COPCON vollends aufgelöst, Otelo tritt als General ab, das MFA suspendiert ihn von allen militärischen Funktionen und er wird — da angeblich in den Fallschirmspringer-Aufstand verwickelt — in Untersuchungshaft genommen.

,,Revolutionsheld'', Verhaftung

Ohne organisierte politische Basis (und ohne KP-Unterstützung) erreicht Otelo bei der folgenden Präsidentschaftswahl im Juni 76 das zweitbeste Ergebnis, 16,5%. Gewählt wird General Eanes aus der ,,Gruppe der Neun'', der sich im weiteren als letzte Bastion gegen die Restauration erweisen wird. Otelo, als offensichtlich nur allzu populärer Repräsentant der Revolution, wird wegen seiner Präsidentschaftskandidatur, die Militärs angeblich verboten war, bestraft: Versetzung in die Reserve. Im Zeichen zunehmender Restauration und Refaschisierung Portugals unter der Regierung Soares entwirft Otelo seinen Plan ,,Globales Projekt''. Im Januar 80 gründet er — inzwischen wieder im aktiven Militärdienst und Oberstleutnant — die FUP; Parlamentswahlen im Oktober stehen an. Sein politischer Einfluß ist jedoch zusammengeschmolzen: bei den neuen Präsidentschaftswahlen im Dezember kommt Otelo gerade noch auf 1,5%. Eanes wird erneut gewählt.

Die konservative Regierung Balsemao betreibt rapiden Sozialabbau unter US-Einfluß, tritt aber angesichts ebenso rapiden Vertrauensverlusts im Dezember 82 zurück. Es übernimmt wieder Soares, diesmal mit einer Koalitionsregierung aus SP und den Konservativen der PSD. Das ökonomisch-soziale Verelendungsprogramm wird weiter vorangetrieben (Austäritätspolitik nach IWF-Diktat), in der Afrika-Politik wird auf US-Kurs (Reagan!) eingeschwenkt. Innenpolitisch wird ein ,,Anti-Terror''-Paket von Polizei-, Geheimdienst- und Gesetzesmaßnahmen durchgesetzt (bzw. vorbereitet), wozu u.a. zwei wesentliche Neuerungen gehören:

Die Einführung der ,,terroristischen Vereinigung'' (§ 288) ins portugiesische Strafrecht — Vorbild BRD, § 129/129a. Als zweites die juristische Neuheit des ,,Kronzeugen'' (nach italienischem Muster), der bei genehmer Aussage Straferlaß bzw. Freispruch erwarten kann.

Am 19./20. Juni 84 werden Dutzende Verhaftungen vorgenommen, darunter etliche FUP-Mitglieder — und Otelo de Carvalho.

Anklage

Der Prozeß begann, nach mehrfacher Verschiebung, erst ein Jahr später. Bereits hier beginnt die Kette von Merkwürdigkeiten und Unregelmäßigkeiten. Die Anklage (damals den Angeklagten unbekannt) erfolgt nach § 288, d.h. *,,Bildung einer Gruppe mit dem Ziel, die verfassungsmäßige, demokratische Ordnung mit Waffengewalt durch eine andere zu ersetzen.''* Angewandt wird, wie im Prozeß gegen die PRP 1978 vorexerziert, das **Prinzip der ,,moralischen Urheberschaft''. Das bedeutet, irgendwelche konkreten Taten bzw. Tatbeteiligungen brauchen nicht nachgewiesen zu werden.** Vielmehr gehen Anklage und Gericht (vor Prozeßbeginn bereits in Einklang gebracht) von folgender Konstruktion aus:

— Das ,,Globale Projekt'' sei eine ,,terroristische Vereinigung'' nach § 288 gewesen, denn

— die dort vorgesehene ECA sei identisch mit der FP-25. (Zusätzlich wird auch eine Identität, zumindest in Teilen, zwischen FP-25 und FUP behauptet.)

— Die FP-25 aber habe bekannter- und eingestandenermaßen zahlreiche ,,revolutionäre'' Anschläge, Überfälle und Morde begangen.

Konkrete Taten standen also nicht zur Debatte — solche Prozesse sollen jetzt, nach erfolgter Global-Verurteilung, folgen — einer nach dem anderen, jeweils mit bis zu drei Jahren U-Haft: Ein Weg, *,,die Angeklagten bis zum Ende ihrer Tage im Knast verschwinden zu lassen.''* (A. Golzem, PS 264, S.31) Der erste dieser Prozesse läuft bereits, mit Otelo auf der Anklagebank.

Prozeß

Art und Inhalt der ,,Beweisführung'' des Gerichts entsprachen der hanebüchenen Anklage. Die Unregelmäßigkeiten und Verstöße sind geradezu unübersehbar: Verschleppung der Ermittlungen, Abhaltung des Prozesses in einem eigens errichteten Hochsicherheitsgebäude mit Glaskäfigen für die Angeklagten während des Prozesses — dabei Trennung von den Anwälten —, Vorveröffentlichung der Anklageschrift in der Presse, Behinderung des Verteidiger-Zugangs zu wichtigen Akten, zahlreiche Presseinterventionen des Untersuchungsrichters, um Otelos Schuld zu propagieren, mehrfache Versuche, Otelo zum Geständnis zu bewegen mit dem Versprechen, ihn freizulassen und ins Ausland zu bringen, ... usw., usf.



Otelo während des Prozesses

Im Kern beruht das Konstrukt von Staatsanwalt und Gericht jedoch lediglich auf den Aussagen der Kronzeugen. Weitere Beweise und Indizien sind regelmäßig in sich zusammengefallen:

— Otelos Notizbuch, in dem das ,,Globale Projekt'' skizziert wurde, enthält keinerlei Hinweise auf die FP-25 oder irgendwelche damit zusammenhängende konkrete Aktionen.

— Ein Schweizer Bankkonto der FUP, auf dem Bankraubgelder der FP-25 deponiert sein sollten, wies ganze 100 Dollar aus.

— Ein sensationeller Koffer, enthaltend das einzige Dokument zum behaupteten Zusammenhang zwischen ,,Globalem Projekt'' und FP-25 sowie das Protokoll eines FP-25-Treffens plus Verlautbarungen von FUP und FP-25, dann Autopapiere und Schlüssel und — Waffen! Leider konnte nicht festgestellt werden, woher der Koffer stammt; die Finderin starb noch vor ihrer Vernehmung; die Polizeiprotokolle über den Fund wurden offiziell als Fälschungen erklärt. Die federführende ,,Anti-Terror-Brigade'' DCCB versicherte letztlich, von dem Koffer nie gehört zu haben.

Kronzeugen

Bleiben also die ,,reuigen Kronzeugen'', vier an der Zahl. Der wichtigste, José Barradas — wiewohl unter strenger Bewachung der DCCB — fiel drei Tage vor Prozeßbeginn (22. Juli 85) einem Anschlag zum Opfer. (Verantwortlich erklärte sich die FP-25; die genauen Umstände wurden nicht geklärt.) Die erneute Prozeßverschiebung, die folgte, diente dem schnell gefundenen neuen Kronzeugen Macedo Correia dazu, reichlich Aussagen zu machen. Macedo gibt an, FP-25 Mitglied zu sein, Otelo erklärt er zum ,,politischen Führer'' der FP-25. Darüberhinaus weiß Macedo (Spitzname ,,der Dichter'') Erstaunliches zu berichten: So habe Otelo den Sturz des Präsidenten Mobutu von Zaire geplant, wobei ihn der französische Präsident Mitterand habe unterstützen wollen...! Während des Prozesses gibt Macedo dann zu, schon länger mit der Polizei in Kontakt gestanden zu haben. Er wird — gefunden wurden bei ihm Waffen und Munition, er hat gestanden, an Banküberfällen beteiligt gewesen zu sein — zu 20 Monaten verurteilt, kommt aber, weil ihm seine U-Haft angerechnet wird, sofort frei.

Alexander Figueira, der zweite Haupt-Kronzeuge, ist der Komplize des verstorbenen Barradas. Beide wurden im Februar 83 bei einem Banküberfall verhaftet; sie haben Waffen bei sich — und im Auto-Kofferraum FUP-Flugblätter! Seine Gefängnisstrafe (vier Jahre) wird umgehend gestrichen,

Fortsetzung nächste Seite

MFA: 1973 unter Otelos Beteiligung gebildete ,,Bewegung der Streitkräfte'', die den Sturz des Faschismus am 25.4.74 durchführten. Nach Spinolas versuchtem Putsch vom März 75 bildete sich der ,,Revolutionsrat'' (24 Armeechefs), der ,,von nun an das höchste Organ'' im Staat (Präs. Gomez) sein sollte und verschiedene Strömungen, einschließlich Otelo, verband. Die später gebildete ,,Gruppe der Neun'' — bestehend aus ,gemäßigten' Mitgliedern des ,,Revolutionsrates'' — gewann die Kontrolle über den Militärapparat (ab Sept. 75) und verdrängte die Linkskräfte aus Regierung und ,,Revolutionsrat''. Nach dem 25. Nov. 75 verfügte der ,,Revolutionsrat'' die Auflösung der von Otelo befehligten Einheit COPCON und suspendierte ihn.

COPCON: Schnelles Eingreifkommando, gebildet aus allen drei Waffengattungen, v.a. Fallschirmspringer, dessen Führung Otelo nach dem 25. April 74 (bis zur Auflösung Nov. 75) hatte. Neben den militärischen Aufgaben — v.a. die Niederschlagung der diversen Putschversuche Spinolas — wurde COPCON als politische Truppe bei Infrastrukturmaßnahmen in Armenvierteln, Alphabetisierungskampagnen, juristischen Aufklärungsaktionen u.ä. eingesetzt.

sierungskampagnen, juristischen Aufklärungsaktionen u.ä. eingesetzt.

Globales Projekt: Von Otelo skizzierter Plan einer Machtübernahme. Darin vorgesehen:

ODM — Massenorganisation des Volkes, als legaler Teil. Im April 78 als **OUT** (Einheitsorganisation der Arbeiter), ab Januar 1980 als **FUP** organisiert.

ECA — Bewaffnete Zivilstruktur, weiterer Teil des **,Globalen Projektes'**, bestehend aus politischen Aktivisten, die im Untergrund arbeiten sollten, ebenso wie die **,,Kasernen''**, d.h. solche Soldaten und Truppenteile, die im Militär — mit Zugang zu Waffen — arbeiten sollten.

FUP: Vereinigte Volkskräfte, von Otelo im Jan. 80 gegründet. Sie organisierte — als basisdemokratische Linkspartei — vor allem Mitglieder aus dem Umkreis der **PRP** wie der unabhängigen Linken überhaupt.

PRP: kleine linksrevolutionäre Partei (1980 aufgelöst). 1978 versuchte die Justiz in Prozessen u.a. gegen Isabel do Carmo und Carlos Antunes, die PRP, welche angeblich einen ,,bewaffneten Flügel'' besaß, für zahlreiche Diebstähle, Überfälle und Morde verantwortlich zu machen, vor allem mit Hilfe des Prinzips der ,,moralischen Urheberschaft''. Der skandalöse Prozeßverlauf führte zur Einstellung einiger Verfahren; Ende 79 wurde der gesamte Prozeß, gestützt auf ein Amnestie-Gesetz, eingestellt. Beide PRP-Kader erklärten sich damals ausdrücklich gegen das Konzept des bewaffneten Kampfes und gegen terroristisches Abenteurertum.

Beim Zerfall der PRP wurden Isabel und Carlos ausgeschlossen; viele Mitglieder verließen die Partei. Spätere Vermutungen gehen davon aus, daß die Polizei hinter terroristischen PRP-Aktionen stecken könnte; verschiedene Ex-PRP'ler tauchten dann als Aktive der **FP-25** wieder auf.

FP-25: Propagierte seit April 1980 den ,,revolutionären, bewaffneten Kampf ab sofort'' und erklärte sich für diverse Anschläge und Morde verantwortlich. Sofort wurde der Verdacht laut, die FP-25 seien eine Schöpfung der Polizei, um die geplante ,,Anti-Terror''-Gesetzgebung usw. zu rechtfertigen. Die ,,Kronzeugen'' Barradas, Figueira und Correia traten im Prozeß gegen Otelo und andere als FP-25-Mitglieder auf. Otelo hat Kontakte zu FP-25-Leuten nicht bestritten,es ging ihm offenbar um den Versuch der Einflußnahme gegen die provokatorischen FP-25-Aktionen, zumal sie den Aufbau der **FUP** gefährdeten.

Fortsetzung von vorheriger Seite

da er durch seine Aussagen dazu beigetragen habe, Entwicklung und Organisation der terroristischen Vereinigung Otelos zu zerschlagen.

Von einem dritten Zeugen, einem Drogenabhängigen, berichtet die C.E.D.R.I.-Prozeßdokumentation (s.u.), daß er *„von der Polizei sichtlich unter Druck gesetzt worden war"*.

Juristische, politische Reaktionen

Kennzeichnenderweise konnte sich selbst einer der drei Richter dem Urteilsspruch nicht anschließen. Einer der Verteidiger, der ehemalige Justizminister (SP) Prof. Salgado Zenha, formulierte: *„In keinem demokratischen Land der Welt würde ein solcher Prozeß akzeptiert."* Unabhängige Prozeßbeobachter kommen zu entsprechenden Schlüssen. Schon beim PRP-Prozeß 78 kritisierte der französische RA Antoine Comte (Vereinigung Demokratischer Juristen und Bewegung Katholischer Juristen) das Prinzip der „moralischen Urheberschaft": es widerspreche *„vollständig den Prinzipien des klassischen Strafrechts"*. Armin Golzem, der den Prozeß gegen Otelo und andere für den Republikanischen Anwaltsverein und das „Europäische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter" (C.E.D.R.I.) beobachtete, faßt Vorgehen und Intentionen der portugiesischen Justiz zusammen: *„Den Täter haben wir, die Tat wird sich schon finden."* Die Bedeutung von Prozeß und Urteil ist offensichtlich: *„Wir befürchten"*, formuliert ein Appell an Präsident Soares äußerst zurückhaltend, der von verschiedenen Prominenten vor allem aus der BRD unterzeichnet ist, *„daß hier der Versuch unternommen wurde, das Rad der portugiesischen Geschichte*
der BRD unterzeichnet ist, *„daß hier der Versuch unternommen wurde, das Rad der portugiesischen Geschichte*
auf den 24. April 1974 zurückzudrehen." (Anm. 2) Oder, deutlicher: Es geht um die Zerschlagung des letzten — symbolischen —Restes der Revolution.

Neben dem juristischen Vorgehen (Revision wurde sofort eingelegt), dessen Chancen angesichts der Folgeprozesse allerdings wenig günstig aussehen, steht die politische Reaktion auf den Prozeß. In der portugiesischen Öffentlichkeit (Presse) wurde nur kurze Zeit berichtet, die Linke schweigt weitgehend. Soares — derzeit Staatspräsident — äußerte sich dahingehend, es gäbe *„zwei Otelos"*, einen der „Nelkenrevolution" und einen anderen, *„der später Straftaten begangen habe."* (taz, 25.5.87) Allein die kleine Linkspartei UDP (Stimmanteil ca. 2%) hat das Urteil als *„Einschüchterungsversuch der Rechten gegen die ‚Leute vom 25. April' bezeichnet."*



Premier Goncalves

Zur näheren Information wäre v.a. die C.E.D.R.I. zu kontaktieren, die zu erreichen ist über die Schweizer Adresse: Missionsstraße 35, Postfach 2780, CH-4002 Basel; oder die österreichische : Lobnik 16, A-9135 Eisenkappel.

Anmerkungen

Anm.1: Die genauen Prozeßangaben schwanken: A. Decker („links", Juli 87) berichtet von 61 Angeklagten, 13 Freisprüchen, 43 hohen Freiheitsstrafen (davon 8 bis 17 Jahre), vier ‚de facto' Freisprüchen für Kronzeugen.

Die „taz" (22.5.87, S.1): 64 Angeklagte, 14 Freisprüche, alle anderen 10-15 Jahre.

Die „taz" (22.5.87, S.7): 64 Angeklagte, 16 Freisprüche.

C.E.D.R.I.-Bericht: 37 Angeklagte, davon fünf zu 15 Jahren, 25 zu 10 bis 14 Jahren, sieben zu sechs bis neun Jahren verurteilt, zwei zu 17 Jahren; „Milde" für vier Kronzeugen.

Anm. 2: Zu den Unterzeichnern gehören u.a. G. Wallraff, B. Engelmann, die RAs Golzem, Hannover, Kempf, die SPD-Mitglieder Isola (AJS) und v.Oertzen, die GRÜNEN Ebermann, Wetzel, Heinrich , v. Plottnitz.

Sinn Fein verteidigt West Belfast

Über Erfolge und Schwierigkeiten der Politik in Nordirland



Im Mai dieses Jahres geriet eine IRA-Einheit in Loughall in eine Falle der britischen Sondereinheit SAS. 8 IRA-Leute wurden getötet, der größte Verlust der IRA seit 15 Jahren. Die britische Regierung hatte die Präsenz der SAS in Nordirland verstärkt, nachdem Polizei und Armee durch die militärische Offensive der IRA zusehends in Bedrängnis gerieten. Unser Bild zeigt die Beisetzung des IRA-Mitgliedes Jim Lynagh, an der tausende von Nationalisten teilnahmen.

Aufatmen entlang der Belfaster Falls Road, dem Zentrum der „Pro-

eine militärische Kampagne, die hinsichtlich ihrer Intensität lediglich

überrunden. Das Mandat ging dennoch an einen Kandidaten der Unioni-

Aufatmen entlang der Belfaster Falls Road, dem Zentrum der „Provisional"-Bewegung. Bei den britischen Unterhauswahlen gelang es Gerry Adams, dem charismatischen Sinn Féin-Präsidenten, sein 1983 erstmals erworbenes Mandat gegenüber dem gemäßigten Herausforderer Hendron (SDLP) zu verteidigen. 16.682 Stimmen für Adams, 14.461 für Hendron lautete das Resultat. Für Adams, dem die Medien einschneidende Verluste prognostiziert hatten, bedeutete dies einen Zuwachs von ca. 500 Stimmen.

Insgesamt betrachtet verlor Sinn Féin gegenüber den Wahlen von 1983 ca. 20.000 Stimmen, während die SDLP 17.000 Wähler hinzugewann. Nichtsdestotrotz bleibt der Stimmenanteil Sinn Féins bedeutend, wie auch die Medien nach der Auszählung konstatierten. Die Sinn Féin-Verluste lagen deutlich unter dem Niveau, das noch Tage zuvor für möglich erachtet wurde. Zudem muß berücksichtigt werden, daß Sinn Féin bei den Unterhauswahlen von 1983 das bislang beste Ergebnis überhaupt errang. Das nun erzielte Resultat liegt um 20.000 Stimmen über dem der Wahlen zum nordirischen Parlament von 1982, das seinerzeit als sensationell klassifiziert wurde.

Unter den denkbar schlechtesten Bedingungen ist es Sinn Féin gelungen, ihren Wähleranteil auf relativ hohem Niveau — d.h. 11% der gesamten Stimmen bzw. ein gutes Drittel der katholisch/nationalistischen Wählerschaft — zu konsolidieren.

Widrige Umstände

Der Sinn Féin-Wahlkampf fand unter den denkbar schwierigsten Umständen statt.

— Im Gegensatz zum Wahlkampf von 1983, der noch ganz unter dem Eindruck des IRA-Hungerstreiks und der britischen Intransigenz stand, befand sich Sinn Féin dieses mal eher in der Defensive. Anders die SDLP, die — aufgepäppelt durch das britisch-irische Abkommen und us-amerikanische Gelder — einen ausgesprochen offensiven Wahlkampf führte. Zudem ist die Desillusionierung der Minderheit bezüglich des britisch-irischen Abkommens noch längst nicht so fortgeschritten, wie sich dies die republikanische Führerschaft zunächst erhofft hat. Möglicherweise befindet sich die „Hillsborough"-Euphorie gar momentan auf ihrem Höhepunkt.

— Innerhalb der katholisch/nationalistischen Minderheit macht sich derzeit eine gewisse Kriegsmüdigkeit breit, die nach 18 Jahren der Unruhen und des bewaffneten Kampfes alles andere als verwunderlich ist. Andererseits führt die IRA seit dem Sommer 1986 eine militärische Kampagne, die hinsichtlich ihrer Intensität lediglich Anfang/Mitte der 70er Jahre übertroffen wurde. Zu dieser militärischen Kampagne zählen auch so eher unpopuläre Maßnahmen wie die Attacken gegen Firmen, die in irgendeiner Weise den „Sicherheitskräften" zuarbeiten (in Nordirland sind tausende von Arbeitsplätzen von Aufträgen durch Armee und Polizei abhängig) und die Rückkehr zur Bombardierung ökonomischer Ziele. Die Sinn Féin-Führung hat diese Intensivierung der IRA-Kampagne in den letzten Monaten wiederholt gerechtfertigt bzw. selbst propagiert. Von militärischer Zurückhaltung, um einen Sinn Féin-Erfolg nicht zu gefährden, konnte in diesem Jahr nicht die Rede sein. Der Kriegsmüdigkeit, die der SDLP und den „Hillsborough"-Befürwortern zugute kommt, versuchte Sinn Féin dadurch gerecht zu werden, daß sie ihrerseits einen eigenen Friedensvorschlag unterbreitete („A Scenario for Peace"). In seiner ersten Rede nach seiner Wiederwahl verwies Gerry Adams auf die Notwendigkeit und Möglichkeit von Friedensgesprächen, unter Einschluß aller am Konflikt Beteiligten.

— Sinn Féin sah sich mit einer Welle der Repression konfrontiert. Sinn Féin-Aktivisten wurden belästigt, verhaftet und in einigen Fällen wurde gar auf sie geschossen. Gerry Adams' Wahlkampfmanager, Alex Maskey, wurde von einer loyalistischen Todesschwadron niedergestreckt und dabei schwer verletzt.

— Eine schwer kalkulierbare Größe war die Sinn Féin-Abspaltung Republican Sinn Féin. Republican Sinn Féin hatte sich konstituiert, nachdem der letztjährige Sinn Féin-Parteitag die Abschaffung des „Abstentionism"-Prinzips beschlossen hatte („Abstentionism" = Nichteinnahme gewonnener Parlamentssitze; für das britische Unterhaus wie das nordirische Parlament gilt dieses Prinzip allerdings immer noch). In West Belfast, wo Republican Sinn Féin von einem ehemaligen engen Verbündeten Gerry Adams geführt wird, traute man der neuen Formation zu, ca. 1.000 potentielle Sinn Féin-Wähler von der Wahl Gerry Adams abzuhalten. Ansonsten liegen die Basen der Republican Sinn Féin eher in den agrarisch geprägten westlichen Regionen Nordirlands. Dazu kam noch die herbe Niederlage, die Sinn Féin bei den Wahlen in der Republik Irland erlitten hatte und die Partei keineswegs im Aufwind erscheinen ließ.

Die Wahlen in den anderen Wahlkreisen

In Fermanagh/South Tyrone, dem ehemaligen Wahlkreis des IRA-Hungerstreikers Bobby Sands, blieb Sinn Féin Nr. 1 im nationalistischen Lager. Hingegen gelang es der SDLP erstmals, Sinn Féin in Mid Ulster zu überrunden. Das Mandat ging dennoch an einen Kandidaten der Unionisten, da sich die nationalistischen Stimmen auf zwei Parteien aufteilten. Während es den Unionisten in der Regel gelingt, sich pro Wahlkreis auf einen Kandidaten zu einigen (was — in anbetracht des Mehrheitswahlrechts — die Chancen der Unionisten gegenüber den Nationalisten erheblich steigert), sind ähnliche Abmachungen zwischen Sinn Féin und der SDLP undenkbar. Zu groß sind die Differenzen zwischen beiden Parteien. Größere Verluste verzeichnete Sinn Féin in Armagh/Newry und in South Down. In South Down gewann die SDLP ein drittes Mandat neu hinzu. In beiden Wahlkreisen war die Differenz zwischen SDLP und Sinn Féin bereits vor diesen Wahlen relativ groß. Ein zusätzlicher Transfer von Sinn Féin-Stimmen in Richtung SDLP wurde durch die Überlegung motiviert, durch die Konzentration der Stimmen auf die eindeutig stärkere der beiden nationalistischen Parteien, den Unionisten das Mandat streitig zu machen. Die Verluste Sinn Féin in einigen der ländlichen Gebiete dürften nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, daß das Engagement der Partei vorrangig der Wiederwahl Gerry Adams in West Belfast galt. So schickte Sinn Féin in Mid Ulster nicht Danny Morrison ins Rennen, der hier 1983 ein weiteres Unterhausmandat nur knapp verfehlt hatte. Danny Morrison stand statt dessen Gerry Adams in West Belfast zur Seite.

Perspektiven

Letztendlich ist das Sinn Féin-Wählerpotential als stabiler einzuschätzen, als das der SDLP. Die SDLP steht und fällt mit der Konzessionsbereitschaft der britischen Regierung. Das Problem der SDLP besteht darin, daß sie diesbezüglich nur mit dem Verweis auf drohende Sinn Féin-Erfolge und anhaltender IRA-Unterstützung Druck ausüben kann. Im britischen Unterhaus, mit seinen mehr als 600 Abgeordneten, spielen die drei SDLP-Abgeordneten überhaupt keine Rolle. Nichts anderes gilt für die 13 unionistischen Abgeordneten. Als seinerzeit die Einteilung der Wahlkreise und das parlamentarische Gewicht der Regionen zur Debatte stand, hat das britische Establishment dafür Sorge getragen, daß es nordirischen Abgeordneten verwehrt bleibt, im Falle knapper parlamentarischer Mehrheiten die Rolle eines „Züngleins an der Waage" anzunehmen. Für das britische Establishment ist es ein Greuel, durch nordirische Abgeordnete — gleich welcher Couleur — erpreßbar zu sein.

Für Sinn Féin stellen sich — grob besehen — dennoch die folgenden Probleme:

— Die Spaltung zwischen SDLP und Sinn Féin ist nicht zuletzt auch eine Klassenfrage. Sinn Féin wird nicht darauf spekulieren können, eines Tages das gesamte katholisch/nationalistische Wählerreservoir auf die radikalrepublikanische Seite zu ziehen. Das britisch-irische Abkommen hat nicht nur die Friktionen innerhalb der protestantischen/loyalistischen Community vertieft, sondern auch innerhalb des katholisch/nationalistischen Lagers. Das absolute Optimum (und auch dies ist fraglich), das Sinn Féin — bei Fortbestand des Status Quo, d.h. Einbindung Nordirlands in den britischen Staatsverband und Aufrechterhaltung des loyalistischen Veto-Rechts — erlangen kann, ist, zur stärksten Formation in der eigenen Community zu avancieren.

— In den kommenden Jahren wird sich Sinn Féin zudem mit der Frage konfrontiert sehen, ob die Klugheit der West Belfaster Wählerschaft anhält und auf andere Regionen übertragbar ist. Die britische Konzessionsbereitschaft wird dadurch bestimmt, für wie bedrohlich die britische Regierung die politische und militärische Herausforderung, die von der radikalrepublikanischen Bewegung ausgeht, empfindet. London und Dublin werden stets darum bemüht sein, die Resultate britischer Konzessionsbereitschaft der SDLP bzw. dem „konstitutionellen Nationalismus" zukommen zu lassen. Sinn Féin befindet sich so in einer Situation, wo die republikanische Führung den Nationalisten verdeutlichen muß, daß die Honorierung angeblicher „Erfolge" der SDLP-Politik — durch die Abgabe der Stimme für die SDLP — eher zu einem frühzeitigen Ende denn zu einer Fortsetzung sozialer Reformen führen wird. Eine Position, die sich damit zufrieden gibt, daß der Reformierbarkeit des nordirischen Systems enge Grenzen gezogen sind und die Desillusionierung bezüglich „Hillsborough" schon fortschreiten wird (was beides zweifelsohne richtig ist), reicht nicht aus. Der sehr differenzierte Wahlkampf Sinn Féins in West Belfast
(was dieses Zweifelsohne Rechnung tra-
reicht nicht aus. Der sehr differenzierte Wahlkampf Sinn Féins in West Belfast
hat diesem Umstand Rechnung getragen.

— Die IRA muß der Notwendigkeit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes wie der zu konstatierenden Kriegsmüdigkeit Rechnung tragen. Die Intensivierung der militärischen Kampagne war eine Entscheidung, die zweifelsohne richtig war. Sie hat den Establishments in London und Dublin vor Augen gführt, daß die IRA militärisch nicht zu besiegen ist. Sie hat desweiteren die britische Normalisierungspropaganda, die den „Hillsborough"-Prozess begleitet, ad absurdum geführt. Und — last but not least — hat sie teilweise erhebliche Krisen innerhalb der „Sicherheitskräfte" provoziert.

Gerry Adams hat selbst wiederholt darauf hingewiesen, daß stets ein gewisses und unvermeidliches Spannungsverhältnis zwischen der IRA-Kampagne und der Suche nach politischer Unterstützung für Sinn Féin existiere. Da eine revolutionäre Strategie in Irland indes weder auf das eine noch das andere verzichten kann, kann es nur darum gehen, dieses Spannungsverhältnis so erträglich wie möglich zu gestalten. Ein äußerst schwieriges Unterfangen, zumal dann, wenn man zu der Einschätzung gelangt, daß eine Intensivierung der militärischen Kampagne unabdingbar ist.

Sinn Féin wird dafür Sorge tragen müssen, daß die Sehnsucht nach Frieden nicht in der Unterstützung einer pro-britischen Konfliktlösung, wie sie das britisch-irische Abkommen darstellt, kulminiert.

Kriegsmüdigkeit

Kriegsmüdigkeit, Sehnsucht nach Frieden sowie die Aussicht, daß die Auseinandersetzung noch jahrzehntelang fortdauern kann, dies sind die Elemente der Kulisse, vor deren Hintergrund die „Provos" einerseits ihre militärische Kampagne intensivieren, um andererseits verstärkt eine politische Lösung und ein Ende der Gewalt zu propagieren.

Der „Provo"-Führung ist das Problem der Kriegsmüdigkeit offensichtlich bewußt. Die Intensivierung der militärischen Kampagne verfolgt den Zweck, eine pro-britische Lösung zu torpedieren sowie die Gespräche unter Beteiligung der „Provos" zu erzwingen. Die Intensivierung der militärischen Kampagne ist allerdings nur eine (theoretische) Möglichkeit, den Weg zum Erfolg abzukürzen. Von nicht geringerer Bedeutung bleibt die Frage, ob es den „Provos" gelingt, sich als relevante politische Kraft auch im „Süden" zu etablieren. Diese Erkenntnis unterscheidet die linke „Provo"-Führung von den Traditionalisten, die sich heute insbesondere in Republican Sinn Féin sammeln. Mit

Fortsetzung nächste Seite



Alex Maskey (Mitte), Belfaster Sinn Féin-Stadtrat und Wahlkampfmanager von Gerry Adams, wurde durch Schüsse eines loyalistischen Todesschwadrons schwer verletzt. Den Loyalisten wie den „Sicherheitskräften" war Alex bereits seit längerem ein Dorn im Auge; Morddrohungen wie Belästigungen durch Armee und Polizei, die ihn wiederholt verhafteten, gehörten zu seinem Alltag. Das Bild zeigt Alex im übrigen nicht auf den Straßen Belfasts, auch wenn dies die britischen Militärfahrzeuge im Hintergrund nahelegen mögen. Aufgenommen wurde das Bild vielmehr während der Manöverbehinderungen im Herbst 1984, in der Nähe von Hildesheim. — Wir wünschen Alex gute Besserung.

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Abkehr vom „Abstentionism" haben die „Provos" ein wichtiges (selbst gestelltes) Hindernis auf dem Wege zu diesem Ziel beseitigt. Andererseits mangelt es Sinn Féin noch an einer po-

gestelltes) Hindernis auf dem Wege zu diesem Ziel beseitigt. Andererseits mangelt es Sinn Féin noch an einer po-

litischen Strategie, die dazu geeignet ist, eine gesamtirische Dynamik zu entfachen.

Die „Provos" haben im „Süden" immer dann gut ausgesehen und das Establishment zum Zittern gebracht, wenn es ihnen gelang, vor dem Hintergrund zunehmender Polarisierung im „Norden", eine gesamtirische Massenkampagne zu entwickeln. Als letztes Beispiel hierfür steht die Kampagne gegen die Haftbedingungen der republikanischen Gefangenen im „Norden", über die 1981 eine südirische Regierung zu Fall gebracht wurde. Massenmobilisierung, schon gar nicht dann, wenn diese nicht unter der alleinigen Federführung von Sinn Féin und IRA erfolgte, war nie eine Angelegenheit des eher elitären traditionalistischen Republikanismus. Die Sichtweise von Gerry Adams und Co. ist hier eine andere, wenngleich gewisse strukturelle Probleme im Umgang mit Massenbewegungen bleiben.

„Peoples Democracy" (PD), die irische Sektion der IV. Internationale, hat sicherlich recht, wenn sie von den „Provos" den Aufbau einer gesamtirischen antiimperialistischen Front verlangt, wobei sie Sinn Féin/IRA eine führende Rolle innerhalb der zu bildenden Front zubilligt. Andererseits kann unter einer antiimperialistischen Front auch nicht die bloße Addition von Sinn Féin/IRA, PD und weiteren — in Relation zu den „Provos" höchst ungleichen Partnern — verstanden werden. Hier würde dem richtigen Anspruch ein Abgleiten in eine Praxis drohen, die alles andere als eine neue Qualität darstellt und von daher auch kaum die Zustimmung der „Provos" finden würde. Für eine die linke Szenerie so eindeutig dominierende Organisation, wie die „Provos" es sind, gibt es nun einmal keinen Anlaß, Macht und Einfluß mit anderen zu teilen. Eine so verstandene antiimperialistische Front hätte lediglich eine Funktion: die der politischen Aufwertung von linken Organisationen neben Sinn Féin/IRA, deren einseitige Partizipation am „Glanz" der „Provos".

Dennoch hat die Kritik der PD einen richtigen Kern: Wollen die „Provos" — auch politisch — wieder in die Offensive kommend, statt sich auf Kommentierung und Kritik des „Hillsborough"-Prozesses zu beschränken, wollen sie dem Versuch der Isolierung der antiimperialistischen Kräfte aktiv begegnen, so bedarf es eines eigenen attraktiven politischen Projekts, ein Projekt, um das sich diese Kräfte scharen können, das Massen mobilisiert. Eine offensive Anti-„Hillsborough"-Kampagne, die politisch über das hinausgeht, was das britisch-irische Abkommen offeriert, gibt es seitens der „Provos" bis heute nicht. Vor diesem Hintergrund ist es um so erstaunlicher, welche Wahlergebnisse die „Provos" noch immer zu erzielen wissen. Sie verdeutlichen lediglich, über welch solide Basis die „Provos" — allen Isolierungsbemühungen wie der eigenen Defizite zum Trotze — verfügen.

Ende der 70er Jahre befand sich die IRA militärisch in einer Sackgasse und politisch in einer Situation relativer Isolierung. Die Anti-H-Block-Kampagne beendete diesen Zustand zugunsten der „Provos", brachte die antiimperialistischen Kräfte — zum ersten mal seit den frühen 70er Jahren — wieder politisch in die Offensive. Für die „Provo"-Linke war dies — wie der zuvor existierende Zustand — eine einschneidende Erfahrung. Der politische Erfolg der Anti-H-Block-Kampagne stand an der Wiege der Linksentwicklung und Politisierung der „Provos", begründete deren Reetablierung als politisch wie militärisch relevanter Faktor.

Im „Süden" Irlands

Als vor einigen Monaten im „Süden" zur Wahlurne geschritten wurde, schien Sinn Féin einige der jüngeren Lehren vergessen zu haben. Hinsichtlich ihrer Programmatik gaben sich die „Provos" betont „südirisch" und ökonomistisch (ein Feld, das die „Provos" jahrelang völlig vernachlässigt hatten); der „Norden" — immerhin die Arena, in der die „Provos" einen relevanten Faktor darstellen —, das britisch-irische Abkommen etc. spielten bestenfalls eine sekundäre Rolle. Berücksichtigte man vormals zuwenig die spezifischen Bedingungen des „Südens" wie Fragen der Ökonomie, so beging man nun den umgekehrten Fehler. Genau betrachtet unterschied sich die „Provo"-Programmatik und -Agitation nur wenig von der des linkssozialdemokratischen (und in der Nordirland-Frage unionistischen) Erzfeindes Workers Party (Ex-„Official' IRA). Die Workers Party auf deren ureigensten Terrain zu schlagen, das konnte nicht gut gehen. Workers Party und Sinn Féin konkurrierten in dem Moment, wo Sinn Féin vom „Norden" nicht mehr sprach und es versäumte, eine gesamtirische Dimension aufzuzeigen, um das gleiche Wählerreservoir. Wenn Sinn Féin nun bezüglich zukünftiger südirischer Wahlerfolge die Wichtigkeit der Wahlkreisarbeit betont, so mag dies vielleicht bei Kommunalwahlen honoriert werden (hier liegt Sinn Féin in der Regel vor der Workers Party, die hingegen im Dubliner Parlament nun 4 Sitze einnimmt). Bei allgemeinen Wahlen gelten indes teilweise andere Gesetze. Hier ist die Workers Party einfach die glaubwürdigere Repräsentatin eines spezifisch südirischen Reformismus.

Die Alternative zu einer Sinn Féin, die sich im „Süden" lediglich als Solidaritätsverein für die Brüder und Schwestern im „Norden" versteht, kann nicht in einer Formation bestehen, die über die Situation im „Norden" und die gesamtirische Dimension der irischen Misere wie republikanischer und sozialistischer Perspektiven kein Wort verliert. Wenn Sinn Féin im „Süden" Erfolge erzielen konnte (z.B. EG-Wahlen von 1984), dann nicht zuletzt deshalb, weil die Bewegung mit dem Kampf im „Norden" und der — auch im „Süden" angesehenen — dortigen politischen Führung identifiziert wurde.

Gerade weil die gesamte irische politische und gesellschaftliche Landschaft erheblich in Bewegung geraten ist — im „Süden" wie im „Norden" —, erscheint die Ausformulierung einer gesamtirischen Strategie dringend notwendig. Bislang hat es die Sinn Féin-Linke verstanden, auch die kompliziertesten Herausforderungen einigermaßen zu meistern. Gelingt ihr das auch künftig, ist eher eine Ausweitung des radikalrepublikanischen Einflusses als seine Eindämmung und politische Isolierung, wie dies die Establishments in London und Dublin intendieren, zu erwarten.

dsm

Mit Gewalt gegen die radikale Linke

Verschärftes Vorgehen von Polizei und Justiz in den Niederlanden

Verschärftes Vorgehen von Polizei und Justiz in den Niederlanden

Wer es noch nicht gewußt hatte, dem wurde in der letzten Zeit deutlich gemacht: die — ohnehin überschätzte — Liberalität des niederländischen Staatsapparates hat durchaus ihre Grenzen, Angriffe der Justiz gegen die radikale Linke häufen sich. Die gestiegene Anzahl von Enthüllungs-Raubzügen, Sabotage-Aktionen und Brandanschlägen, sowie der internationale Druck, der — zuvorderst von der BRD — auf die niederländischen Behörden ausgeübt wird, hat diese veranlaßt, bei der Bekämpfung von Drogen und Terrorismus eine schärfere Gangart einzuschlagen. Erleichtert wird den Behörden ihr Vorgehen durch den Umstand, daß die Linke insgesamt sich in einer sehr geschwächten Position befindet.

Im folgenden ein kurzer Überblick über die aufsehenerregendsten Affären der letzten zwei Jahre.

+ Am **19. November 1985** überfiel eine Spezialeinheit der Kripo das Büro der antimilitaristischen Untersuchungsgruppe *AMOK* in Utrecht (vergl. AK 265). Ein AMOK-Mitarbeiter wurde verhaftet, ein halber Lastwagen Archivmaterial beschlagnahmt.

Der Aktion lag ein „heißer Tip" des niederländischen Verfassungsschutzes BVD zugrunde, demzufolge AMOK (gestohlene) geheime Staatspapiere im Besitz habe.

In der Öffentlichkeit stieß das Vorgehen der Staatsschützer vorwiegend auf Empörung. Der betroffene AMOK-Mitarbeiter wurde nach fünfzehn Tagen U-Haft wieder freigelassen, der größte Teil des konfiszierten Materials wenig später zurückgegeben. Aufgrund einer Klage von AMOK urteilte das zuständige Gericht in Utrecht im Mai 1986, der Überfall sei — wegen formal-juristischer Fehler seitens der Staatsanwaltschaft — unrechtmäßig gewesen. Durch dieses Urteil, das kürzlich vom Obersten Gerichtshof in Den Haag bestätigt wurde, ist ein Strafprozeß gegen AMOK unwahrscheinlich geworden, da unrechtmäßig erworbenes Beweismaterial vor einem niederländischen Gericht ungültig ist. Allerdings wurde die Forderung von AMOK nach einem Verbot der Weiterleitung von aus dem beschlagnahmten Material gewonnenen Informationen an die Geheimdienste zurückgewiesen.

+ Am **4. Mai 1986** wurde Paul Moussault, Redakteur der in Groningen herausgegebenen *„Knipselkrant"*, verhaftet. Der „Verdacht" lautete: Beteiligung an einem Sprengstoff-Transport. Die entsprechenden „Hinweise" waren derart dürftig, daß Moussault am 23. Mai wieder auf freiem Fuß war und ein Prozeß nicht zustande kam.

Nach Angaben der „Knipselkrant" ist Moussault vor und nach seiner Inhaftierung sowohl von niederländischen BVDlern als auch von westdeutschen BND-Mitarbeitern unter Druck gesetzt worden, über seine vermeintlichen Kontakte zu der RAF und den CCC „auszupacken".

Die wöchentlich erscheinende, viersprachige „Knipselkrant" macht aus ihrer Sympathie für den „bewaffneten Widerstand in Westeuropa" durchaus kein Geheimnis und ist daher tatsächlich nicht nur niederländischen Staatsschützern ein Dorn im Auge. Bundesdeutsche Sicherheitskräfte brachten diverse Male ihre „Verwunderung" darüber zum Ausdruck, daß die Zeitschrift — die z.B. auch Bekennerschreiben zu Anschlägen abdruckt — „offenbar unbeanstandet in Holland" erscheinen könne (so ein BKA-Beamter vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt, laut „General Anzeiger Bonn", 20.8.1986).

+ **Mitte Mai 1986** bekamen die Drucker der autonomen Amsterdamer Wochenzeitung *„Bluf!"* eine Vorladung zum Verhör. Es ging um die Veröffentlichung von Dokumenten, die bei einem Einbruch im Wirtschaftsministerium im Juni 1985 geklaut worden waren.

Da es „Bluf!" im rechtlichen Sinne nicht gibt und die Redaktion offiziell unbekannt ist (das niederländische Recht schreibt keinen „presserechtlich Verantwortlichen" vor), wollte die Justiz über die Drucker an die Namen der für die Veröffentlichung Verantwortlichen herankommen.

In einer Zeitungsanzeige vom 21. Juni 1986 „bekannten" sich über hundert Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens — darunter bekannte Journalisten, linke Politiker, Rechtsanwälte und prominente Friedensaktivisten — dazu, für die Publikation der gestohlenen Dokumente verantwortlich zu sein, aus denen das bis dahin geheime Vorhaben der Regierung, neue Kernkraftwerke zu bauen, hervorging und die daher für großes Aufsehen gesorgt hatten.

Die Drucker blieben bei ihrer Weigerung, Namen von „Bluf!"-Redakteuren zu nennen, weshalb die Staatsanwaltschaft im Februar 1987 ein Strafverfahren gegen sie einleitete. Dieses Verfahren läuft noch.

Seit einigen Jahren werden immer wieder Stimmen laut, die die „Passivität" der Justiz in Sachen „Bluf!" kritisieren, da das Blatt regelmäßig (geklaute) Geheimdokumente veröffentlicht oder Aufrufe zur Sabotage enthält. Stimmen nicht nur aus den Niederlanden selbst, sondern auch aus dem „befreundeten" Ausland:

Am 29. März 1986 „enthüllte" die britische Zeitung „Today", unter Berufung auf eine geheimdienstliche Quelle, „Bluf!" sei eine „in Amsterdam stationierte, dunkle Organisation", die Informationen „an Terrorbanden" wie die Rote Armee Fraktion in Westdeutschland und Action Directe in Frankreich" liefere. Der gleichen Quelle zufolge, sei die gefährliche Rolle von „Bluf!" bereits Thema diverser internationaler Polizeitreffen gewesen.

+ Im Morgengrauen des **24. März 1987** führten Staatsanwaltschaft und Polizei eine Razzia in der *Nijmegener Hausbesetzer-Szene* durch. Ein besetztes Haus sowie vier andere Wohnungen wurden durchsucht. Insgesamt zehn Personen wurden festgenommen.

An der — groß angelegten und gründlich vorbereiteten — Aktion nahmen 240 Bullizisten teil. Ganze Straßen wurden abgeriegelt, „an allen strategischen Punkten der Innenstadt" waren Ordnungshüter stationiert. Im Laufe des Tages kam es zu vereinzelten Scharmützeln, in der darauffolgenden Nacht zu diversen Sabotage-Aktionen und einen Tag später zu einer Demonstration mit 1.000 Teilnehmern. In der Nacht vom 24. zum 25. März wurde ein weiteres Haus von maskierten Bullen durchsucht. Sieben der festgenommenen Personen wurden bis zum 7. Mai in U-Haft gehalten.

Hintergrund der Razzia waren die Krawalle, die es Mitte Januar anläßlich der Räumung einer der Nijmegener Kraker-Hochburgen (ein Bürogebäude mit dem Namen „Marienburg") gegeben hatte. Dabei hatte es nicht nur zahlreiche zerdepperte Schaufenster und brennende Barrikaden gegeben, sondern auch eine ganze Reihe von Verletzten und Festnahmen. Eine Bank war total ausgeräumt worden und eine Polizeiwache in Flammen aufgegangen.

Die intensiven Ermittlungen der Kripo hätten nun ergeben, daß die Verhafteten als Hintermänner der Ausschreitungen anzusehen seien, wobei sie nicht unbedingt direkt an den Gewalttätigkeiten beteiligt gewesen seien.

Die Januar-Krawalle hatten zu einer wahren Distanzierungswelle geführt und so kam auch die Solidarität mit den im März Verhafteten nur sehr zäh in die Gänge. Letztendlich wurde die entsprechende Erklärung dann aber doch von zahlreichen Organisationen unterschrieben.

Der Protest richtete sich vor allem dagegen, daß die Staatsanwaltschaft ihren Anschuldigungen §140 des niederländischen Strafgesetzbuches (Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung) zugrunde legte. Dabei handelt es sich um den Versuch, aus §140, der bisher hauptsächlich gegen illegale Arbeitsvermittler und steuerhinterziehende Unternehmen angewandt wurde, eine politische Waffe gegen die Linke zu machen (entsprechend dem bundesdeutschen §129a — Zufall?). Der Prozeß, der im Herbst erwartet wird, wird zeigen, inwiefern dieser Versuch gelungen ist.

+ Auf Antrag der belgischen Justiz durchsuchte die Groninger Polizei am **9. April 1987** die Redaktionsräume der *„Knipselkrant"* und die Wohnung von Moussault. Diverse Ordner mit Archivmaterial, eine Schreibmaschine und eine Druckerpresse wurden beschlagnahmt. Über die Auslieferung diesesr Materialien an die belgischen Bekörden wird noch prozessiert.

Fünf Tage vor der Haussuchung war ein älteres, niederländisches Ehepaar in Belgien verhaftet worden. Es hatte angeblich ein Paket mit CCC-Flugblättern im Auto, das im Auftrag von Moussault in Belgien abgeliefert werden sollte.

Das Ehepaar streitet jedwede Verbindung zu den CCC ab und soll erklärt haben, den Inhalt des Paketes nicht gekannt zu haben. Am 6. Mai wurde es freigelassen. Das Ermittlungsverfahren läuft noch.

+ Am **29. April 1987** stürmte die Amsterdamer Polizei die Redaktionsräume von *„Bluf!"*. Vier Personen wurden festgenommen, die gesamte Auflage der Nr. 267 (2.400 Exemplare) beschlagnahmt. In der Nummer war ein als vertraulich eingestufter interner Bericht des niederländischen Verfassungsschutzes aus dem Jahre 1981 dokumentiert, den die Redaktion kurz zuvor von einem anonymen Absender erhalten hatte.

Durch die Beschlagnahme fand das — im übrigen nicht besonders sensationelle — Dokument auch in den bürgerlichen Medien starke Beachtung. Außerdem gelang es „Bluf!" noch in der gleichen Nacht, die beschlagnahmte Nummer erneut drucken zu lassen (diesmal in einer Auflage von 4.500), so daß sie am 30. April („Tag der Königin") auf dem Amsterdamer Flohmarkt zum Verkauf angeboten werden konnte. Dort und auch anderswo gingen die Zeitungen weg wie warme Semmeln.

Da die Obrigkeiten den Nationalfeiertag nicht durch Krawalle verunziert haben bzw. in Chaos untergehen lassen wollten, ging die Polizei (erwartungsgemäß) nicht gegen die Verkaufsaktion vor, die beim Publikum vorwiegend auf Sympathie stieß.

Die festgenommenen Personen wurden kurze Zeit später wieder freigelassen. Einer von ihnen muß Anfang Juli vor Gericht erscheinen, da er ein Fahrrad gegen Inhaber der Staatsgewalt geworfen haben soll. Gegen die anderen drei wird es keine Strafverfolgung geben, weil nicht bewiesen werden kann, daß sie für den Inhalt oder die Produktion von „Bluf!" verantwortlich sind.

Soweit die Fälle im Einzelnen (wobei es in diesem Zusammenhang nur um offensive Aktionen der Justiz ging und z.B. auf die Darstellung brutaler Polizei-Einsätze gegen Demos, Blockaden, besetzte Häuser usw. oder härter werdende Gerichtsurteile verzichtet wurde). Von verschiedener Seite wurde spekuliert, daß die unverkennbar zunehmende politische Repression in der Niederlande auch zusammenhängt mit der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der „Terrororismusbekämpfung" (z.B. im Rahmen von TREVI).

Am 30. Mai fand aus Anlaß der oben dargestellten Übergriffe in Amsterdam eine Arbeitskonferenz mit ca. 400 Teilnehmer/innen statt. In Arbeitsgruppen wurde u.a. über mögliche Gegenmaßnahmen gegen Infiltration und Bespitzelung diskutiert; über eine bessere Zusammenarbeit zwischen Rechtsanwälten, die mit politischen Verfahren zu tun haben; über die Rolle linker Presse-Organe; und über die Frage, wie die derzeitige Repression einzuschätzen ist bzw. welche Gegenstrategie angesagt ist. Zum Kongreß erschien eine, von diversen Gruppierungen erstellte Zeitung, die in einer Auflage von 7.000 vertrieben wurde.

Hu., Nijmegen


Hohlkopf Bowie: „Die Mauer hat mein politisches Bewußtsein verändert" (lt. „Bild", 9.6.87)

Bowie statt Honnie?

Rock und Politik diesseits und jenseits der Mauer

Die NATO war schwer empört und verurteilte die Polizeieinsätze gegen Jugendliche in Berlin, die sich versammelt, Parolen gerufen und Polizisten mit Flaschen beworfen hatten. Nicht die Demonstranten gegen Reagan waren es, aber immerhin Jugendliche in Berlin/DDR, denen die Sorge des westlichen Bündnisses galt, als sei die DDR gerade aus der NATO ausgetreten.

Zielsicher hatten die Westberliner Veranstalter ein dreitägiges „Concert for Berlin" zu Pfingsten an die Grenze der DDR nahe des Brandenburger Tores gelegt, vor das Gebäude des ehemaligen Reichstages, wo David Bowie, die Eurythmics und Genesis spielten. Da in der DDR und ihrer Hauptstadt nicht nur der Berliner Rundfunk und Stimme der DDR gehört werden, passierte, was passieren mußte und für sich genommen zu den normalsten Dingen der Welt gehört. DDR-Jugendliche trafen sich auf der Straße Unter den Linden östlich des Brandenburger Tores und versuchten, von den Konzerten in Westberlin mitzubekommen, was je nach Windlage zu hören war. Volkspolizei, die mit vierbeiniger Verstärkung an dem sensiblen Bereich der Grenze auftrat, reagierte letztlich nervös und gereizt. Wer die ersten Fußtritte austeilte oder die erste geleerte Bierflasche warf, ist im nachhinein und von hier aus ohnehin nicht festzustellen. In jedem Fall kam Unruhe unter den jungen Leuten auf. Dann geschah, was die Westpresse, das Westfernsehen und den Rundfunk im amerikanischen Sold (RIAS) tagelang begeisterte: Einige hundert DDR-youngsters gröhlten im Chor deutlich vernehmbar für Peter Merseburger und sein Publikum den beliebten West-Oldie „*Die Mauer muß weg!*" Als die kessen Kids sich schon

Merseburger und sein Publikum den beliebten West-Oldie „*Die Mauer muß weg!*" Als die kessen Kids sich schon

längst wieder nach Hause verzogen hatten, kamen die Patrioten aller Fraktionen westlich der Schandmauer erst richtig ins Schunkeln. „*Da ist Musik drin, deutsche Musik*", fand Herbert Kremp in „BILD". Enno von Loewenstern hörte in der „Welt" die Jungs Unter den Linden gar das Deutschlandlied singen und befand, der Tag der „*Wiedervereinigung*" sei „*nicht mehr fern*". Benedict Maria Mülder („taz") spürte einen „*Hauch vom 17.Juni 1953*" in der „*Gesamtberliner Höhenluft zwischen Prenzlauer Berg und Kreuzberg*", als sei der ehemalige „Bolle"-markt vom Görlitzer Bahnhof (Berlin-West) an die Schönhauser Allee verlegt worden. „*Nichts Naheliegenderes und Einfacheres*" kann Benedict Maria Mülder sich vorstellen als: „*Die Mauer muß weg.*"

Die wahren Hintergründe der Jugendkrawalle enthüllte indessen Fritz Noll in der DKP-Zeitung „UZ" vom 10. Juni. Der Klassengegner brauchte eine Provokation, nicht zuletzt, weil „*Erich Honecker in Holland einen tiefen Eindruck hinterließ*". Das Ende, so Noll, sei bekannt: „*Einige hundert Jugendliche, sehr gemischt zusammengesetzt, werden hochgekocht.*" Ist David Bowie ein Kannibale? Noll entlarvt die Drahtzieher: „*Blickt man in die Presse von Springer bis zum Bayernkurier, dann wird klar, wo die Regisseure sitzen und welches Stück inszeniert wurde.*" Waren es „Welt"-Abonnenten, die in der DDR-Metropole randalierten? Ähnlich originell war die Stellungnahme der amtlichen DDR-Nachrichtenagentur ADN: „*Von Zusammenstößen zwischen Polizei und Jugendlichen kann keine Rede sein. Sie existieren nur in den Hirngespinsten einiger westlicher Korrespondenten, die aus Sensationsmacherei über die Grenze hin und her reisten.*" Klüger und gelassener als solche sehr deutschen Journalisten reagierte der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Boris Pjadyschew: „*Die Jugend ist ein energisches Volk. Manchmal wird man sogar neidisch, wie übermütig und fröhlich sie in den Stadien und Sporthallen und manchmal auch auf den Straßen handeln.*" (FR, 10.6.87) Einige Jugendliche sollen vor der sowjetischen Botschaft Unter den Linden „*Gorbatschow, Gorbatschow*" gerufen haben.

Dazu Pjadyschew: „*Darüber kann man sich nur freuen.*"

Die Mauer — ein „antimusikalischer Schutzwall"?

Benedict Maria Mülder von der „taz" war nicht der einzige, der Pfingsten an der Grenze der DDR zu Westberlin einen „*antimusikalischen Schutzwall*" entdeckte. Der Einfall ist billig. Doch auch der einfältigste taz-Redakteur könnte wissen, daß die Mauer am 13. August 1961 nicht gebaut wurde, um Rockfans den Zugang zu Konzerten zu verwehren.

Rockmusik ist in der DDR weder verpönt noch verboten. Die Zeiten, als Walter Ulbricht gegen die Beatles stänkerte, gehören längst der Geschichte an.

Es gibt heute eine Vielzahl von Rockbands in der DDR. Wer sich dazu einen Überblick verschaffen möchte, dem sei das trotz politisch schräger Einschätzungen informative Buch von Olaf Leitner „Rockszene DDR —Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus" empfohlen (rororo, 509 Seiten, 19,80 DM). Allerdings leidet die DDR-Rockszene daran, daß es vielen Gruppen schwerfällt, ästhetisch ein eigenes Profil zu gewinnen, das nicht in einer schwachen Kopie westlicher Vorbilder besteht. Auch scheinen manche für Kultur Verantwortliche in der DDR gesittet auf Stühlen im Palast der Republik sitzende Rockfans mehr zu schätzen als an der frischen Luft tobende. Hinzu kommt ein Aspekt, den ein Sänger einer DDR-Rockband im Interview mit einer DDR-Autorin vor einigen Jahren mal in die Worte faßte, bei den Texten müsse man „*sehr aufpassen und sehr abwägen*". So handelte sich kürzlich die DDR-Band „City" mit einem harmlosen Lied von halb Zufriedenen in einem „*halben Land*" sogleich den Rüffel einer Rezensentin des FDJ-Zentralorgans „Junge Welt" ein. Immerhin aber erschien auch diese LP im DDR-Plattenverlag „Amiga".

Zahlreiche westliche (Rock)-Musiker haben bereits in der DDR gespielt, in diesem Jahr z.B. Carlos Santana, Peter Maffay, der Elvis-Verschnitt Shakin Stevens und viele andere. Ein Bekenntnis zum Programm der SED ist nicht Voraussetzung, um in der DDR auftreten zu können. So spielte Konstantin Wecker am 13. Juni diesen Jahres vor tausenden begeisterter Fans auf dem Pressefest des „Neuen Deutschland" im Volkspark Berlin-Friedrichshain seine dezent anarchistischen Lieder, und das SED-Zentralorgan fand freundliche Worte über den „*vitalen Sänger*". Doch nicht alle westlichen Musiker, die Fans in der DDR haben, hatten dort bereits Auftritte, und nicht jedem Fan gelingt es, eine Konzertkarte zu erstehen. Die Reiseregelungen für DDR-Bürger sind zwar in den letzten beiden Jahren erheblich erweitert worden, Wochenendausflüge für Jugendliche zu West-Konzerten sind aber offenkundig aus verschiedenen Gründen noch nicht drin. So bleiben Wünsche unerfüllt.

Die beste Einschätzung des Pfingsttroubles in der DDR-Hauptstadt gab Udo Lindenberg in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk. Das jugendliche Publikum in der DDR, so Lindenberg in dem ihm eigenen Stil, sei „*sehr, sehr spitz auf Rockmusik*", die DDR-Behörden müßten in Sachen Rock und Flexibilität noch dazulernen, aber man sollte „*nicht kaltkriegermäßig die DDR als Schweinestaat beschimpfen, schließlich unterstützt die Regierung dort die Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow mehr als Sauerkohl*". Per Post schickte Lindenberg dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR eine Lederjacke und forderte ihn auf: „*Geh doch endlich raus auf die Straße, zieh die Lederjacke an und treff die bunten Kiddys und skandier mit ihnen ‚Urbi et Gorbi'*".


Demnächst mit Lederjacke? Erich Honecker

Die Heuchler

Das Verhalten der DDR-Sicherheitsorgane an den turbulenten Pfingstabenden sollte man weder beschönigen noch rechtfertigen. Eines aber kann man eindeutig feststellen: Was Pfingsten Unter den Linden passierte, läßt sich auch nicht annähernd mit dem Ausmaß und der Härte der Knüppeleinsätze vergleichen, die von den Bullen im „freien Teil Berlins" beim Reagan-Besuch und dem mißlungenen Versuch, den berüchtigten Anarchisten Hönkel zu verhaften, veranstaltet wurden. Leute wie Kohl, Diepgen, sein Bullensenator Kewenig und Landespolizeichef Kittlaus (nomen est omen), die einen ganzen Stadtteil polizeistaatlich abriegeln ließen, sind als Prediger gegen die Mauer so ernst zu nehmen wie eine Bande von Zuhältern als Komitee zur Beseitung der Prostitution. Während Ronald Reagan vor dem ehemaligen Reichstag Gorbatschow zum Einreißen der Mauer auffordert, bewachen schwerbewaffnete Yankees die Grenze zwischen den USA und Mexico, eine Mauer, die verhindert, daß Mexikaner sich aus dem „Billiglohnland" südlich des Rio Grande in die Vereinigten Staaten begeben, wo sie für ihre Arbeitskraft ein paar Geldscheine mehr als zu Hause erhalten. Unterdessen hindert in New York keine Mauer die Arbeits- und Obdachlosen der South-Bronx daran, sich einen Koffer zu kaufen und nach Berlin, Paris, Texas oder Australien zu fliegen.

Gerd Eggeling

„Unsere Zeit", Düsseldorf:

Wer macht Krawall?

Reagans Westberlin-Trip wurde in der vergangenen Woche von Springers „Welt" mit der Schlagzeile „Die Mauer muß weg" eingeläutet. Klar, nachdem der „Sportflieger" Rust nicht verkohlt irgendwo in litauischen Wäldern gefunden wurde; nachdem die Hauptstadt der DDR ein weltweites Oberbürgermeister-Festival erlebte; nachdem Erich Honecker in Holland einen tiefen Eindruck hinterließ; ganz klar, es roch nun nach Provokationen. Zu stark ist die Wirkung der sozialistischen Friedensinitiative auf das Massenbewußtsein unseres Landes.

Also, man nehme ein Rockfestival, lege es an die Staatsgrenze der DDR, drehe einige Lautsprecherbatterien Richtung Osten und organisiere ein paar Schreihälse. Zuvor allerdings macht RIAS Stimmung, so daß „der Geheimtip bereits in der Woche vor Pfingsten zwischen Brandenburger Tor und Friedrichstraße kursierte" (Frankfurter Rundschau). David Bowie, englischer Rockstar, wird animiert, „Grüße" an „die Freunde jenseits der Mauer" durch das Mikrofon zu schreien.

Das Ende ist bekannt. Einige hundert Jugendliche, sehr gemischt zusammengesetzt, werden hochgekocht. Plötzlich ertönen dann auch auf der DDR-Seite die ersehnten Sprechchöre: Die Mauer muß weg! Und die Massenmedien haben ihre Spitzennachrichten und Schlagzeilen: „Krawalle in Ostberlin!"

Damit wir nicht falsch verstanden werden: Die Faszination von Rockmusik ist ebensowenig systembedingt wie etwa die menschliche Neugier. Nur wie man „Krawalle" unter diesen konkreten Bedingungen organisiert, das ist weder ein Geheimnis noch systemneutral. Blickt man in die Presse von Springer bis zum Bayern-Kurier — dann wird klar, wo die Regisseure sitzen und welches Stück inszeniert wurde:

Spannungen anheizen, von den Revanchistentreffen ablenken, die Vorbereitungen des 13. Juni in Bonn stören, eben jenen Reagan-Besuch einläuten, der in Westberlin gewiß noch für Furore sorgen wird. Wie hieß es doch noch in den Medien nach der Holland-Reise von Erich Honecker: Der Staatsratsvorsitzende wird noch in diesem Jahr die Bundesrepublik besuchen. Die Stahlhelmer, die nicht nur in der CDU/CSU zuhause sind, die auch ihre Vertreter in den Massenmedien haben, glaubten Gelegenheit nehmen zu sollen, den Besuch Erich Honeckers auf ihre Weise vorzubereiten.

Fritz Noll

Das waren noch Zeiten!

Mit Walter Ulbricht gegen John Lennon

Als viele heutige Rockfans in der DDR noch gar nicht geplant waren, bereitete sich die SED erhebliche Schwierigkeiten im Umgang mit Musik, die fremd in den Ohren von an Sinfonien und Schalmeien gewöhnten Arbeiterfunktionären klang. In einem Artikel in jener Zeit hieß es: „*Panikartige Anstürme auf Konzertkassen, zerissene Kleider, bewußtlose ‚Teenager', Großeinsätze von Polizisten und Sanitätern, Kreischen, Trampeln und Haarezerraufen: Sollen dafür allein vier junge englische Musiker verantwortlich sein, eine Gruppe, die sich noch vor wenigen Jahren völlig unbekannt in den Kellerlokalen Liverpools und Hamburgs das Mittagessen zusammenspielte?*

Versuchen wir doch einmal, das ‚Phänomen Beatles' zu betrachten. Musikalisch bewegen sich die ‚Beatles' im Bereich des sogenannten ‚big beat', einer Richtung in der Tanzmusik, die seit Jahren mit mehr oder weniger Nachdruck als stark rythmisch intensivierter Gegenpol dem sentimentalen und schnulzenhaften Schlager entgegenzuwirken versucht. So gesehen, bringen sie — bis auf den modernen Gitarren-Sound — durchaus nichts Neues, zumal die Zeit der Presley-Shows und der Bill-Haley-Krawalle bereits seit längerem überholt ist…

Die Beatles verschmähen bewußt die ‚Schnulze'… Sie wenden sich mit einer jugendlich-unbefangenen Ursprünglichkeit gegen die verlogene und sentimentale Scheinwelt eines von Werbe- und Show-Industriellen gelenkten Vergnügungsgeschäftes. Dieses Abwenden ist, wenn wir die Beatles in der Gesamtheit ihres Auftretens betrachten, im Grunde nichts anderes als ein Aufbegehren gegen den Konservatismus und die Starrheit ihrer wohlsituierten und spießerhaften kapitalistischen Umwelt, deren freudlose und bedrückende Atmosphäre sie selbst als Kellerkinder der verrauchten Industrie- und Hafenstadt Liverpool so nachhaltig zu spüren bekamen … Damit repräsentieren sie das jugendliche Auflehnungsbedürfnis einer ganzen Generation gegen eine überholte Gesellschaftsordnung … Unter diesem Aspekt betrachtet, verdienen die ‚Beatles' durchaus ein gewisses Interesse, wenn nicht gar Verständnis und Sympathie … Es erscheint aber notwendig, zwischen dem zu unterscheiden, was dieser Gruppe von ihrem Ursprung her an Neuem und Originellem wirklich eigen ist und dem, was infolge der kommerziellen Ausnutzung unter kapitalistischen Verhältnissen an Unechtem und Ungesundem hinzugefügt wurde …

Es kann nicht Ziel unserer Unterhaltungskunst sein, den Hörer durch das überlaute und völlig verzerrte Getöse elektronisch verstärkter Gitarren und Gesangsstimmen in seinen Grundbegriffen von einer natürlichen und ästhetischen Klangwiedergabe zu verletzen. Auch wirkt es wenig schön, nur einer künstlich angeheizten Mode willen ungepflegt und mit wirren, ungeschnittenen Haaren auf die Bühne zu gehen. Von solchen Begleiterscheinungen wollen wir uns distanzieren, ebenso, wie wir uns davor verwahren, daß aus unseren Bühnen und Tanzsälen ein musikalischer Rummelplatz gemacht wird. Unsere Autoren und Interpreten, vor allem aber unsere Laienmusiker, sollten die ‚Beatles' nicht kopieren. Erfreulich aber wäre es, wenn die durch den Klang der Elektro-Gitarre gegebenen Möglichkeiten als ein Weg zur schöpferischen Bereicherung und Vielfalt unserer Tanzmusik genutzt würden und wenn darüber hinaus in unseren Schlagern bald etwas mehr ‚gesunde Naivität' statt Gefühlsduselei und falsches Pathos zu verspüren wären. Es bleibt daher zu hoffen, daß uns künftig der Gitarren-Sound nicht weiterhin als billige ‚Masche' und Effekthascherei begegnet, sondern daß wir auch von den Gitarren-Gruppen moderne und geschmackvolle, sowohl musikalisch als auch textlich gehaltvolle Titel zu hören bekommen, deren Inhalt vom volksliedhaft Einfachen bis zum Chanson reicht." (Aus dem Artikel „Jugendliche Begeisterung — ein Geschäft?" von Dipl.-Musikwissenschaftler Martin Meyer, in: Neues Deutschland, Organ des Zentralkomitees der SED, 9. Juli 1964)

Einen persönlichen Beitrag zur Beatles-Debatte in der DDR steuerte der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf dem 11.Plenum des ZK im November 1965 bei: „*Sind wir denn wirklich nur angewiesen auf die monotonen westlichen Schlager und Tänze? Haben wir in den sozialistischen Ländern nicht genügend herrliche und temperamentvolle Tänze, die vollständig ausreichen, daß sich die Jugend dabei austoben könnte? … Die ewige Monotonie des ‚yeah, yeah, yeah' ist geisttötend und lächerlich.*"

(Zitiert in: Olaf Leitner: Rockszene DDR, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 42).

Reagan-Visite:

Westberlin im Ausnahmezustand

Knapp zwei Wochen nach dem Besuch des US-Präsidenten in Westberlin hat es großen Teilen der Linken und einer liberaldemokratischen Öffentlichkeit noch immer die Sprache verschlagen. Reagans Show vor dem Brandenburger Tor, seine Freiheitsrede gegen Mauer und Stacheldraht vor einigen Tausend Jubel-Berlinern verlief erwartungsgemäß und in sicherheitsüberprüfter Exklusivität. Am Vorabend des Reagan-Besuchs, am 11. Juni, nahmen rund 70.000 Menschen an einer Demonstration gegen die Politik des US-Präsidenten teil, zu der über 150 Gruppen und Organisationen aufgerufen hatten. So viele Menschen brachte zuletzt nur die Friedensbewegung in ihren besten Zeiten auf die Beine. Ansonsten herrschte in Westberlin der politische Ausnahmezustand.





10.000 Polizisten, darunter 1100 aus der Bundesrepublik, waren aufgeboten und veranstalteten mehrere Nächte lang regelrechte Menschenjagden im Kreuzberger Bezirk SO 36, hielten dieses Gebiet im permanenten Belagerungszustand. Am Tage des Reagan-Besuchs wurde dieser Teil des Bezirks von der Polizei hermetisch abgeriegelt. Ganze 160.000 Menschen, die in SO 36 leben, kamen in polizeiliche Vorbeugehaft, um — so der Senat — das Eindringen von ,,Chaoten'' und ,,Anti-Berlinern'' in die Innenstadt zu verhindern.

Und auch Westberlin bekam ,,seinen'' Polizeikessel. Knapp sechs Stunden waren rund 300 Menschen, die sich an einer nicht verbotenen, spontanen Demonstration auf dem Kudamm beteiligten, von der Bullerei eingeschlossen. Polizeiliche Einsatzleitung und der Kesselring selbst bestanden zu einem Teil aus Einheiten der Hamburger Polizei. Die Hansestadt läßt grüßen.

Die Bilanz dieser Tage: 366 Festnahmen, der größte Teil davon Vorbeugehaft. 24 Haftbefehle, darunter einige wegen versuchten Totschlags. Eine bis heute gar nicht zu überschauende Anzahl von Verletzten infolge der wahllo-
wegen versuchten Totschlags. Eine bis heute gar nicht zu überschauende Anzahl von Verletzten infolge der wahllo-
sen und brutalen Knüppeleinsätze: Knochenbrüche, Kopfverwundungen, Prellungen. Ein Mann kam mit lebensgefährlichen Gehirnblutungen ins Krankenhaus. Der bürgerliche Staat zeigte, daß er auch ohne jegliche rechtsstaatliche Legitimität auskommen kann, wenn es sein muß. Der Westberliner Innensenator Kewenig rechtfertigte die staatliche Gewalt als ,,*Maßnahmen, (die) besser in Diktaturen paßten*''. Sie seien ,,*absolut notwendig*'' gewesen und würden ,,*in einer vergleichbaren Situation wiederholt*'' (,,Tagesspiegel'', 16.6.87).

In Westberlin ist, bisher ohne nennenswerten Widerstand einer demokratischen Öffentlichkeit, eine neue ,,Normalität'' bei der Niederhaltung politischen Widerstands und Protests installiert worden. Es soll daher eine, keineswegs vollständige, Übersicht über die Ereignisse in Westberlin erfolgen, um die neue Qualität polizeistaatlicher Notstandsmaßnahmen nachzuzeichnen. Dies geschieht im AK auch deshalb in ausführlicherer Weise, weil die ,,tageszeitung'', die noch nach der Kreuzberger ,,Randale'' vom 1. Mai mit einer Dokumentation zur Stelle war, vor und nach dem Reagan-Besuch ihren totalen Black-out hatte.

Generalstabsmäßige Vorbereitungen

Schon lange vor dem Reagan-Besuch starteten der Westberliner Senat und die Medien ihre bekannten propagandistischen Manöver. ,,Alarm! 4000 Polit-Rocker nach Berlin!'' — heizte die ,,Bild''-Zeitung die Stimmung an. ,,Zittern vor dem Regan-Besuch'', hieß es im eher sozialdemokratischen ,,Volksblatt Berlin''. Mit dem Herbeireden von bevorstehenden ,,Krawallen'' wurde der Einsatz von 10.000 Polizisten legitimiert — darunter 1100 SEK-Polizisten aus dem Bundesgebiet. Letztere mußten aus statusrechtlichen Gründen in Westberliner Uniformen schlüpfen oder bekamen Abzeichen der Westberliner Polizei über ihre Bundeslands-Wappen geklebt. Auch die grünen Wannen wurden auf diese Weise behandelt. Bereits vier Monate vor dem Reagan-Besuch fällte die Innenministerkonferenz einen diesbezüglichen Beschluß westdeutscher Polizei-Importe.

Um Pfingsten herum verstärkten die Polizeieinheiten ihre Grenzkontrollen nach Westberlin. Per Gesichtskontrolle wurden vor allem jüngere Menschen genau überprüft, die Fahrzeuge nach ,,waffenähnlichen Gegenständen'' durchforstet.
genau überprüft, die Fahrzeuge nach ,,waffenähnlichen Gegenständen'' durchforstet.

Ebenfalls am Pfingst-Sonntag fand offenbar die Generalprobe für den Belagerungszustand in Kreuzberg-36 statt. Polizeifahrzeuge, Panzerwagen und ein martialisches Polizeiaufgebot in Kampfanzügen riegelten die Zugänge an der Oranienstraße, Adalbertstraße und am Heinrichplatz ab. Fußgängern und Autofahrern wurde der Weg versperrt. Ganz normale Gäste konnten kein Restaurant betreten, Besucher einer Diskothek kamen nicht wieder heraus. Bis in die frühen Morgenstunden blieb dieser Stadtteil belagert und abgeriegelt.

Bis kurz vor dem Reagan-Besuch machten sich die Sondereinsatzkommandos mit ihrem ,,Gelände'' bestens vertraut. Mit Bebauungsplänen ausgestattet, durchkämmten die Polizeieinheiten systematisch den Kreuzberger Kiez, machten eventuelle ,,Fluchtwege'' aus, grasten die Hinterhöfe in diesem Altbauviertel ab.

Der 11.6.

Über 150 Gruppen und Organisationen, darunter die AL, die Jusos, zwei SPD-Bezirksverbände, die SEW, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen, Autonome und KB, riefen am Vorabend des Reagan-Besuchs zu einer Großdemonstration gegen die Politik des US-Präsidenten auf — und rund 70.000 Menschen kamen. Trotz eines von den Medien herbeigeredeten Bürgerkriegsklimas, trotz der Demobilisierungsversuche der ,,tageszeitung''. Die Demonstration ist vom breiten Bündnis vorverlegt worden, da lange Zeit nicht absehbar war, wie lange der US-Präsident in Westberlin weilen würde. Um eine Demonstration nach einer bereits erfolgten Abreise des Gastes zu vermeiden, entschied mensch sich für den Vorabend.

Im gesamten Bündnis wurde ein absolut friedlicher Verlauf der Großdemonstration vereinbart. Die Autonomen stimmten diesem Vorhaben ausdrücklich zu. Im Verlaufe der Demonstration beschränkte sich die Polizei weitgehend auf den Objektschutz vor Banken und Kaufhäusern, auf ein Spalier auch gegenüber dem ansehnlichen, über 4000 Menschen umfassenden ,,schwarzen Block'' wurde zunächst verzichtet. Steine flogen nur vereinzelt. Zum Teil warfen Polizeiprovokateure und/oder Skinheads Steine in den ,,schwarzen Block'' hinein, ohne daß die Auseinandersetzungen eskalierten.

Erst am Ende bzw. nach der Abschlußkundgebung begann die berüchtigte ,,Randale'', zu der mehrere Umstände beitrugen:

— Entgegen der Absprache bildeten die Polizeieinheiten nahe dem Ort der Abschlußkundgebung ein enges Spalier. Wiederum hielten sich Skinheads inmitten der Polizei auf. Nachträglich war in Erfahrung zu bringen, daß die Skinheads sich auch innerhalb des ,,schwarzen Blocks'' tummelten. Am KaDeWe, dem Prunkkaufhaus des ,,freien Westens'', flogen die ersten Steine — die Westberliner Autonomen blieben besonnen und riefen ,,Aufhören''. Wohl nicht zufällig wurde das KaDeWe hinsichtlich des Objektschutzes fast ,,vergessen'', was einer Einladung für Glasbruch gleichkam. Es waren vor allem aus der BRD angereiste Autonome, die sich die Gelegenheit nicht entgehen ließen. Nachdem nun die Polizeiketten gegen den ,,schwarzen Block'' anrückten, prasselte ein Steinhagel auf sie nieder. Urplötzlich zog sich die Polizei wieder völlig zurück.

— Entgegen den Auflagen der Polizei, die den Ort der Abschlußkundgebung vom Wittenbergplatz an die Urania verlegt hatte, plante die Demonstrationsleitung, diese Auflage nicht einzuhalten. Der für die Polizei überschaubarere Platz an der Urania sollte gemieden werden. Diese Zusage der Demonstrationsleitung gegenüber den Autonomen konnte angesichts des von der Polizei ausgeübten Drucks nicht eingehalten werden. Während ein Teil der Demonstranten bereits der Abschlußkundgebung an der Urania folgte, befanden sich die Autonomen, der Block der AL usw. noch am Wittenbergplatz.

— Nachteilig wirkte sich aus, daß der Block der SEW und der Jusos absprachewidrig an dem ,,schwarzen Block'' vorbeizogen, um schnell zur Abschlußkundgebung zu gelangen. Somit entstand eine Lücke, die aber durch den Block der AL wieder geschlossen werden konnte.

Nach und nach sickerte der ,,schwarze Block'' auf den Platz der Urania ein, nachdem die Demonstration längst für beendet erklärt worden war. Von der Urania aus ging es dann im Scherbengalopp zum Nollendorfplatz, dann zum Winterfeldplatz. Die Polizei setzte Tränengas ein, knüppelte mit Schlagstöcken und bildete stellenweise Kessel. Die versprengten Reste der Westberliner AL und ein Teil der Autonomen gelangten, bei großer Besonnenheit, ohne größere Zwischenfälle an den U-Bahnhof Kurfürstenstraße. Dort wurden sie zunächst von der Polizei eingekesselt, konnten aber an einer Straße ungehindert abziehen.

Das gesamte Anti-Reagan-Bündnis machte zu Recht die Polizei und den Senat für die gewaltsamen Auseinandersetzungen verantwortlich. Faschistische Provokateure (Skinheads) und provokatives Polizeispalier am Wittenbergplatz lösten die Eskalationen aus, wobei sich zunächst nur ein geringer Teil des autonomen Blocks zu Steinwürfen hinreißen ließ.

Der Senat wollte und brauchte die ,,Randale'', um im Nachhinein den gesamten Widerstand zu kriminalisieren und um das, was noch folgen sollte, zu rechtfertigen.

Die Nacht des 11.6. —

Die Nacht des 11.6. — „chilenische Verhältnisse" in SO 36

Nach 23 Uhr fand im Kreuzberger Teilbezirk SO 36 eine regelrechte Bürgerkriegsübung zur Aufstandsbekämpfung statt. Der Bezirk war von grünen Wannen, gepanzerten Räumfahrzeugen, Bullen in Kampfanzügen und sogenannten Greifkommandos der Polizei nur so übersät. Die Oranienstraße wurde allein fünfmal vollständig geräumt, Gruppen von zwei oder drei Personen mit Schlagstockeinsätzen auseinandergetrieben. Alles, was sich in diesem Bezirk um Mitternacht auf den Straßen aufhielt, setzte sich der Gefahr polizeistaatlicher Malträtierung aus. Die Polizei postierte sich in die Hinterhöfe, verfolgte Flüchtende bis auf Dachböden. Mit Suchscheinwerfern tastete sie ganze Häuserfronten und einzelne Wohnungen ab. Sie drangen in ihr bekannte Wohngemeinschaften ein und brachen die Türen auf. In den Wohnungen verprügelten sie die dort lebenden Bewohner/innen. Andere Personen, die mit PKW oder Taxi in den Bezirk einreisten, wurden wahllos herausgezerrt. ED-Behandlung war das mindeste, zumeist regierte der Polizeiknüppel. Auch Pressereporter durften den Kiez gar nicht erst betreten; andere, die drin waren, bekamen es mit Schlagstöcken zu tun. Einschlägige ,,Szene''-Kneipen und Kommunikationszentren riegelte die Polizei ab. Beim Verlassen eines Lokals kam es zum ,,Abgreifen'', selbst aus Taxen wurden Menschen wieder herausgezerrt. In andere Lokale warf die Polizei Tränengasgranaten.

Nicht während und nach der Demonstration, sondern in dieser Kreuzberger Nacht kam es, nach Angaben des Ermittlungsausschusses, zu über 100 Festnahmen; die Zahl der Verletzten war zu diesem Zeitpunkt schon unübersehbar. Bis 5 Uhr morgens belagerten Polizeieinheiten und Sondereinsatzkommandos diesen Distrikt. Nennenswerte ,,Randale'' seitens der autonomen Szene gab es angesichts dieses Belagerungszustands nicht. Untertauchen war angesagt.

Fortsetzung nächste Seite

„Ob Hönkel oder Trocken, wir werden uns schon kloppen"

... oder: ,,Von drauß' von Kreuzberg komm' ich her; ich muß euch sagen, dort HÖNKELt es sehr'' oder: ,,Reagan, die zarteste Versuchung, seit es HÖNKEL gibt''. Mit einem Video-Clip und einem Flugblatt traten sie im Rahmen der Vorbereitungen zur Anti-Reagan-Demo erstmals öffentlich in Erscheinung: die ,,Hönkels''. In dem Flugblatt stellen sie u.a. fest, daß ,,ein Volk ohne Hönkel'' ein ,,unwissendes Volk'' sei. Sie fordern dazu auf, ,,den Alltag zu erotisieren, der Stadt den Geschmack von Freiheit und Abenteuer auf die Straßen zu brennen. Innensenator Kewenig, der das Flugblatt bald in die Hände bekam, reagierte denn darauf so, wie ein ordentlicher Deutscher nur darauf reagieren kann: scharfsinnig bemerkte er, daß dies keine Sprache friedlicher Demonstranten, sondern ,,potentieller Gewalttäter'' sei, und leitete das Flugblatt an alle Redaktionen der bürgerlichen Presse weiter. Doch der intendierte Abschreckungseffekt mochte nicht recht hinhauen. Vielmehr mühte sich die Westberliner Öffentlichkeit redlich ab, dieses neuartige Faszinosum ,,Hönkel'' zu definieren. Maos Feststellung, daß, wer den Geschmack einer Birne kennenlernen wolle, nicht darüber spekulieren, sondern sie in seinem Mund zerkauen müsse, bewahrheitete sich hier mal wieder. Wo alle angestrengten theoretischen Versuche, das ,,Wesen des Hönkel'' zu ergründen, versagten, traten die Hönkels zur praktischen Demonstration an.

Am 6.6., just, als das ,,reguläre'' Westberliner Turnfest in vollem Gange war, lud ,,Törnvater Hönkel'' zum ,,Anti-Reagan-Turnen'' auf den Kudamm ein. Ca. 150 Leute versammelten sich auf dem Breitscheidplatz, machten sich mit Bockspringen und ,,Spalierschaukeln'' warm und zogen dann mit Begleitung eines Spielmannszuges spontan über den Kudamm. Andere Kostproben?

Wie vielleicht bekannt, wurden schon im Vorfeld der Anti-Reagan-Demonstration Polizistengattinnen beim Innensenator vorstellig und forderten für ihre Männer bessere Schutzkleidung und Distanzwaffen; ferner sollten Beleidigungen schärfer geahndet werden und Haftbefehle gegen Gewalttäter nicht mehr ausgesetzt werden dürfen. Ihren Forderungen verliehen sie dann am 20.6. durch eine Kudamm-Demonstration Nachdruck. Aber auch ,,Hönkel'' trat auf den Plan: mit Schminke und Perücke aufgetakelte autonome Männer reihten sich in die Frauendemonstration ein. Unterstützt von Trillerpfeifen und Lärminstrumenten forderten die ,,falschen'' Demonstrantinnen ,,Täglich frei für die Polizei'' oder ,,Hubschraubereinsatz bei Handtaschendiebstahl''.

Einen Höhepunkt der ,,Hönkeleien'' in letzter Zeit stellte jedoch der Bau eines ,,Anti-Kreuzberger Schutzwalls'' durch den ,,Senator für Architektur und Inneres'' dar. Nach der feierlichen Eröffnung des ,,ersten Teilstücks, Grenzübergang Kottbusser Brücke'' skandierten Leute aus dem ,,Freiwildgehege SO 36'': ,,Die Mauer muß weg!''. Festlich gekleidete ,,Jubel-Berliner'' riefen von ,,Hüben'' zurück: ,,Die Mauer muß bleiben, hoch der Senat''. Ferner wurden erste ,,Passierscheine zwischen Berlin-West und Kreuzberg Süd-Ost'' ausgegeben. Erst nach längeren Telefonaten mit dem ,,echten'' Senat bemerkten die reichlich verdutzten Polizeieinheiten die ,,Hönkelei''.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein Bezirk in Vorbeugehaft

Für den 12.6.87 hatte das Anti-Reagan-Bündnis drei Kundgebungen an verschiedenen Orten des Kudamms angemeldet. Politisches Ziel war, auch während der Präsenz des US-Präsidenten in der Stadt die Bevölkerung in Form von friedlichen Kundgebungen, Informationsständen usw. über die US-Politik zu unterrichten und sich das demokratische Recht der Versammlungsfreiheit nicht nehmen zu lassen. Die Autonomen erklärten, an diesem Tag ihre eigenen dezentralen Aktivitäten durchführen zu wollen.

Doch es kam alles anders. Zwischen 12 und 15 Uhr fuhren weder Busse noch U-Bahnen von und nach Kreuzberg. ,,Technische Störungen'' gab die ,,Berliner Verkehrsgesellschaft'' (BVG) den verdutzten Fahrgästen zur Begründung an. In Wirklichkeit handelte die BVG nach Anweisung der Polizeiführung und des Innensenats, denn die U-Bahn bräuchte nicht ,,*Gewaltverbrechern zur Verfügung zu stehen*'' — so Innensenator Kewenig.

Um die ,,*Aufmarschpläne der Gewalttäter zu duchkreuzen*'' (Kewenig), errichteten insgesamt 270 Polizisten neun Grenzkontrollen an den fünf Brücken und vier Straßen, die SO 36 mit Rest-Berlin verbinden. Rigorose Grenz- und Gesichtskontrollen an den ,,Checkpoints Kreuzberg'' sorgten für eine stundenlange Abriegelung dieses Bezirks, der quasi in Vorbeugehaft genommen wurde. Selbst die FDP-Senatorin Schmalz-Jacobsen bezeichnete diese Polizeimaßnahmen als die Verhängung des ,,Ausnahmezustands''.

Die neue polizeistaatliche Qualität in der Nacht des 11.6. und der Absperrung eines ganzen Bezirks liegt darin, daß der Staat nicht mehr nur gezielt und selektiv gegen die Linke oder Teile der Linken vorgegangen ist, sondern die Polizei sowohl bei ihren Knüppeleinsätzen als auch den Grenzkontrollen völlige Willkür walten ließ. Nicht nur die Autonomen — ein ganzer Bezirk wurde zum potentiellen Aufstandsgebiet erklärt. Zum Tag des Reagan-Besuchs wurde die Freizügigkeit von 160.000 Menschen für vier Stunden außer Kraft gesetzt. Dies entspricht durchaus der einschlägigen Praxis lateinamerikanischer Militärdiktaturen!



Der Westberliner Kessel

Gegen 14 Uhr sollten die genannten drei Kundgebungen am Kudamm stattfinden. Erst eine halbe Stunde vorher erklärte die Polizei die Veranstaltungen für verboten, da nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen am Vortage neue ,,Krawalle'' zu erwarten seien. Die Veranstalter riefen daraufhin die Kundgebungsteilnehmer auf, sich auf dem Kudamm zu verteilen und spazierenzugehen.

Gegen 14 Uhr formierte sich eine spontane Demonstration mit rund 800 bis 1000 Teilnehmern, die den Kudamm auf und ab liefen. Nach Angaben des ,,Tagesspiegel'' handelte es sich dabei um ,,schwarz gekleidete und vermummte Demonstranten'', die mit Steinen warfen. Mitnichten! Von den Autonomen war am 12.6. so gut wie nichts zu sehen. Wenn überhaupt, flanierten sie in ungewöhnlich ziviler Aufmachung den Kudamm entlang. Nicht ein einziger Stein flog an diesem Tag durch die Gegend!

Ein Demonstrationsverbot sprach die anwesende Polizei zu keiner Zeit aus, entschloß sich dann aber, die Demonstration schrittweise einzukesseln. Gegen 15.30 Uhr befanden sich schließlich rund 300 Menschen in einem dichten Polizeikessel, darunter Jutta Dithfurth, AL-Abgeordnete, und ganz normale Straßenpassanten. Ausbruchsversuche wurden gewaltsam niedergeknüppelt.

Provokativ fuhr (gegen 16.30 Uhr) eine Polizeiwanne in die Eingekesselten hinein, eskortiert von SEK-Kommandos, die mit Schlagstöcken auf die sitzenden Menschen einschlugen.

Gegen 18 Uhr erfolgte ein weiterer SEK-Einsatz, bei dem einzelne an Haaren, Ohren und Kleidern herausgerissen und verprügelt wurden. Ab 19 Uhr schließlich ließen die Polizeiketten die Demonstranten einzeln aus dem Kessel hinaus, wobei ein Teil dieser Menschen erkennungsdienstlich behandelt wurde. Gegen 21 Uhr erst war die Kessel-Aktion beendet.

Nach Lesart des Westberliner Senats handelte es sich natürlich keineswegs um einen Kessel, sondern um eine — so wörtlich — ,,*kollektive Zusammenfassung zu individuellen Kontrollen*''. Bereits einen Tag später fanden sich etwa 250 Menschen bei der AL ein, um u.a. die Rechtsanwälte mit Prozeßvollmachten auszustatten und gegen die rechtswidrige Einkesselung vorzugehen.

Von den Autonomen war, wie gesagt, nicht viel zu sehen. Teilweise wurden sie in Kreuzberg oder bei Sichtung im Innenstadtbereich abgegriffen. Die Ankündigung in einem Flugblatt der Autonomen, es am 12.6. ,,ordentlich scheppern'' zu lassen, machten nicht sie, sondern die Bullen wahr.

Erst am Abend des 12.6. und in der Nacht des 13.6. kam es zu vereinzelten Steinwürfen und versuchten Barrikadenbauten in Kreuzberg-36, aber noch immer erstickte ein riesiges Polizeiaufgebot, das SO 36 weiterhin belagerte, solche Aktivitäten bereits im Keim.

Bilanz der Repression

Zwischen dem 11. und 13.6. wurden nach Angaben des Ermittlungsausschusses insgesamt 366 Personen festgenommen. Am 11.6. erfolgten 148 registrierte Festnahmen — 51 in Form der Vorbeugehaft. Am 12./13.6. betrug die Anzahl der Festnahmen 161, die meisten davon in Vorbeugehaft. 24 Haftbefehle sind erteilt worden, darunter 13 wegen versuchtem Totschlag. Das läßt hohe Strafen erwarten, wie sie die Justiz bereits nach den Kreuzberger Randalen am 1. Mai und 16./17. Mai gegen einige bereits Abgeurteilte fällte.

Die Rechnung des Staates ist indessen voll aufgegangen. Innensenator Kewenig dankte der Polizei dafür, daß die ,,Chaoten'' im Innenstadtbereich nicht zur ,,Entfaltung'' kommen konnten. ,,*Ein glatter K.o. für die vagabundierenden Söldnerheere der Gewalt, besser hätte es nicht laufen können*'' — so der Innensenator. Und nach Landespolizeidirektor Kittlaus war es die massive Belagerung und Abriegelung des Kreuzberger Bezirks seitens starker Polizeieinheiten, die die Ausschreitungen am 12.6. bereits im Vorfeld gar nicht erst aufkommen ließen.

Derweil lecken sich viele Linke die Wunden oder sind eifrig bemüht, das ganze Ausmaß der Repression und des polizeistaatlichen Terrors nachzuzeichnen. Anfang Juli planen verschiedene Rechtsanwaltsvereinigungen die Durchführung eines öffentlichen Hearings mit Betroffenen.

D./Westberlin

Turnfest Teil II

Stimmen und Positionen zur Anti-Reagan-Demo im Vorfeld ...

Daß aus der ganzen BRD ,,Chaoten'' im Anmarsch seien, daß bei der Anti-Reagan-Demo ganz sicher mit Gewalt zu rechnen sei, daß besonders Teile der SPD zu verurteilen seien, weil sie gegen den Garanten der westlichen Freiheit Arm in Arm mit Anti-Demokraten ..., kurzum: daß die ,,freie Presse'' der BRD von Springers oder Reißmüllers Gnaden eine massive Hetze im Vorfeld der Anti-Reagan-Demo starten würde, war wohl jedem/r Linken klar.

Aber halt: da ist ja noch ,,unsere'' ,,taz''. Wie steht es an einer Kreuzberger Hausmauer noch gleich gesprüht: ,,ver-taz-te Linke, ver-ratz-te Linke''. Wirklich, es ist bemerkenswert, mit welcher Beflissenheit dieses Blatt sich anschickt, dem Bild, das von den Autonomen schon länger auf es projiziert wird (,,Counterblatt''), immer ähnlicher zu werden.

So präsentiert uns Mechthild Küpper in der ,,taz'' vom 9.6.87 einen Kommentar mit der Überschrift ,,Turnfest, Teil zwei?'' Reagan, der immerhin die Morde an Tausenden von Lateinamerikanern mitzuverantworten hat und seine Rüstungspolitik unter Inkaufnahme wachsender Verelendung im eigenen Land finanziert, wird von ihr wie ein netter Bekannter aus Übersee dargestellt, der nach langen Jahren mühevollen Schaffens im öffentlichen Dienst nun seinem wohlverdienten Ruhestand entgegensieht (,,... eine lahme Ente, in der letzten Hälfte seiner letzten Amtszeit, Irangate hinter sich, die Pension in Kalifornien vor sich''). Zu begründen, warum man denn gegen diesen ,,Menschen wie Du und Ich'' *nicht* demonstrieren sollte, fällt Mechthild allerdings schwer. Also schmeißt sie sich in die Rolle des nörgelnden Durchschnittsberliners, den diese nervigen Demos nur in seiner geheiligten, alltäglichen ,,Normalität'' stören (,,Und wieder werden die Zufahrtswege verstopft sein, wieder wird man den Ku'damm weiträumig umfahren müssen.'')

Wo bei Mechthild Küpper die politische Begründung für das Abwiegelungsvorhaben weitgehend fehlt, springt Jürgen Gottschlich in die Bresche (taz, 11.6.87). Wer vermutet hatte, daß unter dem Haupthaar eines ,,taz''-Schreiberlings anderes säße als beste sozialdemokratische Hausmacher-Ideologie-Sülze, sieht sich enttäuscht. Warum in einer ,,Situation, die in Ansätzen ein gemeinsames Interesse von US-Administration und westeuropäischer Friedensbewegung erkennen läßt'', gegen Reagan demonstriert werden soll, vermag Jürgen nicht einzuleuchten. Und weiter: wer dieses neuartige (postmoderne?) transatlantische Bündnis durch seine verbohrte Feindbildpflege oder gar durch einen Verweis auf den US-Imperialismus in Mittelamerika sabotiert, stellt sich auf eine Stufe mit ,,Menschenrechtskämpfern'' à la Dregger. Zum Vergleich: laut ,,taz'' vom 12.6. ,,begrüßte'' der SPD-Landesvorsitzende Momper die ,,amerikanische Bereitschaft'' zum Raketenabbau, er lasse aber auch die ,,Differenzen'', z.B. zur amerikanischen Mittelamerikapolitik nicht unerwähnt.

Nein, ich muß mich verbessern: nicht einmal sozialdemokratische Ideologie wird uns von der ,,taz'' verbraten. Als Begründung für die de-facto-Abwiegelung von der Anti-Reagan-Demo liefert die ,,taz'' nichts als Unsinn, das Abwiegelungsmanöver kommt nicht einmal geschickt, sondern plump daher. Umso wohlwollender wird das Westberliner alternative Käseblatt in der bürgerlichen Presse zitiert (FR, 13.6.; Springers ,,Morgenpost'', 12.6.). Glückwunsch, weiter so!

... und im Nachhinein

Umso bemerkenswerter aber auch, daß trotz der Hetze und Abwiegelungsversuche von ,,FAZ'' bis ,,taz'' ca. 70.000 Menschen diszipliniert gegen Reagan demonstrierten. Des weiteren, daß keine Distanzierungswelle von der autonomen Freizeitgestaltung hinterherging. Das Aufrufer-Bündnis legte vielmehr Geschlossenheit in seiner Presseerklärung vom 13.6. an den Tag. Darin wird festgestellt, daß Innensenator Kewenig sämtliche polizeilichen Geschehnisse der beiden Aktionstage politisch zu verantworten habe und dementsprechend zurücktreten müsse. Ferner wird die Freilassung aller im Zusammenhang mit der Demo Inhaftierten gefordert.

In ersten Stellungnahmen (Berliner Morgenpost vom 13.6.87) ,,verurteilte'' der Senatssprecher die ,,Ausschreitungen'' ,,aufs Schärfste''. Sein Kollege Kewenig sah die Sache weniger moralisch, eher pragmatisch: die Polizei habe ihre Aufgabe erfüllt. Ähnlich der Kreuzberger CDU-Bürgermeister Krüger: weil eventuell eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die aus Kreuzberg kommenden Autonomen hätte entstehen können, deshalb sei die präventive Absperrung Kreuzbergs in Ordnung gewesen. Eine schärfere Gangart wählt die ,,Deutsche Polizeigewerkschaft'': ihr Bundesgeschäftsführer meinte, ,,die Ausschreitungen in Berlin seien der halbherzigen Politik des Senats gegenüber den autonomen Gruppen zuzuschreiben''. Was die logische Konsequenz aus dieser Sichtweise ist, ließ unlängst der neue Westberliner Bullenpräsident Scherz verlauten: er forderte die Anschaffung von Distanzwaffen für W'berliner Bullen.

Die SPD übte sich wieder in höchst differenziertem ,,Einerseits — andererseits''. Einerseits müsse der demokratische Rechtsstaat Flagge zeigen und Straftäter verfolgen, andererseits sei die Abriegelung eines ganzen Stadtteils eine unverhältnismäßige Maßnahme, die nicht der Befriedung Kreuzbergs diene. (Der von Momper u.a geforderte ,,Dialog mit den Autonomen'' wurde von diesen mittlerweile mit einem Verhandlungskatalog beantwortet, in dem nicht weniger als die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln gefordert wird — keine schlechte Verhandlungsmasse!)

Die AL verurteilte die ,,Praktiken des Ausnahmezustandes'', die von den Bullen im Zusammenhang mit der Demo erpobt wurden. Im übrigen wurde die AL in der Folge der Ereignisse vom 11./12.6. am meisten initiativ. Sie brachte zum ersten auf parlamentarischer Ebene einen Mißtrauensantrag gegen Innensenator Kewenig ein, dem die SPD zwar zustimmte (obwohl sie nur eine Rücktrittsforderung erhob), der aber wie zu erwarten an den Mehrheitsverhältnissen im Abgeordnetenhaus scheiterte. Zum anderen — was noch viel wichtiger ist — berief die AL noch am 13.6. ein ,,Betroffenenplenum'' ein, in dem sich von polizeilichen Übergriffen Betroffene über das, was war und über das weitere Vorgehen verständigten. Aus dieser Runde kam dann der Vorschlag, als Reaktion auf die ganzen Vorgänge am 29.6. eine Demo mit den Forderungen u.a. ,,Kewenig muß weg'' oder ,,Polizei raus aus Kreuzberg!'' zu veranstalten.

Diese wird nun auch am 29.6. mit Unterstützung des Bündnisses zustandekommen, das schon für die Anti-Reagan-Demo aufgerufen hatte.

Aus dem autonomen Spektrum kam bislang keine explizit politische Stellungnahme zu den Ereignissen rund um den 11.6. Angesichts der Tatsache, daß die Autonomen mit annähernd null politischem Konzept in die Demo hineingingen (man konnte sich z.B. nicht auf einen einheitlichen Aufruf verständigen) ist dies kaum verwunderlich. Wie im Vorfeld der Demo die militärische Frage ,,Wie ist ein Bullenspalier abzudrängen?'' im Vordergrund der Diskussion in autonomen Kreisen stand, so im Nachhinein die Frage, wie man denn im Kreuzberger ,,Kiez'' die Leute auf die Straße bringt, wenn's mal wieder Randale gibt.

Was die Autonomen als politischen Erfolg sich zurechnen können, ist das Zustandekommen eines ,,starken autonomen und antiimperialistischen Blocks'' (Autonomes Flugblatt) auf der Bündnisdemo, ferner die diversen ,,Hönkel''-Aktivitäten im Umfeld der Demo (s. Kasten). Ansonsten bleibt wenig über: anstatt sich, wie es in einem anderen autonomen Flugblatt sehr richtig heißt, die ,,Orte ihrer Aktivitäten nicht von den Bullen aufzwingen zu lassen'', da ,,der Kiez eine Falle'' sei, gab es doch wieder ,,Heimspiele'' in SO 36. Allerdings gibt dieses Flugblatt Erkenntnisse speziell der W'berliner Autonomen wider, und es waren dann auch hauptsächlich westdeutsche Autonome, die sich auf Randale in 36 einließen. Dies läßt darauf schließen, daß die W'berliner ihre westdeutschen Genossen zuwenig über die Verhältnisse in SO 36, v.a. über die bürgerkriegsmäßig vorbereiteten Bullen instruiert haben.

Eine neue Qualität polizeilicher Notstandsübungen?

Mit seiner Aussage, daß mit der Totalabsperrung eines Teils von Kreuzberg durch die Polizei am 12.6. ,,ein ganzer Stadtteil'' so ,,behandelt werde, als ob dort nur Chaoten wohnten'' (taz vom 15.6.), hat der Westberliner SPD-Chef Momper recht, höchstwahrscheinlich jedoch nicht in dem von ihm beabsichtigten Sinn. Aus dem Sozialdemokratischen in Klartext übersetzt hieße es: *mit der Abriegelung von SO 36 sowie mit den vorangehenden und nachfolgenden nächtlichen polizeilichen Terroraktionen wurden nicht mehr (wie bisher ,,üblich''), einzelne Gruppen oder Individuen von den Herrschenden kriminalisiert, sondern über einen ganzen Stadtteil der präventive Notstand verhängt.* Nächtliche Knüppelorgien, Menschenjagden trafen somit auch alle, die sich zu dieser Zeit noch auf der Straße befanden, und das Abtasten von Häuserfronten mit Suchscheinwerfern, das Erstürmen von Häusern und Verprügeln dort Wohnender gehörte bisher zur Realität lateinamerikanischer Diktaturen. *Die neue Qualität der polizeilichen Notstandsübungen vom 11. bis 15.6. liegt m.E. in der zwar auf kleinem Maßstab, aber auf jeden Fall massenhaften und nicht selektiven Repression,* die von staatlicher Seite betrieben wurde. Um wirklich gezielt gegen die sogenannten Gewalttäter vorzugehen, hätten den Bullen aber Hausdurchsuchungen o.ä., also begrenzte und gezielte Aktionen durchaus genügt. Es liegt demzufolge der Schluß nahe, daß die Entscheidung, einen ganzen Stadtteil prophylaktisch als kriminelle Zone zu behandeln nicht trotz, sondern wegen der 1. Mai-Ereignisse herbeigeführt wurde, wegen der überwiegend solidarischen Haltung der ,,normalen'' Bevölkerung der Szene gegenüber. Die eine Frage ist nun, wie wir uns zu diesen Vorgängen politisch verhalten. Die Antwort m.E. müßte lauten: der offensichtliche Versuch staatlicherseits eine neue ,,Normalität'' polizeilicher Widerstandsbekämpfung durchzusetzen,muß durch massenhaften Protest einer linken Öffentlichkeit beantwortet werden.

Die andere Frage, ob, in welcher Form und auf welchem Niveau das ,,Modell Kreuzberg'' Schule machen könnte, auch für die herrschenden Kreise in der BRD, ist beim jetzigen Stand der Dinge noch nicht eindeutig zu beantworten. Auf jeden Fall müssen wir den Herrschenden auf die Finger schauen. Sie können jederzeit auch so, wenn sie wollen.

cl., KB Westberlin

Vollstreckt Zimmermann Todesurteile?



Am 23.6. begann der Berufungsprozeß gegen Carlos Garcia (taz, 23.6.87). Es geht um die Bestätigung des Todesurteils, das in erster Instanz auch gegen Jorge Palma Donoso, Hugo Marchant Moya und Carlos Araneda Miranda bereits ausgesprochen wurde (Urteil vom 28.11.86). Zehn weitere Angeklagte stehen derzeit in Militärgerichtsverfahren, in denen ausnahmslos die Todesstrafe beantragt wurde: Cecilia Radigan Plaza, Rodolfo Rodriguez Moraga, Miriam Ortega Araya, Rolando Cartagena Cordova, Raul Castro Montanares, Pedro Bargos Ibanes, Juan Gajardo Ortiz, Fernando Reveco Soto und Gonzalo Gonzales Quiroga. Angaben von Flüchtlingen zufolge, die im Juni nach Hamburg einreisten, ist diese Liste der Todesjustiz inzwischen um ein Mitglied der „Patriotischen Front Manuel Rodriguez" erweitert worden. (taz, 25.6.87)

Seit 85: Aufnahme abgelehnt

Die Vorgeschichte der Bemühungen um die Rettung der Gefangenen geht mindestens bis zum März 85 zurück. Damals hatte Hamburg die Aufnahme Garcias (wie seines Freundes Victor Zuniga, der später von der chilenischen Polizei getötet wurde) beantragt. Im Juni 85 lehnte das Innenministerium ab: Sicherheitsbedenken. Im Laufe des Jahres 86 setzten sich verschiedenste Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Gruppen usw. und verschiedene SPD-Abgeordnete für die Aufnahme der 14 Todeskandidaten ein; die „Grünen" verlangten im September 86 erstmals die Aufhebung des angeblichen Hinderungsgrundes — die „Sicherheitsüberprüfung". Ein entsprechender Antrag wurde im November im Bundestag abgelehnt.

Im Oktober erklärte Hessen, daß es bereit sei, alle 14 Gefangene aufzunehmen. Freimut Duve (SPD) forderte — nach einer Chile-Reise — ebenfalls im Oktober, öffentlich (in der „Zeit", 31.10.86), die Aufnahme der 14 und schrieb deshalb im Dezember an Außenminister Genscher, der seinen Staatssekretär Möllemann Erkundungen einziehen ließ. Am 28.11. wurden die drei Todesurteile verkündet — gegen Marchant, Araneda und Palma.



(Fotos aus: Zensierte Fotografie in Chile)

Sofort danach erklärte sich Hamburg bereit, diese drei — sowie Garcia — aufzunehmen. Inzwischen liegen Aufnahmeangebote für einzelne oder alle 14 Gefangene vom Saarland, Bremen und Nordrhein-Westfalen vor. Im Februar 87 schloß sich Österreich an; ebenso Frankreich und Belgien. Im Mai beschloß das Europa-Parlament alle EG-Staaten aufzufordern, Visa für die betroffenen politischen Gefangenen auszustellen und ihnen damit die Ausreise aus Chile zu ermöglichen.

Angesichts der Entwicklung in Chile und in offenkundiger Kenntnis des sich ständig verstärkenden Drucks auf die Bundesregierung, ließ Zimmermann am 21.6. folgenden Erkenntnisstand verbreiten: Seiner Ansicht nach seien das Leute mit einem *„ganz gravierenden kriminellen Charakter"*. Eine Einreise sei ausgeschlossen. Und zwei Tage später, als das Kabinett, der Innenausschuß und der Bundestag in einer Aktuellen Stunde das Thema behandelten, blieb es dabei: *„Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand* (lasse sich) *eine Übernahmegarantie schwerlich verantworten."* Sozusagen als Zugeständnis gab es eine denkwürdige Erläuterung im Zynikerdeutsch der Todesbürokratie: *„Falls neue, die 14 Inhaftierten entlastende Tatsachen von erheblichem Gewicht bekannt würden, sei er jederzeit bereit, in eine erneute Prüfung einzutreten."* Eine Entscheidung der Regierung wurde dementsprechend weiter hinausgeschoben, Innenministerium und Außenministerium sollen die Einzelfälle nochmals „überprüfen". (taz, 25.6.87)

Genoss/inn/en der MIR

Die Gruppe der 14 Gefangenen besteht aus Genossinnen und Genossen der MIR (Bewegung der Revolutionären Linken). Keine/r der 14 bestreitet die Beteiligung am aktiven Widerstand gegen die Diktatur. Die meisten sind bereits früher verfolgt und verurteilt worden; einige mußten ins Exil bzw. in Asyl-Länder fliehen. Nach ihrer — illegalen — Rückkehr setzten sie den aktiven Widerstand fort. Die Haftzeit bis zum Prozeßbeginn betrug in allen Fällen nicht weniger als vier Jahre, Garcia wurde bereits 1980 verhaftet.

Folter, Anklage, Prozeß

Die von der Militärjustiz fabrizierten Anklagen/Urteile bestehen im wesentlichen aus folgendem:

— Die Genossen Donoso, Moya und Miranda werden der Beteiligung an der Ermordung des Regierungspräsidenten von Santiago, General Urzúa, am 30.8.83 beschuldigt.

— Einschließlich dieser drei werden allen Gefangenen die Beteiligung — in wechselnder Kombination — an zahlreichen Bank- und Raubüberfällen, Waffendiebstahl und -besitz, Sabotageakte und Anschläge, illegale Einreise, Mitgliedschaft in der MIR sowie Tötungsdelikte angelastet.

Was in der Zusammenfassung des Staatsanwalts alle Gefangenen zu *„Verbrechern von höchster Perversität"*, *„Profis des Terrorismus"*, *„verabscheuungswürdigen Verbrechern"* und überhaupt zu Menschen macht, die *„unwürdig (sind,) in einer zivilisierten Gesellschaft zu leben."*

Beweise für die Teilnahme an den Aktionen, die den Gefangenen vorgeworfen werden, wurden in keiner Weise erbracht. Anklage und Richter gehen ausschließlich von Geheimdienstberichten — die als vollgültige Beweise gelten — sowie von Geständnissen aus. Diese Geständnisse wurden vor der Geheimpolizei abgelegt, nachdem alle Verhafteten psychischer und physischer Folter ausgesetzt waren, zum Teil wochenlang, und nachdem Drohungen von Repressionen und Folterungen gegen Freunde und Familienangehörige (Kinder) wahrgemacht wurden. (taz, 23.6.87) Nach Überstellung an die Militärgerichtsbarkeit haben alle Gefangenen die erfolterten Geständnisse widerrufen. Ihre Erklärungen werden vom Gericht ebensowenig berücksichtigt, wie der gesamte Prozeßverlauf irgendwelchen „rechtsstaatlichen" Normen entspricht. Die Widersprüchlichkeit sogenannter Zeugen, die zur Identifikation angeblicher Täter untauglich waren; die Behinderung der Verteidigung — wie Verweigerung von Akteneinsicht u.ä. — bis hin zur strafrechtlichen Bedrohung der Verteidiger (z.B. wegen „Unterstützung einer bewaffneten Gruppe", Spiegel 25/87) gehört zum Alltag der chilenischen Justiz.

Nichts „Entlastendes" bekannt?

Daß Geständnisse, Gerichtsverfahren und Urteile unter solchen Bedingungen von vornherein hinfällig sind, wenn ein wie auch immer gearteter „rechtsstaatlicher" Maßstab angelegt wird, bräuchte an sich nicht hervorgehoben zu werden. Nur wer alle seit 1973 hinlänglich bekannten Tatsachen über die Pinochet-Diktatur — einschließlich ihrer Justiz — ignorieren wollte, könnte sich auf deren „Erkenntnisse" und Urteile berufen. Gerade dies aber tut die Bundesregierung: Zimmermann erklärte am 24.6., er wolle jetzt *„alle Quellen ausschöpfen, um ein wirkliches Bild zu gewinnen."* (FR, 25.6.87) Was er offiziell weiß bzw. zu wissen vorgibt, beruft sich ausschließlich auf die offizielle Anklageschrift bzw. die Urteile.

Die um Auskunft angegangene BRD-Botschaft nämlich ist nicht in der Lage, von der chilenischen Menschenrechtskommission bzw. dem kirchlichen Solidaritätsvikariat (Vicaria) offizielle Informationen über die Gefangenen beizubringen. Beide Organisationen lehnen grundsätzlich, um ihre Arbeit nicht zu gefährden, Auskünfte über und die Verteidigung von politischen Häftlingen ab, die sich zum bewaffneten Widerstand bekennen. (Spiegel 25/87) Dennoch teilte der Anwalt der Vicaria dem Genscher-Rechercheur Möllemann im Dezember 87 mit: *„Der Deutschen Botschaft in Chile liegen alle erforderlichen Informationen über die 14 Fälle vor, die für eine Beurteilung der Situation und der Personen wichtig sind. Die Gefangenen sind gefoltert worden. Die chilenischen Gerichtsverfahren vor Militärtribunalen bieten keine Garantie für gerechte Urteile. Es besteht sehr große Gefahr, daß die Betroffenen zum Tode verurteilt werden. Wenn die Betroffenen in letzter Instanz verurteilt werden, gibt es keine Garantie, daß die Urteile umgewandelt werden. Falls die Betroffenen zum Tode verurteilt werden, muß man sich vor Augen halten, daß die Hinrichtung in einem bis fünf Tagen erfolgen wird, weswegen dann mit höchster Dringlichkeit gehandelt werden müßte. Falls die Möglichkeit einer Umwandlung der Todesstrafe in Ausweisung in einer solchen Situation existieren sollte, wäre es sinnvoll und notwendig, schon im voraus ein Einreisevisum für ein anderes Land zu besitzen, weswegen die Bereitschaft Hessens die 14 aufzunehmen, sehr wichtig ist."*

So weit die katholische Vicaria im Dezember 86. Zimmermann im Juni 87: *„Auch Nachforschungen bei der chilenischen Menschenrechtskommission und der Kirche hätten keine entlastenden Gesichtspunkte erbracht."* (dpa, 15.6.87) Im übrigen: *„Die Todesurteile gegen drei der 14 Chilenen* (seien) *keineswegs rechtskräftig. Sie seien im Gegenteil wieder aufgehoben worden. Ihnen drohe deshalb zur Zeit keine unmittelbare Gefahr. Die Urteile gegen die anderen Beschuldigten müßten erst abgewartet werden."* (dpa, 24.6.87) Oder, wie es der innenpolitische Sprecher der Unionschristen, Gerster (CDU), ausdrückte: *„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt die Auffassung des Bundesinnenministeriums, daß nach heutigem Stand konkreter Handlungsbedarf für die Bundesrepublik Deutschland nicht besteht."* (CDU/CSU-Pressedienst, 23.6.87)

Überprüfungspraxis seit 73

Überprüfungspraxis seit 73

Daß Zimmermann derzeit in der Lage ist, sich zum rechtseifrigen Herrn über Leben und Tod zu machen, ist einer Regelung zuzuschreiben, die die sozialliberale Regierung 1973, nach dem Pinochet-Putsch, beschlossen hatte: Als „Humanitäre Aufnahme-Aktion" außerhalb des normalen Asyl-Verfahrens wurde beschlossen, 2.500 politisch verfolgte Chilenen in der BRD aufzunehmen. (Später wurde diese Regelung auf Argentinien ausgedehnt, solange es von der Militär-Junta beherrscht war.) Allerdings müssen alle Einreise-Begehren eine Sicherheitsprüfung des Innenministeriums passieren, was bezweckte, Mitglieder der MIR (bzw. der argentinischen Montoneros oder der ERP) auszusieben. Eine derartige Sicherheitsüberprüfung gibt es für keine andere Flüchtlingsgruppe sonst, die besteht faktisch also ausschließlich für die chilenische MIR (und ähnliche revolutionäre Gruppen). Der Kern aller vorgeblich oder auch tatsächlich gehegten Befürchtungen, eingereiste „Terroristen" würden die „Sicherheit" der BRD gefährden, gehört jedoch seit langem schon zum Bestand politischer Propagandamärchen. Zimmermanns Parteifreund Christian Lochte (CDU) — Hamburgs oberster Verfassungsschützer — dazu: *„Nach dem Putsch 1973 gab es seitens der BRD Bedenken, daß Angehörige vom MIR, wenn sie dann hier sind, weitermachen und eine Gefährdung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellen würden. Aber man muß heute, nachdem ja eine lange Zeit vergangen ist, feststellen, daß diese Befürchtungen unbegründet sind. (...) Aus unseren Erkenntnissen stellen der MIR oder seine Anhänger kein Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik Deutschland dar."* (taz, 27.6.87)

So betrachtet erscheint der Zimmermann-Kurs in neuem Licht: Genausowenig wie es dabei um die peinliche Einhaltung von Recht und Gesetz geht, genausowenig geht es um die Wahrung irgendeines „Sicherheitsinteresses" der BRD. Mit seiner Nicht-Aufnahme-Politik betreibt Zimmermann säuberlich das Mörder-Geschäft Pinochets: „Die BRD will euch nicht haben? Ja dann, Genossen vom MIR, werden wir euch halt umbringen müssen ..."

CSU/CDU, FDP, SPD ...

Anzumerken ist, daß Zimmermann/CSU — wie in anderen Fragen auch — nicht die gesamte CDU/CSU bzw. die Koalitionsregierung repräsentiert. Neben Kohls Verschiebe- und Raushaltetaktik gibt es auch — vereinzelte — CDU-Stimmen, die eine Gegenposition einnehmen. Karl Lammers, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, forderte (im „Kölner Express") die Aufnahme der 14: *„Egal ob links oder rechts — wenn die Ausreise Rettung vor dem Tod bedeutet, müssen wir diese Menschen bei uns aufnehmen."* (Hamburger Morgenpost, 27.6.87) CDU-Verfassungsschützer Lochte geht sogar soweit (ähnlich wie sein Senats-Chef Dohnanyi, SPD), ein Widerstandsrecht einzuräumen: *„Chile ist zweifellos ein Unrechtsstaat, und das Recht auf Widerstand im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland halte ich für die Situation in Chile gegeben."* (taz, 27.6.87)

„Auf der anderen Seite verfällt West-
setzes der Bundesrepublik Deutschland halte ich für die Situation in Chile gegeben." (taz, 27.6.87)

Auf der anderen Seite verfällt Westberlins Ex-Innensenator Lummer, CDU, in offen rechtsradikale Kopf-ab-Töne: *„Auch chilenische Mörder sind Mörder. (...) Denn bei den 14 Chilenen (...) handelt es sich ohne jeden Zweifel um schlichte Kriminelle. (...) Es wäre (...) auch gegenüber der Gerechtigkeit unvertretbar, wenn auf diese Weise Verbrecher ihrer gerechten Strafe entgingen."* Verbunden wird das mit einem Hieb gegen den Koalitionspartner FDP, die verwunderlicherweise *„ihr humanitäres Gewissen entdeckt"* habe. (Lummer-Pressemitteilung, 24.6.87)

Damit freilich ist es so weit auch wieder nicht her. Genscher plädiert zwar als AA-Chef für die Aufnahme der Chilenen; an die einheitliche — oder gar aktive — „Humanität" der FDP mag allerdings wohl niemand recht glauben, der den innenpolitischen FDP-Sprecher Hirsch das Sicherheitsprinzip von 73 ausdrücklich bekräftigen hört. Im übrigen fühlt Hirsch sich gedrängt, *„nicht nur an die Täter"* (womit er die 14 meint) zu denken, sondern auch an die „Opfer": *„an den ermordeten Wächter, an den toten Soldaten, der seine normale Arbeit getan hat"* usw.; und das alles ist Hirsch überhaupt zu *„hektisch"*. (FDP-Information, Plenum heute, 24.6.87)

Einheitlicher ist in dieser Frage die SPD: von dem „rechten" Hamburger Bürgermeister Dohnanyi, der an das „Recht auf Widerstand" erinnert und sogar bereit wäre, *„die den Inhaftierten vorgeworfenen Taten in diesem Sinne zu werten"* (taz, 26.6.87) bis zum linken Abgeordneten Duve wird entschieden die Aufnahme aller 14 gefordert, freilich nicht ohne sich gebührend von der MIR („falscher Weg", „gefährlicher Weg") zu distanzieren. (Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 24.6.87)

Bis dahin, dem Antrag der „Grünen" von 86 zuzustimmen und das ganze Verfahren der „Sicherheitsüberprüfung" zu streichen, ist es offenbar noch ein weiter Weg. Schließlich hat es, zu sozialliberalen Zeiten, die SPD selbst mit eingeführt.

Chile:

Verlauf eines wiederholten Verbrechens

Am 15. Juni ermordet die chilenische Polizei in Santiago Ignacio Valenzuela, als er das Haus seiner Mutter betritt. Ignocio Valenzuela war erst vor kurzem vom Regime die Erlaubnis zur Rückkehr nach Chile erteilt worden, nachdem er in Spanien exiliert war. Am gleichen Tag werden elf weitere Personen ermordet, unter ihnen drei Frauen; darüber hinaus ist ein dreijähriges Kind verschwunden. Sieben der Ermordeten wurden in ihren Wohnungen mit Maschinenpistolen erschossen, die restlichen vier auf offener Straße. Es sind auch die Daten von sechs Personen registriert, die an diesem Tag verhaftet wurden und dann verschwunden sind.

Dieser kaltblütig geplante Massenmord wird von der Militärjunta als Provokation, als Herausforderung inszeniert: Es sind nicht, wie früher, bewaffnete Gruppen in Zivil, die nach der Tat in die Anonymität untertauchen, sondern ganz offen uniformierte Polizisten. Die Morde vom 15. Juni sind ein weiteres Datum in der Chronologie des Terrors, der in Chile seit dem Militärputsch von 1973 praktiziert wird.

Dieses neueste Verbrechen sollte sowohl die chilenische Opposition wie die internationale Solidaritätsbewegung nachdenklicher machen. Was ermöglicht es dem Regime, mit dieser Gewalt vorzugehen, trotz des internationalen Drucks, trotz der laufenden Versuche der Imageverbesserung?

Dieses Verbrechen ist eine Herausforderung und eine Drohung: Die Spielregeln des Regimes müssen akzeptiert werden oder die Konsequenzen in Kauf genommen werden. Hiervor verblassen alle nationalen und internationalen Aufrufe zur Respektierung der Menschenrechte und zur Einleitung eines Demokratisierungsprozesses.

Die internationale Presse hatte uns in den vergangenen Monaten das Bild eines Chile präsentiert, das die ersten Schritte einer möglichen Offnung versucht:
— Veröffentlichung von Listen von Exilchilenen, die zurückkehren dürfen;
— das Gesetz über die Politischen Parteien (das die marxistischen Parteien ausschließt);
— ein Klima der Vorbereitungen für Wahlen 1989;
— Besuch des Papstes im April, usw.

Diese scheinbare „Flexibilisierung" des Militärregimes war das Ergebnis äußeren und inneren Drucks: Durch das Pentagon, die Kirche, die Vereinten Nationen, westeuropäische Länder usw.

Sie wurde auch ermöglicht durch die scheinbare Beruhigung der massiven Protestbewegung im Lande, die unter anderem durch den im September 1986 verhängten Belagerungszustand bewirkt wurde.

Dieses Verbrechen wird nicht nur durch die Gewalt des Repressionsapparates möglich: auch, weil ein Teil der chilenischen Opposition die Bewegung der Basis, die demokratische Volksbewegung im Stich gelassen hat. Denn sie haben den von der Diktatur vorgezeichneten Weg gewählt, indem sie illusionäre Anstrengungen zur Reform der Verfassung von 1980 unternehmen, indem sie den Fahrplan für die Wahlen mit einigen Einschränkungen akzeptieren, indem sie der Basis Ruhe verordnen, um Spitzenvereinbarungen abzuschließen, die nichts mehr mit den wirklichen Interessen der breiten Mehrheit zu tun haben. Das Regime dagegen hat nicht nur stets seine Verachtung derartiger Annäherungsversuche bewiesen, sondern auch solche Vereinbarungen wie die vom Papst initiierte Nationale Aussöhnung, mißachtet.

Die Verbrechen der letzten Tage zeigen uns, daß Verhandlungslösungen mit der Diktatur in Chile unmöglich sind, mehr noch, daß sie zur Verhärtung der Repression gegen die Bewegung führen, die keinen Dialog will und so zu einer Verlängerung der bestehenden Situation. Der Verlauf dieser Verbrechen zielt direkt und fast ausschließlich auf den Bereich, der nicht nachgibt und konsequent an den Interessen der ausgebeuteten Mehrheit festhält.

Wir rufen die internationale Solidaritätsbewegung auf, nicht nur mit Betroffenheit auf die Nachricht dieser neuen Gewalttaten in Chile zu reagieren: Wir rufen sie auf, die demokratische Volksbewegung konkret zu unterstützen, ihre Isolierung und Liquidierung zu verhindern.

Kommunistische Partei Chiles
Bewegung der revolutionären Linken (MIR)
Sozialistische Partei Chiles (Almeyda)

Wackersdorf-Widerstand:

„Großdemo auf jeden Fall verhindern ..."

Wie kaum eine Aktionsplanung zuvor, hat die Vorbereitung auf die Wackersdorf-Großaktionen im Herbst '87 Widersprüche innerhalb der Anti-AKW-Bewegung aufgewühlt und zugespitzt: Konferenzbeschlüsse wurden gekippt, Vorbereitungstreffen gerieten zum Fiasko und platzten ergebnislos, Verschwörungs- und Ausgrenzungsphantasien gegen den KB und sonstige „Funktionäre" geisterten durch die Szene.

Im Hintergrund dieser Auseinandersetzung standen bzw. stehen erhebliche Differenzen über die Stoßrichtung des weiteren Widerstands gegen die WAA, aber auch das Atomprogramm insgesamt:
— Ist eine Großdemo zum WAA-Bauzaun derzeit ein „Rückschritt" im Anti-AKW-Widerstand?
— Soll sich die Anti-AKW-Bewegung noch auf Massenmobilisierung und Einbeziehung des bürgerlichen AKW-Gegner-Spektrums einlassen? Ist z. B. eine Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung erstrebenswert, überflüssig oder per se gefährlich? Und:
— Lenkt nicht das viele „Gerede" über den staatlichen Terror in der Oberpfalz von der Entwicklung einer „offensiven" Widerstandsperspektive nur ab?

Die besondere Zuspitzung der Widersprüche erfolgte an der Frage der geplanten Großkundgebung in Wackersdorf mit anschließender gemeinsamer Demonstration zum Bauzaun. Innerhalb des autonomen Spektrums standen sich diesbezüglich drei Positionen gegenüber:
— Insbesondere die Autonomen aus der Oberpfalz und aus München vertraten die Position, *„die Großdemo am Bauzaun auf jeden Fall verhindern zu müssen"*.
— Die zweite Strömung unterstützte die Demo, *„wenn sie von uns inhaltlich bestimmt ist"*.
— Die dritte Strömung fand die Großdemo zwar falsch, wollte sie aber dennoch in Kauf nehmen, um die der Demo vorausgehenden „Aktionstage" nicht platzen zu lassen. Die von den Autonomen gegen die Großdemo vorgebrachten Einwände waren total widersprüchlich: Einerseits wurde diese Demonstration zum Bauzaun abgelehnt, weil ihr Ablauf *„in der momentanen Situation weitgehend in den Händen der Bullen liege"*.

Andererseits wurde die Großdemo als viel zu wenig offensiv und als politischer Rückschritt betrachtet, weil damit „nur" auf die Politik der bayerischen Staatsregierung reagiert würde. Propagiert wurde stattdessen, den Widerstand *„weg vom Bauzaun, weg von der vorprogrammierten massenhaften Bullenrepression in die gesamte Region zu tragen. Dadurch sollten die inhaltlichen Zusammenhänge (Zulieferfirmen, Kapital, Justiz ...) aufgezeigt werden und dem entsprechende Widerstandsformen entwickelt und umgesetzt werden"* (aus einem Positionspapier des Anti-WAA-Plenums Freiburg).

Über Monate hinweg wurde die Auseinandersetzung geprägt von der kraftmeierischen Pose, die eine Bauzaun-Demo als „defensiv" und „re-aktiv" verhöhnte und gegen die ganz abstrakte Wunschvorstellung von „offensiven" Aktionstagen in der gesamten Region auszuspielen suchte. Ausgeblendet wurde die Atomstaatrealität in der Oberpfalz, die selbstverständlich nicht 300 m diesseits des Bauzauns plötzlich aufhört. Je mehr jedoch dieser Umstand ins Bewußtsein rückte, desto weniger blieb von der Kraftmeierpose in Sachen Aktionstagen übrig. Erst wurde von einer Reihe autonomer Gruppen die Verschiebung der Aktionstage auf einen unbekannten Termin (unabhängig von der Großdemo) angekündigt. Anschließend wurde seitens der im „Widerstandstreffen" zusammengeschlossenen Oberpfälzer Autonomen (die die Großdemo immer besonders hartnäckig zugunsten der „Aktionstage" bekämpft hatten) auch den Aktionstagen eine Absage erteilt; denn: *„Die Oberpfälzer Strukturen sind ohnehin schon viel zu aktionistisch ... Eine bundesweite Aktion entspricht nicht dem inhaltlichen/praktischen Stand vor Ort ... Die Aktionstage haben in unserer Diskussion so ziemlich an Bedeutung verloren"* (aus: Protokoll des „Widerstandstreffens" vom 1.6.87) (1).

Diese Unsicherheiten und Widersprüche belegen das Ausmaß der Krise im Anti-WAA-Widerstand und kennzeichnen die momentane Ratlosigkeit über die richtige Antwort auf den permanenten Ausnahmezustand in der Oberpfalz.

Die Ursache für diese Krise liegt auf der Hand. Bekanntlich folgen nach jedem Aufschwung einer Massenbewegung der Abschwung und eine Phase relativer Orientierungslosigkeit. In Wackersdorf hatte der Widerstand wegen seiner Entschlossenheit und Massenverankerung besonders viele Hoffnungen geweckt — folglich scheinen die seit Mitte 1986 total veränderten Bedingungen (siehe Kasten „Szenenwechsel in der Oberpfalz") mit ganz besonderer Wucht zu wirken.

Auf der Strecke blieb unter diesen Bedingungen der von den Anti-AKW-Zeitschriften „atom" und „radi aktiv" eingebrachte (und u. a. vom KB unterstützte) Vorschlag, die Wackersdorf-Großaktionen zu einem bundesweiten Kristallisationspunkt der außerparlamentarischen Bewegungen gegen AKWs, Staatsrepression und Atomwaffen zu entwickeln und dem bayerischen Terror mit vereinter Kraft die Stirn zu bieten (vergl. AK 281, S. 27). Im folgenden eine Kurzübersicht über den Gang der Ereignisse:

Noch im März sah es hinsichtlich der bundesweiten Unterstützung der Wackersdorf-Herbstaktionen gar nicht so übel aus: Sowohl die Bielefelder Atommüllkonferenz vom 28.2. als auch die bayerischen und Oberpfälzer Bürgerinitiativen hatten mit eindeutigen Mehrheiten zu Aktionstagen und der Großdemo am Bauzaun aufgerufen. Eine Oberpfälzer BI-Konferenz (sog. „Strategietreffen") hatte bereits am 21.3. konkrete Vorschläge über den Aktionsablauf vorgelegt. Wichtige Gruppen der bundesweiten Friedensbewegung, aber auch BBU, Bund Naturschutz und der BUKO (3. Welt-Soli-Bewegung) hatten Interesse signalisiert — für das erste Bündnistreffen sollte zum 11.4. nach Frankfurt eingeladen werden. Aber es kam anders:

28. März, Schwandorf: Das letzte Vorbereitungstreffen der Anti-AKW-Gruppen vor dem 11. April wurde gesprengt durch Einbringung eines völlig neuen Aktionsvorschlags, auf den sich Autonome aus Westberlin und Freiburg sowie *Teile* der BI Schwandorf kurz zuvor verständig hatten: Auf keinen Fall eine Demo zum WAA-Bauzaun. Stattdessen alternativ eine „Großdemo" durch das 40 km entfernte Amberg, einem Standort zahlreicher WAA-Baufirmen. Dort sei es möglich — so die Begründung — in die Offensive zu gehen und die politischen Zusammenhänge *„nicht nur verbal in Redebeiträgen darzustellen, sondern die Repräsentanten und Macher direkt mit unserem Widerstand zu konfrontieren"* (so im Papier der „Amberg-Fraktion", vgl. AK 281, S. 27). Der Amberg-Vorschlag war indessen eine reine Finte und wurde nach dem 28.3. sang- und klanglos wieder fallengelassen. Seine Funktion — Vereitelung der weiteren Planung der Bauplatzdemo — hatte er jedoch erfüllt: Der 28.3. endete mit einem Fiasko, das vorgesehene Bündnistreffen fiel flach, die Stimmung sank auf Null.

Atommüllkonferenz Kassel und KB: Nachdem auf einem erneuten Schwandorfer BI-Treffen am 9.5. das Konzept der Wackersdorf-Demo bestätigt wurde — ca. 20 Autonome verließen anschließend unter Protest den Saal — sollte es bei der Kassler Atommüllkonferenz am 16./17. März um die konkrete Vorbereitung gehen. Doch weit gefehlt. Die eine Woche zuvor ausgezogenen Vertreter der Autonomen sorgten in Kassel für eine mehrstündige Gespensterdebatte über die überall vermuteten Einflüsse des KB in der Anti-AKW-Bewegung.

Bereits in den Wochen zuvor wurde von Teilen der Autonomen das Großdemo-Projekt als KB-Kiste angegiftet, die dieser wegen seines unablässigen Strebens nach Machtgewinn *„unbedingt durchpowern"* wolle (vgl. „atom" Nr. 16, S. 31). Wie das von den Kommunisten/innen ja bekannt ist, sollte auch diesmal *„die Anti-AKW-Bewegung lediglich benutzt werden für ein Konzept, das bereits bestünde (Drahtzieher KB und Teile der Grünen) für eine Massenmobilisierung an den Bauzaun"* (aus dem Protokoll der Kassler AG Herbstaktionen). Dieser Vorwurf stützt sich allein auf den Umstand, daß Redaktionsmitglieder der „atom", die gleichzeitig im KB sind, den Vorschlag einer Wackersdorf-Großdemo in die Nürnberg-BUKO eingebracht hatten. Damals wurde seitens der Autonomen

Fortsetzung nächste Seite



Einige hundert Menschen beteiligten sich am 20.6.87 an einer Aktion gegen das AKW Krümmel in der Nähe von Hamburg, das trotz seiner bekannten Unsicherheit nicht stillgelegt wird. Anläßlich des Brennelementewechsel wurde zu einer Blockade aufgerufen. Träger waren Bürgerinitiativen aus der Umgebung sowie verschiedene Organisationen darunter die GAL und die Bürgerschaftsfraktion der GAL. Während der Blockade kam es zwischen Demonstranten und Polizei zu einigen Handgreiflichkeiten, bei denen u.a. die Bürgerschaftsabgeordnete Adrienne Göhler (auf dem Bild unten, Mitte) ein blaues Auge davontrug.

Links: Ausschnitt der Anlage mit Sicherheitskamara.

Foto: H. Wojahn



Fortsetzung von vorheriger Seite

gegen diesen Vorschlag der unbestreitbare Vorwurf erhoben, er sei nicht aus den Oberpfälzer Verhältnissen heraus entstanden, sondern von „außen" eingebracht. Daß es sich hierbei um ein Komplott des KB handeln soll, wurde jedoch überhaupt erst entdeckt, **nachdem** sich die oberpfälzer und bayerischen BIs diesen Vorschlag zu eigen gemacht hatten, und offenkundig neue „Argumente" gegen das Großdemo-Konzept gebraucht wurden. Daß der KB lediglich als Sündenbock und Blitzableiter für die Perspektivlosigkeit autonomer „Offensiv"konzepte herhalten mußte, wird im Gesamtprotokoll der Atommüllkonferenz bereits angedeutet (vgl. „atom" 16, S. 47). Die Göttinger „atom"-Redaktion erklärte hierzu: *„Es scheint, als habe die Gerüchteküche nur deshalb so stark zu brodeln angefangen, weil viele sich nicht damit abfinden konnten, daß der Wackersdorf-Vorschlag in Bielefeld auf positive Resonanz stieß".*

Zwar wurde in Kassel der Bielefelder Wackersdorf-Beschluß mühselig bestätigt — stimmungsmäßig markierte diese Konferenz in Sachen Herbstaktionen jedoch den absoluten Tiefpunkt. Die für Anfang Juni erneut angesetzte Konferenz mit Vertretern/innen anderer Bewegungen am 6.6. in Frankfurt stand nunmehr hinsichtlich Zeitdruck und Stimmung unter extrem schlechten Vorzeichen (2). Insbesondere die Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) — seit Tschernobyl der mit Abstand wichtigste Bündnispartner der Anti-AKW-Bewegung im Friedensspektrum — forderte als Voraussetzung für eine Mitarbeit eine Verbreiterung des Aktionsbündnisses in die Friedensbewegung hinein sowie eine Orientierung auf bundesweite massenhafte Mobilisierung. Vertreter/innen der autonom orientierten BIs konterten mit der Erklärung, daß nach ihrem Verständnis eine Massenmobilisierung für die Anti-AKW-Bewegung ohnehin kein Schwerpunkt sei oder sein könne. Insgesamt hätte die Demo und die Bildung des Trägerkreises für die Aktionsplanung keine Priorität. Im Vordergrund solle die über Städtepartnerschaften zu entwickelnde Vorbereitung der Aktionstage stehen. Beinahe erwartungsgemäß endete dieses Treffen also mit einer drittklassigen Beerdigung der Hoffnungen auf ein tatsächlich bundesweites Aktionsbündnis gegen die WAA, was sehr bedauerlich ist, aber noch nicht automatisch bedeuten muß, daß Strauß einem ruhigen Herbst entgegensehen kann

Probleme im Anti-WAA-Widerstand

Schon die Vorbereitungen der München-Demo vom 4. Oktober 1986 fielen in die Abschwungphase des Wackersdorf-Widerstands und waren geprägt von der Schwierigkeit, mit der neuen Situation umzugehen: Als Reflex auf die Medienhetze und aus Angst vor einer negativen Beeinflussung der Landtagswahl seilten sich nach und nach sämtliche Oberpfälzer BIs von der Demo, die sie ursprünglich unterstützt hatten, ab. Das Klima im Vorfeld dieser Demo war bestimmt von Unsicherheit statt Selbstbewußtsein und bot somit einen fruchtbaren Nährboden für gezielte Intrigen und Störkampagnen seitens der SPD, des Bund Naturschutz und rechter Grüner.

Damals hatte man/frau es in erster Linie mit den „Rechten" zu tun. Bei den diesjährigen Auseinandersetzungen, die ja bisher im wesentlichen nach „links" hin ausgetragen werden, fällt auf, daß über zwei entscheidende Punkte: die Oberpfälzer Krisensituation und Polizeistaatrealität keine Erörterung, geschweige denn ein Dialog zustande gebracht wurde. Zwar war bekannt, daß die letzten Oberpfälzer Blockadetage im Oktober 1986 in einem polizeilichen Belagerungszustand faktisch zusammenbrachen und allein 500 (von 1.000 bis 1.500 Teilnehmern) festgenommen wurden. Ebenfalls war bekannt, daß auf die für Frühjahr angesetzte Wiederholung der Blockadetage sang- und klanglos verzichtet wurde.

Statt sich hiermit auseinanderzusetzen, wurde von autonomer Seite gegen diejenigen zu Felde gezogen, die die Atomstaatrealität aufgreifen anstatt ihr auszuweichen. So wird in der bereits erwähnten Stellungnahme des Anti-WAA-Plenums Freiburg davor gewanrt, die Repression zu stark zu thematisieren, da dies bei vielen nur ein Gefühl der Ohnmacht und Niedergeschlagenheit wecke. Der „radi aktiv" gar wurde in einem bundesweit verschickten Papier des „Widerstandstreffens" zuviel *„Gejammer über Bullenübergriffe, Hausdurchsuchungen und Klassenjustiz ... ohne politische Aufarbeitung dessen geschweige denn der Entwicklung einer Perspektive"* vorgehalten. Diese Haltung dürfte sich mittlerweile ausreichend blamiert haben. Jeder Perspektivvorschlag raus aus der derzeitigen Krise muß sich u. E. nicht am Rande, sondern in erster Linie daran messen lassen, ob er eine kämpferische Solidarität mit den vom bayerischen Staatsterror Betroffenen organisieren hilft oder nicht, ob er die Kenntnis und Empörung im ganzen Bundesgebiet über den Ausnahmezustand in der Oberpfalz verbreitern hilft oder nicht. Allein aus diesem Grund ist nach wie vor die Anti-AKW-Bewegung aufgefordert, die nun — hoffentlich! — angelaufene Mobilisierung für die Herbstaktionen in der Oberpfalz mit aller Kraft zu unterstützen.

ms, Bonn

Szenenwechsel in der Oberpfalz

Nach den erfolgreichen Platzbesetzungen und den spektakulären Hüttendorf-Räumungen um die Jahreswende 1985/1986 waren der Ostermarsch '86 mit 80.000 Teilnehmern und die militanten Pfingstaktionen die Höhepunkte im Anti-WAA-Widerstand. Am 27.5.86 wurden vom bayerischen Kabinett massive Gegenmaßnahmen beschlossen, so z. B. die Errichtung eines WAA-Sicherheitsgrabens, die großflächige Rodung rings um das Baugelände sowie die personelle und materielle Aufstockung von Polizei und BGS.

Nun eskalierte der Kampf gegen alles und jeden, der/die sich weiterhin gegen den Bau der WAA wandte: Besonders brutale Polizeieinsätze, Hausdurchsuchungen, Versammlungsverbote, CN/CS-Gaseinsätze und Massenverhaftungen begannen das Bild zu bestimmen. Freigabe von Gummigeschossen gegen WAA-Gegner, an die 4.000 Festnahmen. Gegen fast 3.000 WAA-Gegner wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und bisher über 700 Anklagen bzw. Strafbefehle verhängt. Zur Bewältigung dieser Massenverfolgung, die in der BRD-Geschichte ihresgleichen sucht, werden seit April 1986 drei bis vier Prozesse täglich verhandelt, wurden 10 Richter und

gleichen sucht, werden seit April 1986 drei bis vier Prozesse täglich verhandelt, wurden 10 Richter und

13 Staatsanwälte zusätzlich in die Oberpfalz versetzt und die Gerichte ausgebaut. Immer wieder auch wurden Terrorurteile verhängt:

— 18 Monate auf drei Jahre Bewährung und Verbot von Kontakten zur BI gegen einen 17jährigen Schwandorfer. Grund: Ein Steinwurf.

— 17 Monate ohne Bewährung zur „generalpräventiven Abschreckung" — so die Urteilsbegründung — gegen einen 20jährigen Regensburger, der mit Lehmklumpen geworfen haben soll.

— 14 Monate ohne Bewährung wegen „schweren Landfriedensbruchs" gegen einen 17jährigen, dessen Antrag auf Bestellung eines Pflichtverteidigers abgeschmettert wurde usw. usf. (vgl. „radi aktiv" Nr. 13).

Fortsetzung von Seite 1

PKK vor dem Verbot?

Innenminister eröffnet „Kurdenkrieg"

Die „Entwicklung" ist nicht neu. Seit 1984 zieht die PKK eine blutige Spur durch Europa. Waren es anfangs ehemalige ZK-Mitglieder und weniger prominente Dissidenten, die unter den Kugeln „patriotischer Kräfte" aus den Reihen der PKK starben, so folgten später Kritiker aus anderen Organisationen, wie Kürsat Timuroglu aus Hamburg oder ein anderes Dev-Yol-Mitglied in Paris, das einem PKK-Racheakt zum Opfer fiel. Und seit ihrem 3. Parteikongreß im vergangenen Herbst läuft die selbsternannte „Führerin des kurdischen Volkes" Amok. Europaweit greifen PKK-Kommandos Mitglieder, Veranstaltungen und Einrichtungen anderer kurdischer Organisationen an. Die Kampagne erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt, als die PKK das kurdische Neujahrsfest „Newroz" für sich reklamierte und andere Gruppen aus Türkisch-Kurdistan, sogenanntes „Pack von Verrätern und Lakaien", die das Neujahrsfest „dem Imperialismus als Geschenk" übergeben wollten, mit einer Serie von Überfällen überzog. Anfang März kam bei einem Angriff bayerischer PKK-Anhänger auf das Münchner Neujahrsfest der kurdischen Immigrantenorganisation KOMKAR einer der Angreifer ums Leben. Seine Freunde hätten ihn aus Versehen erschossen, sagen die Überfallenen; die PKK hingegen behauptet, ihr Sympathisant sei beim friedlichen Flugblattverteilen „hinterhältig ermordet worden".

Einen Monat später traten Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und seine Kollegen aus den Bundesländern zur routinemäßigen Frühjahrskonferenz zusammen. Das Interesse der Sicherheitsminister galt auch den „extremistischen Ausländergruppen". „Mit Sorge", so lautet die abschließende Erklärung der Runde, betrachteten die Innenminister „die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen extremistischen türkischen — insbesondere kurdischen — Gruppierungen. (...) Sie seien entschlossen, dieser Entwicklung mit allen gebotenen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten."

Seitdem erleben die linken politischen Organisationen der rund 300.000 Kurden in der Bundesrepublik einen zunehmenden Druck der Sicherheitsbehörden. In Hamburg führt die Polizei Kontrollen in öffentlichen Verkehrsmitteln, an belebten Plätzen, vor Vereinslokalen der Gruppen und in

kehrsmitteln, an belebten Plätzen, vor Vereinslokalen der Gruppen und in

Ausländerstadtteilen durch. Arbeitsimmigranten, türkische Krankenschwestern, ausländische Studenten und Menschen, die nach Meinung der Polizei ein türkisch-kurdisches Aussehen haben, sehen sich in der Hansestadt andauernden Personenüberprüfungen und Körperkontrollen unterzogen. Insbesondere die Mitglieder und Funktionäre von KOMKAR, der größten kurdischen Immigrantenorganisation in der Bundesrepublik, sind nach den Attentaten auf ihre Bundesvorstandsmitglieder Mehmet Elbistan in Stuttgart und Ramazan Adigüzel in Hannover in den Mittelpunkt polizeilichen Interesses geraten. Die Ermittler zeigen unverhüllt mehr Neugierde an den Organisationsstrukturen der Angegriffenen als erkennbaren Willen zur Aufklärung der Mordanschläge. Schon macht bei bayerischen Fahndern das Wort vom „Kurdenkrieg" die Runde, gegen den die Polizei Maßnahmen ergreifen müsse. Die von zwei Seiten in Bedrängnis geratenen Gruppen sehen sich deshalb als Opfer, die zu Tätern gemacht werden sollen, und gewinnen allmählich den Eindruck, daß der bundesdeutsche Sicherheitsapparat das Feuer solange schüren will, bis es tatsächlich zu einem „Kurdenkrieg" kommt. Ein Sprecher von KOMKAR mahnt deshalb zur Disziplin: „Wir lassen uns weder von der PKK einschüchtern, noch vom Staat in die terroristische Ecke drängen."

Auch die PKK spürt den Druck. Bei mehreren Anhängern der Partei und ihrer Massenorganisationen führten Beamte des bayerischen Landeskriminalamtes Haussuchungen durch. Die bundesdeutsche Dachorganisation der PKK-nahen Arbeiter- und Kulturvereine FEYKA schreibt, die bayerischen Behörden hätten „patriotische Kurden" mit dreisprachigen Briefen aufgefordert, sich „vertrauensvoll" an die Polizei zu wenden. Und die Oldenburger Ausländerbehörde, so berichtete Anfang Juni ein FEYKA-Sprecher auf einer Pressekonferenz in Hamburg, hätte einen ihrer Anhänger aufgefordert, „seine Aktivitäten als kurdischer Patriot zu beenden", da ihm sonst die Aufenthaltserlaubnis entzogen würde.

Die Maßnahmen der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden deuten auf ein Verbot der PKK-Organisationen. Friedrich Zimmermann gab nach der Innenministerkonferenz die Richtung an: Man werde „mit aller Kraft" gegen diejenigen vorgehen, „die die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei in die Bundesrepublik tragen wollen. Sie werden das gleiche Schicksal erfahren, das die von mir verbotene DEV-SOL erfahren hat," zitierten türkische Zeitungen.

Die Luft wird dünn für die Kurdische Arbeiterpartei. Solange sich ihre Gewaltkampagnen allein gegen Kritiker aus den eigenen Reihen und linke Gruppen aus der Türkei und Kurdistan richteten, und die Partei keine Anschläge gegen türkische Einrichtungen

richteten, und die Partei keine Anschläge gegen türkische Einrichtungen

in Westeuropa verübte, konnte sie sich hierzulande den Rücken freihalten. Erst die Lagebeurteilung der Innenminister, die angegriffenen Gruppen könnten zu Gegenmaßnahmen greifen, hat die Sicherheitsbehörden auf den Plan gerufen. Der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit und Bündnispartnern — nicht zuletzt durch das Massaker an über 30 Bewohnern des kurdischen Dorf Pinarcik vor wenigen Tagen — läßt die PKK gegenüber der anrollenden Anti-Terror-Kampagne völlig isoliert dastehen.

Herbst-Aktionen in Wackersdorf:

Endlich Nägel mit Köpfen?

Nach monatelangem Hin- und Her, nach dem enttäuschenden Treffen in Frankfurt (siehe Artikel) fand am 21.6. in Fronberg/Schwandorf nun doch eine Zusammenkunft der verschiedenen Strömungen der Anti-WAA-Bewegung sowie der bayerischen Friedensbewegung statt, um über ein gemeinsames Konzept für Anti-WAA-Aktionen im Herbst zu diskutieren.

Beschlossen wurde die gleichwertige Mobilisierung für Aktionstage und anschließender Demonstration zum Bauzaun. Die Aktionstage sollen „vermittelbar und konstruktiv Anliegen der Bewegung zum Ausdruck bringen". Unter dem Motto „Wir proben den Ernstfall" wollen sich die Oberpfälzer BIs auf diese Tage vorbereiten. Andere Schwerpunkte können von den jeweiligen teilnehmenden Gruppen jederzeit gesetzt werden.

Erfreuliche Einigkeit herrschte bei der Frage, wie mit zu erwartenden Schwierigkeiten bzgl. der Demo vorzugehen ist: „Juristisch, politisch und praktisch", „durch die Kraft des Faktischen" soll die Kundgebung in Wackersdorf und die anschließende Demo zum Bauzaun durchgesetzt werden. Eine Bannmeile wird nicht geduldet. Weder im Vorfeld noch in der Nachbereitung soll es Distanzierungen geben, auch darin bestand ausdrücklich Übereinstimmung.

Hauptsächlich der praktischen Vorbereitung der Herbstaktionen soll der gebildete Trägerkreis, bestehend aus 10 Vertretern der Anti-WAA-Bewegung und sechs Vertretern der bayerischen Friedensbewegung, dienen. Sitz und Stimme haben die BI Schwandorf, BI Amberg/Weiden, die Regensburger BIWAK, die BI Nürnberg/RadiAktiv, jemand aus München, BUND Jugend/BN, 2 Vertreter aus nichtbayerischen Anti-AKW-BIs, Autonome, Nach-Tschernobyl-Bewegung / Grüne / Arbeitskreis Theologie und Kernenergie (Person mit Mehrfachfunktion). Die Sitze der Friedensbewegung werden am 18. Juli auf dem jeweiligen nord- und südbayerischen FB-Treffen besetzt. Die Gewaltfreien Aktionsgruppen haben bereits Interesse an einem dieser Sitze bekundet. Sollten weitere Gruppen, besonders aus dem Bundesgebiet, Interesse an der Mitarbeit im Trägerkreis zeigen, kann dieser mit Einstimmigkeit erweitert werden.

Leider verhinderten die Vertreter der Friedensbewegung, daß mit einem gemeinsamen Aufruf mobilisiert wird. Wesentlich die Forderung nach der *„sofortigen* Stillegung aller Atomanlagen" meinten sie ihrer Basis unmöglich zumuten zu können. (Und das, obwohl der Bonner KA der Friedensbewegung diese Forderung längst unterstützt.) Gemeinsam werden die folgenden Forderungen getragen:

— Keinen Bau der WAA
— Stillegung aller Atomanlagen
— Keine Kriminalisierung von AKW-Gegner(innen)n und Friedensinitiativen.

Das nächste (öffentliche) Treffen des Trägerkreises wird am 5. Juli um 11 Uhr in Fronberg (Schwandorf), Brauereigaststätte stattfinden. Dort soll die Bildung einer Pressegruppe (auf Grundlage eines Papiers der Atommüllkonferenz zur Pressearbeit) und über den Aufruf der Anti-AKW-BIs diskutiert werden.

Insgesamt ließ dieses Treffen Hoffnungen aufkomen, daß es nun doch im Herbst zu breiter getragenen Aktivitäten gegen die WAA kommen wird. Daran konnte auch das zum Teil provokative Auftreten der Friedens/DKP-Vertreter nichts ändern, die das Ganze am liebsten alleine mit den Oberpfälzer BIs durchgezogen hätten. Vergleicht man den momentanen Stand mit dem ursprünglichen Konzept einer bundesweiten Großaktion, wird der starke regionale Charakter des Trägerkreises deutlich. Ob sich daran noch etwas ändern läßt, wird sich herausstellen. Einen Versuch ist es allemal wert. Aber auch ein gut vorbereiteter, von *allen* bayerischen WAA-Gegnern und -Gegnerinnen getragener Aktions-Herbst wäre angesichts der in den vergangenen Monaten zutage getretenen Schwierigkeiten ein positiver Schritt.

KB/Gruppe Nürnberg

Anmerkungen:

(1) Während ursprünglich im autonomen Spektrum die Aktionstage alternativ zur Großdemo diskutiert wurden, wird jetzt eine gezielte Informationsarbeit in der Oberpfalz, etwa zum Thema Patriarchat, Gentechnologie, 3. Welt-Fragen oder Antifaschismus als Alternative zu Großdemo *und* Aktionstagen betrachtet. Dabei wird offenkundig diese Infoarbeit mit der Vorstellung betrachtet, dies, d. h. die Bewußtseinshebung der Oberpfälzer Bevölkerung, sei der maßgebliche Schritt gegen den Staatsterror. So heißt es in d[illegible] Papier des „Widerstandstreffens" vom 1.6.: *„Erst wenn mensch sich klar darüber geworden ist, wie Repression funktioniert und was dahinter steht, ist es möglich, z. B. offensiv vor Gericht aufzutreten".* Abgesehen von dem Zynismus, ausgerechnet einem bereits Angeklagten ein „offensives" Auftreten vor Gericht empfehlen zu wollen, ist diese Bewußtseinshebung keine Methode, um Repression zu bekämpfen, sondern allenfalls ein Mittelchen, die Repression besser auszuhalten ... Nach diesem Muster wäre es etwa nach dem „Hamburger Kessel" richtiger gewesen, auf die riesengroße Hamburger Protestdemo und den damit verbundenen Stimmungsumschwung zu verzichten zugunsten antiimperialistischer Aufklärungsarbeit oder Rekrutierungsarbeit bei den von der Einkesselung Betroffenen.

(2) Es kamen dort u. a. zusammen: die überwiegend autonomen Vertreter/innen von BIs aus Bonn, Köln, Bielefeld, Frankfurt und München, Mitglieder der „atom" und der „radi aktiv", Oberpfälzer BIs, Vertreter des BUF (Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen) und der bayerischen Friedensbewegung, des BUKO, des KB, des Bund Naturschutz, des BBU, der Energiewende-Komitees und der grünen Bundestagsfraktion.

Wochenendseminar am 4./5./6. September

Am Rande des Golfkrieges: Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk und türkische (NATO-)Interventionsplanungen

Der Golfkrieg geht nunmehr ins siebte Jahr — von der Öffentlichkeit in der BRD kaum beachtet. Noch weniger Aufmerksamkeit finden die Entwicklungen „am Rande":

— Der eskalierende Krieg des türkischen Regimes gegen die Kurden, der inzwischen mit Massendeportationen und Bombardements gegen kurdische Dörfer auch jenseits der irakischen Grenze geführt wird.
— Die in der Türkei laufende ideologische Mobilmachung für einen Einmarsch im Nordirak für den Fall, daß sich ein iranischer Sieg abzeichnen sollte. Unter Berufung auf historische Gebietsansprüche und wirtschaftliche Interessen wird ganz offen über eine Besetzung von Mossul und Kirkuk diskutiert.
— Die laut geäußerten Interventionsüberlegungen seitens der USA und der NATO.

Die folgenden Diskussionsschwerpunkte werden mit Referaten von Experten auf dem jeweiligen Gebiet eingeleitet:

Die aktuelle Situation und Entwicklung im Golfkrieg
Die Strategie von NATO und USA in dieser Region
Ideologische und materielle Kriegsvorbereitungen in der Türkei
Der Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk

Um auch Ansätze für eine praktische Kampagne hier zu erarbeiten, soll als weiterer Schwerpunkt auf die Waffenlieferungen und die logistische Unterstützung aller drei Länder durch die BRD eingegangen werden. Mitglieder und Vertreter von Antirüstungsexportgruppen sind zur Teilnahme aufgerufen.

Das Seminar findet statt
von Freitag, 4.9.1987 um 18.00 Uhr
bis Sonntag, 6.9.1987, voraussichtlich bis 15 Uhr
Ort: WEDÖFF Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit in Bonn

Kosten: Teilnahme, Unterbringung und Verpflegung DM 75,-
für Schüler, Studenten und Sozialhilfeempfänger DM 45,-
Träger des Seminars ist das Informationsbüro Türkei in Zusammenarbeit mit der WEDÖFF.

Anmeldung beim Informationsbüro Türkei, Postfach 91 11 54, Gretchenstr. 24, 3000 Hannover 1. Gegen Einsendung von DM 3,- plus Porto wird eine umfangreiche Materialmappe zur Vorbereitung zugeschickt.

BR-Wahlen 87:

Immer noch Unvereinbarkeit im DGB

Die Betriebsratswahlen sind gelaufen. Gegen etliche Gewerkschafter, die neben der offiziell-gewerkschaftlichen auf einer zweiten Liste kandidiert haben, sind Ausschlußverfahren wegen Verdachts gewerkschaftsschädigenden Verhaltens anhängig. Auch die berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus den Anfängen der 70er Jahre werden heute noch angewendet, wenn auch in geringerem Ausmaß.

Einer der Hauptanlässe für die Gewerkschaftsausschlüsse liegt in den dreijährlich stattfindenden Betriebsratswahlen. Obwohl fortschrittliche Gewerkschafter mit zunehmenden Angriffen der Kapitalisten auf den DGB in den Gewerkschaften eher geduldet werden, sind die BR-Wahlen nach wie vor die „Stunde der Wahrheit". Gerade bei der Aufstellung der gewerkschaftlichen Listen zeigt sich, wieweit konsequente, engagierte Gewerkschaftsarbeit anerkannt wird, auch wenn sie nicht mehrheitsfähig ist.

Nicht selten kommt es vor, daß fortschrittliche Gewerkschafter gar nicht oder auf aussichtlose Plätze gesetzt werden. Obwohl die Verfahren zur Kandidatenaufstellung sehr unterschiedlich gehandhabt werden, und es dazu auch keine zwingenden Vorschriften gibt, bestimmt in den meisten Fällen der gewerkschaftliche Vertrauenskörper mit seiner Mehrheit über die endgültige Aufstellung der Kandidatenliste.

BR-Wahlen der IG-Metall

Die Richtlinien zu den Betriebsrats-

Die Richtlinien zu den Betriebsratswahlen bestimmen, daß die Liste der IG-Metall vom Vertrauenskörper aufzustellen ist. IGM-Mitglieder, die auf anderen Listen kandidieren, müssen mit einem Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhaltens rechnen. In einer Vielzahl von Gewerkschaftsausschlüssen gegen Linke wurde und wird nur geprüft, ob die Aufstellung der Kandidaten formal korrekt verlaufen ist. Ist dies der Fall, liegt der Ausschlußgrund „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" vor. Inhaltliche Kriterien — welches Programm, Forderungen, welche Kritik am alten Betriebsrat usw. vorgetragen wird — interessieren in der Regel nicht. In der Praxis führt das zu Situationen wie bei HDW-Hamburg 1981 oder Daimler-Benz Hamburg 1987, wo mit einer knappen Mehrheit von Vertrauensleuten die betriebliche Opposition bei der Listenwahl zwar berücksichtigt wurde, aber natürlich nicht in dem Umfang, der ihrem betrieblichen Einfluß entspricht.

Aber auch bei der Persönlichkeitswahl wird mit den Mehrheiten in den Vertrauenskörpern die Kandidaten-Liste schon mal so zurecht gestutzt, wie es im Sinne einer gedeihlichen Sozialpartnerschaft opportun ist.

Das „Diktat" der Mehrheit

Bei Daimler-Benz fand 1987 aufgrund der Kandidatur des Christlichen Metallarbeiterverbandes (CMV) eine Listenwahl statt. Der Vorschlag der Vertrauenskörperleitung basierte auf dem Reißverschlußprinzip. Auf den ersten Plätzen folgten abwechselnd alteingesessene Betriebsräte und Betriebsräte der ehemaliegen „Alternative", die erst 1985 wieder in die IG-Metall aufgenommen worden waren.

Auf der entscheidenden Vertrauensleutesitzung stimmte eine Mehrheit von ca. 50 zu 38 den Vorschlag nieder. Auf der daraufhin gegründeten Liste Deutsch-Ausländischer IG-Metallerinnen und Metaller kandidierten 16 IGM-Mitglieder, die meisten davon Vertrauensleute (darunter fünf Mitglieder VK-Leitung, die VK-Vorsitzende, die auch Mitglied der OV ist).

Die IGM-Verwaltungsstelle gab daraufhin bekannt: *„In den letzten Tagen sind verschiedene Flugblätter verteilt worden. Darin erwecken die Kandidaten der Liste 'Deutsch-Ausländischer Metallerinnen und Metaller' den Eindruck, die Aufstellung der IGM-Liste sei eine Wahlfarce gewesen. Diese und andere Behauptungen sind lediglich der Versuch einer Rechtfertigung, gegen die IG-Metall-Liste anzutreten. Trotz des gemeinsamen Aufbäumens gegen die kalte Aussperrung 1984, trotz der gemeinsamen Aktionen gegen die Aushöhlung des Streikrechts, trotz der gemeinschaftlichen Verantwortung für die Betriebsrats- und Vertrauensleutearbeit hat eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen die Mehrheitsentscheidungen des IG-Metall-Vertrauenskörpers mißachtet. (...) Tatsache ist: Wer bei einer demokratischern Abstimmung unterliegt, darf die Schuld dafür nicht nur bei den anderen suchen. So bitter die getroffenen Mehrheitsentscheidungen für bestimmte Kollegen auch sein mögen, die Mehrheit hat zu entscheiden."*

Welche Blüten ein solch' verkürztes Demokratieverständnis treibt, ist einem Schreiben der Ortsverwaltung vom 25.5.87 an die Mitglieder der Vertreterversammlung zu entnehmen: „Die Ortsverwaltung hat am 15. Mai 87 beschlossen, im Rahmen ihrer Verantwortung für eine ordnungsgemäße Arbeit in der Verwaltungsstelle alles zu tun, damit sich nicht erneut interne Auseinandersetzungsprozesse entwickeln, nur weil eine Minderheit die demokratisch gefaßten Beschlüsse nicht akzeptieren will. Die IG Metall wird als demokratische Organisation, deren Hauptstütze die Respektierung von Mehrheitsbeschlüssen ist, eine solche Entwicklung nicht hinnehmen." Hintergrund war die vorhergegangene Vertreterversammlung, ein dort entsprechenden, an die Ortsverwaltung Köln gerichteten Beschluß des Ford-Vertrauenskörpers wurden alle Verfahren eingestellt. 1987 kandidierten wieder mehrere Listen. Bislang wurde noch nicht einmal ein Verfahren beantragt, und es sieht auch nicht danach aus, daß dies überhaupt geschehen soll. Gleiches gilt für Opel Bochum. Auch hier kandidierten 1984 und 1987 eine Vielzahl von Listen, ohne daß es zu Ausschlüssen gekommen ist.

Bei Thyssen-Edelstahl Krefeld traten 1987 zwei Listen an. Die fortschrittliche Liste „Glück auf" erzielte auf Anhieb 45 %. Die Ortsverwaltung hat inzwischen auf Intervention des IGM-Vorstands in Frankfurt die Untersuchungsverfahren eingestellt und die Funktionsverbote aufgehoben.

Eine besondere Situation bestand 1987 auch bei BMW in Westberlin. 1984 kandidierten die fortschrittlichen Gewerkschafter noch auf der gemeinsamen IGM-Liste. 1987 kandidierten zwei Listen. Die Ortsverwaltung beschloß, beide Listen als IGM-Listen anzuerkennen.

...die Auseinandersetzung friedlich d. h. ohne organisato-

Demokratie in einer Arbeiterorganisation muß mehr sein als die Demokratie aus Bonn.

Ein offener Brief an die IGM-Ortsverwaltung

»Am 13. März hat die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall beschlossen, gegen uns ein Verfahren nach § 11 der Satzung einzuleiten. Begründung: wir hätten zu den diesjährigen Betriebswahlen auf einer *»gegnerischen Liste«* kandidiert. Tatsache ist, daß es bei Daimler-Benz in der Vergangenheit wiederholte Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Metaller im Betriebsrat und im Vertrauenskörper gegeben hatte und daß es nicht möglich gewesen war, eine von allen Seiten getragene Liste zu den BR-Wahlen aufzustellen. Das ist keine Besonderheit, sondern eine in den verschiedensten Betrieben der gesamten Bundesrepublik zu beobachtende Entwicklung. Während dies allerdings anderswo stillschweigend oder ausdrücklich gebilligt wird, geht man in Hamburg den Weg der Ausgrenzung der Minderheitsströmung, formal gedeckt durch die Buchstaben der Satzung.

35 betriebliche Funktionäre aus der Hamburger IGM verfaßten ein Papier zum Fall »Daimler Benz«. Unter dem Titel *»Der Schnitt ins eigene Fleisch«* nahmen sie öffentlich zu den Angriffen gegen die »deutsch-ausländischen Metallerinnen und Metaller« bei Daimler-Benz Stellung und forderten die Einstellung der Verfahren.

Diese Solidaritätserklärung war und ist sehr wichtig. Sie machte die Auseinandersetzung bei Daimler-Benz innerhalb der Organisation bekannt und sorgte mit dafür, daß das Thema innergewerkschaftliche Demokratie auch über den betrieblichen Rahmen hinaus diskutiert wurde.

Auf der Vertreterversammlung am 1. April wurde über den Streit um die Betriebsratslisten bei Daimler-Benz in einer mehr als zwei Stunden dauernden Debatte diskutiert. Neben einigen Unterzeichnern der Solidaritätserklärung meldeten sich zahlreiche Funktionäre aus verschiedenen Betrieben zu Wort, die großenteils vorschlugen, die Auseinandersetzung friedlich, d. h. ohne organisatorische Sanktionen, beizulegen.

In der Debatte wurden die 35 Verfasser des Flugblatts von den beiden Bevollmächtigten scharf angegriffen und ihnen mit Konsequenzen gedroht. Wie schon bei der Diskussion um die Listenaufstellung bei Daimler diskutierten sie dabei rein formal und hängten sich an Formulierungen in dem Flugblatt auf, statt auf die inhaltliche Kritik einzugehen.

Inzwischen wurden diese Drohungen konkreter: Kollegen, die das Blatt unterzeichnet hatten, wurden in ihren Betrieben »besucht«, um sie von der Schändlichkeit ihres Tuns zu überzeugen und sie aufzufordern, sich von dem Papier zu distanzieren. Diese Versuche waren allerdings in keinem Falle von Erfolg gekrönt. Stattdessen erklärten weitere Kollegen sich bereit, das Papier noch nachträglich zu unterzeichnen.

Mit der einzigen Begründung, die Solidaritätserklärung mit unterzeichnet zu haben, wurden Kollegen aus dem Referentenarbeitskreis entfernt, bzw. gar nicht erst zugelassen. Wir meinen, innergewerkschaftlicher Meinungskampf ist dringend notwendig, um unsere Organisation nicht noch weiter verkrusten und erstarren zu lassen. Wer versucht, diese Auseinandersetzung statt mit besseren Argumenten mit Machtmitteln für sich zu entscheiden, fügt der IGM wesentlich mehr Schaden zu, als es diejenigen, die auf einer eigenen Liste kandidieren, je könnten.

In unserer IG Metall müssen auch Stimmen erlaubt sein, die sich nicht ungeprüft mit allem abfinden, was von der Ortsverwaltung beschlossen wird.

Deshalb fordern wir die Einstellung aller Versuche, die 35 Unterzeichner unter Druck zu setzen!«

Muammer Bilge, Petra Czeskleba, Girolamo Di Natale, Horst Helfen, Rita Kaiser, Helga Kotrotsios, Numan Kurt, Herbert Noeske, Reinhilde Oldenstädt, Holger Ruprecht, Orhan Sandikci, Michael Schlecht, Mainhard Schmidt, Hans-Herbert Suhling, Georgije Tiov — <u>Die Mitglieder der »deutsch-ausländischen Metallerinnen und Metaller«.</u>

teiltes Flugblatt von 35 Funktionären, das die OV wegen der Ausschlußverfahren kritisierte und die anschließende Diskussion.

Ebenso argumentierte die Ortsverwaltung bei Bosch, wo die „aktiven Metaller" sich nicht per Mehrheitsbeschluß des Vertrauenskörpers auf der „Ersatzbank" plazieren lassen wollten.

Daß eine zweite Liste unter Umständen unumgänglich ist, um der Belegschaft auch inhaltlich und personell eine Alternative anzubieten gegen sozialpartnerschaftliche Betriebsräte und noch nicht Kritik an gewerkschaftlichen Positionen sein muß, ist in der Regel mit dem Demokratieverständnis in der IGM nicht vereinbar. Zumindest wenn es gegen linke Gewerkschafter und um die Mehrheit in Betriebsräten geht.

„Wir sind an die Richtlinien/Satzungen gebunden"

Dies ist das Glaubensbekenntnis und Werkzeug, mit der rechte Funktionäre im Bedarfsfall jeder inhaltlichen Diskussion aus dem Wege gehen und die Vertrauenskörper auf Ausschlußlinie bringen.

Es geht, wenn die Opportunität es gebietet, allerdings auch anders. — Bei Ford in Köln kandidierten 1984 15 Listen. Über 100 Ausschlußverfahren wurden eingeleitet. Nach einem ent-

Daß man der Listenwahl auch offensiv entgegentreten kann und damit gar nicht erst eine Handhabe für Verfahren nach § 11 der IGM-Satzung (bei „Verdacht auf gewerkschaftsschädigendes Verhalten" können Untersuchungsverfahren eingeleitet werden) bietet, zeigen andere Beispiele. — Bei Hoesch-Union in Dortmund kandidierten die IGM-Kollegen mit noch ausgeschlossenen ehemaligen RGO-lern, ebenso kandidierten bei Daimler-Benz Bremen ausgeschlossene und nicht ausgeschlossene Kollegen auf einer einzigen Liste, so daß hier zum ersten Mal eine Personenwahl war.

Besonders interessant ist der Fall bei Mannesmann. Die ausgeschlossenen neun „konsequenten Gewerkschafter" haben eine zivilrechtliche Klage angestrengt gegen die IG-Metall wegen der Ausschlüsse von 1984. Das Landgericht hat die Ausschlüsse im November 1986 für rechtsunwirksam erklärt, der IGM-Vorstand dagegen Berufung eingelegt. Trotz dieses für die IG-Metall eher unangenehmen Gerichtsstreits kam es zu einer Persönlichkeitswahl.

Ausschlußverfahren gegen Rechte

Konnte man in der Vergangenheit eher davon ausgehen, daß die Richtlinien zu den Betriebsratswahlen gekoppelt mit § 11 der IGM-Satzung vor allem gegen linke Gewerkschafter eingesetzt wurden, so zeichnet sich 1987 zum ersten Mal ab, daß das Satzungswerkzeug auch gegen rechte Gewerkschafter Anwendung finden könnte.

Bei Klöckner in Bremen kandidierten 1984 vier Listen im Arbeiterbereich. Im Betrieb haben seit vielen Jahren linksgewerkschaftliche Kräfte (u. a. Arbeiterpolitik, DKP, linke Sozialdemokraten) eine deutliche Mehrheit. Die IGM erhielt dort auch diesmal 22 von 23 Sitzen. Trotzdem kam es neben der IGM-Liste zu zwei weiteren Listenbildungen aus dem SPD-Spektrum und einer CMV-Liste. Gegen beide Listen („Hüttenfuchs" und „Standpunkte") hat die Bremer Ortsverwaltung auf Antrag der Klöckner-Vertrauenskörperleitung ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Die Vertrauenskörperleitung wirft den Listenführern von „Hüttenfuchs" und „Standpunkte" (Name der Zeitung der SPD-Betriebsgruppe) u. a. vor, kein eigenes inhaltliches Programm und nur das Ziel zu haben, als Personen wieder in den Betriebsrat kommen zu wollen. Sie berücksichtigte sie bei der Aufstellung der IGM-Liste nicht. Die Liste „Standpunkte" begründete ihre eigene Kandidatur damit, daß die angekündigte CMV-Kandidatur eine Persönlichkeitswahl verunmöglichte und sie in die IGM-Liste nicht aufgenommen worden sind. Verbunden wird dies mit Kritik an der Arbeit der Betriebsratsmehrheit.

Interessant ist die Lage bei Klöckner auch deshalb, weil die Listenführerin von „Standpunkte" Mitglied des SPD-Vorstands ist. Es zeichnet sich ab, daß das Vorgehen bei Klöckner auf erhebliches Interesse der Betriebslinken stößt, zumal es ja gilt, diverse Ausschlußanträge gegen fortschrittliche Kollegen zurückzukämpfen, und da könnte die Situation bei Klöckner in der gewerkschaftlichen Diskussion leicht wie ein Bumerang wirken.

Ein Ausschlußverfahren gegen eine rechte Liste wurde ebenfalls vom Bremer MBB-Vertrauenskörper eingeleitet. Während es diesmal unter Berücksichtigung der fortschrittlichen Kollegen zu einer gemeinsamen Kandidatur auf einer IGM-Liste kam, reichte der IGM-Betriebsrat Grottke eine eigene Liste gegen die seiner Meinung nach zu linke IGM-Liste ein. Gegen Grottke und andere läuft das Ausschlußverfahren.

Willkür auch in anderen Gewerkschaften

In den anderen Einzelgewerkschaften des DGB spielen Ausschlußverfahren kaum eine Rolle, weil es dort nur selten zu Kandidaturen auf eigenen Listen kommt. Wo dies dennoch der Fall ist, wie in der ÖTV oder der IG-Chemie, wird nicht anders verfahren. Nach einem im Dezember 1986 gefaßten Beschluß des Hamburger ÖTV-Bezirksvorstandes wurde zwölf Funktionären das gewerkschaftliche Vertrauensleute-Mandat entzogen, weil sie auf einer eigenen Liste kandidiert hatten.

Bei der IG-Chemie kam es 1984 zu Ausschlußverfahren gegen die Mitglieder der Listen für „Durchschaubare Betriebsratsarbeit" bei Bayer und Hoechst. Während bei Bayer die Verfahren mit Funktionsverboten endeten, wurden die „Durchschaubaren" bei Hoechst ausgeschlossen. Begründung: Schädigung des Ansehens und Verunglimpfung der IG-Chemie. Die Betroffenen gingen wegen der Ausschlüsse vor Gericht. Das Landgericht Hannover wies den Ausschluß als unbegründet zurück. Das Oberlandesgericht in Celle bestätigte den Ausschluß. Es sah allein schon in der regelmäßigen Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe gewerkschaftsschädigendes Verhalten. Eine Entscheidung vor dem BGH steht noch aus.

Daß das Ausscheiden aus der gewerkschaftlichen Organisationsdisziplin auch bei der IG-Chemie nicht zwangsläufig ein Funktionsverbot oder den Ausschluß bedeuten muß, zeigt ein anderes Beispiel. Bei Schering kandidierten 1984 vormals freigestellte Betriebsräte auf einer eigenen Liste, weil sie vom Vertrauenskörper nicht wieder aufgestellt worden waren. Sie errangen ein Mandat mehr als die Liste der IG-Chemie. Statt Ausschlußverfahren einzuleiten, wurde ein Vertreter der Liste sogar in den ehrenamtlichen Hauptvorstand der Gewerkschaft befördert.

Die angeführten Beispiele zeigen, daß Theorie und Praxis der Ausschlüsse immer noch ein Instrument zur Behinderung und Verhinderung konsequenter, nicht sozialpartnerschaftlich orientierter Gewerkschaftsarbeit sind. Der Widerstand in den Gewerkschaften gegen diese Art der Reglementierung ist kaum entwickelt. In der Regel bleibt es bei regionalen Reaktionen und auch erst dann, wenn es wieder Ausschlußverfahren gibt. Eine Diskussion, die die Ausschlüsse in Verbindung mit dem mangelnden Demokratieverständnis der Gewerkschaften setzt, gibt so gut wie nicht.

Die Otto-Brenner-Stiftung empfahl bereits 1978 in einem im Auftrag der IG-Metall erstellten Gutachten, Personengruppen, also Frauen, Ausländer und Jugendliche, aber auch relevante

bereits 1978 in einem im Auftrag der IG-Metall erstellten Gutachten, Personengruppen, also Frauen, Ausländer und Jugendliche, aber auch relevante

gewerkschaftspolitische Minderheitsströmungen bei den Listenaufstellungen zu berücksichtigen. Gegebenenfalls müßte dies in der Satzung verankert werden. Die bisherige Praxis würde einer rechtlichen Prüfung nicht standhalten. Das Gutachten verschwand in den Schubladen der IG-Metall.

Leider gibt es keine Anzeichen dafür, daß das innere Demokatieverständnis der Gewerkschaften in naher Zukunft größeren Erschütterungen unterliegen könnte. Auch die letzten Gewerkschaftstage dokumentieren eher eine weitere Stärkung der Zentralgewalt der Vorstände.

„Minderheitenmeinungen in unserer Organisation sowie der demokratische Meinungsbildungsprozeß sind Selbstverständlichkeiten für die Metallerinnen und Metaller", ließ die Hamburger IGM-Ortsverwaltung mit Schreiben vom 25.5.87 wissen. „Daraus kann jedoch nicht das Recht abgeleitet werden, demokratisch zustande gekommene Beschlüsse in Frage zu stellen und zu versuchen, durch permanente Angriffe auf die gewählten Gremien diese Entscheidungen zu Fall zu bringen.

Im Interesse einer konstruktiven Arbeit unserer Verwaltungsstelle, in deren Aufgabenkatalog die Gewinnung neuer Mitglieder und somit die Stärkung der Organisation an oberster Stelle steht, bitten wir Euch herzlich, durch persönliches Engagement dazu beizutragen, daß wir uns in den Gremien unserer Organisation vorwiegend und geschlossen mit unseren eigentlichen Aufgaben befassen."

Deutliche Worte über den gewünschten Gewerkschafter der Zukunft?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Persönlichkeitswahl mit Ausgeschlossenen auf einer Liste:	
Hoesch-Union, Dortmund	1987
Mannesmann, Duisburg	1987
Daimler-Benz, Bremen	1987
Mehrere Listen und Verfahren eingestellt oder keine bzw. noch keine Verfahren:	
Thyssen-Edelstahl, Krefeld	1987
Klöckner, Bremen	1984
MBB, Bremen	1984
Ford, Köln	1984 und 1987
Siemens, Witten	1987
Gilette, Westberlin	1987
Schering, Westberlin	1984
BMW, Westberlin	1987
Mehrere Listen und Ausschlüsse:	
HDW, Hamburg	1982
Mannesmann, Duisburg	1984
Daimler-Benz, Untertürkheim	seit 1972
Daimler-Benz, Hamburg	1987
Hoechst, Frankfurt	1984
Mehrere Listen und Funktionsverbote:	
HHLA, Hamburg	1987
Lufthansa, Hamburg	1987
Bayer, Leverkusen	1984

Bayern mal wieder vorn:

Der AIDS-Maßnahmenkatalog



Der am 25.2.87 von der bayerischen Staatsregierung beschlossene Maßnahmenkatalog ist nun erwartungsgemäß bayerische Wirklichkeit geworden. Das Ende April veranstaltete „wissenschaftliche Hearing", bei dem sich auch konservative Wissenschaftler gegen den Katalog wandten, änderte nichts an dem Beschluß.

Der Katalog hatte bereits Folgen. Nicht, daß bereits allzu viel über sene Anwendung und Umsetzung bekannt geworden wäre. Das dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen. Aber das politische Klima ist durchaus in bayerischer Manier beeinflußt worden. So sind bereits Schwule, die in der Öffentlichkeit Schwulenpolitik betrieben hatten, in andere Bundesländer gezogen. Die Klientenzahlen bei Aids-Hilfe- und Drogenberatungsstellen sind drastisch zurückgegangen. Strafverfahren gegen Aids-Infizierte wurden eingeleitet und teilweise durchgeführt.

Der Aids-Maßnahmenkatalog ist rechtlich gesehen eine verwaltungsinterne Regelung, die die Behörden beim Vollzug des Seuchengesetzes, des Ausländer- und Asylverfahrensgesetzes und des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes bindet. Darüberhinaus wurde ein Aids-Test bei der Einstellung von Beamten vorgeschrieben.

Annahme eines

Annahme eines Ansteckungsverdachtes

Zunächst wird im Maßnahmenkatalog unterschieden zwischen den verschiedenen seuchenrechtlich relevanten Begriffen. Danach ist
— *krank* eine Person, bei der der HIV-Virus nachgewiesen und die Immunschwäche in einem ihrer Bilder ausgebrochen ist.
— *krankheitsverdächtig* eine Person, bei der Erscheinungen bestehen, die auf eine HIV-Infizierung hinweisen, ohne daß der Virus bereits nachgewiesen ist,
— *Ausscheider* sind alle HIV-Infizierten, ohne daß die Krankheit bereits ausgebrochen ist oder ein Krankheitsverdacht besteht,
— *ausscheidungsverdächtig* sind Personen, von denen *anzunehmen* ist, daß sie HIV-Virusträger sind, ohne daß der Virus nachgewiesen, die Krankheit ausgebrochen ist oder ein Krankheitsverdacht besteht,
— *ansteckungsverdächtig* sind Personen, von denen *anzunehmen* ist, daß sie den Virus aufgenommen haben, ohne daß sie Ausscheider, d.h. daß der Virus nachgewiesen ist oder daß sie krank oder krankheitsverdächtig sind. Das sind für die bayerischen Behörden sämtliche männlichen und weiblichen Prostituierten und Fixer.

Seuchenrechtliche Ermittlungen

Der seuchenrechtliche Teil des Maßnahmenkatalogs stützt sich im wesentlichen auf das Bundesseuchengesetz und eröffnet die dort geregelten Eingriffbefugnisse auch für die Krankheit Aids. Danach hat das Gesundheitsamt bei Aids Ermittlungen anzustellen,
— wenn sich ergibt, daß jemand krank, krankheitsverdächtig, ansteckungsverdächtig, Ausscheider oder ausscheidungsverdächtig ist,
— wenn anzunehmen ist, daß jemand ansteckungsverdächtig ist. Hierfür müssen sich begründete Anhaltspunkte ergeben, z.B. daß jemand der Prostitution nachgeht oder Fixer ist. Ein anonymer Hinweis soll nicht genügen (Gauweiler), ein nichtanonymer führt aber sofort zu Ermittlungen. („*Wenn Sie der Gesundheitsbehörde mit vollem Namen mitteilen, daß in Ihrer Nebenwohnung ein Strichjunge tätig ist, dann muß das Gesundheitsamt dem nachgehen*", so Gauweiler in einem Spiegel-Gespräch).

Die Gesundheitsämter haben eigene Ermittlungen anzustellen, aber sich auch auf die Erkenntnisse der Polizei und sonstiger Sicherheitsbehörden zu stützen. Nach dem BSeuchG haben die Gesundheitsbehörden vor allem Art, Ursache, Ansteckungsquelle und Ausbreitung der Krankheit zu ermitteln. Vor allem geht es darum, sogenannte Infektionsketten zu unterbrechen, d.h. die Intimpartner von HIV-Virusträgern zu ermitteln.

Die Gesundheitsämter *müssen* bei allen ansteckungsverdächtigen Personen eine Blutentnahme durchführen, „da eine Infektion mit HIV derzeit nur durch Blutuntersuchung nachweisbar ist". Dabei wird darauf verwiesen, daß die Annahme eines Ansteckungsverdachtes erst in einem Gespräch geklärt werden soll. Das Gesundheitsamt soll dabei die Umstände der Annahme des Ansteckungsverdachtes klären.

Die Annahme des Ansteckungsverdachtes wird grundsätzlich bei männlichen und weiblichen Prostituierten und Fixern angenommen. Allerdings hat die Verwaltungsrätin Martina Rüb-

chen und weiblichen Prostituierten und Fixern angenommen. Allerdings hat die Verwaltungsrätin Martina Rüb-

saamen in dem von Gauweiler herausgegebenen AIFO (Aids-Zeitschrift) weitergehende Fälle konstruiert. Danach sollen auch diejenigen zu den Risikogruppen gehören, die z.B. im Drogen- oder Prostituiertenumfeld, aber auch in Homosexuellenkreisen angetroffen werden. Gauweiler bleibt da diffus, er widerspricht einerseits der Annahme, daß schon Personen, die sich beispielsweise länger auf Bahnhofstoiletten aufhalten, zu den Ansteckungsverdächtigen gehören. Andererseits gibt er zu, daß noch andere Fallkonstruktionen denkbar sind, nicht nur die der Prostitution und der intravenösen Drogensucht.

Gauweiler: „*Unser Katalog ist ein Vollzugshinweis, wie im Bereich der Prostitution und der infektionsgefährdeten Fixer von den Gesundheitsbehörden vorzugehen ist und nicht, wie möglicherweise Freier und die nach dem Freier kommenden weiteren Infektionsketten gesundheitsbehördlich erfaßt werden sollen. Leute, die Kontakt mit Prostituierten hatten, sind als Zeugen interessant und zwar um zu klären, ob die Prostituierte vollendete oder versuchte Körperverletzung begangen hat*". Daß diese Zurückhaltung praktisch nicht umgesetzt werden wird, ergibt sich allerdings wiederum aus dem BSeuchG. Denn die von Gauweiler als Zeugen bezeichneten Personen gelten danach zumindest als ansteckungsverdächtig. Daß im Katalog an diesem Punkt nur Prostituierte und Fixer genannt sind, heißt schließlich nur, daß bei diesen von vorneherein der Ansteckungsverdacht besteht, bei anderen eben nicht von vorneherein.

Somit können die Maßnahmen des Gesundheitsamtes und anderer Behörden einen viel weitergehenden Personenkreis betreffen, als Gauweiler zu vermitteln versucht.

Was darf das Gesundheitsamt?

Die Eingriffsmöglichkeiten des Gesundheitsamtes sind sehr weitgehend. Sie wurden von der SPD/FDP-Regierung noch 1980 verschärft.

Zunächst hat das Gesundheitsamt die betreffende Person vorzuladen. Wird der Vorladung keine Folge geleistet, so soll der Test unter Androhung eines Zwangsmittels angeordnet und für sofort vollziehbar erklärt werden, damit Rechtsmittel keinen Aufschub ermöglichen. Wird der Vorladung dennoch keine Folge geleistet, so ist sie „mit polizeilicher Vollzugshilfe" durchzusetzen. Diese Prozedur soll schließlich ein Gespräch ermöglichen, „um die Annahme des Ansteckungsverdachtes" zu klären. Bei den anderen Kategorien ist gleich ein Bluttest möglich.

Soll die Blutentnahme gegen den Willen des/der Betroffenen durchgeführt werden, so ist dies vorher vom Gesundheitsamt anzuordnen, auch hier unter der Androhung von Zwangsmitteln und sofort vollziehbar. „Bei Gefahr im Verzug können solche Anordnungen mündlich ergehen; sie sind schriftlich zu bestätigen". Kurzer Prozeß also. Leistet der/die Betroffene Widerstand, so ist wiederum polizeiliche Vollzugshilfe heranzuziehen. Sollte trotzdem eine Blutentnahme nicht möglich sein, so ist die Person einem Institut für Rechtsmedizin „zuzuführen" oder der Leiter um Beistand zu bitten. Dabei steht die ganze Palette polizeilicher Zwangsmittel zur Verfügung.

Alle drei Monate ein Test

Ist der Untersuchungsbefund negativ, gehört die Person aber nach Auffassung der Behörden zum Kreis der Ansteckungsverdächtigen, dann wird die vierteljährliche Wiederholung des Tests angeordnet. Der/dem Betroffenen wird eine Bescheinigung über das Testergebnis ausgehändigt. Die Vorlage der Bescheinigung beim Gesundheitsamt kann angeordnet werden, ebenso kann die Polizei bei Prostituierten jederzeit die Vorlage der Bescheinigung verlangen.

Prostituierten ist in jedem Fall die Kondomverwendung aufzuerlegen. Weiterhin ist ihnen untersagt, mit dem negativen Untersuchungsergebnis zu werben. (In Hamburg werden die Testergebnisse nur mündlich mitgeteilt, um eine solche Werbung zu verhindern, Spiegel Nr. 13/87).

Spiegel Nr. 13/87).

Ultima ratio: die Absonderung

Ist der Befund positiv ausgefallen, so soll in Zukunft der Eingriffskatalog des BSeuchG zur Anwendung kommen. Die bayerischen Beteuerungen, auch im Freistaat werde Aufklärung für wichtig gehalten, findet seinen Niederschlag in einem Satz im Maßnahmenkatalog: Die infizierte Person sei auf sämtliche zur Verfügung stehenden Beratungs- und Betreuungsangebote hinzuweisen.

Nach dieser „Beratung" seien aber eventuell notwendige Maßnahmen nach den §§ 34ff. BSeuchG zu prüfen. Das heißt konkret: Ist das Gesundheitsamt nicht von der freiwilligen Einhaltung der entsprechend empfohlenen Verhaltensregeln überzeugt, dann werden die Verhaltensregeln förmlich angeordnet und die/der Betroffene wird unter Beobachtung gestellt. D.h. es wird kontrolliert werden, inwieweit die Betroffenen die Verhaltensregeln einhalten. Angeordnet wird auf jeden Fall:
— Die Verpflichtung, die Intimpartner über die Infektion aufzuklären, ebenso Personen, die das gemeinsame Spritzbesteck verwenden, über die Infektion zu informieren.
— Auf Befragen Ärzte, Zahnärzte, Hebammen, Heilpraktiker und all diejenigen, die „berufsmäßig oder ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben, bei denen HIV übertragen werden kann", von der Infektion in Kenntnis zu setzen.
— Verbot des Spendens von Blut, Sperma, Organen oder Gewebe,
— Gegenüber infizierten Frauen Verbot, zu stillen oder Milch zu Ernährungszwecken abzugeben.
— Verbot der weiteren Ausübung der Prostitution

„Absonderung"

Bei „wiederholter Zuwiderhandlung" gegen seuchenrechtliche Anordnungen können die Betroffenen „abgesondert" werden. Den Antrag auf Absonderung stellt das Gesundheitsamt, darüber zu entscheiden hat ein Richter, weil es sich um eine freiheitsentziehende Maßnahme handelt.

Die Absonderung soll in Krankenhäusern „und ähnlichen Einrichtungen" erfolgen. Erwähnt werden auch therapeutische Einrichtungen.

Dabei ist allerdings damit zu rechnen, daß innerhalb dieser Einrichtungen Aids-Infizierte ebenfalls „abgesondert" werden. Denn vermutlich werden die Krankenhäuser einen Kontakt zwischen Infizierten und Nicht-Infizierten kaum zulassen. In Bayern wurde beispielsweise für eine inhaftierte Frau, die HIV-infiziert ist, ein Therapieplatz wegen ihrer Drogensucht gesucht und nicht gefunden. Die therapeutischen Einrichtungen lehnten allesamt wegen der Aids-Infektion ab. So wird der Freistaat doch spezielle Aids-Einrichtungen schaffen müssen. Und das ist dann nicht mehr weit entfernt von den befürchteten Lagern.



Meldung an Behörden anderer Bundesländer

Wechselt ein/e HIV-Infizierte/r den Wohnort, dann richtet das bisher zuständige Gesundheitsamt seine Meldungen nicht etwa nur an andere bayerische Gesundheitsämter. Vielmehr informiert es auch Gesundheitsämter anderer Bundesländer, sollte der/die Betroffene dorthin verzogen sein. Für die Bayern spielt dabei keine Rolle, daß sämtliche anderen Bundesländer derartige Maßnahmen (bisher) strikt abgelehnt haben.

Einrichtungen, die die „Weiterverbreitung von HIV begünstigen", sollen ständig überprüft werden und eventuell in Betracht kommende Maßnahmen in Erwägung gezogen werden. Verwiesen wird beispielsweise auf das Gaststättengesetz, nach dem in bestimmten Fällen der Entzug einer Gaststättenlizenz möglich ist. Unter die zu überwachenden Einrichtungen fallen neben „Bordelle, Dirnenwohnheime" auch „Einrichtungen, die der Unsittlichkeit Vorschub leisten". Damit ist erneut die moralische Stoßrichtung des Katalogs zum Ausdruck gebracht.

Grundsätzlich sind allerdings Verstöße gegen seuchenrechtliche Anordnungen „nur" Ordnungswidrigkeiten. Aus dem Maßnahmenkatalog läßt sich zwischen den Zeilen das Bedauern hierüber herauslesen. Denn immer wieder werden die Behörden zur nachhaltigen Verfolgung dieser Ordnungswidrigkeiten aufgefordert. (Hierbei gilt ja der sog. Opportunitätsgrundsatz im Gegensatz zum strafrechtlichen Legalitätsgrundsatz. D.h. die Behörden haben bei der Frage, ob sie eine Ordnungswidrigkeit verfolgen, einen Ermessensspielraum.)

Ganz anders sieht es da hinsichtlich der ausländerrechtlichen Regelungen des Maßnahmenkatalogs aus.

Ausländerrechtliche Konsequenzen

Besonders gravierend und viel zu wenig in der öffentlichen Diskussion sind die Konsequenzen, die der Maßnahmenkatalog für alle Ausländer hat, die nicht westeuropäischer Nationalität sind.

Zunächst sollte ein Zwangstest für alle Nicht-EG-Angehörigen beim Antrag auf Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis eingeführt werden. Offensichtlich aufgrund der Proteste insbesondere aus Österreich (Androhung von Aids-Tests für Bundesdeutsche) machte die bayerische Staatsregierung jedoch in diesem Punkt einen kleinen Rückzieher. Nun also sind alle Westeuropäer vom Aids-Zwangstest ausgenommen. Auf die Frage nach dem Grund für diese Ausnahmen antwortete Gauweiler dem Spiegel mit einer offenen rassistischen Begründung (Spiegel 22/87): „*Wir standen vor der Frage: Verlangen wir von allen Westeuropäern dieses Gesundheitszeugnis oder verlangen wir es von keinem? Wir haben uns gesagt: Zwischen EG-Angehörigen und Österreichern, Schweizern und Finnen besteht von den Lebensumständen und der Lebensführung her kein Unterschied.*"

Statt Ordnungswidrigkeiten: Straftaten

Grundsätzlich werden alle oben dargestellten seuchenrechtlichen Maßnahmen auch gegenüber Ausländern vorgenommen. Allerdings hat das Gesundheitsamt dem Ausländeramt
— einen positiven (bestätigenden) Untersuchungsbefund, oder
— die einen Ansteckungsverdacht begründenden Tatsachen, und
— ggfs. den Inhalt erlassener seuchenrechtlicher Anordnungen und eventueller Verstöße dagegen mitzuteilen.

Sinn und Zweck der Weitergabe dieser Informationen an das Ausländeramt ist ausschließlich, damit dieses wiederum ausländerrechtliche Maßnahmen einleiten kann. So sollen laut Maßnahmenkatalog seuchenrechtliche Anordnungen gegenüber Ausländern zu Auflagen im Sinne des Ausländergesetzes (AuslG) gemacht werden. Ein Verstoß gegen solche Auflagen ist aber eine Straftat, nicht nur eine Ordnungswidrigkeit, wie es die Anordnungen des Gesundheitsamtes darstellen. Damit werden die inhaltlich identischen Maßnahmen im Falle des Verstoßes bei Bundesdeutschen und Ausländern unterschiedlich verfolgt. Für Ausländer bedeutet dies aber auch gleichzeitig ei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ne wesentlich erhöhte Gefahr der Ausweisung. Denn Verurteilungen wegen Straftaten stellen einen Ausweisungsgrund dar. Und das verdeutlicht auch die Stoßrichtung des ausländerrechtlichen Teils des Maßnahmenkatalogs. An mehreren Stellen wird darauf hingewiesen, daß sowohl Ausländeramt als auch Gesundheitsamt jeden ihnen bekannt gewordenen Verstoß gegen die Auflagen an die Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Straftaten weiterzuleiten haben.

Ausweisung bei Weigerung

Aber nicht nur die strafrechtliche Verfolgung stellt ein wesentlich schärferes Vorgehen gegenüber Ausländern dar. Zwar wurde schon bisher ein Gesundheitszeugnis über das Vorliegen ansteckender Krankheiten bei der Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis verlangt. In Zukunft soll nun auch ein Aids-Test durchgeführt werden. Das Ergebnis dieses Testes sowie auch das Labor, welches das Blut untersucht hat, muß dem Ausländeramt mitgeteilt werden.

Die Aufenthaltserlaubnis soll im Falle eines positiven Befundes versagt werden. Ausnahmen sind nur im Falle besonderer Bindungen des Ausländers an das Bundesgebiet zulässig, d.h. nach der herrschenden Rechtsprechung im Falle einer Ehe mit einer/m Deutschen. Aber nicht einmal ein deutscher Ehepartner schützt vor Ausweisung, wenn der ausländische Ehepartner nicht ,,aufgrund seiner Lebensführung die Gewähr dafür bietet, daß er die Krankheit nicht weiterverbreitet''.

Aufenthaltsbeendigung ist das Ziel

Grundsätzlich ist aber bei allen HIV-infizierten Ausländern
— denen die Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt werden soll oder
— die bereits im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis sind, ,,unverzüglich die Aufenthaltsbeendigung zu prüfen.''

Die angekündigte Berücksichtigung ,,schützenswerter Bindungen des Ausländers im Bundesgebiet (z.B. Aufenthaltsdauer, Verfestigung, Integration, Familienbindung u.ä.)'' läßt vermuten, in welche Richtung der behördliche Abwägungsprozeß gehen wird: denn diesen schützenswerten Bindungen steht immer die bundesdeutscher Volksgesundheit gegenüber; zu befürchten ist, daß diese grundsätzlich als vitales Interesse der BRD höher bewertet wird.

Aber auch für den Ausnahmefall, daß trotz HIV-Infizierung der Aufenthalt gestattet oder geduldet wird, ist die Schwelle der Ausweisungsgefahr herabgesetzt. Alle seuchenrechtlichen Anordnungen werden zu ausländerrechtlichen Auflagen (d.h. Verstoß = Straftat) gemacht. Und als ob auf Verstöße spekuliert würde, wird darauf hingewiesen, daß derartige Straftaten trotz eines erhöhten Ausweisungsschutzes dennoch zur Ausweisung und Abschiebung führen können.

Abschiebung von Asylsuchenden ins Verfolgerland

Auch sämtliche Asylsuchenden werden künftig auf eine HIV-Infizierung hin untersucht. Bei außereuropäischen und türkischen Asylsuchenden wird das Gesundheitsamt tätig, bei anderen Asylsuchenden frei praktizierende Ärzte. Auch hier ist immer dem Ausländeramt das untersuchende Labor mitzuteilen.

Auch hier werden seuchenrechtliche Anordnungen zu Auflagen im Sinne des Asyl-Verfahrensgesetzes gemacht, Verstöße sind wiederum Straftaten, nicht nur Ordnungswidrigkeiten.

Aber eben nicht nur das: ,,*Verstößt ein HIV-infizierter Asylbewerber nachhaltig gegen die ihm auferlegten Verpflichtungen, insbesondere indem er weiterhin verbotswidrig der Prostitution nachgeht, und gefährdet er dadurch andere Personen, ist eine Entscheidung über die Aufenthaltsbeendigung zu treffen, auch wenn das Asylverfahren noch andauert. (...) Der Asylbewerber ist aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit anzusehen. Der Begriff der Sicherheit umfaßt insbesondere auch die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und damit die Sicherheit der Bevölkerung allgemein. Diese ist gefährdet, wenn von einem HIV-infizierten Ausländer, der sich uneinsichtig nicht an die ihm auferlegten Verpflichtungen zur Lebensführung hält, die konkrete Gefahr für eine Vielzahl von Personen ausgeht, mit der häufig tödlich endenden Krankheit infiziert zu werden.*

Kommt eine Aufenthaltsbeendigung nur durch Abschiebung in das Verfolgerland in Betracht, ist nach §26 Abs. 1 Nr. 3 AuslG auf dem Dienstweg das Benehmen mit dem Bundesminister des Innern herzustellen.''

Diese mit Abstand härteste Regelung im Maßnahmenkatalog haben Gauweiler und der bayerische Staatssekretär für Soziales, Gebhard Glück, auch noch durch Gleichsetzung der politischen Verfolgung mit der vermuteten Aids-Weiterverbreitung zu rechtfertigen versucht:

Glück: ,,*Wir halten den Schutz der nichtbetroffenen Bevölkerung für mindestens ebenso wichtig wie die Vorsorge für die Betroffenen. Genügt es denn nicht zu sagen, wenn ein Asylbewerber infiziert ist, sich aber verantwortungsbewußt verhält, daß er bleiben kann? Was reitet ihn denn, nun hier auch noch in Kenntnis seiner Infektion verantwortungslos zu handeln und andere zu gefährden?''*

Gauweiler: ,,*Sollen wir einen HIV-infizierten iranischen Asylantragsteller — der die Auflage hat, nicht mehr der Prostitution nachzugehen, und der immer wieder gegen diese Verpflichtung verstößt und damit der kriminellen Energie seiner Verfolger mindestens entspricht — sollen wir den hierbehalten und sagen, gut, dann verurteile ich durch Duldung dieser Handlungen eine unbestimmte Zahl von Menschen zum Tode, um nicht die Abschiebung betreiben zu müssen? Halten Sie das für human?''* (Spiegel 22/87)

Bis zuletzt ist geplant: Die Infektion muß auch den Haftanstalten und Polizeidienststellen gemeldet werden, die die Abschiebehaft bzw. die Abschiebung durchzuführen haben.

Am 9./10.5.87 wurde schließlich noch der sog. Zimmermann-Erlaß in Sachen Aids durch Presseberichte bekannt. Er hatte die Grenzschutzdirektionen angewiesen, bei begründetem Verdacht auf Aids-Erkrankung bzw. -Infektion diese Personen nicht ins Bundesgebiet einreisen zu lassen. Ein Nachweis über die Infektion sei nicht erforderlich.

Auf die heftige Kritik hin — auch aus Teilen der CDU, insbesondere Gesundheitsministerin Süßmuth — wurde der Erlaß lediglich in seiner rechtlichen Bedeutung relativiert, nicht aber etwa zurückgenommen.

Polizeirecht

Auf jeden Fall läßt der bayerische Maßnahmenkatalog eine verstärkte Überwachung und Bespitzelung zumindest der sog. Risikogruppen befürchten. Ob nun tatsächlich Razzien in Hauptbahnhöfen oder an Schwulentreffs durchgezogen werden, ist wohl mehr eine Frage der politischen Opportunität. Der Katalog weist aber eindeutig in diese Richtung.

Beamtenanwärter und Aids

Die — zumindest aus Reihen der SPD — heftigste Empörung ist um den Aids-Zwangstest bei der Einstellung von Beamten entstanden.

,,*Beamtenanwärter dürften nicht in eine Reihe mit Strichjungen und Prostituierten gestellt werden''.* (NN, 19.6.87) Und in einer SPD-Presseerklärung vom 2.6.87 zum Maßnahmenkatalog wird zwar gefordert, den gesamten Katalog zurückzunehmen, aber ,,insbesondere die Aids-Zwangsuntersuchung für Staatsdiener''.

Im Anhang an den eigentlichen Aids-Maßnahmenkatalog hat das bayerische Innenministerium in einem Schreiben an die bayerischen Landesuntersuchungsämter zur Durchführung von Aids-Tests bei der Übernahme ins Beamtenverhältnis angewiesen:
— Die bisher erforderliche Einstellungsuntersuchung ist durch einen HIV-Test zu ergänzen.
— Der Arzt hat auf den Zweck der Blutentnahme hinzuweisen.
— Die Blutprobe wird — codiert — an das Landesuntersuchungsamt geschickt.
— Ist das Ergebnis positiv, so hat das Gesundheitsamt davon auszugehen, daß der/die Betroffene vorzeitig dauernd dienstunfähig sein wird. Er hat dann den/die Betroffene um die Einwilligung zu bitten, das Ergebnis an die einstellende Behörde weiterzuleiten. Im Falle der Weigerung geht der Gutachtensauftrag (den ja die einstellende Behörde gestellt hat) an diese zurück mit dem Vermerk, ,,das Gutachten könne wegen fehlender Einwilligung nicht abgegeben werden''. Damit ist dann klar, was Sache ist. Ebenso wird verfahren, wenn der/die Betroffene den Test von vornherein verweigert.
— Außerdem hat das Gesundheitsamt im Falle eines positiven Befundes zu beraten und zu belehren. Hält es den/die Betroffene/n für uneinsichtig, kann es auch hier seuchenrechtliche Anordnungen treffen.


EXPRESS
6 88 27 48 47 86 71 21 23. Spiel
Köln: Volkszähler trat die Tür ein
AIDS-Kranke fliehen aus Bayern

Bild HAMBURG
Aids nächster Schlag
Alle Deutschen zum Zwangstest?

Münchner Szene: Kleine – groß in Geschmack/S.24
Abendzeitung
Rom-Fahrt als Preis
AIDS-Beschlüsse: Das ist nicht mehr unser Bayern
Empörung im Freistaat

tz
AIDS-Zwangstest: Alle gegen Gauweiler!
Heckl droht wieder mit Rücktritt
Neuberger gegen Aids als Kapitän
7200 Mark Strafe für TV-Star Hannawald
Stoppt Bonn Bayerns Gesetze? Politiker und Experten heil empört

Der bayerische Beamtenbund hält — im Gegensatz zu seiner Bundesorganisation — die Maßnahmen für ,,rechtlich zulässig und beamtenpolitisch vertretbar''. Der Vorsitzende des Bundesbeamtenbundes hatte sich noch verbeten, Beamte ,,auf eine Stufe mit Prostituierten und Fixern zu stellen'' (NN, 22.5.87).

Der bayerische Beamtenbund nimmt hingegen auch in Kauf, daß seuchenrechtliche Maßnahmen gegenüber den Betroffenen vorgenommen werden, weil die Gesundheitsbehörde aufgrund der vorgeschriebenen Einstellungsuntersuchung Kenntnis von der Infektion erhält. (NN, 20./21.6.87)

Strafrechtliche Verfolgung Aids-Infizierter

Durch den gesamten Maßnahmenkatalog ziehen sich immer wieder die Hinweise durch, daß sich Aids-Infizierte strafbar machten, wenn sie in Kenntnis ihrer Krankheit mit anderen Personen ungeschützten Geschlechtsverkehr hätten.

So käme die Einleitung eines Strafverfahrens wegen gefährlicher Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung (§ 223 a StGB), schwere Körperverletzung (§ 224 StGB), Körperverletzung mit Todefolge (§ 226 StGB), Vergiftung (§ 229 StGB) und fahrlässige Körperverletzung (§ 230 StGB) in Betracht. Die bayerische Justizministerin zog sogar die Verfolgung wegen fahrlässiger Tötung in Erwägung. Und: ,,In allerkrassesten Fällen kommt sogar Mord in Betracht.'' (Spiegel, Nr. 9/87)

Indes haben die bayerischen Behörden schon in einigen Fällen versucht, mittels Strafrecht gegen die Betroffenen vorzugehen.

In Nürnberg sitzt seit Monaten ein ehemaliger GI der US-Army in Untersuchungshaft. Ihm sei seine Aids-Infektion bekannt gewesen. Trotzdem habe er in einer Schwulenbar und auf dem Nürnberger Strich mit anderen Geschlechtsverkehr ausgeübt. Laut Spiegel (Nr. 9/87) brüstete er sich damit vor Angehörigen des Nürnberger US-Militärhospitals. ,,So bekamen auch die Nürnberger Staatsanwälte Wind von der Sache''. So klar ist dies allerdings nicht, denn offensichtlich haben dann Angehörige der US-Behörden der bundesdeutschen Justiz Informationen zukommen lassen, in Kenntnis einer etwaigen strafrechtlichen Verfolgung des Betroffenen.

Vorgeworfen wird dem Betroffenen versuchte gefährliche Körperverletzung. Voraussetzung ist allerdings, daß die Ermittlungsbehörden die Opfer des Angeklagten überhaupt ausfindig machen. Jedenfalls zogen zu diesem Zweck Beamte der Nürnberger Kripo durch die Schwulenbars und auf den Strich, um durch die entsprechenden ,,Befragungen'' die Opfer ausfindig zu machen. Der Angeklagte wartet seit Wochen auf die Eröffnung des Hauptverfahrens.

In einem anderen Fall wurde eine Münchener Prostituierte per Strafbefehl zu einer Geldstrafe wegen versuchter Körperverletzung verurteilt.

Einigen Wirbel verursachte auch das erste Durchgreifen der Polizei in Sachen Aids: Ein Erlanger Autofahrer war am frühen Morgen mit seinem Wagen ins Schleudern geraten und an ein Brückengeländer gefahren. Erst als er sein Auto abschleppen lassen wollte, kontrollierte ihn die Polizei. Angeblich stand der Autofahrer ,,augenscheinlich unter Alkohol- und Rauschgiftwirkung''. Gewaltsam wurde er zu einer Blut- und Urinprobe in ein Krankenhaus gebracht. Nach Angaben der Polizei setzte sich der Mann zur Wehr, wobei ,,Beamte und die Büroeinrichtung mit Blut gespritzt'' worden seien. ,,Aus Angst vor dem ansteckenden Virus'', so der Zeitungsbericht, ,,wurden die Räume sofort desinfiziert, auch die Polizeibeamten reinigten ihre Haut mit einer Desinfektionslösung''. Da der Autofahrer einer ,,Risikogruppe'' zuzuordnen sei, ,,wurde deshalb erstmals ein Aids-Test veranlaßt.'' (NN, 1.6.87). Am nächsten Tag erklärte die Erlanger Polizei, ,,die angeordnete Blutentnahme sei nicht etwa durchgeführt worden, weil eine HIV-Infizierung bei seiner sogenannten Risikoperson festzustellen oder nachzuweisen war, sondern wegen der Verstöße des Fahrers''. Der 29-jährige sei bei seinem Unfall ,,erkennbar unter dem Einfluß berauschender Mittel gestanden. Aus Sicherheitsgründen erfolge auch ein Aids-Test.'' (NN, 2.6.87)

Sicher bleibt abzuwarten, inwieweit der Maßnahmenkatalog aufsehenerregende Razzien nach sich zieht oder eher eine Anleitung zu individueller Überwachung durch staatliche Behörden darstellt. Das ist zum Teil eine Frage der politischen Opportunität, zum Teil hängt dies auch von den politischen Kräfteverhältnissen in den Städten und Gemeinden ab. So untersucht die Stadt Nürnberg gerade rechtliche Möglichkeiten gegen den Katalog. In München wurde eine Popularklage gegen den Maßnahmenkatalog eingereicht.

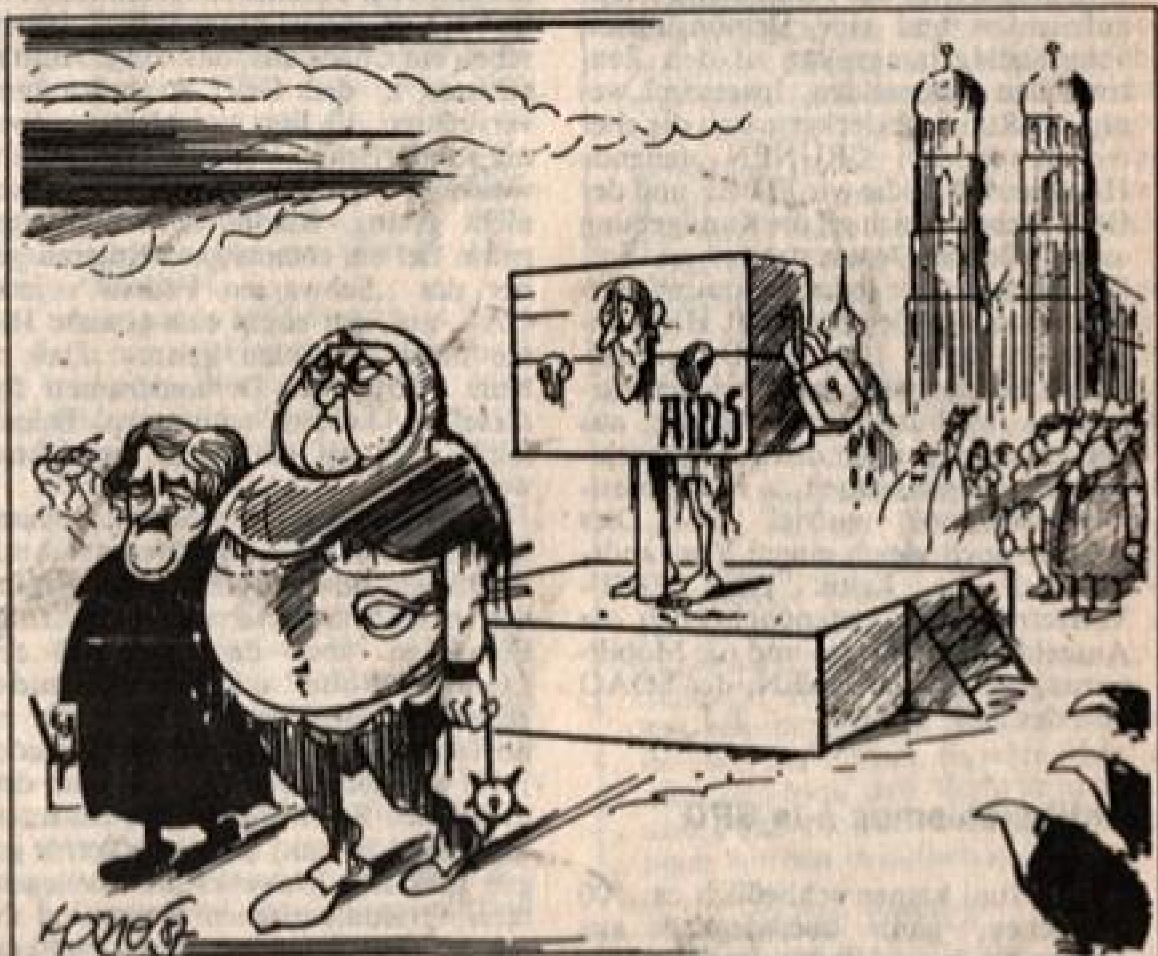
Offen dürfte sein, inwieweit nicht doch zumindest ein Teil der Eingriffe auch über lang oder kurz bundesweite Realität werden dürften. Zwar warnen sämtliche medizinischen und psychologischen Verbände davor. Auch Juristen ziehen die rechtliche Haltbarkeit des Katalogs in Zweifel. Bislang weigern sich auch noch andere Landesregierungen und Bundesgesundheitsministerin Süßmuth strikt gegen eine Ausdehnung der Eingriffsmöglichkeiten.

Auf der anderen Seite wächst der Druck in Richtung Ergreifung ,,effektiver'' Maßnahmen, ob es diese nun wissenschaftlich gibt oder nicht. Die Stimmung in der Bevölkerung — das haben die zahlreichen Umfragen in Sachen Aids ergeben — deutet auf eine erschreckend hohe Akzeptanz gegenüber drastischen Maßnahmen hin.

Und dazu hat auch die ,,Aufklärungskampagne'' der Bundesregierung beigetragen, denn der Test wird als Vorsorgemaßnahme begriffen und propagiert. Dabei vermittelt er lediglich — die auch nur bedingt sichere — Kenntnis von einer HIV-Infektion. Bundesanwalt Manfred Bruns, der in einigen Aufsätzen und auf Veranstaltungen — zuletzt in einer Diskussion mit Gauweiler auf dem deutschen Anwaltstag in Hamburg — gegen den Katalog argumentiert, hält den Test deshalb auch lediglich sinnvoll für Blutkonserven und allenfalls als Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchung. In allen anderen Fällen könne die Kenntnis von einem positiven Befund nur zu ,,depressiven und hypochondrischen Verstimmungen'' führen, was sogar den Ausbruch der Krankheit zu beschleunigen vermag. Bruns zieht auch die Anwendbarkeit des Bundesseuchengesetzes auf die Krankheit Aids in Zweifel. Die dort zugelassenen Eingriffe rechtfertigen sich nur, weil die im BSeuchG aufgeführten Krankheiten durchweg heilbar seien. Gegen Aids vermag allerdings derzeit kein Mediziner eine Behandlungsmethode anzubieten. — Die seuchenrechtlichen Maßnahmen bis hin zur Absonderung müßten daher lebenslänglich gegen die Betroffenen verhängt werden. Dies sei weder mit dem Grundgesetz noch mit der Bayerischen Verfassung zu vereinbaren.

KB/Gruppe Nürnberg

Anmerkung: Der Maßnahmenkatalog wurde in der FR vom 9.6.87 dokumentiert.



Keine Handhabe gegen die „Grauen Wölfe"?

Internationaler Kongreß mit MHP-Chef Türkes als Hauptredner

6. Juni 1987 in Hamm: 400 Antifaschisten auf der Straße, 8.000 „Graue Wölfe" in und um die Zentralhallen, der Hauptredner in der Halle darf eigentlich nicht in der BRD sein und ausgerechnet ein Vorstandsmitglied der Zentralhallen spricht als Redner auf einer antifaschistischen Kundgebung. Die Türk-Föderation, der politische Arm der türkischen faschistischen MHP, hielt von der Linken weitgehend unbemerkt und unbeachtet einen internationalen Kongreß ab. MHP-Chef Türkes war dazu aus der Türkei eigens angereist.

In der Hammer Presse wurde erstmals am 2.6.87 über die bevorstehende Versammlung der „Grauen Wölfe" berichtet. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Türk-Föderation bereits nicht nur in Hamm massiv mit Plakaten für diesen Kongreß mobilisiert.

Die deutschen Antifaschisten in Hamm wurden erst wenige Tage vorher durch türkische/kurdische Mitglieder von Arbeitervereinen über das Auftreten der „Grauen Wölfe" informiert, obwohl diese bereits einige Wochen vorher Kenntnis von dem bevorstehenden Faschistentreffen hatten. Warum der Informationsfluß zwischen türkischen/kurdischen und deutschen Antifaschisten so schlecht funktioniert, ist ungeklärt. Er muß aber für die Zukunft verbessert werden, war das doch der Grund dafür, daß die Mobilisierung der antifaschistischen Kräfte sehr kurzfristig erfolgen mußte.

Versuche, durch Beeinflussung z.B. des Vermieters der Zentralhallen, die Veranstaltung noch im Vorfeld zu verhindern, blieben fruchtlos: „Die Zentralhallen vermieteten die Räume, die Polizei hat aus ihrer Sicht keine Bedenken und die Stadtverwaltung sieht sich erst gar nicht berührt, weil dies ja eine private Veranstaltung sei." (1) Ein Aussteigen aus dem Mietvertrag mit der Türk-Föderation sei nicht möglich,
private Veranstaltung sei." (1) Ein Aussteigen aus dem Mietvertrag mit der Türk-Föderation sei nicht möglich,
behauptete die Zentralhallen-GmbH. Auf Unwissenheit versuchte sie sich herauszureden, daß man beim Abschluß des Mietvertrages mit der Türk-Föderation zugleich den rechtsradikalen „Grauen Wölfen" Tür und Tor geöffnet hat, will niemand gewußt haben." (2) Auch ausdrückliches Nachfragen gegenüber der Türk-Föderation (warum denn das, wenn man doch absolut nichts geahnt hatte) hätten keinen Zusammenhang mit den „Grauen Wölfen" ergeben, ebensowenig wie eine entsprechende Anfrage bei der Polizei. Den Verfassungsschutzbericht des Landes hätten weder die Hallenvermieter noch die Polizei gekannt (im VS-Bericht von NRW werden die Föderationsmitglieder als „Graue Wölfe" bezeichnet). Kurz und gut, niemand hat irgendetwas gewußt. Ein häufiges und nicht gerade neues Phänomen in der BRD, wenn es um Faschismus geht.

Am 3. Juni trafen sich über 70 Vertreter/innen verschiedener Gruppierungen (3) (darunter Jusos, Falken, Gewerkschaft HBV, Naturfreunde, DKP, GAL, die GRÜNEN, Bildungsgemeinschaft SOAG, Arbeitsgruppe sozialistische Politik ASP, FIDEF, türkisch/kurdische Arbeitervereine) um über das Vorgehen gegen das Faschistentreffen zu beraten. Beschlossen wurde, zur Kundgebung des DGB um 12 Uhr am Tag des Faschistentreffens aufzurufen und eine Demonstration vom Kundgebungsplatz zu den Zentralhallen anzumelden. Insgesamt wenig mit Ruhm bekleckerte sich die eher rechts von den GRÜNEN stehende Hammer GAL, die wie FIDEF und der DGB nicht zur sich an die Kundgebung anschließende Demonstration aufrief. Die Demo wurde jedoch erstaunlicherweise von der Gewerkschaft HBV unterstützt, deren Hammer Ortsverwaltung „Solidarität mit zahlreichen türkischen Mitbürger/innen sowie aus den Erfahrungen der deutschen faschistischen Vergangenheit ... zur Protestdemonstration" aufrief (4). Dies brachte auch gleich einem Vorstandsmitglied die Kritik eines DGB-Vertreters ein. Letztendlich blieb die Anmeldung der Demo und die Mobilisierung an den GRÜNEN, der SOAG und der ASP hängen.

Antifaschismus à la SPD

Am 6. Juni kamen schließlich ca. 500 Menschen, ganz überwiegend aus Hamm zur Kundgebung. In den naheliegenden Städten Dortmund, Bielefeld und Münster hatten die Aufrufe zu Kundgebung und Demo offensichtlich sehr wenig Erfolg. Dies mag zum einen daran liegen, daß die antifaschistischen Kräfte scheinbar nicht in der Lage sind, innerhalb weniger Tage zu mobilisieren, zum anderen daran, daß das Treffen der „Grauen Wölfe" sowohl vom Ausmaß als auch von der Bedeutung her unterschätzt wurde.

Ein Beitrag der Organisatoren der Demonstration wurde vom DGB nicht zugelassen, stattdessen wurde ausgerechnet Oberbürgermeisterin Sabine Zech (SPD) (5) als Rednerin eingeladen, pikanterweise Mitglied im Aufsichtsrat der Zentralhallen-GmbH. Somit konnte sich ausgerechnet eine Vertreterin der Vermieter der Tagungsräume der „Grauen Wölfe" als antifaschistische Rednerin profilieren. Die Kundgebung des DGB bekam damit den bitteren Beigeschmack, daß sie dazu dienen sollte, die SPD-Politikerin von ihrem eigenen „Versagen" reinzuwaschen.

Der Demonstration schlossen sich nach der Kundgebung ca. 400 Antifaschisten an, unter ihnen viele Türkinnen und Türken und zogen zu den Zentralhallen, wo sich ca. 8.000 „Graue Wölfe" aus der BRD, Belgien, Frankreich und Holland versammelten.(6)

Angesichts des erkennbar ungünstigen Kräfteverhältnisses ist es völlig unverständlich, daß nach Eintreffen des Demonstrationszuges von türkischen/kurdischen Antifaschisten begonnen wurde, mit Steinen und anderen Gegenständen auf die „Grauen Wölfe" zu werfen. Zwar ist die Wut auf die Faschisten und deren öffentliches Auftreten nur zu verständlich, insbesondere da MHP-Chef Türkes in den Hallen redete, die Antifaschisten hatten aber nie die Möglichkeit, die Faschistenversammlung noch zu verhindern. Durch die militanten Aktionen wurden nur die Demonstranten gefährdet, mensch stelle sich nur vor, es wäre tatsächlich zu einer unmittelbaren Konfrontation mit der Überzahl der
det, mensch stelle sich nur vor, es wäre tatsächlich zu einer unmittelbaren Konfrontation mit der Überzahl der
„Grauen Wölfe" gekommen! Mensch muß sich auch fragen, ob ein bestimmtes Kalkül dahinterstand, daß Faschisten und Demonstranten anfangs durch nicht mehr als etwa 15 Polizisten getrennt waren (7). Das ist außerordentlich ungewöhnlich, eventuell damit verbundene Absichten können aber nur vermutet, nicht belegt werden.

Trotz ihrer geringen Zahl versuchte die Polizei Festnahmen zu machen, was ihnen auch in 4 Fällen gelang. Dabei gingen die Bullen in zumindestens einem Fall außerordentlich rüde vor. Einem Demonstranten wurden bei der Festnahme büschelweise Haare ausgerissen, der rechte Arm wurde stark verrenkt, was noch Tage später Schmerzen verursachte, ebenso wie Schläge, die er in den Nacken erhielt. Seine Brille wurde — wohl absichtlich — zerbrochen und im Streifenwagen wurde er — seine Hände waren bereits auf den Rücken gefesselt — mehrmals ins Gesicht geschlagen. Verbale Drohungen und Beleidigungen fallen da kaum noch auf. Schließlich wurde er auf einer Wache freigelassen mit dem Hinweis, es habe sich um eine Personalienfeststellung gehandelt!

Nicht gerade vorbildlich war auch das spätere Verhalten der Bullen, das Formieren eines nicht genehmigten Demozuges der Faschisten zu dulden. Unter den Demonstranten brach inzwischen ein Chaos aus, das einige Antifaschisten in den Griff zu bekommen versuchten. Es liegt vor allem am wenig solidarischen Verhalten einiger anwesender Gruppierungen, daß dies nicht gelang. Besonders wenig angenehm fiel ein ehemaliger Mitherausgeber des „Schwarzen Fadens", jetzt GAL, auf, der sogar eine gewisse Häme nicht verhehlen konnte. Daß es beim Abzug der Demonstranten für diese zu keinen schlimmen Folgen kam, muß als Glücksfall bezeichnet werden.

Trotz der unerfreulichen Begleitumstände haben die Aktivitäten der Antifaschisten dazu geführt, daß ausführlich in der örtlichen Presse und kurz im Fernsehen über den Kongreß der „Grauen Wölfe" und den Protest dagegen berichtet wurde. Es bleibt zu hoffen, daß in Zukunft nicht wieder „wie vor sieben Jahren ... Hamm den türkischen Faschisten erneut ein internationales Forum, um ihren Terror gegen türkische Gewerkschaftskollegen, ihrer verleumderischen Hetze und ihren Morddrohungen gegen Demokraten größeres Gewicht zu verleihen" bietet (8). Einige der an der Demonstrationsvorbereitung beteiligten Gruppen und Einzelpersonen wollen versuchen, antifaschistische Aktivitäten besser zu koordinieren. Ein erstes, allerdings schwach besuchtes Treffen hat bereits stattgefunden.


MHP-Führer Türkes

Verwirrspiel um Türkes

Ein weiteres Kuriosum aus der Abteilung „Niemand hat etwas gewußt" muß noch vermeldet werden. MHP-Chef Türkes solle eventuell abgeschoben werden, es hieß gar, er werde von der Polizei gesucht, wie nach dem Pfingstwochenende in der Presse zu lesen war. Türkes, der „im deutschen Grenzfahndungsbuch zur Zurückweisung ausgeschrieben ist" (9), habe sich die Einreise sozusagen mit einem Trick erschlichen. Zum einen gab er an, er wolle aus gesundheitlichen Gründen zur Untersuchung in die BRD einreisen. Zum anderen habe er sich als ehemaliges Regierungsmitglied einen Diplomatenpaß verschafft, so daß seine Einreise nicht zu verhindern gewesen sei. Mensch kann aber sicher sein, daß die deutschen Behörden über den wahren Zweck der Anwesenheit Türkes' informiert gewesen sind, denn „schon Tage vor dem Hammer Bundeskongreß der ‚Grauen Wölfe' jedenfalls hatten Plakate im süddeutschen Raum den Ex-MHP-Chef als Zentralhallen-Redner angekündigt." (10) Letzte Zweifel über die Gutgläubigkeit bundesrepublikanischer Behörden mag folgendes ausräumen: „Ein Fernschreiben des Innenministeriums hatte am Freitag vergangener Woche (5. Juni, die Verf.) auch die Hammer Polizei informiert, daß Türkes möglicherweise nach Hamm kommen werde". (8) Mensch kann ebenfalls sicher sein, daß die Behörden die Einreise von Türkes hätten verhindern können, hätten sie es nur gewollt. Stoff zum Spekulieren kann mensch der Hammer Presse entnehmen: „Die Behörden am Bosporus seien nämlich durchaus skeptisch gewesen, ihm ... das Überschreiten der Grenze zu erlauben. Ministerpräsident Özal persönlich habe ihm dann sein Plazet gegeben" (10) und „bei seiner Ankunft in Frankfurt Ende vergangener Woche war der Extremist angeblich erkannt worden; man habe damals aus ‚diplomatischen Gründen' nicht einschreiten dürfen" (9) stand dort zu lesen. Es darf vermutet werden.

2 Genossen aus NRW

Anmerkungen

1) Hammer Zeitung, 2.6.87;
2) Westfälischer Anzeiger (WA), 3.6.87;
3) WA, 6.6.87 Zahlenangabe laut WA, 5.6.87;
4) Rundblick, 3/4.6.87;
5) Diese Politikerin brachte es fertig, in anderem Zusammenhang Demokraten und Linke mit Faschisten zu vergleichen;
6) 250 Demonstranten und 4000 Graue Wölfe laut WA, 9.6.87;
7) laut Hammer Zeitung vom 9.6.87 waren es 180!;
8) Hammer Zeitung, 9.6.87;
9) WA, 12.6.87;
10) Hammer Zeitung, 10.6.87.

Terroristen plündern Schwarzwaldidylle

Die Freiburger Pfingstrandale rief innenpolitische Scharfmacher auf den Plan. Für Baden-Württembergs Justizminister Eyrich war es ein Akt von „barbarischem Vandalismus". Angriffe aus „blankem Haß gegen die Ordnungskräfte" konstatierte ein CDU-Sprecher. Oberbürgermeister Böhme sprach von einem „paramilitärischen Einsatz", meinte aber nicht die Polizei damit. Deren Präsident Gerhard Fröhlich wußte es am Besten: „Die Angreifer waren in nahezu militärischer Form gestaffelt."

Was war geschehen? Hatte der Iwan die Breisgauhauptstadt okkupiert? Oder hatte der internationale Terrorismus das Schwarzwaldidyll in Kompaniestärke heimgesucht?

Die grellen Bürgerkriegsszenarien aus örtlicher und überregionaler Presse jedenfalls verlieren bei genauerem Hinsehen an Dramatik. Auf das innerstädtische Gebiet „Im Grün" konzentriert sich seit längerem die Sanierungswut von Freiburgs Stadtoberen. Mit Projekten wie der unsinnigen „Kultur-und Tagungsstätte", die die Kultur eher aus Alibigründen im Namen führt, soll das Wohngebiet in einen noblen Schicki-Micki-Stadtteil umgebaut werden.

Wenige Wochen vor der „heißen Pfingstnacht" wurden die Bewohner eines der letzten besetzten Häuser im Sanierungsgebiet auf die Straße gesetzt. Kurz darauf wurde das nächste Zielobjekt städtischer Räumungspolitik im „Grün" ins Fadenkreuz genommen: Das besetzte Haus in der Wilhelmstraße, nach sechsjähriger Existenz als „rechtsfreier Raum" von Freund und Feind kurz „Willi 36" genannt.

Verstärkte Räumungsbereitschaft signalisierte auch immer wieder der sozialdemokratische Oberbürger Böhme, der sich gerne unter seinem Motto: „Angebote an die Alternativen — harte Haltung gegen Chaoten und Hausbesetzer" profiliert. Am Morgen des 6. Juni ging es wiederum gegen die Sanierungspolitik und für den Erhalt der beiden letzten besetzten Häuser auf die Straße. Freiburgüblich war die Demo von dicken Bullenketten eingepackt.

Der darauffolgende Abend gehörte den Handwerkern der Szene: In lauer Juninacht schleppten rund 150 Aktivisten Baumaterial auf die Straßen des Stadtteils „Im Grün", türmten die Klamotten zu Barrikaden, zündeten das ganze an und empfingen die zunächst spärlich eintreffende Staatsmacht plus Feuerwehr mit Steinen. Etwas peinlich berührt gab Polizeidirektor Schreiber zu, daß er die auswärtigen Kollegen in Uniform nach der

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

morgendlichen Demo nach Hause geschickt hatte.

Fazit der sommerlichen Krawallnacht: Einige zu Barrikaden verarbeitete Bauwagen, zwei ausgebrannte LKW, eine geplünderte Tankstelle, etwas Glasbruch — insgesamt rund 400.000 DM Sachschaden. Der Polizeisprecher zählte 16 Verletzte in Uniform und einen lädierten Feuerwehrmann — die Verletzten auf der anderen Seite der Barrikaden wurden freilich nicht gezählt. Ein siebzehnjähriger Schüler wurde verhaftet und eingesperrt und muß mit einer Anklage wegen Landfriedensbruch rechnen. Zeitungen und Rundfunk überboten sich in den darauffolgenden Tagen in farbenfrohen Berichten über Steinhagel und Molotowcocktails, Schüsse mit Leuchtkugeln und abgefackelten Fahrzeugen. Die Hintergründe wurden, obgleich naheliegend, bewußt im Dunkel der Pfingstnacht gelassen. Da auch die Akteure weitgehend auf eine inhaltliche Vermittlung der Randale verzichtet hatten, konnte Oberbürger Böhme die kreuzdumme Behauptung verbreiten lassen, Volkszählungsgegner hätten möglicherweise aus Frustration über mangelnden Boykott-Erfolg das samstägliche Feuerchen entfacht.

Der rapide Niedergang der politischen Intelligenz in unseren Breiten kennzeichnet auch das breitgefächerte Distanzierungspanorama von der CDU bis zu den Grünen. Für die selbsternannten Sicherheitsexperten der Union war schnell klar, daß OB Böhmes ,,Politik des Nachgebens'' gegenüber den Chaoten für den nächtlichen Rabbatz verantwortlich war. Als ideologische Null ging der SPD-Bundestagsabgeordnete Erler mit seinem Vergleich zwischen den Freiburg-Kravallen und der ,,Kriegsführungsstrategie der verbrannten Erde'' aus der Distanzierungsrunde hervor. Auch der Sprecher der baden-württembergischen Grünen wühlte in der verbalen Kriegskiste: man werde es nicht zulassen, daß ,,einige wenige ihr pseudomilitärisches Süppchen kochen.''



Dem mit einem Projekt im Sanierungsgebiet ansässigen Arbeitskreis Alternative Kultur (AK) setzte Böhme die Distanzierungspistole auf die Brust. Falls dieser nicht bereit sei, sich von den Rabauken zu distanzieren, ließ der OB durchschimmern, könne es auch kein alternatives Kulturzentrum im ,,Grün'' mit städtischem Geld und Gnaden geben. Für christdemokratische Stahlhelmer im örtlichen Gemeinderat war das Projekt von jeher eine Stätte umstürzlerischen Denkens und Handelns.

Trotz anhaltendem Distanzierungsdruck blieben einige standhaft: Die Volkszählungsinitiativen der Breisgaustadt beispielsweise wiesen die oberbürgermeisterlichen Phantastereien über einen angeblichen Boykottfrust sowie alle Spaltungsversuche zurück.

Die inhaltliche Beschäftigung mit der Scherbennacht wurde linken und alternativen Gruppen durch ein recht seichtes Flugblatt der Pfingst-Fighter — zur nachträglichen Erklärung der Aktion — nicht gerade leichter gemacht. In gefährlicher Selbsüberschätzung machten die Autor(inn)en aus dem nächtlichen Strohfeuer eine ,,Revolte, in deren Verlauf sich immer mehr Menschen einklinkten und solidarisieren konnten.'' Die Besucher eines Festes des freien ,,Radio Dreyeckland'', die in der Pfingstnacht an die Barrikaden kamen, waren in Wirklichkeit eher in der Rolle der uninformierten und hilflosen Statisten.

Dem Bundesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft Gregg reichten indes die Distanzierungen nicht. Er nutzte die Gunst der Krawallstunde, um einmal mehr Distanzwaffen für die Polizei zu fordern und leitete damit eine innenpolitische Scharfmacherdebatte im gesamten ,,Musterländle'' ein. Als Konsequenz aus der Randale kündigte Regierungssprecher Kleinert — ,,möglicherweise noch im September'' — einen Vorstoß der Landesregierung für das Vermummungsverbot im Bundesrat an.

Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Krüger, machte unterdessen ,,terroristische Drahtzieher'' im Dunkel der Freiburger Pfingstnacht aus. ,,Freiburg gehört mit zu den Orten, in denen terroristische Umfeldeinflüsse zu beobachten sind'', wußte Baden-Württembergs oberster Verfassungsschützer zu berichten. Auch die ,,FAZ'' verstand es geschickt, die Freiburger Ereignisse mit dem Erscheinen des neuen Verfassungsschutzberichtes zu montieren, sie faselte von der ,,zweiten kämpfenden Ebene der RAF'' im Bündnis mit ,,gewaltbereiten Autonomen''.

Fast reibungslos ging dank permanenter Polizeipräsenz und tagelanger Chaotenhetze im Schwarzwaldidyll die Räumung der ,,Willi 36'' noch in der selben Woche über die kommunalpolitische Bühne. Der Zement in den zugemauerten Fenstern und Türen des geräumten Hauses war noch nicht trocken, da trommelte der ehrgeizige OB schon für die nächste Räumung: Freiburgs letztes besetztes Haus am Schloßbergring.

Die Demo gegen Räumung und Platt-Sanierung sah sich am 16. Juni mit dem brutalsten Schlagstockeinsatz seit den turbulenten Freiburger Häuserkampfzeiten 1980/81 konfrontiert: 13 erheblich verletzte Demonstranten, Kopfplatzwunden, einen Rippenbruch und einen Verdacht auf Schädelbasisbruch.

Als solle die Parole vom ,,Bullenstaat'' noch einmal anschaulich gemacht werden, wurde die Räumung des letzten besetzten Hauses am Schloßbergring als polizeilicher Großkampftag inszeniert. Mit einer Leiter erklomm eine SEK-Einheit am 20.6. das von 21 Besetzer/innen bewohnte Haus. Im Verlauf des martialischen Polizeieinsatzes seilte sich ein weiterer Trupp Behelmter von einem Hubschrauber auf das Dach ab. In der Folge der Räumungen und Demos wurde die Stadt von Uniformierten aus dem ganzen Land besetzt: Bereitschaftspolizei, Freiburger Einsatzhundertschaft, Alarmhundertschaft, SEK und die Revierbeamten. Allein für die Schloßbergring-Räumung hatte das ,,Bullen-Ländle'' 400 seiner Büttel in Grün aufgeboten. Landesinnenminster Schlee dankte seinen ,,beherzten'' Mannen für ihren Einsatz. Die Landesversammlung der Grünen protestierte. In Bonn gab es eine hundertköpfige Solidaritätsdemo ,,Rache für Freiburg'' und etwas Sachschaden.

Die unheilige Dreifaltigkeit aus Stadt, Spekulanten und Polizei hat klargemacht wie ,,Freiburg 2000'' aussehen satt: sauber und glatt.

Rü., Freiburg

Quellen:
,,Badische Zeitung'' vom 9., 10., 11., 13.6.87; ,,FAZ'' vom 10. und 11.6.87; Flugblatt der Volkszählungsinitiativen; Erklärung zu den Aktionen am 6./7. Juni

Der Karlsruher Front wird der Prozeß gemacht

Anklage wegen Nachfolge der ANS/NA / lasche Prozeßführung / prominente Verteidigung / ,,agent provocateur'' des LKA

Vor der V. Strafkammer des Landesgerichts in Karlsruhe wurde am 1. Juni ein Prozeß gegen elf Neonazis aus Offenburg, Renchen und Karlsruhe wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz eröffnet. Staatsanwalt Spitz klagt sie an, entgegen dem Verbot der ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Akitvisten'' (ANS/NA) am 7.12.83 die direkten Nachfolgeorganisationen ,,Stoßtrupp Renchen'' und ,,Karlsruher Front'' im März 84 gegründet und z.T. uniformiert an Flugblatt- und anderen Aktionen ausländerfeindliches und nationalsozialisitisches Gedankengut verbreitet zu haben.

Die Renchner Gruppe um **Roland Nigey** (,,Kameradschaftsführer''), **Knierim** und **Schrempp** (Ex-NPD'ler) veranstalteten Wehrsportübungen und einen Lesekreis um die ,,Neue Front'', die von ANS-Chef Michael Kühnen herausgegeben wird. Bei Hausdurchsuchungen wurden Aufkleber ,,Laßt Kühnen frei'', Stoßtrupp-Abzeichen, Armbinden mit Hakenkreuzen, SS-Messer und Schreckschußwaffen samt Munition sichergestellt. Regen Kontakt unterhielten die Renchner mit dem ,,toßtrupp Nagold'', dessen Mitglieder sich ausdrücklich als Nachfolgeorganisation der ANS/NA verstehen und die im ,,Stoßtrupp Renchen'' den Nachwuchs mit denselben Zielen sehen.

Die ,,Karlsruher Front'' hetzte in Neureut mit Flugblättern gegen die ,,Türkenflut'', warb für ein Großdeutsches Reich (Grenzen von 1914 zuzüglich Österreich) und für die Freilassung von Kühnen und Rudolf Heß. Außer zu der Rechner und Nagolder Truppe pflegten sie enge Kontakte zu Thomas Brehl (Stellvertreter Kühnens in der ANS/NA) und zu dem Ludwigshafener Faschisten Ernst Tag, der in Konkurrenz zu Kühnen eigene ,,Schulungsbriefe'' verfaßt, Flugblätter druckt und in Weidenthal (Pfalz) ein Haus als Treffpunkt unterhält.

Beiden Gruppen gemeinsam sind die Ziele Aufhebung des NS-Verbots, Wiederherstellung der ,,alten Staatsgrenzen'', Freilassung von Rudolf Heß und die ,,Klärung der Ausländerfrage'' — also dieselben Ziele, wie sie die ANS/NA vertrat.

Die Karlsruher sind keine unbeschriebenen Blätter:

— **Steffen Dupper** wurde bei der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) im Libanon ausgebildet, wo übrigens mehrere ,,Kameraden'' gefoltert und mindestens zwei davon, Bergmann und Behrendt, ermordet wurden. Im Februar 1983 hat Dupper zusammen mit Kühnen, Brehl und Marx die ANS/NA gegründet und war bereits dort ,,Kameradschaftsführer''. Dupper ist mehrfach vorbestraft, saß bereits eine dreimonatige Freiheitsstrafe ab und wurde Anfang des Jahres in Nürnberg zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt.

— **Klaus Orlowske**, neben Dupper der Denker und Kopf der ,,Karlsruher Front''. Das Verfahren gegen ihn wird eingestellt, da er bereits im November 1986 in Tübingen wegen gleicher Beschuldigungen zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt wurde.

— Weiterhin gehörten der Karlsruher Gruppe an: **Horst Luschnat** und der Schläger **Martin Fuchs**, der wegen Körperverletzung bereits zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden war.

Recht nachsichtig verlaufen die ersten Verhandlungstage vor der Karlsruher Staatsschutzkammer.

— Der ursprünglich auch in diesem Prozeß angeklagte Ernst Tag weigerte sich, ohne Polizeischutz anzutreten. Statt ihn polizeilich vorzuführen, wird sein Verfahren sofort abgetrennt.

— Am zweiten Prozeßtag hält das Gericht Klaus Orlowske zugute, daß er sich kooperativ und offen zeigte und stellt sein Verfahren unter Verweis auf o.g. Verurteilung ein. Ebenso wird das Verfahren gegen fünf Angeklagte aus Renchen eingestellt, da sie nur ,,Mitläufer'' gewesen seien; ihnen sei es darum gegangen, ,,Radau zu machen, aufzufallen und zu provozieren, ohne eindeutige neonazistische Absichten zu verfolgen'' (,,BNN'', 3.6.87). Damit hat das Gericht anstandslos die Version der Angeklagten und ihrer Verteidiger übernommen.

— Die Befragung der Beamten des Landeskriminalamts am dritten Tag hieb in die gleiche Kerbe. So fragt der Richter mehrmals, ob die Angeklagten bei den Vernehmungen den Eindruck gemacht hätten, gut informiert zu sein und die ganze Sache überhaupt intellektuell bewältigt zu haben. Der Verhandlungstag endet mit einem weiteren Einstellungsantrag, diesmal von Verteidiger Kiesinger, dem Sohn Kurt Georgs.

Schwer belastet werden die Angeklagten am vierten Prozeßtag durch den Zeugen Rainer H.. Der Verwaltungsangestellte und Militaria-Sammler gibt vor, daß er aus persönlichen Gründen in diese Kreise hineinkommen wollte, um sie aufzudecken.

Etwa ein 3/4 Jahr hatte H. so Kontakt, zunächst zum ,,Stoßtrupp Renchen'' und später zur ,,Karlsruher Front''. Regelmäßig hätten diese die Schulungsbriefe ,,Neue Front'' bezogen und dafür Mitgliedsbeiträge kassiert. Bei Zusammenkünften seien das Horst-Wessel-Lied, ,,Die Fahne hoch'' und andere Hetzlieder gesungen, ,,Sieg-Heil'' und '',Heil Kühnen'' gerufen und dabei die Arme zum Hitler-Gruß gestreckt worden. Das Renchener ,,Hauptquartier'', ein Bauwagen, war mit Hakenkreuzfahne und Hitler-Bildern geschmückt, und dort seien ,,Kameraden'' mit Gaspistolen zum Schein als Juden erschossen worden. Mehrmals sei man zu Treffen mit Thomas Brehl nach Mainz und Frankfurt und zu Ernst Tag nach Ludwigshafen gefahren. In der ganzen Zeit seien Kühnen und sein Stellvertreter Brehl als *die* Führer anerkannt gewesen: ,,Das waren doch deren Halbgötter!''

Bemerkenswert an diesem Zeugen der Anklage ist folgendes: Im Verlauf der Vernehmung entpuppt sich der ,,aus freien Dingen'' handelnde Sammler in Sachen Drittes Reich als bezahlter V-Mann und ,,agent provocateur'' des Landeskriminalamts. Rainer H. entwarf Briefköpfe für den ,,Stoßtrupp Renchen'', verkaufte und verschenkte Nazi-Krempel, bot Waffen an und verkaufte auch welche; sogar scharfe Waffen bot er an, ,,zum Schein'', wie er aussagt. — Und für all das bekommt er ,,kleinere Geldbeträge'' von der Polizei. Es wäre dies nicht das erste Mal, daß Verfassungsschutz und Polizei solchen Neonazi-Gruppen beim Aufbau behilflich sind.

bernd/GEGENDRUCK, Stadtzeitung für Karlsruhe

Neonazis in Karlsruhe

Eine kurze Chronik der Aktivitäten der ANS/NA von 1983 bis heute

Die Karlsruher Gruppe der ANS/NA — ,,Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten'' wurde im Februar 1983 gegründet. Obwohl die Gründungsveranstaltung bekannt war, wurde sie nicht verboten. Auf Proteste demokratischer Organisationen hin versicherte der damalige Polizeipräsident Haas, die neofaschistischen Aktivitäten künftig zu kontrollieren. Die Gründung erfolgte unter Beteiligung der bundesweit bekannten Faschisten Kühnen, Brehl und Marx. Als Führer der Karlsruher Gruppe entpuppte sich bald **Steffen Dupper**.

Dupper war zunächst bei der NPD-Jugend, dann ,,Gauleiter'' von Schwaben bei der Wiking-Jugend und gründete später das ,,NSDAP-Gau Hohenzollern-Württemberg''. Dupper schloß sich 1978 der ,,Wehrsportgruppe Schlageter'' an, die auch unter der Bezeichnung ,,Kampfgruppe Schwarzwald'' auftrat und Beziehungen zur ,,Wehrsportgruppe Hoffmann'' unterhielt. Außerdem war Dupper Mitglied in der (verbotenen) ,,Deutschen Völkischen Gemeinschaft'' (DVG). Im Herbst 1980 floh Dupper zusammen mit Odfried Hepp von der ,,WSG Schlageter'' in den Libanon. Im PLO-Lager Bir Harsan in Beirut erhielten sie eine militärische Ausbildung und knüpften weitere Verbindungen zur internationalen faschistischen Szene. Ein Jahr später stellten sie sich den bundesdeutschen Behörden und bekamen geringe Freiheitsstrafen wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Verstößen gegen das Waffengesetz. Der Anklagepunkt ,,Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung'' wurde fallengelassen. Erst 1986 verhandelte das Landgericht Nürnberg/Fürth über die Folterungen und vermutlichen Morde an ,,Kameraden'' im Libanon. Dupper erhielt neun Monate auf Bewährung für die Folterung Bergmanns, dessen Leiche nie auftauchte.

Schon eine Woche nach Gründung der ANS/NA-Gruppe in Karlsruhe beteiligte sich diese an einem Aufmarsch von 300 neonazistischen Fußballfans, die sich mit faschistischen Flugblättern schon vorher angekündigt hatten. Auch dieser Aufmarsch wurde nicht verboten. Trotz gewalttätiger Ausschreitungen, NS-Hetzparolen und -Emblemen kam es lediglich zu vier Festnahmen. Einen weiteren Monat später — unmittelbar vor dem 1. Mai — verteilten Mitglieder der ANS/NA Flugblätter zum 50. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften im Dritten Reich. Die Absicht Michael Kühnens, zum 1. Mai ,,Heerschau'' zu halten, konnte von Karlsruher Antifaschisten verhindert werden. Die Neonazis, nach Bad Bergzabern abgedrängt, hielten eine Pressekonferenz unter Polizeischutz vor den antifaschistischen Demonstranten ab. Im Dezember 1983 wurde die ANS/NA verboten. In der Begründung wurden ihre zunehmend militante Haltung sowie Brandanschläge, Sachbeschädigungen und Gewaltandrohung insbesondere gegenüber Türken aufgeführt. Die faschistischen Umtriebe gingen jedoch ungehindert weiter. Ihr Organ ,,Die innere Front'' wurde umbenannt in ,,Die Neue Front'', die Karlsruher Gruppe hieß von nun an ,,Karlsruher Front''. Sie verteilte in der Folgezeit mehrere Flugschriften in hoher Auflagenzahl, in denen sie die Forderungen des ,,Nationalen Sozialismus'' darlegten: Gegen die ,,Türkenflut'' für ,,Großdeutschland'' und ähnliche rassistische, antisemitische und chauvinistische Hetze.

Verantwortlich für die Flugblätter zeichnete Klaus Orlowske. Mitglieder der Karlsruher Front waren sowohl dabei, als am Vortag der DGB-Solidaritätsstreiks für die 35-Stunden-Woche IG-Metall- und IG-Druck-Transparente und -Fahnen auf dem Europaplatz verbrannt wurden, als auch auf Veranstaltungen der ,,Republikaner'', mit denen sie in freundschaftlicher Atmosphäre über die Wiederherstellung des Deutschen Reiches mit Österreich, Südtirol, Sudetenland usw. diskutierten. Von der Karlsruher Front angebrachte Plakate und Parolen mit der Forderung ,,Freiheit für Kühnen'' wurden im November 1984 nicht von der Stadt, sondern von Antifaschisten übermalt. Am Volkstrauertag hielten Mitglieder der Karlsruher Front ,,Ehrenwache'' vor dem Kriegerdenkmal auf dem Knielinger Friedhof.

Im Januar 1985 fanden im Rahmen von 18 Hausdurchsuchungen in Baden-Württemberg bei Mitgliedern von Nachfolgeorganisationen der ANS/NA, bei denen Waffen, Sprengstoff und Munition gefunden wurden, auch vier Hausdurchsuchungen in Karlsruhe statt. Das dabei sichergestellte Material soll als Beweismittel bei dem derzeit stattfindenden Prozeß dienen. Ungeachtet dessen gehen die faschistischen Umtriebe weiter. So ist es fast schon an der Tagesordnung, daß der stadtbekannte Schläger und Karlsruher Front-Mitglied Fuchs zusammen mit seinen Kumpanen vom KSC-Fanclub ,,Destroyers'' Ausländer anpöbelt oder zusammenschlägt.

Vom Mitmachen, I

„Oft ist Politik nichts anderes als die Suche nach dem geringsten Übel."

(Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen)



Ernst v. Weizsäcker mit Ribbentrop und Himmler

„Streit über Weizsäcker wegen Nazivergangenheit seines Vaters" (FR, 12.6.). *„Weizsäcker die 'Sünden seines Vaters' vorgehalten"* (FAZ, 10.6.). Der Vater des Bundespräsidenten, Ernst von Weizsäcker, war einer der Spitzendiplomaten im NS-Staat. 1949 wurde er deswegen im letzten Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt. Der Bundespräsident hatte in der Verteidigergruppe seines Vaters mitgearbeitet. Jetzt gab es ganz am Rande seiner USA-Reise Anfang Juni eine Polemik, die von einem Artikel des Historikers Francis Loewenheim im „Boston Globe" ausging. Der Vorwurf lautete, Richard von Weizsäcker beschönige die Rolle seines Vaters. Insbesondere versuche er wider besseres Wissen zu leugnen, daß sein Vater von der Existenz der Gaskammern und von der systematischen Vernichtung der Juden wußte.

Eine Auseinandersetzung um die Sache fand hierzulande nicht statt. Typisch ist der Kommentar der „Frankfurter Rundschau", der die Kritik aus USA in schroffen chauvinistischen Tönen abkanzelt: „abstruse Vergleiche", „Dummheiten" und „Entgleisungen", auf die man nicht einzugehen brauche. Es handele sich um „ein in den USA offenbar weit verbreitetes Deutschlandbild", das „von Kenntnis fast frei" sei und nur auf den Sensationseffekt mit dem Hakenkreuz spekuliere. (12.6.) Weizsäcker selbst hatte im April, kurz vor dem Besuch Herzogs in der BRD, israelischen Journalisten geantwortet, er habe damals in Nürnberg *„seinem Vater aus voller Überzeugung zur Seite gestanden und würde es auch immer wieder tun.' Ziel seines Vaters sei es gewesen, den Ausbruch des Krieges zu verhindern; dafür habe er das Amt übernommen."* (FR,

Überzeugung zur Seite gestanden und würde es auch immer wieder tun.' Ziel seines Vaters sei es gewesen, den Ausbruch des Krieges zu verhindern; dafür habe er das Amt übernommen." (FR,

4.4.)

Die „Zeit" brachte in der Ausgabe vom 5. Juni zwei Artikel zum Thema. Der Philosoph und Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker, Bruder des Bundespräsidenten, nahm *„wider die ungenauen Schuldzuweisungen"* Stellung und verteidigte das Handeln seines Vaters. *„Mein Vater hatte einen guten, der Komplikation fähigen Verstand und einen ganz einfachen Charakter. Menschen, denen eine dieser beiden Eigenschaften abging, haben es immer schwer gehabt, ihn zu verstehen."* Insbesondere „heutige junge Historiker" seien nicht fähig, Figuren wie seinen Vater zu begreifen. *„Sein Anliegen, das ihn im Amt hielt, war, den kommenden Krieg zu verhindern."* — In der gleichen Ausgabe der „Zeit" beschäftigte sich Theodor Eschenburg auf zwei Seiten mit den „Diplomaten unter Hitler", vor allem mit der Rechtfertigung Weizsäckers. Auch hier mahnende Worte an die jungen Historiker, die von der Demokratie verwöhnt seien und das damalige „Ambiente" weder kennen noch erfassen könnten.

Der Streit um diese Dinge, die hierzulande noch gar nicht richtig begonnen hat, wäre mindestens ebenso interessant wie die Historikerdebatte des letzten Jahres. Daß er gar nicht erst stattfindet und daß ausgerechnet die „Zeit", die im letzten Jahr *die* führende Rolle in der Debatte gespielt hatte, jetzt als Sprachrohr der Beschöniger agiert, ist symptomatisch für die Verhältnisse. Die Figur eines Mitmachers wie Weizsäcker, der über fast alle Nazi-Verbrechen gut informiert war, manches Verbrechen mit eigener Unterschrift absegnete, und der sich in tragikomischer Weise permanent selbst in die Tasche log, soll möglichst wenig problematisiert werden. Denn es gibt eine staatstragende Kultur und Tradition des Mitmachens, die nicht in Frage gestellt werden soll. Im Übrigen hat das Ausbleiben einer kritischen Debatte zu dieser Frage auch mit der Person des Bundespräsidenten zu tun, an dem manche Leute seit seiner Rede zum 8. Mai 1985 einen Narren gefressen haben.

Der Preis des Mitmachens

Weizsäcker begann 1920 seine diplomatische Laufbahn, zunächst auf wechselnden Außenposten. Von Mai 1937 bis März 1938 war er Direktor der Politischen Abteilung des Außenministeriums. Ab 1. April 1938 war er Staatssekretär, also zweiter Mann im Amt nach dem Minister. Kurioserweise verdankte Weizsäcker diese Beförderung einer umfassenden Ämterumbesetzung, mit der die NS-Regierung sich unmittelbar auf den Krieg vorbereitete. Bei diesem Revirement wurde der konservative, aus NS-Sicht allzu zögerliche Außenminister Neurath durch den naßforschen Parteimann Ribbentrop abgelöst. Daraufhin nahm auch der bisherige Staatsseketär, Neuraths Schwiegersohn Mackensen, seinen Abschied, und Ribbentrop trug Weizsäcker den Posten an. Im Mai 1943 wurde Weizsäcker auf eigenen Wunsch als Botschafter beim Vatikan nach Rom versetzt.

1948/49 war Weizsäcker einer von 21 Angeklagten im sog. Wilhelmstraßenprozeß. (In der Wilhelmstraße hatte sich das Außenministerium befunden.) Er wurde im April 1949 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Nach einer Reduzierung der Strafe wurde er 1950 freigelassen. Er starb im folgenden Jahr.

„Eine Mentalität wie die seinige war der deutschen Masse, an die Hitler sich richtete, durchaus fremd. Auch ich habe in Deutschland eine Rubrik für ihn nicht gefunden. Vielleicht liegt gerade darin, eben in seinen nichtdeutschen Eigenschaften, das Geheimnis von Hitlers innenpolitischem Erfolg im Reich. In Österreich wären seine Künste minder wirksam geblieben, wenn er sie an Ort und Stelle hätte zeigen müssen. In der Tschechei wä-

heimnis von Hitlers innenpolitischem Erfolg im Reich. In Österreich wären seine Künste minder wirksam geblieben, wenn er sie an Ort und Stelle hätte zeigen müssen.

In der Tschechei wäre sein Typ wohl gar nicht beachtet worden. Der Deutsche, harmlos-naiv, wie er nun einmal in politischen Geschäften ist, verschrieb sich ihm, ohne ihn zu kennen."

(Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen)

Das Militärtribunal sprach Weizsäcker in zwei Punkten schuldig. Erstens wegen seine Rolle bei der Besetzung der Tschechoslowakei im März 1938. Seine Beteiligung an dieser Aggressionshandlung habe „greifbare Formen angenommen" und sei „eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung des Programms" gewesen. Zweitens hielt das Gericht Weizsäcker für schuldig, an der Deportation von Juden mitgewirkt zu haben. Insbesondere ein Vorfall wurde als schuldhaft gewertet: Eichmann hatte am 9. März 1942 beim Außenministerium angefragt, ob Bedenken gegen die Deportation von 1.000 in Frankreich festgesetzten französischen und staatenlosen Juden nach Auschwitz bestünden. Am 11. März fragte die SS wegen der Deportation von weiteren 5.000 Juden nach Auschwitz an. Weizsäcker gab in beiden Fällen seine Zustimmung.

Da das Gericht im Dezember 1949 das Urteil insoweit revidierte, daß Weizsäcker im ersten Punkt freigesprochen wurde und das Urteil auf fünf Jahre reduziert wurde, stellt die Mitwirkung an den Judendeportationen den *entscheidenden* Punkt der Vorwürfe gegen Weizsäcker dar. Der Fall der eben erwähnten französischen Juden steht im Übrigen nicht isoliert. Im Prozeß kam beispielsweise auch zur Sprache, daß Weizsäcker im Oktober 1942 mehrere Gespräche mit ungarischen Vertretern hatte, in denen er darauf drängte, die „Behandlung der Judenfrage" in Ungarn nach den deutschen „Prinzipien" zu orientieren — mit anderen Worten: die ungarischen Juden zur Deportation und Vernichtung freizugeben, wogegen sich Ungarn mit Erfolg bis 1944 wehren konnte.

Im Urteil wurde kommentiert: *„Es kann zwar kein Zweifel darüber bestehen, daß seine Besprechungen mit dem ungarischen Gesandten im Herbst 1942 den Zweck gehabt hatten, die Judenverfolgungen und Deportationen zur Durchführung zu bringen; aber sein Versuch in dieser Richtung ging fehl."* Weizsäcker wurde deshalb hinsichtlich der ungarischen Juden freigesprochen, was bezeichnend für den mehr als bloß fairen Geist ist, in dem im Wilhelmstraßenprozeß von den Richtern agiert wurde. Denn daß sich Ungarn dem Drängen seines übermächtigen Verbündeten zur Preisgabe „seiner" Juden widersetzte, bis die Deutschen 1944 mit einem Staatsstreich die Dinge direkt in die Hand nahmen, kann man eigentlich nicht Weizsäcker zugute halten. Zweifellos stellte auch schon der *Versuch*, den Zugriff der SS auf die ungarischen Juden durchzusetzen, eine Mitwirkung am Verbrechen dar.

Weizsäcker war über die „Endlösung der Judenfrage" weitgehend informiert. Im Prozeß wurde festgestellt, daß im Außenministerium regelmäßig die *Tätigkeitsberichte* der *Einsatzgruppen* eintrafen, die seit dem Sommer 1941 in der Sowjetunion Hunderttausende Juden ermordeten, vor allem durch Massenerschießungen. Viele der *Tätigkeitsberichte* sind von Weizsäcker selbst gegengezeichnet worden. Weizsäcker selbst gibt an, er sei über die Massenmorde im Herbst 1941 durch Admiral Canaris — Leiter der Abteilung Abwehr der Wehrmacht mit Verbindungen zum bürgerlichen *Widerstand* — informiert worden. (S. 338) Jedenfalls, er wußte, was vor sich ging.

Im Januar 1942 wurden die Spitzen des deutschen Verwaltungsapparats, soweit das nicht ohnehin schon geschehen war, durch Heydrich über das „Endlösungs"-Programm unterrichtet. Das Treffen ist als Wannsee-Konferenz allgemein bekannt. Weizsäcker war nicht Teilnehmer der Runde, hat aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Protokoll

tet. Das Treffen ist als Wannsee-Konferenz allgemein bekannt. Weizsäcker war nicht Teilnehmer der Runde, hat aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Protokoll

erhalten, das im entscheidenden Punkt hinreichend deutlich ist.

Im Urteil heißt es, bezogen auf Weizsäckers Rolle bei der Judenvernichtung: er *„hat zwar zugegeben, daß ihm viele Dinge aufs Pult gelegt und von ihm abgezeichnet worden seien, gegen die er innere Bedenken und Skrupel hegte, aber er sei trotzdem im Amt geblieben, und zwar aus folgenden zwei Gründen: Erstens, um auf diese Weise wenigstens einen Kristallisationskern in der heimlichen Widerstandsbewegung gegen Hitler zu bilden (...), und zweitens, um in der Lage zu sein, Versuche zu Friedensverhandlungen einzuleiten oder bei solchen Versuchen mitzuhelfen. Wir glauben ihm; aber obgleich dies als mildernder Umstand in Betracht gezogen werden kann und werden wird, bringt es die Anklage wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zum Scheitern."*

Weizsäcker selbst schreibt dazu: *„Im ganzen ging das Judenproblem für mich in dem größeren allgemeinen Problem auf: wie kommen wir am schnellsten zu einem Frieden ohne Hitler? ... Man mußte gegen den Bazillus vorgehen, nicht gegen das Krankheitssymptom."* Viel habe man für die Juden sowieso nicht tun können, und Proteste hätten nur geschadet, wie auch das Rote Kreuz und der Vatikan begriffen hätten: *„Sie verzichteten auf solche Proteste gerade um ihrer guten Absicht willen. Sie mußten befürchten, den Opfern nicht zu nützen, ihnen vielmehr noch Schaden zuzufügen. Weil frontal nichts zu machen war, mußte von Fall zu Fall und auf Umwegen das Menschenmögliche geschehen. An Stelle fruchtloser Demonstrationen mußte man Mittel des diplomatischen Kleinkriegs anwenden, um abzuhelfen, zu verzögern, zu verhindern."* (S. 337-338)

Eschenburg schreibt dazu in der „Zeit": Weizsäcker *„war außerstande, die Vernichtungsaktion zu verhindern, nicht einmal sie in ihrer Wirkung herabzudrücken."* Eine *„Verweigerung"*, beispielsweise den Deportationen zuzustimmen, hätte keine positiven Wirkungen gehabt. Weizsäcker *„handelte in dem Bewußtsein, daß Vollzug oder Ablehnung seiner Zeichnung für die Judenaktion keinerlei Folgen haben würde."* Diese Sichtweise wird von Eschenburg explizit gegen die vorlauten „jungen Historiker" in Schutz genommen, die sich von Weizsäckers „Zwangslage" überhaupt kein Bild zu machen vermögen. Mit anderen Worten: Wenn mein Nein zu einem Verbrechen sowieso nichts ändern würde, darf ich ebensogut auch Ja dazu sagen. Es bleibt sich in der Praxis doch gleich. Eine Generalabsolution für alle Mitmacher in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist erteilt. Und was dem Mann am Schreibtisch recht ist, sollte den direkten Exekutoren des Verbrechens wohl billig sein.

Der Zwang zum Weitermachen

Der Zwang zum Weitermachen

„Tue ich wirklich das Richtige?". — Der Mitmacher bedarf der permanenten Selbstvergewisserung. Die Argumentationsmuster sind weitgehend allgemeingültig, nicht spezifisch für die Person Ernst von WEIZSÄCKER UND NICHT SPEZIFISCH FÜR DIE NS-Zeit.

Als Hitler Anfang 1933 Reichskanzler wird, ist Weizsäcker Diplomat in Norwegen. Für ihn steht fest, *„daß man nicht desertieren dürfe"*, zumal er an einen längeren Bestand des NS-Regimes nicht glaubt. (S. 106) Natürlich sind damit *„gewisse Konzessionen an die neue Denk- und Sprechweise in der Heimat unvermeidlich."* (S. 105) Mit einem Kollegen, der in Warschau Dienst tut, diskutiert er später, am Rand eines der ersten Nürnberger Reichsparteitage, *„ob wir nicht den Dienst verlassen sollten. Doch kamen wir wieder zum Ergebnis, daß Abseitsstehen sinnlos wäre. Der Fachmann dürfe dem gefährlichen Dilettanten seinen Platz nicht räumen."* (S. 125) Ein klassisches Stichwort aus dem Lehrbuch des Mitmachens.

1936 wird Weizsäcker ins Außenministerium nach Berlin geholt. Ein qualitativer Sprung, wie er selbst auch begreift: er gibt sich *„noch einmal gründlich Rechenschaft, ob eine weitere Beteiligung im Auswärtigen Dienst des Reichs zu rechtfertigen sei."* (S. 126) Einem Freund klagt er, *„nachher werde es so aussehen, als sei man dabei gewesen und als habe man mitgemacht; aber dieses Odium müsse man auf sich nehmen um des einen Zieles willen, vielleicht den Frieden zu retten.* (S. 127)

Im März 1938 wird ihm der Posten des Staatssekretärs angeboten. Wieder muß Weizsäcker sich besinnen, ob er akzeptieren soll, und wieder fällt die Entscheidung fürs Mitmachen: Diese „Schlüsselstellung" auszuschlagen, das hätte doch bedeutet, *„der Verantwortung bewußt aus dem Wege gehen, das wäre eine Kapitulation gewesen ... Den Posten aber annehmen, hieß, mit in Kauf nehmen, was damit sonst verbunden sein mochte."* (S. 145) Natürlich. Beispielsweise die aufgenötigte Mitgliedschaft in der NSDAP und in der SS. Um nur das Harmloseste zu nennen.

Als Weizsäcker Staatssekretär wird, weiß er, eigenen Angaben zufolge, nicht, daß Hitler Ende November 1937 vor den Spitzen von Militär und Politik seine kurz-, mittel- und langfristigen Kriegspläne offen aufgeblättert hatte. *„Aber hätte ich auch davon erfahren, so hätte mich das wahrscheinlich nur darin bestärkt, daß eine spielerische, dilettantische Außenpolitik drohe, und daß man sich nun erst recht nicht abseits halten dürfe. Gerade jetzt mußte man für den Frieden arbeiten, und die einzige Chance dafür war im Dienst unseres Amts, nicht außerhalb."* (S. 147)

In der Sudetenkrise des Sommers 1938 führt Hitler die Entwicklung bis unmittelbar an die Schwelle des Weltkriegs heran. Der faule Frieden vor dem großen Knall bleibt aber noch ein-

In der Sudetenkrise des Sommers 1938 führt Hitler die Entwicklung bis unmittelbar an die Schwelle des Weltkriegs heran. Der faule Frieden vor dem großen Knall bleibt aber noch ein-

mal erhalten, weil Großbritannien und Frankreich in München den Forderungen Hitlers vollständig nachgeben. Das bedeutet nicht nur Annektion der Sudetengebiete, sondern weitgehende Abhängigmachung der Tschechoslowakei von Deutschland. Weizsäcker muß weitermachen: *„Je mehr man in die Hitler-Küche hineinroch, um so stärker fühlte man die Pflicht, dazubleiben und die Giftmischerei zu verhindern."* (S. 172) Mit dem Ergebnis von München ist er als konservativer Deutschnationaler und Revisionspolitiker außerdem selbst sehr zufrieden: Ein weiteres „Unrecht von Versailles" beseitigt, der *„chemische Auflösungsprozeß der Tschechoslowakei"* ein gutes Stück vorangetrieben, der Weltfriede bewahrt. Da habe sich das Mitmachen und Dabeibleiben also doch gelohnt, sagt ihm sein Gewissen. (S. 194)

„Die ersten Opfer waren die 'Nichtarier'. Einsichtige Juden gaben schon vor 1933 zu, daß sie bei ihren großen Chancen in der Weimarer Republik ihr Konto überzogen hatten. Trotzdem war die Gefahr, die ihnen jetzt drohte, nicht vorauszusehen. Antisemitismus war ja keine deutsche Eigenschaft. Nun wurde er zur revolutionären Agitationswaffe, so wenig Gefallen das Bürgertum und die staatlichen Behörden daran fanden."

(Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen)

Im März 1939 läßt Hitler die nach München verbliebene „Rest-Tschechei" von der Wehrmacht besetzen. Weizsäcker übernimmt die *Information und Sprachregelung* für den Aggressionsakt gegenüber dem Diplomatischen Corps. *„Ich habe das peinliche Geschäft noch lieber selbst besorgt, als daß es Ribbentrop überlassen blieb. Denn dieser wäre imstand gewesen, einen Bruch zu provozieren."* (S. 218)

Im August 1939 spitzt Hitler die Streitigkeiten mit Polen auf den Krieg hin zu. Am 25. August gibt Hitler den Marschbefehl. Und wieder einmal fehlt es Weizsäcker nicht an Talent zur Reflexion: *„Dieser Nachmittag ist der bisher deprimierendste meines Lebens gewesen. Mein Name in Verbindung*

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

mit diesem Ereignis ist eine entsetzliche Vorstellung ... Mit klarem politischen Ziel hatte ich den Einsatz gewagt — nun war der Einsatz verfallen.'' (S. 256) Mehr als eindeutig! Aber schon hat der Mitmacher wieder einen geistesverwandten Kollegen gefunden, mit dem er, in der Dämmerstunde durch den Garten eines Salzburger Rokoko-Schlößchens schlendernd, sinniert, *,,ob es überhaupt noch einen Sinn habe, im Dienst zu bleiben, um gegen die teuflischen Mächte, die da am Werk waren, einen verzweifelten und schließlich vergeblichen Kampf zu führen.''* (S. 253) Sinnieren, zumal mit Gleichgesinnten, ist für den Mitmacher meist der Schritt zur nächsten Stufe seines Passionswegs. Weizsäcker, der eben noch Hitler gebeten hatte, ihn im Kriegsfall sofort zu seiner alten Waffengattung, der Marine, an die Front zu schicken (S. 256), bleibt auf dem Staatssekretärsposten. Ins Tagebuch notiert er sich am 31. August, Vorabend des Zweiten Weltkriegs: *,,Es beginnt ein neuer Abschnitt. Ob mein Leben noch einen Sinn hat — es wird sich zeigen.''* (S. 260)

Dieser Mann, der sein Ausharren im Amt vor sich selbst mit *einem* großen Ziel, der Erhaltung des Friedens, gerechtfertigt hatte, bleibt auf dem Posten, als Polen angegriffen wird, als Dänemark und Norwegen besetzt werden, als der Kampf im Westen eröffnet und mit der Niederlage Frankreichs abgeschlossen wird, als die ,,Luftschlacht um England'' geführt wird, als Griechenland und Jugoslawien angegriffen werden, als die Sowjetunion überfallen wird, als den USA der Krieg erklärt wird, als die ,,Endlösung der Judenfrage'' beschlossen und ausgeführt wird. *,,Den Frieden zurückzubringen, das war vom ersten Kriegstag an der Inhalt meiner Arbeit. Sie war umsonst. Voluisse sat est.''* (S. 266) Das ist lateinisch und heißt: ,,Gewollt zu haben ist genug''. Als Äquivalent für das Mitmachen an einer führenden Stelle des Nazi-Apparats?

Im April 1943 wird Weizsäcker zum Vatikan versetzt. Der heimliche Nazi-Gegner und Widerstandsmann Weizsäcker wird zur persönlichen Verabschiedung von Hitler und Goebbels empfangen; beide geben ihm leutselige Scherzworte mit auf den Weg. Allzu sehr scheint man ihm an höchster Stelle seine permanente Obstruktionspolitik für den Frieden nicht übelgenommen zu haben.

Anfang Juni 1944 wird Rom von den Alliierten befreit. Italienische und amerikanische Zeitungen melden irrtümlich, daß sich Botschafter Weizsäcker von der Nazi-Regierung losgesagt habe. Keine Ahnung haben sie

amerikanische Zeitungen melden irrtümlich, daß sich Botschafter Weizsäcker von der Nazi-Regierung losgesagt habe. Keine Ahnung haben sie

von der Charakterstärke eines deutschen Mitmachers! Weizsäcker bleibt im Vatikan als Hitlers Botschafter auf dem Posten. Denn: *,,Ich war nicht nach Rom gekommen, um mich zu salvieren und alliiertes Gnadenbrot zu essen. Die Frage meines Abgangs stellte sich nicht erst jetzt, sie stellte sich seit 1933 in Permanenz. Ich war nicht dazu da, recht behalten zu haben und meine Hände in Unschuld zu waschen. Ich wollte Fäden knüpfen und eingreifen in dem Moment, wenn in der Heimat das notwendig Erwartete, d.h. die Entfernung Hitlers, sich vollzöge.''* (S. 368) Noch in seinem letzten amtlichen Meinungsaustausch mit Ribbentrop, Anfang 1945, zeigt Weizsäcker, daß er nicht bloß Mit*macher*, sondern auch Mit*denker* ist: er plädiert dafür, die Ostfront massiv zu verteidigen, aber die Front im Westen zu öffnen. (S. 375) Genau das ist es, was praktisch geschieht. Sicher nicht wegen Weizsäckers Ratschlag, sondern wegen der Überlebensinteressen des deutschen Imperialismus in dieser Schlußphase des verlorenen Kriegs.

Die Lust am Mitdenken

Das Mitmachen hat seine eigene Logik und Dynamik. Der Mitmacher wird, teils wider Willen, teils aber auch vermittelt durch eine partielle Geistes- und Interessenverwandtschaft, zum Mitdenker. Es bleibt nicht aus, daß er sich mit dem Übel identifiziert, das er, zumindest seinem eigenen Anspruch nach, durch sein Mitmachen einschränken will. Der Staatssekretär Weizsäcker setzt nicht nur sein ,,Gesehen'' und sein ,,Keine Einwendungen'' unter Papiere, in denen Verbrechen geplant, befohlen oder berichtet werden. Er ist vor allem selbst Akteur, hält Kontakt zu den Diplomaten der anderen Staaten, entwirft Papiere für Ribbentrop und Hitler, macht Vorschläge und bewertet die Vorschläge anderer, betreut sogar einzelne Arbeitsgebiete relativ autonom. Weizsäcker steht in den großen Krisen, die der Auslösung des Zweiten Weltkriegs vorangehen, an vorderster Front, und zwangsläufig deckt sich das, was er den Diplomaten Großbritanniens, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens, der Niederlande usw. zu sagen hat, weitgehend mit der offiziellen Politik der NS-Regierung. Er klagt die Tschechoslowakei und Polen der Kriegstreiberei an, als Deutschland sich zu ihrer Zerstückelung anschickt. Er stellt die Vertreter Belgiens und der Niederlande scheinheilig wegen ,,antideutscher Gerüchte'' und Selbstverteidigungsvorbereitungen zur Rede, als er definitiv weiß, daß der deutsche Überfall auf diese neutralen Länder unmittelbar bevorsteht. Er stellt Diplomaten neutraler Staaten barsch zur Rede wegen ,,antideutscher Hetze'' in ihrem Land und erteilt auch schon mal *,,in meinem Namen''* den freundlichen persönlichen Rat, ,,daß diesem Treiben Einhalt geboten werden müsse''.

Und Weizsäcker macht weit mehr, als nur Sprechpuppe der NS-Regierung zu sein. Einige Beispiele aus den Akten:

— Während des Kriegs in Spanien ist Weizsäcker Verbindungsmann zwischen Außenministerium und militärischer Führung, als solcher unmittelbar an den wesentlichen Beratungen über den Fortgang der deutschen Intervention beteiligt. Im Juni 1938 macht er sich zum Sprecher der Militärkreise, die für eine Aufrechterhaltung und Auffüllung der deutschen Präsenz in Spanien plädieren.

— Am 31. Oktober 1939 nimmt Weizsäcker an einer militärischen Besprechung bei Göring teil. Man stimmt überein, daß Göring bei Hitler vorschlagen soll, künftig auch alle *neutralen* Schiffe, die in Geleitzügen der Alliierten mitfahren, anzugreifen. Weizsäcker gibt aus eigener Initiative noch eine Zugabe: *,,Ich habe meinerseits für die beabsichtigten Angriffe noch die Bitte vorgebracht, daß sie hinreichend effektiv durchgeführt werden, um den Neutralen in dem betreffenden Seegebiet das Fahren im feindlichen Geleit ein für alle Mal zu verleiden.''*

Bitte vorgebracht, daß sie hinreichend effektiv durchgeführt werden, um den Neutralen in dem betreffenden Seegebiet das Fahren im feindlichen Geleit ein für alle Mal zu verleiden.''

— Weizsäcker wird von Ribbentrop Ende April 1941 sehr kurzfristig aufgefordert, sich in ganz knapper Form zur Frage des (zu dieser Zeit bereits fest geplanten) Überfalls auf die UdSSR zu äußern. Er antwortet unter dem Datum 28.4.41: *,,Ich kann meine Auffassung über einen deutsch-russischen Konflikt in einem Satz zusammenfassen: Wäre jede niedergebrannte russische Stadt für uns ebenso viel wert wie ein versenktes englisches Kriegsschiff, dann würde ich den deutsch-russischen Krieg in diesem Sommer befürworten; ich glaube aber, daß wir gegen Rußland nur militärisch gewinnen, dagegen wirtschaftlich verlieren würden.''* Militärisch halte er ein Vordringen bis Moskau und über Moskau hinaus für ,,selbstverständlich''; er bezweifle jedoch, *,,daß wir das Gewonnene gegen die bekannte passive Resistenz der Slawen ausnutzen könnten.''* Ausschlaggebend sei zunächst die Niederkämpfung Englands. — Abgesehen von der Unterschätzung der sowjetischen Widerstandskraft hatte Weizsäcker (und hatten andere, die damals ähnlich argumentierten) sachlich recht. Mit dieser Strategie hätte Hitler den Krieg erfolgreich beenden und unangefochten halb Europa oder mehr einkassieren können. Aber was hat das noch mit Widerstand zu tun? Auf gleicher Ebene ein Papier von Weizsäcker (12.3.41) zur Frage, *,,wie die arabische Bewegung am besten gegen England auszunutzen ist''*. Seine These: viel sei von den Arabern nicht zu erhoffen. *,,Bedrohlich für England im arabischen Raum wäre nur der Einbruch einer feindlichen Großmacht, also die Entfesselung Rußlands in dieser Richtung ...''*.

— Im September 1941 plädiert Weizsäcker dafür, *,,weiter auf Japan (zu) drücken, daß es Wladiwostok angreift''*, also sich am deutschen Überfall auf die Sowjetunion beteiligt. Weizsäcker führt dafür erstens militärische, zweitens außenpolitische Gründe an. Ironischerweise spricht sich Hitler zu diesem Zeitpunkt gegen einen solchen Druck auf Japan aus, weil dies als Schwächezeichen gedeutet werden könnte.

,,Mein Ziel war der Friede. Der Friede für meine Heimat und für meine Mitwelt. Ich diente ihm zuerst mit Erfolg, danach erfolglos. Die Gefahr, von beiden Seiten mißverstanden zu werden, ließ sich dabei nicht vermeiden. Erfolg und Verstandenwerden sind nicht die letzten Kriterien des Handelns. Stünde ich heute vor derselben Entscheidung, ich müßte sie wieder so fällen.''
(Ernst von Weizsäcker, Schlußwort im Prozeß)

— Am 28.Januar 1942 schickt Weizsäcker dem Diplomaten Hewel einen Brief, der an ein vorangegangenes Gespräch zwischen den beiden anknüpft. Weizsäcker zitiert dort aus einem Theaterstück von Schiller den Satz ,,Rußland wird nur durch Rußland überwunden'' und fügt hinzu, er glaube, *,,daß er auch heute noch recht hat. Alles, was wir militärisch gegen Rußland tun, ist sicher nötig und wichtiger als das Politische. Aber das Politische gehört dazu, meiner Meinung nach auch eine solche Behandlung des von uns besetzten russischen Gebietes, daß die Russen diesseits und jenseits der Linie uns als die Bringer eines neuen Glücks betrachten.''* — Die hier knapp behandelte Frage war in Deutschland bis zum Moment der Kapitulation umstritten. Weizsäcker argumentiert für eine Denkrichtung, die einen möglichst großen Teil der Völker der Sowjetunion als — zumindest zeitweilige — Verbündete im *antibolschewistischen* Vernichtungskrieg gewinnen wollte, einschließlich der Gewährung von Autonomie-Rechten und der Aufstellung bewaffneter Hilfsverbände. Viele Vertreter des bürgerlichen *Widerstands* kamen aus dieser Denkschule. Insofern waren sie, verglichen mit Hitler, Himmler, Goebbels etc., auch die realitätstüchtigeren, klügeren Imperialisten.

... aber bitte nicht zu pblebejisch

... aber bitte nicht zu pblebejisch

Bei alledem war Weizsäcker ganz sicher kein Nazi. Wie viele bürgerliche Konservative verachtete er das NS-Regime, das ihm allzu unterklassenmäßig, allzu plebejisch, allzu umstürzlerisch erschien. *,,Mir schien, daß wir kommunistischen Methoden näher seien als etwas anderem''* (S. 105), ist bezeichnenderweise das, was ihm in seinen ,,Erinnerungen'' zur ersten antijüdischen Krawallkampagne 1933 einfällt. Diese Art Konservative war zwar der Meinung, daß sich *die Juden* in der Weimarer Republik allzu breit gemacht — *,,ihr Konto überzogen''* — hätten, verabscheute aber den antisemitischen Exzeß, schon deshalb, weil sie die Wirkungen im Ausland, insbesondere auf die Geschäftsbeziehungen, fürchtete. Wo Weizsäcker später Entscheidungsfreiheit zwischen unterschiedlichen Schärfegraden antijüdischer Maßnahmen hatte, hat er sich für die etwas ,,mildere'' Auslegung eingesetzt.

Die politisch-soziale Gruppe, für die Weizsäcker stand, stimmte mit dem NS-Regime weitgehend im Ziel überein, das ,,Unrecht von Versailles'' zu revidieren, scheute aber die militärische Konfrontation mit den Großmächten, während das NS-Regime gerade auf diese zusteuerte. Zumindest bis München 1938 stimmten die Konservativen im Grunde mit allen Schritten Hitlers überein, warnten aber vor der Ausführung, weil der richtige Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, weil Deutschland militärisch noch zu schwach sei, weil das Risiko einer Konfrontation mit Großbritannien und Frankreich zu groß sei, usw. Ihre Kritik an Hitlers Eroberungspolitik war nicht prinzipieller, sondern taktischer Natur. Der Hauptvorwurf gegen Hitler war am Ende, daß er den Krieg verlor, während man selbst doch die Konzepte gehabt hätte, ihn zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Kt., Hamburg

Quellen:
Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, 1950.
Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, 1950.
Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, ADAP.

Vom Mitmachen, II

Ein Begriff ist seit den Hamburger Wahlen ganz groß rausgekommen: *,,Verweigerung''*. In allen denkbaren Wortkombinationen. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Der Durchbruch des Modeworts 1987 in der grün-alternativen Szene ist offensichtlich der ,,Spiegel-Titelgeschichte vom 11. Mai, eine Woche vor der Hamburg-Wahl, zu verdanken. Wir finden dort in bunter Folge: *Verweigerungsflügel, Politikverweigerer, Programm der Verweigerung, die manische Verweigerin Jutta Dithfurth, den Luxus einer chaotischen Verweigerungsstrategie, die Verweigerungsstrategie der GAL-Politruks*, und noch ein paar einfache Wiederholungen des Wortes *Verweigerung*. Der Realo-Flügel der Grünen plapperte es bereitwillig nach: *,,Der GAL-Landesvorstand mit seiner Bündnisverweigerung''* hat das schlechte Wahlergebnis zu verantworten. (Thea Bock) Die GAL-Mehrheit hat *,,durch ihre Verweigerungspolitik der SPD grüne Wähler scharenweise in die Arme getrieben''*. (Tom Jansen, taz) Die GAL ist *,,eine Verweigerungspartei''*. (Waltraud Schoppe) Das Hamburger Ergebnis ist die *,,Rote Karte für Verweigerung''*. (Brigitte Berthold, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen) *,,Die Fundamentalisten haben mit ihrer Politik der Verweigerung einen Denkzettel erhalten. Die Verweigerungshaltung der GAL Hamburg hat dazu beigetragen, daß Dohnanyis Option für eine sozialliberale Koalition sich reibungslos durchsetzen konnte.''* (Fraktionsvorstand der Grünen im Bundestag)

Etwas nachzuplappern, was einem aus allen etablierten Medien entgegenschallt, ist eine wundervolle Sache. Da zeigt sich doch, daß man kein volksfremder Sektierer im Weltanschauungsgetto ist, sondern daß man genauso spricht und denkt wie alle *normalen* Leute hierzulande. Dies Erlebnis braucht der neue grüne Mensch, selbst oft bös gebeutelt, gelegentlich. Und es mobilisiert uralte Jagdinstikte, einfach mal 20 und mehr Jahre politische Erziehung zu vergessen, sich der Meute anzuschließen und der *,,Radikalbolschewikin''* mit der *,,wahnhaft verzerrten Wirklichkeitswahrnehmung''* (Cohn-Bendit und Schily über Jutta Ditfurth) hinterherzugrölen. Was sie jetzt machen, hat Springer mal mit Rudi Dutschke gemacht. Siehe Ditfurth-Story im ,,Spiegel vom 11. Mai, wo eine Fülle einschlägiger Zitate prominenter Grüner zusammengetragen ist.

di Dutschke gemacht. Siehe Ditfurth-Story im ,,Spiegel vom 11. Mai, wo eine Fülle einschlägiger Zitate prominenter Grüner zusammengetragen ist.

Ein Linker, der ausgerechnet in *diesem* Land, das noch nie unter einem Übermaß an *Verweigerung*, sondern immer wieder unter allzu massenhafter Freude am *Mitmachen* gelitten hat, die Anti-Verweigerungs-Parolen nachplappert, demonstriert, daß er entweder den Kopf oder die Moral verloren hat. Vielleicht auch beides auf einmal. Verweigerung ist per se ja weder dumm noch schlecht, es kommt immer auf die konkreten Zusammenhänge an. Die *pauschale*, schlagwortartige Verteufelung von Verweigerung ist ein Appell zum *Mitmachen*. Die verlorenen Kinder möchten nicht mehr *abseits stehen*, der *,,radikale Schmollwinkel''* ist out. Die Frage ist nur noch, ob ihre Bereitschaft zur konstruktiven Kooperation und zur Übernahme von *Verantwortung* überhaupt gefragt ist, oder ob sie nicht auf diesem Artikel, den sie jetzt zu Schleuderpreisen auf den Markt werfen, so schmählich sitzen bleiben wie vor ein paar Monaten in Hessen geschehen.

Was hat denn die Hamburger GAL wem *verweigert*? Der SPD ein Bündnis? Es war überhaupt nie eines im Angebot. Dem Wähler eine Chance zu einer *rot-grünen Reformpolitik*? Es gab überhaupt noch keine Chance. Die Hamburger SPD steht für eine Reformpolitik nicht zur Verfügung. Die meisten von den hanseatischen Neo-Realos, die jetzt das Gefühl genießen, endlich mal mit den Wölfen zu heulen und mit dem Strom zu schwimmen, wissen das selbst ganz genau. Es gab einzig und allein die Chance, wie Dohnanyi ebenso klar wie zynisch formulierte, *SPD-Politik mitzutragen*. Als Entschädigung hätte es vielleicht ein paar Häppchen gegeben, auf die ein Juniorpartner in dieser Gesellschaft nun einmal Anspruch hat. Schmiergeld und Vergünstigungen für die eigene Klientel. Diese Mitwirkung hat die GAL *verweigert*. Daß sie nebenher dumm und defensiv agierte, sich von der SPD den Schwarzen Peter zuschieben ließ, statt die SPD mit einem klaren Reformpakt-Angebot zu konfrontieren, ist leider wahr. Aber das ist eine völlig andere Kritik als die, die jetzt von BILD bis TAZ unter dem Schlagwort *''Verweigerung''* auf die GAL niedergeht.

Der Mythos Reformpolitik

Hätte die GAL denn mit der SPD kooperieren sollen, zu *den* Bedingungen, die nun einmal bestanden und die sich durch kein ,,realpolitisches'' Wunschdenken wegphantasieren lassen? Abgesehen von der kleinen Gruppe der bedingungs- und besinnungslosen Tolerierer um Michael Stamm hat das in Wirklichkeit niemand vorgeschlagen. Man tut nur so als ob. Hat selbst überhaupt kein *realitätstüchtiges* Konzept für eine *machbare* Reformpolitik, aber klagt eifrig die Linken wegen der angeblich verpaßten und verpatzten Chancen an.

Es hört sich sehr schön an, wenn Hubert Kleinert in der ,,Zeit'' schreibt, die Alternative laute: *,,Marsch der Grünen zurück ins Ghetto oder ökologische Reformpartei. Eine grüne Partei, die sich an der bloßen Demonstration von Gesinnung besäuft, wird sich in großstädtischen Metropolen eine Weile halten; ansonsten dürfte sie mittelfristig von der Bildfläche verschwinden. Allein eine Partei, die es schafft, von einem reformerischen Grundverständnis aus machbare Lösungsansätze zu den nach wie vor drängenden Fra-*

den. Allein eine Partei, die es schafft, von einem reformerischen Grundverständnis aus machbare Lösungsansätze zu den nach wie vor drängenden Fra-

gen der atomaren und der konventionellen Hochrüstung, der Umweltvernichtung, der Atomtechnologie, der sozialen Ungerechtigkeit und der gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen aufzuzeigen, und die diesen Anspruch im Rahmen einer machtpolitischen Option umsetzen will, wird auf Dauer eine Chance haben.'' (5.6.) Das Thema läßt sich endlos variieren. Beispielsweise so: Die GAL-Wähler sind ,,pragmatisch''. *,,Sie wollen, daß ihre Partei eine gute parlamentarische Taktik entwickelt, um für die Protestbewegung etwas herauszuholen. Nur dafür wählen sie GAL. Von Fundi-Sprüchen haben sie nichts.''* (Kurt Edler im ,,Spiegel'' vom 25.5.) Oder auch so: *,,Den GAL-Funktionären ist der Traum der Weltrevolution von Palästina bis nach Nikaragua näher als der Smog in amburg.''* Die GAL habe mit ihrer *,,naiven antikapitalistischen Systemopposition''* zwar die eigenen Reihen saubergehalten, aber nicht die El-

Fortsetzung auf Seite 34



aus: FAZ, 1.6.87

Rechte Provokationen in linkem Gewand

Die ,,Linke Deutschland Diskussion'' auf Dummenfang bei den GRÜNEN

Die Tarnkappe ist ihr liebstes Kleidungsstück. Das Chamäleon ihr Schoßtier, ideologisches Versteckspiel ihre liebste Beschäftigung. Die Rede ist von einer Gruppe namens ,,Linke Deutschland Diskussion'' (LDD). Seit sie von der NRW-landesweiten Antifa-Konferenz am 9. Mai als getarnte Rechte rausgeschmissen wurden, inszenieren sie eine Mitleidskampagne, die auf Uninformiertheit und unentschiedenen Liberalismus bei den Grünen, in der Friedensbewegung und der Szene gegen die von dieser Gruppe betriebene Hofierung ,,nationalrevolutionärer'' Ideologie setzt.

Dreist wird die landesweite Konferenz zum gegen die Grünen gerichteten persönlichen Projekt eines SPD- und eines DKP-Mitgliedes umgelogen. Im Vertrauen auf die Uninformiertheit grüner Prominenter werden Unterschriften für eine Anzeige in der TAZ gesammelt. Auch vor gerichtlichen Schritten scheut man nicht zurück. Da haben die LDD den Bogen freilich überspannt: den Prozeß haben sie verloren.

Stein des Anstoßes ...

war die Resolution der Arbeitsgruppe ,,Rechte Tarnkappen in der Friedens- und Ökologiebewegung'' der Antifa-

war die Resolution der Arbeitsgruppe ,,Rechte Tarnkappen in der Friedens- und Ökologiebewegung'' der Antifa-Konferenz. Zentraler Punkt: *,,Über die Wiedervereinigungsdebatte und über die Diskussion um angeblich mangelnde staatliche Souveränität der Deutschen in der Frage der Raketenstationierung wird von diesen Gruppen ein neuer Nationalismus geweckt, der wieder nur in einer Katastrophe enden kann... In verschiedenen dieser Gruppen arbeiten Vertreter der ,Neuen Rechten' mit... Obwohl diese Gruppen vielfach aus der Friedensbewegung heraus aufgefordert wurden, sich von den Vertretern der ,Neuen Rechten' zu trennen, ist dies nicht geschehen. Im Gegenteil, es werden immer wieder Solidaritätserklärungen abgegeben. Offenbar verfolgen diese Gruppen also durch die Einbeziehung nationalistischer und neofaschistischer Kräfte ein politisches Ziel.''*

Die Resolution, die namentlich die Linke Deutschland Diskussion, die Koordination Friedensvertrag, den Arbeitskreis Blockfreiheit und Befreiung, die Denkschrift Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem, die Aktion Gesamtdeutsche Solidarität, die Vereinigung für gesamtdeutsche Politik, den Arbeitsring Gedankenfreiheit und die Partei ,,Die Weißen'' erwähnt, wurde von der Konferenz mit nahezu 200 Stimmen ohne Gegenstimme angenommen. Die wenigen Enthaltungen kamen zustande, weil der wissenschaftliche Mitarbeiter von Antje Vollmer, G. Saathoff, das Märchen von kommunistischer Wühlarbeit gegen den ehrlichen Grünen Rolf Stolz, Sprecher der LDD, glaubte. Ihm sei verziehen, hat er doch seinen Auftritt selbst damit eingeleitet, daß er sich sage und schreibe erst seit vier Wochen mit Antifa-Arbeit beschäftige.

Auf diese Resolution reagierte die LDD mit einem dreisten Bubenstück. ,,Für Antifaschismus — gegen Verlemdung und Diskussionsverbote'' — unter diesem Titel sammelte sie Unterschriften von Grünen Prominenten: Hoss, Kelly, Lippelt, Mechtersheimer, Schoppe, Stratmann u.a., den falschen Eindruck erweckend, als ob sie das Ziel ungerechter Angriffe von zwei Personen, H. Meyer und P. Kratz sei, und unter bewußter Verschweigung der Tatsache, daß Stolz bereits am 14. Mai 1987 gegen Meyer eine Einstweilige Verfügung ohne mündliche Verhandlung beantragt hatte und damit gescheitert war. Stolz hatte Unterlassung und Nicht-Weiterverbreitung der Resolution der Antifa-Konferenz beantragt (Geschäfts-Nr.: 7 0 242/87 beim Landgericht Bonn), wobei er eidesstattlich versichert hatte, daß in keiner der durch die Resolution benannten Gruppen — er kennt sie also alle — Vertreter der Neuen Rechten mitarbeiten oder Mitglied sind. Mit einem Taschenspielertrick, den Stolz aus seiner ,,ML-Vergangenheit'' kennt — er war in den 70er Jahren u.a. zusammen mit dem heutigen LDD-Mitglied Willi Becker Herausgeber der ML-Zeitung ,,Einheit'', der man eine Ford-Finanzierung nachsagte —, versucht er, Uninformierte zu täuschen. Stolz zufolge ist der Begriff ,,Neue Rechte'' festgelegt auf Abspaltungen von der NPD und Mitglieder der ,,Aktion Neue Rechte''. Gerade das ist aber unzutreffend, und Stolz muß wissen, daß die ,,Aktion Neue Rechte'' längst nicht mehr existiert.

Die landesweite Antifa-Konferenz reagierte konsequent mit einem Gegen-Aufruf, den bisher fast 1.000 Personen aus antifaschistischen Initiativen NRWs unterschrieben haben. Die genannten grünen Prominenten werden dort aufgefordert, ihre Unterschrift unter den LDD-Aufruf zurückzuziehen. Der Gegen-Aufruf soll mit Unterschriften als Plakat veröffentlicht werden.

Dieselben Leute ...

Die LDD vertrauen darauf, daß kein vernünftiger Mensch ihre Schriften liest und so den Zusammenhang mit denjenigen Produkten herstellen kann, die genau auf die linke Szene zugeschnitten sind, wie z.B. der LDD-Rundbrief. Die Geburts-Urkunde der LDD wurde der Öffentlichkeit am 22.10.84 vorgestellt und heißt großmäulig ,,Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative''. Unterzeichnet

wurde dieser Schmäh von einer Reihe eindeutiger ,,Neue Rechte'' um das ,,Nationalrevolutionäre Koordina-

wurde dieser Schmäh von einer Reihe eindeutiger ,,Neue Rechte'' um das ,,Nationalrevolutionäre Koordinationsbüro'', welches Anfang der achtziger Jahre als Düsseldorfer Abspaltung von der ,,Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation'' um die Zeitschrift ,,laser'' entstand:

Armin Krebs ist jetziger Sprecher des ,,nationalrevolutionären Koordinationsbüros''.

Horst J. Ackermann war dessen Vorgänger.

Per Bahn ist Autor im ,,Aufbruch'', dem Organ des ,,Nationalrevolutionären Koordinationsbüros''; er gehört der völkisch-rassistischen ,,Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft'' an.

Karl-Heinz Pröhuber führt mit Bahn den Helios-Verlag, der als Verlag den ,,Anstoß'' unterzeichnete; er veröffentlichte bei der neo-faschistischen ,,Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft'' ein apologetisches Buch über die jüngere Geschichte der ,,Nationalrevolutionäre''.

Prof. Dr. Hubertus Mynarek, Religionswissenschaftler, ist Mitglied der ,,Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft'' und verbreitet Auffassungen mit eindeutigen Wurzeln in der ,,Deutschen Glaubensbewegung'' des Nazi-Faschismus.

Dr. Wolfgang Venohr schreibt für die neofaschistische Zeitschrift ,,Mut''; er formuliert für die ,,Nationalrevolutionäre'' die Perspektiven, u.a. in einem Interview für die ,,neue zeit'', einem Produkt der ,,Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation''.

Wolf Schenke, vormals HJ-Bannerführer, China-Korrespondent des ,,Völkischer Beobachter'', nach 1945 Herausgeber der Zeitschrift ,,Neue Politik'', Mitbegründer der ,,Vereinigung Deutsche Nationalversammlung'' und Gründer der ,,Dritten Front''. Zu ihm gehören **Dorothea Wieczorek** (,,Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher''), **Dr. Claus-Heinrich von Wendorff** (,,Volksbund Deutscher Rind e.V.'') und **Stefan Kretschmar** (Mitarbeiter der ,,Neue Politik'').

Axel Emmerich und **Jürgen Kraus** haben in der nationalrevolutionären Zeitschrift ,,wir selbst'' mitgearbeitet und als Mitglieder der ,,Alternativen Schwulengruppe Koblenz'' die Plattform des ,,Nationalrevolutionären Koordinationsbüros'' mitformuliert. Beide gehören mit Rolf Stolz und Willi Becker zu den Initiatoren des ,,Anstosses'' und der LDD. Kraus war lange Zeit Mitglied der vierköpfigen ,,Koordinationsgruppe'' der LDD.

... dieselben verquasten Nationalgefühle

Den ,,Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative'' haben die LDD der linken Szene auf den Leib geschneidert. Das klingelt nur so von linken Schlagwörtern: verbrecherische Politik des deutschen Faschismus, radikale Neubesinnung, eine Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung der BRD, Aufhebung der Entfremdung, Befreiung der Kultur von kapitalistischen Verwertungsinteressen, die alte Ordnung des sozialen und politischen Status quo überwinden, das international organisierte Großkapital und die von ihm beherrschten Staaten und Organisationen treiben eine Politik der Kriegsvorbereitung, aktiver Kampf gegen Krieg und Rüstung, ein paktfreies und friedliches Deutschland als Partner der Dritten Welt, gegen Ausländerfeindlichkeit, Antikommunismus, Russenhaß und Chauvinismus, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und die Auswirkungen der technologischen Umwälzung, mutige Initiativen und Bewegungen von unten, sozialistische Demokratie in Deutschland. Toll, was?

Irgendwann müssen sie ja nun aber über den Tisch kommen. Und sie kommen: Deutschland ist gegen den Willen des Volkes gespalten, Europa ist gegen den Willen der europäischen Völker geteilt, Mitteleuropa, die Brücke zwischen dem Westen und dem Osten des Kontinents, zerstört, und die bisherige verlogene Wiedervereinigungspolitik der bundesdeutschen Reaktion hat die beiden deutschen Staaten immer weiter auseinandergebracht.

Jawohl, so steht's geschrieben im ,,Anstoß''. Die DDR samt Führung

und das ,,Bundesvolk'' sehnen sich also danach, sich gegenseitig in die Arme zu sinken? Und seit wann haben die europäischen Völker Einwände gegen

und das ,,Bundesvolk'' sehnen sich also danach, sich gegenseitig in die Arme zu sinken? Und seit wann haben die europäischen Völker Einwände gegen die ,,europäische'', d.h. die deutsche Teilung erhoben? Und seit wann ist Mitteleuropa jemals Brücke zwischen West und Ost gewesen? Unter den preußischen Junkern etwa, oder unter den Nazis mit ihrer Ausrottungspolitik gegenüber den slawischen Untermenschen?

Es kommt noch toller: eine fortschrittliche deutsche Emanzipationsbewegung ist im besten Sinne gesamteuropäisch, sie dient den Lebensinteressen der anderen Völker, sie unterstützt aktiv die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker.

Da ist er wieder, der alte Wolf im neuen Schafspelz: am deutschen Wesen sollen Europa und die Welt genesen; die warten ja alle nur auf die deutsche Emanzipation, denn vorher läuft bei denen sowieso nichts.

Die Spitze des Ganzen: Wir kämpfen für ein dezentrales und föderalistisches Europa, ein Europa der Regionen und Völker — für ein Regenbogeneuropa (sic!). Der Berg kreiste und gebar — tandaradei: ,,ein Regenbogeneuropa!'' Strauß, Schmidt und Genscher würden sich schlapplachen. Das kann doch nur eines bedeuten. Stolz und die LDD sind doch auch der Meinung, daß die EG dezentral und föderalistisch ist. Wenn Stolz und die LDD für ein dezentrales und föderalistisches Europa kämpfen, dann ist doch klar, wogegen die Posaunen Jerichos erschallen sollen: Gen Osten! Denn dort hocken doch die Zentralisten. Gen Osten soll ein ,,Regenbogeneuropa entstehen''! Wo die Neo-Nazis nicht auf den linken Jargon aufpassen müssen, liest sich das alles viel ungeschminkter. *,,Ein Ziel nationalrevolutionärer Politik in Deutschland ist die nationale Einheit des deutschen Volkes in einer unabhängigen, sozialistischen und demokratischen Volksrepublik regionalistischer Vielfalt und dezentraler Entscheidungsbefugnis''*, heißt es im nationalrevolutionären Programm ,,Aufrecht Gehen'' in der gleichnamigen Zeitschrift des ,,Nationalrevolutionären Koordinationsbüros''. Und begründet wird das mit dem ,,Bedürfnis der Menschen nach Geborgenheit und Mitarbeit in einem ethnischen Verband'', welches sich ,,in unserer Zeit im Streben nach nationaler Identität'' ausdrücken soll. Dazu bietet der Helios-Verlag Literatur an: ,,Nation und Arbeiterklasse'' von Laufenberg/Wolffheim etwa, oder er preist E. Niekischs ,,Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat'' als **nationalbolschewistisches** Werk. Im LDD-Rundbrief wird dieser Schwachsinn weggelassen und speziell für die Linke so formuliert: *,,Das Nationalgefühl ist die revolutionäre Kraft der heutigen Zeit. Die antikolonialen Befreiungskämpfe (Algerien, Vietnam, usw.) wären ohne die mobilisierende Kraft des Patriotismus nicht möglich gewesen. Es gibt keinen Grund mehr, das Nationalgefühl aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen.''* (Christian Wipperfürth im LDD-Rundbrief Nr. 4, Oktober 1985).

Allen Nicaragua- und Südafrika-Fans, die auf den Trip der ,,unheimlichen kulturellen Identität'' von Befreiungsbewegungen abfahren, sei jedoch zur heilsamen Lektüre die Zeitschrift ,,Nation Europa'' empfohlen. Auf der Titelseite von deren Mai/Juni-Heft 1987 prangt ein berittener Deutsch-Südwester mit Karabiner und Bajonett unter der Überschrift ,,Südafrika wehrt sich. Boykottiert den Boykott''. In dieser Zeitschrift wird geworben für das bundesweite Organ ,,Politische Offensive'', in dem sich seit kurzem der Koblenzer ,,Arbeitskreis Befreiung'' freut, alle friedensliebenden Patrioten, alle Friedensfreunde und all jene an der deutschen Frage interessierten Demokraten begrüßen zu können''. Interessanterweise ist die Kontaktadresse das Postfach 1195 in 5420 Lahnstein 1, also das Postfach von Axel Emmerich, welches heute noch als Geschäftsstelle der LDD geführt wird.

Wenn Stolz sich distanziert ...

,,Wenn ein uns bekannter Neofaschist den ,Anstoß' unterzeichnet hätte, hätten wir dies natürlich als Provokation empfunden und eine solche Unterstützung zurückgewiesen'', schreibt Stolz mit LDD-Briefkopf am 5. Mai 1987 in einem offenen Brief. Im ersten Einladungsschreiben zu einem LDD-Treffen vom 12.9.84, das Stolz mitunterzeichnet hat, wird ,,unbedingt persönliche Anmeldung'' gefordert. Also handverlesene Gäste.

Mein lieber Rolf Stolz, wenn Du nur handverlesene Gäste bei Dir aufnimmst, wie können Dir dann die Querverbindungen Deiner Gäste, insbesondere des Helios-Verlages und des Nationalrevolutionären Koordinationsbüros entgangen sein? Von dem armen Jürgen Kraus behauptest Du unter Krokodilstränen in Deinem offenen Brief, er habe Euch erst spät seine rechte Vergangenheit gebeichtet, und Ihr hättet dann die Konsequenzen gezogen. Gleichzeitig kartest Du zurück: alte NSDAP-Mitglieder gebe es in allen Parteien, auch bei der DKP. Also das interessiert uns echt. Komm mal rüber mit den Klamotten.

Aber was ist mit Deinem Axel Emmerich, dessen Postfach noch immer die offizielle Geschäftsstelle der LDD ist und der jetzt bei der ,,Politischen Offensive'' mitmacht? Und Schenke, Mynarek und Krebs sollen auch nichts mit der LDD zu tun haben? Ja, warum hast Du dann nicht deren Unterstützung als Provokation zurückgewiesen?

Und Wolfgang Venohr soll niemals an einer Eurer Veranstaltungen teilgenommen haben? In einem früheren Brief an die Bonner Stadtzeitung ,,De Schnüss'' behauptest Du, daß Venohr ein ,,nonkonformer linker Publizist'' sei, der ,,aufgrund einer Kiefernoperation sein Referat nicht halten'' konnte, d.h. Du hast ihn doch eingeladen. Und der arme Wolfgang Venohr soll nur darauf verzichtet haben, ,,gegen das rechtsradikale Blättchen ,Mut' zu prozessieren'', das ihm gegen seinen Willen einen Artikel geklaut hat, ohne dafür zu bezahlen?

Und was ist mit Dir selber? In Deinem Materialheft Nr. 7 ,,Deutsche Probleme — Probleme mit Deutschland'' vom April 1986 fragst Du unschuldig: ,,Deutschland ist größer als die BRD. Was ist daran rechts?'' In einem LDD-Rundbrief vom Oktober 1985 sagtest Du: ,,Deutschland liegt nicht in Westeuropa ... Deutschland muß seine Grenzen anerkennen und seine Grenzen erkennen ... Deutschland ist nicht unser Land, aber wir kämpfen dafür, daß es unser Land wird ...'' In einer weiteren Erklärung der LDD vom Mai 1987 behauptest Du: ,,Wir stellen natürlich keine Grenzen in Frage ...''

Raus mit der Sprache, Rolf Stolz. Wie willst Du das machen: für ein größeres Deutschland kämpfen, das nicht in Westeuropa liegt, und doch keine Grenzen in Frage stellen?

Wie willst Du das machen: Dich von Deinen neofaschistischen Freunden distanzieren und Dich doch mit ihnen solidarisieren?

Oder willst Du genau wie Venohr nicht gegen das rechtsradikale Blättchen ,,student'' prozessieren, das bekanntlich der NPD und z.T. den Republikanern und dem ,,Ring freiheitlicher Studenten'' (rfs) nahesteht, wenn es Dich in seiner Februar-Nummer 1987 zusammen mit Herbert Ammon und Theodor Schweisfurth als ,,Ausnahme von der linken Regel'' über den grünen Klee lobt? Mit Einstweiligen Anordnungen wegen Unterlassung und Nicht-Weiterverbreitung warst Du doch in unserm Fall innerhalb von 5 Tagen bei der Hand. Das kannst Du eigentlich nicht wollen, denn auch Du scheinst derselben Meinung zu sein wie der ,,student'', daß ,,die Linke eine Chance verpaßt hat, Vorreiter in Sachen Nation zu werden''; weil ,,die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung Deutschlands zwei Seiten einer Medaille'' seien und weil ,,die Nachrüstung als ,Raketenantrieb' des neuen deutschen Patriotismus von links ... erst Millionen auf die Beine gebracht'' habe.

wk/Bonn

Nr. 3 1983 4,50 DM

DEBATTE

ZEITSCHRIFT FÜR ÖKOLOGIE UND SOZIALISMUS

Deutsche Frage –



Am Morgen des 13. August 1961 am Brandenburger Tor. Bewaffnete Verbände mit Schützenpanzerwagen und Wasserwerfern haben die Grenze zu den Westsektoren hermetisch abgeriegelt.

alles erledigt?

Ökologie im Klassenkampf · Neue Linke in den USA · Ende Israels?

Brandenburger Tor, das Nadelöhr für alle Deutschlandpolitiker

Hat nur Gremliza im Grünen Pech?



Die Prognose steht seit fünf Jahren: „Als Partei werden die Grünen die achtziger Jahre nicht überleben." Bekräftigt hat sie Konkret-Herausgeber Hermann L. Gremliza im Juliheft seiner Zeitschrift. Das „absehbare Ende" der Partei, die seiner Ansicht nach „eh keine Zukunft" hat, solle jedoch möglichst noch „ein paar Jährchen" hinausgeschoben werden, „wg. öffentlicher Austragung und Zuspitzung von Konflikten zum Zwecke der Bildung von Bewußtsein." An diesem Anspruch muß sich Gremlizas Vorschlag messen lassen, die Grünen sollten bei einer Parlamentsmehrheit von SPD und Grünen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung bedingungslos wählen und im Amt halten, solange diese Regierung nicht gegen Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages verstößt. Es ist weder Liebe zur SPD noch zum bürgerlichen Parlamentarismus, die ihn diesen Vorschlag machen läßt.

Die SPD würde diese Taktik der Grünen nicht akzeptieren, sie will grüne „Realos" in eine Koalition ziehen, auf daß sie sich die Finger schmutzig machen und ihre Glaubwürdigkeit als Kraft links von der SPD verspielen. Die „Realos" können sich mit der von Gremliza vorgeschlagenen Politik auch nicht anfreunden, weil sie die Bereitschaft zur Ausübung von Druck auf die SPD und zum Entzug der parlamentarischen Unterstützung enthält. Gremlizas taktisches Ideal in der Konstellation einer SPD/Grünen Mehrheit ist eine SPD-Regierung, „gnadenlos an der Regierung gehalten von Leuten, die im Parlament und außerhalb erklären: Diese Regierung ist mies, ihre Politik ist beschissen und wir sagen allen, warum". Dennoch sollen die Grünen im Parlament für diese Regierung stimmen, um rechtere Varianten bürgerlicher Herrschaft zu verhindern.

Gremliza mag dabei an Portugal gedacht haben, wo im vergangenen Jahr, lange nachdem die Nelken im Blumenwasser der Friedrich Ebert Stiftung auch die letzten Blätter hatten fallen lassen, eine schlimme Präsidentenwahl angesagt war. im letzten Wahlgang stand dem konterrevolutionären Ebert-Genosken Soares irgendein halbfaschistischer Kandidat gegenüber. Die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) Alvaro Cunhals, die, was immer man im einzelnen von ihr halten mag, nicht zu den euroreformistischen Wandlern nach Godesberg gehört, gab sinngemäß die Parole aus: Augen zu und durch. Sie rief ihre Genossen und Wähler auf, für das rosarote Schwein Soares zu stimmen, um die schwarzbraune Wildsau zu verhindern. Die Taktik hatte Erfolg und war, wenn auch nicht ohne Probleme, „vermittelbar".

Gremliza übersieht bei seinem Vorschlag für die Grünen etwas wesentliches. Mit einer marxistischen Partei, die den Anspruch stellt, revolutionär zu sein, die weiß, welchen Gegnern, welchem Staat sie gegenüber steht, kann man solche Schritte organisieren, ohne daß das Bewußtsein der Akteure darunter leiden muß. Lenin empfahl 1920 in seiner Schrift: „Der linke Radikalismus — die Kinderkrankheit im Kommunismus", im Falle einer SP/KP Parlamentsmehrheit auch rechte Sozialdemokraten gegen die rechtsbürgerlichen Kräfte zu stützen, „wie der Strick den Gehängten stützt". Als Waldimir Iljitsch dies formulierte, schien die Weltrevolution nicht mehr weit zu sein, wenige Monate zuvor hatte es sogar in Bayern eine Räterepublik gegeben.

Nun sind die Grünen nicht gerade die Bolschewiki der BRD und ihre Bundestagsfraktion ist keine Versammlung von Leninisten im engeren Sinne. Mit einer Partei, in der, wie Gremliza im September 1982 schrieb, das „theorielose Gefühl" eine nicht unmaßgebliche Rolle spielt, mit Leuten, denen Radio Luxemburg mehr sagt als Rosa Luxemburg kann man keine leninistische Taktik praktizieren. Das wäre so aussichtslos wie der Versuch, per Klapprad über die Alpen in die Toscana zu fahren.

Vor zweieinhalb Jahren, im Januar 1985, schrieb Gremliza, die Zukunft der Grünen sei „vorgezeichnet und keineswegs so, wie Ebermann und Trampert sich das wünschen. Man läßt sich nicht ungestraft von Millionen mittelmäßig erboster SPD- und FDP-Wähler (und einer Dunkelziffer christdemokratischer Oberförster) in die Parlamente wählen. Die verlangen Tribut ...". Der grüne MdB Hubert Kleinert, den Gremliza damals mit seiner Äußerung zitierte, die Grünen seien „eine bürgerliche Partei", ist heute Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Bundestag. Von den Kleinerts, Schilys, Schoppes und Vennegerts ist noch manches zu erwarten, nur nicht, daß sie „gnadenlos" eine SPD-Regierung dazu verurteilen, ihre eigenen Parteitagsbeschlüsse einzuhalten. Ob es überhaupt möglich ist, Sozialdemokraten zur Einhaltung ihrer Parteibeschlüsse zu zwingen, scheint mir schon zweifelhaft. „Gnadenlos" sind die Grünen (genauer: ihr „Realo"-Mehrheitsflügel) nur gegen „Traditionssozialisten", „Hardliner" und andere Russenknechte, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit auf dem Boden der freien Marktwirtschaft und der NATO zu stehen.

Tolerierungskataloge, die Widersprüche innerhalb der SPD und ihrer Wählerschaft thematisieren sind kein Patentrezept, aber immer noch das geschickteste, um im Falle „rot"-grüner Mehrheiten Konflikte zum Zwecke der Bildung von Bewußtsein zuzuspitzen.

Die grüne Partei hat in den annähernd zehn Jahren ihrer Existenz für die außerparlamentarischen Protestbewegungen einen gewissen Nutzen gebracht und auf „Massenebene" Bewußtsein in nicht ganz unwichtigen Fragen wie Krieg und Frieden verändern helfen. Das sollte nicht gering geschätzt werden. In dem Maße aber, wie sich diese Partei dem herrschenden Konsens unterwirft und zum sozialliberalen Wahlverein wird, nimmt der Schaden, den sie, vor allem ihr parlamentarischer Wasserkopf, anrichtet gegenüber dem Nutzen überproportional zu. Der Verzicht auf Rationalität und Wissenschaftlichkeit in der Politik, und das Bemühen, den Kopf zugunsten des Bauches auszuschalten, bleiben nicht ohne Folgen. Je mehr der Prozeß des politischen Verfaulens der grünen Partei voranschreitet, desto mehr gilt es für Sozialisten außerhalb wie (so noch vorhanden) innerhalb dieses Vereins „die Endlichkeit der Grünen im Kopf (zu) behalten" (Gremliza 1982).

Nicht jede Niederlage läßt sich durch geschickte Schachzüge verhindern oder auch nur verzögern.

Gerd Eggeling

Grüne — ein Tummelplatz für Deutschnationale

Erfreuliche Einsichten sind in einem Flugblatt der Grünen im Bundestag zur „Deutschlandpolitik" zu lesen. Es sei *„nicht nur wirklichkeitsfremd, von der offenen deutschen Frage zu reden, sondern ruft auch bei unseren europäischen Nachbarn neue Ängste vor einem großdeutschen Nationalstaat in der Mitte Europas hervor. Auschwitz und die Toten des 2. Weltkrieges sind nicht vergessen."* Als traditionell undogmatische Partei haben die Grünen jedoch ein lockeres Verhältnis zu ihren eigenen Beschlüssen und programmatischen Dokumenten. Während besagtes Flugblatt in mehreren Exemplaren auf dem Tisch lag, diskutierten grüne Bundestagsabgeordnete und Mitarbeiter der Fraktion am 17. Juni auf einer Klausurtagung im Haus Wittgenstein in Bornheim bei Bonn über „deutsch-deutsche Politik". Die „deutsche Frage" sei offen, erzählten dort nacheinander die MdBs Eckart Stratmann, Milan Horacek und Roland Vogt, ohne daß jemand ihnen energisch widersprach. MdB Wilhelm Knabe, Förster mit gesamtdeutschen Neigungen und Vertreter der Grünen im „Innerdeutschen Ausschuß" warnte davor, die DDR zum Ausland zu erklären und begründete dies allen Ernstes mit den Nachteilen des dann fälligen Auslandsportos. Daß man die Politik der Grünen nach Belieben *„in die DDR tragen"* müsse, wie es der alternative Wiedervereiniger Roland Vogt formulierte, ist in der Grünen-Bundestagsfraktion mehrheitlich Konsens. Als sei die DDR das 11. Bundesland der BRD, gehen maßgebliche Teile der grünen Fraktion davon aus, es sei ihr selbstverständliches Recht, in der DDR Flugblätter zu verteilen und Demos zu organisieren. Die praktischen Folgen dieses Hanges zur Ostmission sind Einreiseverbote in die DDR, die seit den Zeiten des SPD-„Ostbüros" keine Vorliebe für Sektionen bundesdeutscher Parteien auf ihrem Boden hat.

Viele Grüne bleiben nach wie vor erheblich hinter dem Erkenntnisstand des führenden italienischen Christdemokraten Andreotti zurück, der 1984 mit dem treffenden Satz: *„Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei sollen es bleiben"* Furore machte. Roland Vogt beschimpfte den Standpunkt Andreottis seinerzeit in einer Presseerklärung als „hirnrissig".

Auf der Fraktionssitzung am 17. Juni hatte der Chef der pseudolinken und nationalistischen Gruppe „Linke Deutschland-Diskussion" (LDD), Rolf Stolz die Gelegenheit, den grünen Abgeordneten und dem gespannt lauschenden Vertreter des „Deutschlandfunk" einen langatmigen Vortrag mit allerlei Stuß über deutsche „Wieder- bzw. Neuvereinigung", eine „Konföderation der deutschen Staaten" und die Lage der Nation zu halten. Statt diesen Vogel an die frische Luft zu setzen, haben mehrere grüne MdBs aus Mitleid oder Dummheit ihre Unterschrift unter einen Text von Stolz gesetzt, in dem dieser sich unter der launigen Losung „Für Antifaschismus — gegen Verleumdung und Diskussionsverbote" über linke Gegner seiner Truppe beklagt. Besonders angemacht fühlt sich der LDD-Chef durch die zumindest originelle Parole: „*Kein Stolz, kein Reich, kein Führer*". Scheinheilig argumentiert Stolz mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das auch für die Deutschen gelten müsse. Nur wer jegliches Geschichtsbewußtsein verloren oder nie eines besessen hat, kann von den konkreten Inhaltes des „Selbstbestimmungsrechtes" für die „die Deutschen" abstrahieren. Das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" tobte sich vor noch nicht einmal fünfzig Jahren in einem mörderischen „Ja" zum „totalen Krieg" aus. Alle Gedankenspiele, die DDR mit der BRD zu „konföderieren", „wieder" oder „neu" zu vereinigen, laufen auf nichts anderes hinaus, als den westdeutschen Kapitalisten wieder die Schlüssel für ihre vom Volk der DDR enteigneten Betriebe zu übergeben. Das ist der logische Kern des mit viel Gefühlsduselei vorgetragenen Anliegens.

An einer Neugründung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Portion besteht in Europa und der Welt kein Bedarf. Auch an der Basis der Grünen sind kaum Wünsche vorhanden, den gesamtdeutschen Tiger zu reiten und sich in „Wiedervereinigungs"-Phantastereien zu üben. Im Bereich grüner „Deutschlandpolitik" dominieren seit Jahren Privatpolitiker und kleine Klüngel, ohne von ihrer Parteibasis an Eskapaden gehindert zu werden. Solange grüne MdBs über eine angeblich „offene deutsche Frage" daherquatschen wie CDU-Hinterbänkler, haben es Leute wie Stolz und seine linksdrappierten Deutschnationalen leicht, im Trüben zu fischen. Die grüne Bundestagsfraktion ist nach wie vor nicht bereit, einen deutlichen Trennungsstrich gegenüber nationalistischen Positionen zu ziehen. Die linken Grünen und Ökosozialisten nehmen das Treiben der dunkelgrünen Patrioten bislang lediglich kopfschüttelnd zur Kenntnis. Muß es dabei bleiben?

Gerd Eggeling

Bremer Grüne über Koalition zerstritten

Die kommende Bürgerschaftswahl wird von den Bremer Grünen als „Schlüsselwahl" betrachtet, deren Ergebnis weichenstellend für die Zukunft sein kann. Zu diesem Zweck haben die Grünen der SPD das Angebot zur Zusammenarbeit auch in Form einer Koalition unterbreitet (wir berichteten in AK 283). Bei der Wahl ihrer Kandidatinnen bevorzugte eine grüne Mitgliederversammlung ebenfalls die koalitionswilligen Bewerberinnen. Während die außerparlamentarischen Initiativen kaum auf die grünen Beschlüsse reagierten, gab es innerhalb der Partei heftigen Streit.

„Ratschlag" ohne Elan

Eine rot-grüne Koalition als offensives Reformprojekt benötigt die Unterstützung und Mitarbeit der außerparlamentarischen Kräfte. Um sich diese zu sichern, forderten die Grünen alle Initiativen, alternativen Projekte, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Kräfte zur Teilnahme an einem „großen Ratschlag" auf. Trotz des guten Besuchs von 200 Personen blieb die Diskussion ohne Schwung, weil die außerparlamentarischen Kritiker des Koalitionsangebots sich kaum an der Debatte beteiligten. Zudem entsprach das Stimmungsbild, das Lothar Probst, grünes Landesvorstandsmitglied, zu Beginn des „Ratschlags" zeichnete — nach dem Koalitionsangebot habe es keine größeren Beben in der Öffentlichkeit, schwächere Nachbeben nur bei den Grünen selbst gegeben —, durchaus der Realität bis zu jenem Zeitpunkt. Während die kritischen Beiträge aus den eigenen Reihen kamen, sprachen sich z.B. bekannte Mitglieder des Anti-AKW-Spektrums aufgrund resignativer Analysen für einen „Zeitgewinn" durch rot-grüne Politik aus.

Eine fundamentalistische oder linke Strömung, die gegen eine Koalition und das „Anbiedern an die SPD" auftritt, ist bei den Bremer Grünen eher klein. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei verlaufen zwischen denjenigen, die tatsächlich koalieren wollen (Ralf Fücks, Jo Müller), und denen, die das Koalitionsangebot als taktisches Mittel begreifen, aus der defensiv geführten Diskussion um grüne Politikfähigkeit herauszukommen und in der Öffentlichkeit und dem linken SPD-Spektrum die Auseinandersetzung um fortschrittliche Politikinhalte neu zu beleben. Vertreterinnen dieser letztgenannten Strömung verteilten auf dem „Ratschlag" ein Papier, in dem sie eine „Präzisierung und Ergänzung der 'Prüfsteine'" (Teil des Koalitionsangebots) einfordern. Die „Prüfsteine" seien allzusehr in der Art grünroter Kompromisse abgefaßt und nicht als Markierungen offensiver Reformpolitik. *„In der Auseinandersetzung um ein „grün-rotes Reformvorhaben" sind nicht diplomatische Formeln gefragt, die Konflikte zukleistern, sondern eine klare Benennung dessen, weshalb wir politische Gegner der SPD sind und bleiben"*. Es folgen 20 „Prüfpunkte" für eine „eventuelle Zusammenarbeit mit der SPD", die sich von den „Prüfsteinen" jedoch durch kaum mehr als die Satzzeichen unterscheiden (1).

Das Koalitionsangebot hätte angesichts der denkbaren Konstellationen nach der Wahl zu interessanten Auseinandersetzungen um fortschrittliche Politik führen können, denn bei einem Verlust ihrer absoluten Mehrheit müßte die vergleichsweise linke Bremer SPD zeigen, ob sie die sozialliberale Koalition einem rot-grünen Reformexperiment vorzieht. Von diesem Konzept scheinen die Koalitionsbefürworter sich verabschiedet zu haben; Lothar Probst forderte ein Ende der Halbherzigkeiten: Wenn man die Koalition wolle, müsse man dazu trotz der denkbaren Probleme und Schwierigkeiten stehen. Und der in der Pose des geläuterten Ex-Kommunisten unnachahmliche Ralf Fücks führte einen „biographischen Grund" ins Feld: Er sei es leid, weiterhin nur auszusteigen, anzuklagen und zu entlarven, da heute die Mitwirkung an möglichen Veränderungen gefragt sei.

Während bei den Initiativen eine müde Haltung des „Macht-mal" vorzuherrschen scheint, erwarteten die Grünen vom „Ratschlag" die Bildung einer grünen Wählerinitiative, die aber wegen übergroßer Auflösungserscheinungen am Ende des Treffens nicht zustandekam.

Bremerhavener Initiativen verlassen den Saal

Nicht ganz so widerspruchslos seitens der Initiativen verlief der „Ratschlag" in Bremerhaven, obwohl es wohl hauptsächlich dem ungeschickteren Auftreten der Bremerhavener Grünen anzulasten ist, daß ein Großteil der anwesenden Initiativenvertreter den „Ratschlag" verließ. Die Grünen legten den Teilnehmern des „Ratschlags" ihr Kurzprogramm vor und baten um Änderungs- und Ergänzungsvorschläge. An einer Auseinandersetzung über das grüne Koalitionsangebot waren die Grünen nicht interessiert und hielten trotz Kritik an ihrem Vorgehen fest. Daraufhin verließen die meisten Nicht-Grünen den Saal.

Beschlußunfähige Mitgliederversammlung zerstritten

Wenige Tage nach dem Bremer „Ratschlag" fand eine Mitgliederversammlung statt, die über das weitere grüne Vorgehen beschließen sollte. Ärger und Erstaunen löste die Tatsache aus, daß das zur Beschlußfähigkeit notwendige Quorum an Mitgliedern nicht erschienen war. Rund 60 Anwesende konnten so eine von allen Entscheidungszwängen unbelastete Diskussion führen. Mit einer Heftigkeit, die mit den politischen Unterschieden der Kontrahenten kaum zu erklären ist, schlugen die Diskussionsteilnehmer teilweise aufeinander ein. Ralf Fücks, der sich vorhalten lassen mußte, die grünen Ziele verkaufen und verraten zu wollen, bezichtigte die innerparteilichen Kritiker einer von der GAL und Rudolf Bahro geprägten Verweigerungshaltung, die sich wiederum in der Logik einer „leninistischen Revolutionskonzeption" bewege, die „die Grünen für den Sturm aufs Winterpalais erhalten will". Zweifach, aus praktischer Erfahrung und theoretischer Aufarbeitung, lehne er dieses Konzept ab. Konkret empfahl er eindringlich, vor der Wahl keinen Katalog zu formulieren, der ein grünes Minimalprogramm für Koalitionsverhandlungen abgeben solle. Günstiger sei es, die grünen „Entwicklungsziele" zu beschreiben, in deren Richtung die Grünen die Gesellschaft lenken wollten.

Dafür traf ihn der berechtigte Vorwurf, hinter dem Vorhang des „strategischen Denkens" den Anspruch „offensiver Reformpolitik" (so immerhin das von Fücks geprägte Koalitionsangebot) aufzugeben und eine rot-grüne Koalition zum „kleineren Übel" gegenüber einer sozialliberalen Koalition zu degradieren. Die Formulierung aus der Wahlaussage „Falls die SPD nicht zu Kurskorrekturen in zentralen politischen Fragen bereit ist, werden die Grünen ihre Ziele weiter aus der Opposition heraus verfolgen" bleibe angesichts des vehementen Drangs der „Koalos" an die Fleischtöpfe der Macht eine Floskel.

Die Beschlußunfähigkeit der Versammlung verhinderte Festlegungen des weiteren Vorgehens, doch wird angestrebt, im August einen neuen „Ratschlag" durchzuführen, der je nach Standort Unterstützung oder Kritik verstärken soll.

Anmerkungen:

(1) Es bleibt sich z.B. völlig gleich, ob in den „Prüfsteinen" gefragt wird, ob „wir der SPD Schritte in Richtung einer sozialen Grundsicherung und sinnvoller Beschäftigungsperspektiven abnötigen" können oder in den „Prüfpunkten" gesagt wird, daß die Grünen sich für diese Dinge einsetzen.

Zwei Bremer Gen.

Biedenkopfs Fall: Umbruch in der CDU?

Seit die CDU die Regierungsverantwortung übernommen hat, werden regelmäßig Kritiken an ihrer Politik bekannt. Das „rechte Lager'' ist unzufrieden; Hupka und die Heimatvertriebenen mosern; der RCDS will mehr „Reformen''; die Kirche will endlich die Abtreibung kippen ...

Außerdem melden sich andere „Strömungen im Kritiker-Lager zu Wort. Wortführer ist u.a. Kurt Biedenkopf. Und da ist noch ein anderer: Gerd-Klaus Kaltenbrunner. Was schillert da im Hintergrund?

Szene 1: Die Festlichkeit

Ein Wichtikus machte vor einigen Monaten wieder von sich reden: Kurt Ziesel. Wieder einmal sollten die **„Konrad-Adenauer-Friedenspreise''** der **„Deutschland-Stiftung e.V.''** (DS e.V.) für Literatur und Publizistik verliehen werden. Seit 20 Jahren versteht es dieser Gralshüter der „Stahlhelm-CDU'' mit publizistischen Erfahrungen zur Zeit des Nationalsozialismus), durch die Auswahl der Preisträger politische Zeichen zu setzen.

Ob nun ein **Frank Thiess** als Preisträger geehrt wurde (1), **Bernt von Heiseler** (2) oder **Axel Springer**, immer mußte bisher der nationale Auftrag, die nationale Größe und Bedeutung der „Deutschen'' hervorgestrichen werden. Bei den Preisverleihungen konnte sich dann auch die gesamte beschlipste Würde von Adenauer über Carstens, Dregger, Strauß und Kohl austoben. Zuletzt tagte mann, passenderweise, im Münchener „Herkulessaal''. Die jüngste Verleihung allerdings bot etwas Neues. Neben dem Katholiken **Nikolaus Lobkowicz** (3) konnte sich **Gerd-Klaus Kaltenbrunner** als Kandidat und Preisträger in die Liste der Geehrten eintragen lassen.

Sind es seine vielen kleinen Essays, die prämiert werden sollten? Ist es sein Einsatz für die „vergessenen'' Philosophen und das Bemühen, ihnen einen würdigen Platz im heutigen reaktionären Literaturkanon zuzuweisen, der gefällt? Oder ist es die Sehnsucht der „Altkonservativen'', mit den Amerikanern und Franzosen gleichzuziehen und auch mal einen echten „Neokonservativen'' vorzuzeigen? Schließlich hat es der Mann — jetzt 48jährig — geschafft, sich vom Marxismus seiner Jugend loszusagen und beim katholisch orientierten **Herder-Verlag** die Herausgabe einer vielbändigen konservativen Schriftenreihe zu organisieren.

Was verbirgt sich hinter der „DS e.V.''-Lobeshymne, sein Werk sei *„vom geistigen Reichtum des europäischen Erbes beflügelt und vom* ***kompromißlosen Mut zur Unabhängigkeit*** *getragen''* und habe ***„die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Zeitströmungen*** *gesucht und Wege in eine humane Zukunft gewiesen''*? (Hervorheb. AK)

Ebenfalls ungewöhnlich: Freiherr **von Schrenck-Notzing**, Herausgeber des „Deutschland-Magazin''-Konkurrenzblattes **„criticon''** (5) durfte die Preisredefür Kaltenbrunner verlesen.

Die ganze Show fand im Sommer 1986 statt: Die Bundestagswahlen sollten im Januar 1987 für die CDU/CSU gewonnen werden. Ist die Preisverleihung nur ein Bonbon für jene parteiungebundenen „Neokonservativen'' gewesen, die — trotz ihrer Bauchschmerzen angesichts der CDU-Politik — noch einmal zur Stimmabgabe motiviert werden sollten?

Szenen-Wechsel

Szenen-Wechsel

Mitten hinein ins Herz der CDU, ins Rheinland und nach Westfalen, zu den ca. 260.000 Mitgliedern, zu einem Landesverband, der mit 40% der Delegierten fast allein einen Bundeskanzler-Kandidaten nominieren könnte. Auch hier spielten sich — allerdings erst in jüngster Zeit — äußerst ungewöhnliche Vorgänge ab.

Da sprachen sie nicht einmal mehr miteinander (so die bürgerliche Presse): Kurt Biedenkopf (der Vorsitzende) und Pützhofen (sein 1. Stellvertreter). Der eine — Herr B. — schmeißt den neuen, offiziell gewählten NRW-Generalsekretär aus der CDU-Zentrale hinaus — unglücklicherweise war der aber der Kandidat des Herrn P.

Diese Brutalität habe nun wirklich kaum ein CDUler vom Professor Biedenkopf erwartet, so jedenfalls unterrichtete Kreise. Vorher jedenfalls war seine Lieblingskandidatin für die Oppositionsführung im NRW-Landtag kalt abserviert worden, die — wenn auch nur halbherzig — das Loblied ihres Chefs auf die Grünen mitgezwitschert hatte. Ihre Abfuhr sei, so empfanden viele CDUler, eine gerechte Strafe für Biedenkopf. Ein Parteichef müßte — speziell bei einem so mächtigen Landesverband — doch zwischen den verschiedenen Lagern innerhalb der CDU ausgleichend wirken und nicht solch schreckliche Interviews geben ... (6)

Wie, bitteschön, sieht eine CDU aus, aus der solch unschöne Dinge öffentlich bekannt werden?! Gerade erst kurze Zeit sind die vorher getrennt marschierenden NRW-CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe auf einem gemeinsamen Parteitag vereint worden — das gab neuen Mut! Und nun die negativen Schlagzeilen in der Presse.

Für die CDU-Landtagsfraktion jedenfalls war das Maß voll. Den letzten Akt der Kampagne gegen Biedenkopf leiteten die Bonner Staatssekretäre Ottfried Hennig und Wolfgang Vogt ein. Vogt: Die CDU von NRW *„braucht keinen Vor- und Querdenker an der Spitze''*. Hennig: Biedenkopf sei *„im Kern seines Wesens unpolitisch (und) polarisiere die Partei''*. (Hervorheb. AK)

Das Ergebnis steht fest: Sowohl Biedenkopf als auch Pützhofen wurden aus der Führung der NRW-CDU entlassen. Arbeitsminister Blüm ist neuer Vorsitzender.

Gibt es „nonkonformistische Querdenker''?

Warum hofiert der traditionalistisch ausgerichtete CDU/CSU-Flügel um die „DS e.V.'' einen „nonkonformistischen'', yuppie-haften Aufsteiger; warum schmettert die Kohl-Mannschaft aus Bonn (einschließlich der alten Vertrauensleute um den ehemaligen NRW-Oppositionsführer Worms) einen in der Vergangenheit hochgeschätzten „Querdenker'' ab? Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen dem Yuppie und dem Professor, und ist das für die Politik der CDU/CSU bedeutsam?



Die Untersuchung dieser Fragen führt zurück in die 70er Jahre. Die ausklingende Studentenbewegung, die Willy-Willy Euphorie, die Verdrängung der CDU/CSU aus der Regierungsverantwortung, vor allem aber die neu entstandenen ökonomischen Probleme der Kapitalisten zu Beginn der 70er Jahre in der BRD — das alles veranlaßte die CDU/CSU und die mit

die neu entstandenen ökonomischen Probleme der Kapitalisten zu Beginn der 70er Jahre in der BRD — das alles veranlaßte die CDU/CSU und die mit

ihnen sympathisierenden Kräfte, über die zukünftige CDU-Strategie nachzudenken. Ziel: Rückeroberung der politischen Macht und Suche nach Wegen zur Bewältigung der Krisen.

In den Personen Kaltenbrunner und Biedenkopf, in ihren politischen Lebensläufen, spiegeln sich die Nöte wider, die einen Teil des CDU-Anhangs in der damaligen Situation plagten. So steht der Name Kaltenbrunner für einen bestimmten Trend; er repräsentiert auch sein politisch-publizistisches Umfeld: „criticón'', „Herder-Initiative'', „student'' etc.

Der eine, Biedenkopf, übernahm das Amt des Generalsekretärs der CDU. Er und sein Nachfolger Geißler krempelten die gesamte CDU um und machten aus einem Wahlhilfeverein für den Kanzler eine managementgeführte, zentralisierte Parteiorganisation (siehe auch Kasten zum Buch von Peter Grafe). Einige CDU-68er, politisch geschult in den Auseinandersetzungen mit dem SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), fanden ihr politisches Betätigungsfeld im Konrad-Adenauer-Haus. Hier konnten sie ihre politischen Utopien ausspinnen (7).

Kaltenbrunner dagegen wurde publizistisch aktiv. In den Jahren nach 1970 setzte sich bei CDU-kritischen „Intellektuellen'' mehr und mehr die Erkenntnis durch, ein neues ideologisches Konzept, eine konservative Theorie und Programmatik als Gegengewicht zur Studentenbewegung und den Folgeerscheinungen müsse her. (8)

Was bietet Kaltenbrunner an?

Damals entdeckte Kaltenbrunner die „Ökologie'' und die Frage nach dem „Lauf der Welt'' für die Konservativen. Geschickt baute er in seine Essays Hinweise auf die *„Gefahr einer Ökokrise''* ein, beschwor die *„Bewahrung der Natur und die umsichtige Verwaltung der immer knapper werdenden Bestände''* und die *„Verhütung des Weltunterganges''* (9).

Neu sei heute der *„in wenigen Sekunden technisch zu bewerkstelligende Weltuntergang, (der) mögliche kollektive Selbstmord''* (10). *„Je mehr wir machen, was wir aufgrund unserer technologischen Macht machen können, desto weniger vermögen wir das Feld unserer Eingriffe zu steuern. Wenn wir uns in* ***technischer, politischer und ökologischer*** *Hinsicht nicht uneinsichtiger stellen wollen, als wir sind, dann ergibt sich angesichts der Tatsache, daß heute zum erstenmal die menschliche Umwelt in planetarischem Umfang zu einer abhängigen Variablen geworden ist, die unbedingte Forderung, daß jeder manipulative Eingriff in die Natur beweispflichtig ist. Die* ***expansionistischen Neuerer*** *haben die Beweislast dafür zu tragen, daß ihre Eingriffe die ökologischen Bedingungen nicht verschlechtern. Das ist eine erzkonservative Forderung, die sowohl für die kapitalistischen als auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse in ihrer bisherigen Gestalt eine* ***radikale Provokation*** *bedeutet.''* (Hervorheb. AK) (11)

Diese Aussagen stehen im krassen Gegensatz zu den CDU/CSU-Wachstums-Szenarien. Kaltenbrunner 1977: *„Es ging mit den deutschen wie mit den italienischen Christdemokraten bergab, als die Führungsgestalten der ersten Stunde abgetreten waren.''* (12) Und nicht nur das. Auch die „Hauptmacht des Westens'' befände sich nach dem Ende des Vietnamkrie-

der ersten Stunde abgetreten waren.'' (12) Und nicht nur das. Auch die „Hauptmacht des Westens'' befände sich nach dem Ende des Vietnamkrie-

ges und des Watergate-Skandals *„in einer Krise ihres Selbstverständnisses, die die Exekutive lähmt.''* (13) Deshalb sei es für die Konservativen unausweichlich, sie neu zu orientieren. Wie auch **Armin Mohler** (14) spricht Kaltenbrunner von einer irreversiblen *„Achsenzeit des Konservatismus''* (15). Die Konservativen müßten sich heute — anders noch als vor 1945 — eines *„kulturrevolutionären Radikalismus''* befleißigen, es gäbe heute *„keine Auferstehung des traditionellen politischen Konservatismus''* (ebd.) *„Und im Gegensatz zu früheren Konservativen — denen, die noch vor der ‚Achsenzeit' agierten und reagierten — weiß der Konservative der siebziger Jahre, daß er seine Position nicht durch Rekurs auf irrationale Gefühle und Traditionen, auch nicht durch unmittelbaren Rückgriff auf die christliche Offenbarung und Theologie legitimieren kann.''* (16) Welch weise Erkenntnis: Vieles greift als Mittel zur Verdummung heute nicht mehr. Was nun?

„Die entscheidende Schlacht ist völlig unblutig gewonnen, wenn es gelingt, ***dem Gegner eine Sprache aufzuzwingen, die daran hindert, seine eigene geistig-politische Position zu artikulieren.''*** (Hervorheb. AK) (17) Kaltenbrunner zitiert Schelsky zustimmend: *„Unüberwindbare Herrschaftsmittel gewinnt, wer die Schlüsselworte für die großen Sehnsüchte der Zeiten oder auch nur der Generation zu finden und auszubeuten vermag''* (ebd.). Und so gebraucht Kaltenbrunner dann auch ungeniert Begriffe wie „Denken in Ganzheiten und Systemen'', „globale Gleichgewichtszustände'', „Identitätskrise'', „übergreifende Ordnung'' etc.pp.

Thesenartig zusammengefaßt hat Kaltenbrunner das Erscheinungsbild des modernen Konservativen schon 1975:

* *„Weigere Dich zu glauben, daß es darauf ankomme, mit dem Fortschritt zu marschieren (...).''*
* *„Wisse, daß Du Dich von vielem loszusagen hast, was bislang unter konservativ verstanden wurde (...).'' „Habe den Mut, modern zu sein. Der Konservatismus ist ‚bartlos' (...).''*
* *„Rede (...) von der Notwendigkeit, den individuellen Autoverkehr zu drosseln, den Lärm in den Städten zu reduzieren, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, (...) die Autorität des Staates gegenüber den privaten und gesellschaftlichen Interessen zu stärken (...).''*
* *Weigere Dich, über alles zu diskutieren, doch betrachte auch noch den wildesten Radikalen, sofern er jung ist, als möglichen Verbündeten in der Zukunft. Die Geschichte lehrt, daß sehr bedeutende Konservative als Revolutionäre oder Rebellen begonnen haben (...). Es ist sehr leicht möglich, daß Dich mit einem Linken des 20. Jahrhunderts mehr verbindet als mit einem Konservativen des 19. Jahrhunderts (...).''*
* *„Scheue Dich nicht, wenn notwendig, rechts zu stehen und links zu denken ...''*

Was bietet Biedenkopf an?

Nun zum gehätschelt-gehaßten „Querdenker''. Sicher ist: Von Anfang an trieb er nach oben. Ob nun Uni-Rektor in Bochum, CDU-Bundestagsabgeordneter, CDU-Generalsekretär etc., immer stieg er quer ein und landete an der Spitze.

Einige seiner Parteifreunde hofften, er möge einmal in die Fußstapfen eines Ludwig Erhard treten. Zu seinen Förderern zählte der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, der Bundestagsabgeordnete Philip von Bismarck. Das war 1978. Für Biedenkopf sprach, daß er als Wirtschaftsjurist im Top-Management der Firma Henkel praktische Unternehmensführung studieren konnte. Diesen Erfahrungsschatz nutzte er dann in seiner Zeit als CDU-Generalsekretär zu einer Umorganisierung der CDU-Zentrale „Konrad-Adenauer-Haus''. Obwohl seine professorale Pose — so Presseberichte — viele abstößt und den Heiligenschein einer „Symbolfigur'' befleckt, schafft Biedenkopf es bei CDUlern immer wieder, durch „brillante Reden'' für marktwirtschaftlich orientierte Aufregung zu sorgen.

Mehr noch: Biedenkopf hat viele Kampagnen für die CDU ersonnen. Er hatte die Macht, sie durchzuführen, denn sie lagen im Trend. Ob er nun als Vorsitzender der (von dem damaligen Bundeskanzler Kiesinger 1968 regierungsamtlich eingesetzten) Mitbestimmungskommission die ideologischen Grundpositionen der CDU zu den Gewerkschaften mitformulieren durfte, ob es die Kampagne zur *„neuen sozialen Frage''* (18) war, ob es seine Filzokratie-Kampagne (19) gegen die Sozialdemokraten in Nordrhein-

ob es die Kampagne zur *„neuen sozialen Frage''* (18) war, ob es seine Filzokratie-Kampagne (19) gegen die Sozialdemokraten in Nordrhein-

Westfalen war, immer versuchte Biedenkopf, im Wettbewerb der Ideen die Nase der CDU nach vorn zu ziehen.

Oberstes Gebot war und ist — damals wie heute noch — der Effektivitätsgedanke. *„Die Revolution findet laut Biedenkopf heute nicht mehr durch ‚gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht' statt, vielmehr: ‚Die moderne Revolution besetzt ... die Begriffe, mit denen regiert wird...' ''* („Spiegel'', 8, 1974) Ähnliche Erkenntnisse hat auch Kaltenbrunner formuliert.

Biedenkopf schaute genau hin, als ein Wandel im „Zeitgeist'' zu spüren war, als ökonomische und somit auch ideologische/wertmäßige Veränderungen im Bewußtsein der Bevölkerung für ein neues Konzept der Ideologie-Bildung der CDU aufgespürt und möglicherweise nutzbar gemacht werden mußten. Die Studentenbewegung war 1978 schon verebbt, die BRD hatte die ersten ökonomischen Krisen hinter sich, die Ölpreisexplosion stellte neue „Herausforderungen'' an die Herrschenden, und der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl sah innerhalb seiner Partei keine Chancen für „ökologische'' Überlegungen, wie er sie in „Ein Planet wird geplündert'' aufschrieb.

Die CDU reagierte auf die ökonomische Entwicklung mit dem Slogan: „Wir müssen uns alle einschränken.'' Nur: Ist die Mischung aus „Wir''-Mentalität und Publikumsbeschimpfung, die Biedenkopf anfangs anbot, wirklich effektiv? Die Programmatik B. ragte damals noch nicht aus der CDU-Eintönigkeit heraus.

„Wir stehen ganz entscheidend an einer Wendemarke. Wir haben einen hohen Wohlstand erzielt, jede weitere Wohlstandssteigerung eröffnet die Kluft zwischen uns und dem Rest der Welt mehr. Jede weitere Wohlstandssteigerung setzt erneute und zusätzliche Anstrengungen voraus. Ob die Menschen zu diesen zusätzlichen An-

Fortsetzung nächste Seite

Kurt on TV

Kurt on TV

Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten: Soweit von Goethe in weiser Vorausschau angekündigt („Dichtung und Wahrheit'', 1774), saßen sie da (ARD, Drittes Programm), als Diskussionsrunde zum Jahrestag des 2. Juni; angeleitet vom bestpassenden Medien-Grufti **Stefan Aust**, die 68er Mumien **Bommi Baumann**, sprachlos, **Joschka Fischer**, zerquält in Erinnerungen stochernd, ein mit sich selbst uneiniger **Tilman Fichter** sowie die Professorenriege **Löwenthal, Fetscher** und **Sontheimer.** (Einzig erträglich **Peter Schneider**, der immerhin noch den Charakter der APO als allseitige kulturpolitische Revolte in Erinnerung rief, und zwar als berechtigte.) Oh, wie zergrübelt die Alt-Aktivisten, wie revisionsfreudig, wie einverständig ums Einerseits-Andrerseits des Damals ringend! (Natürlich ging es bald — worum sonst? — ums Grundsätzliche: *die Gewaltfrage.*) Und oh, wie erfreut, die Professoren, daß heute wenigstens feststeht: Sie hatten ja so recht, damals, in allem!

Inmitten dieses Kreises das *enfant terrible* der CDU, frisch abgesägt als NRW-Chef: Kurt B. Freilich, er war 68 kein Student mehr, sondern Jungdozent — aber als solcher hatte er doch ebenso am muffigen Geruch der Universitäts-Talare leiden müssen; wie überhaupt die Enge und Beschränktheit der späten Cold-War-Tage damals so wenig seine Sache waren, wie sie es heute sind. Was heute — im Gegensatz zur Vor-68er-Zeit — möglich und toleriert ist, im privaten wie sozialen Leben, er weiß es zu schätzen. Zwei Lebensgefühle also: die Mumien murmelten „hätten wir damals lieber, dann wären wir heute ...''; Kurt Weltkind strahlte: „Wir haben damals, also sind wir heute!''

R., Antifa-Kommission

Fortsetzung von vorheriger Seite

strengungen in dem Umfang bereit sind, wie es notwendig wäre, wissen wir gar nicht." Man müsse „*auf eine ganze Reihe von anderen Dingen, an die wir uns in Form von Bequemlichkeiten gewöhnt haben, möglicherweise verzichten ...*" („Westfalen-Blatt", 2.9.78)

Daraus folgt logisch (wie Biedenkopf 1979 dann auch formuliert), auf eine Politik zur Förderung des Wirtschaftswachstums zu verzichten. Diese Aussage mündet 1985 in eine radikale Kritik der CDU/CSU-Politik: „*Aus dem Scheitern der Wachstumspolitik, das seit 1978 deutlich geworden ist, wurden 1985 keine Folgen gezogen.*" (20) „*Aufgabe der Zukunft: den Wechsel vom quantitativen zum qualitativen Wachstum zu vollziehen.*" (Biedenkopf im „Handelsblatt", 27./28.9.1985)

Im Trend der Zeit — maßgeblich entwickelt in der grünen Bewegung — lag es aber auch, eine Neu-Bewertung der Ökonomie vorzunehmen. Das tut Biedenkopf nun auch. „*Gesellschaften, die dauernd expandieren müssen, sind nicht dauerhaft lebensfähig. Sie gefährden ihre Umwelt, ihre Zukunftschancen und damit sich selbst.*" (Biedenkopf, zitiert nach „Deutsche Tagespost", 1./2.11.1985) Die Wirtschaft- und Sozialordnung müsse „*wieder als Ganzes gesehen werden*" („Spiegel", 40/85).

Schon 1979 bewertete Biedenkopf dementsprechend die sich gerade organisierenden Grünen: „*Diese Leute nehme ich ganz besonders ernst. Ich habe großes Verständnis für deren Ideen. Denn diese Leute stellen berechtigte Fragen.*" („WAZ", 16.8.1979) Genau an diesem Punkt verläßt Biedenkopf die übliche CDU-Argumentation und wird zum Außenseiter.

Was man mit „Emotion" alles machen kann

Im Jahre 1979 wechselte Biedenkopf plötzlich die Front. Kohl wollte damals Niedersachsen-Ministerpräsident Ernst Albrecht zum Kanzlerkandidaten der Union machen. Biedenkopf entschied sich — gegen viele Parteifreunde aus NRW — für Strauß. „*Es ist völlig unmöglich, politische Führung ohne Emotion und damit auch ohne einen Kontrapunkt, ohne die Bildung von zwei Lagern zu erringen. Das ist das Wesen der Demokratie.*" („Westfälische Rundschau", 27.9.1979) Das war bekanntlich Strauß' Spezialgebiet. Dieses Verständnis von Politik findet man auch in den Äußerungen zu den

Dieses Verständnis von Politik findet man auch in den Äußerungen zu den

Grünen wieder: „*Das will sagen, daß die Grünen, zweifellos auf provokative Weise, aber auch mit einer Menge Sensibilität für Defizite, Elemente der Menschlichkeit in den politischen Organisations- und Willensbildungsprozeß hineingetragen haben (...). Die Grünen haben der Emotion wieder ein Recht in der Politik verschafft. Sie haben die Allgemeingültigkeit von Sachgesetzlichkeiten in Zweifel gezogen. (... Sie haben) Wach(s)tumsvorstellungen oder Energieverbrauch und auch emotionale Widerstände dagegen mobilisiert, so daß es möglich wurde, solche Fragen neu zu stellen und zu Korrekturen zu kommen.*" Daß Biedenkopf z.B. auch die Überlegungen zur Grundrente (sein Steckenpferd übrigens) aufnimmt, sei nur am Rande erwähnt.

Der Wille zur Emotionalisierung, zur Polarisierung der politischen Lager — das, was ihm von den Bonner Staatssekretären als besonders negativ angekreidet wird — das vermißt Biedenkopf bei der CDU. Dieses Konzept widerruft er auch nach seinem Sturz nicht, wie seine „Abschiedsrede" auf dem letzten Parteitag der CDU/NRW beweist.

Es wundert somit auch nicht, daß Biedenkopf schon 1979 zu überlegen gibt, wie der in der Bevölkerung wachsende Zweifel über den „Sinn des Fortschritts", über die umweltzerstörenden Gefahren der „Kernenergie" in ein CDU-Konzept einzupassen sei. Auch diese Probleme polarisieren augenscheinlich. Natürlich bekennt er sich — nicht einmal schamhaft — ausdrücklich zur Atomindustrie; das ist kein Widerspruch für ihn. Und auch in der „Abrüstungsfrage" könnte noch einiges in Bewegung geraten:

„*Biedenkopf hatte kurz vor dem Hamburger CDU-Parteitag in der Wochenzeitung ‚Die Zeit' die Ansicht vertreten, die nukleare Strategie sei auf die Dauer nicht konsensfähig. Sie stelle eine Grenzsituation dar, in der die Zerstörung der menschlichen Gattung als mögliche Folge der Sicherung des Friedens mitgedacht werden müsse. Als Grundlage einer dauerhaften Friedensordnung sei sie deshalb ungeeignet.*" („FR", 11.11.81)

„Freie Marktwirtschaft" in der CDU oder: Wer wird gewinnen?

Biedenkopf und Kaltenbrunner bieten Denkspiele an, die die „traditionelle" CDU/CSU erschaudern lassen. Dabei sind die Haßtiraden, die auf Biedenkopf niederprasseln, allerdings harmlos, verglichen mit dem, was die Grünen auszuhalten haben. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Äußerungen Geißlers, die Grünen pflegten den Stil der Nationalsozialisten und der Kommunisten, sie seien eine antidemokratische Partei. (21)

Wenn nun Biedenkopf die Dialogbereitschaft der CDU mit „fernstehenden Gruppen" fordert oder wenn Kaltenbrunner den Rat gibt, „rechts zu stehen und links zu denken"; wenn Biedenkopf schon 1974 das „C" (in CDU) „ohne klerikalen Beigeschmack" haben will und wenn Kaltenbrunner die „christliche Offenbarung und Theologie" beiseite lassen will; wenn Kaltenbrunner beklagt, daß „*anstelle der gewählten ‚Volksvertreter' (...) immer mehr organisierte Interessengruppen die politischen Entscheidungen*" bestimmen oder wenn Biedenkopf eine „neue soziale Frage" kreiert — immer wird nach einem massenwirksamen, tragfähigen Konzept zur herrschaftssichernden Beeinflussung der Menschen in möglichen zukünftigen Krisenzeiten gesucht.

Die Formulierung dieses neuen Konzeptes steht erst am Anfang. Es ist nicht einmal ausgemacht, ab aus den vorliegenden Bruchstücken eine zusammenhängende „Theorie" gemacht werden kann. Sicher ist ebenfalls noch nicht, ob es nur bei einer Übernahme bestimmter Begriffe bleiben oder ob eine substantiell neue Politik gemacht werden soll. (22) Biedenkopf ist mit

ne substantiell neue Politik gemacht werden soll. (22) Biedenkopf ist mit

seiner Abwahl signalisiert worden, daß die CDU-Mehrheit augenblicklich nicht bereit ist, seine Versuche mitzutragen.

Der Meinungsbildungsprozeß in der CDU/CSU gestaltet sich kompliziert: Die einen (DS e.V.) merken, daß sie auch noch etwas lernen können, die anderen (CDU/NRW) wollen endlich mal „Ruhe", wieder andere, wie die Westberliner Christdemokraten und deren Senator für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink, glauben, schon weiter zu sein. Sie betreiben konkrete Einbindungspolitik (23) der Alternativen — auch mit Schwierigkeiten, wie die jüngsten Auseinandersetzungen in Westberlin zeigen.

Der RCDS sieht das Problem auch, nur aus einer ein wenig verrückten Perspektive:

„*In den Villenvororten der Großstädte ist es offenbar zur Mode geworden, gewissermaßen in einer Art politischer Extravaganz grün zu wählen. Denn der Durchbruch der linksalternativen Mentalität macht keineswegs bei den müsliessenden, in Selbstgestricktem wandelnden ‚Freaks' halt: Die ‚taz', als journalistischer Meinungsführer des links-alternativen Konformitätsdrucks, ist durchaus auch auf die Hutablage der 100-PS-Limousinen neureicher Schickeria vorgedrungen, in deren Kreisen das modische Kopieren grüner Katastrophenprophezeihungen längst zum Ausweis besonderer Nähe zum Zeitgeist eines ‚cool-spöttischen Nihilismus' avanciert ist.*" Wie schrecklich.

Ein Antifa-Genosse aus Hamburg

Ein informatives Buch über die CDU hat Peter J. Grafe vorgelegt.

Wer genaueres über die CDU in den 70er Jahren wissen will, wer sich vertraut machen will mit der „modernen" CDU heute, mit der „Politik der Mitte", mit der „Neuen Sozialen Frage" etc., sollte zu diesen (und anderen) Aspekten Peter Grafes Buch lesen und kritisch hinterfragen:

„Schwarze Visionen.
Die Modernisierung der CDU"
Reinbek bei Hamburg 1986
(rororo aktuell 5913)
DM 10,80

Anmerkungen:

1) „*Frank Thies, politisch bekannt geworden wegen einiger Veröffentlichungen in der ‚Deutschen National-Zeitung'.*" (Hans-Dieter Bamberg, Die Deutschland-Stiftung e.V., Meisenheim am Glan, 1978) erhielt 1968 den Preis für Literatur.

2) „*Bernt von Heiseler (...), Dichter mit starkem Hang zum Völkischen*" (ebd., S. 318) erhielt 1967 den Preis für Literatur.

Fortsetzung

Fortsetzung

3) Nikolaus Lobkowicz: 1976 bis 1982 Präsident der Universität München, seit 1984 Präsident der Katholischen Universität Eichstätt.

5) Das „Deutschland-Magazin" ist das Organ der „Deutschland-Stiftung e.V.". Speziele Informationen zu „criticón" siehe AK 246, 7.5.1984, S. 30 und „Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis", buntbuch: Hamburg 1981.

6) Biedenkopf hat dem „FR"-Redakteur Dirk Cornelsen Ende 1986 ein Interview gegeben für das „grüne"-Buch „Ankläger im Hohen Haus". Auch für den Sammelband des Westberliner linken Wagenbach-Verlags „Der goldene Topf" einen Aufsatz.

7) Interessant: Der 68er Peter Radunski, Absolvent des Otto-Suhr-Institutes in Westberlin (damals eine SDS-Hochburg), Politologe, Planer im Konrad-Adenauer-Haus. Siehe auch: Peter Grafe, „Produktwerbung", in: Transatlantik, 2/1986, S. 60. Lohnend wäre sicherlich auch, die Werbestrategien der CDU-Zentrale, geleitet durch Werbeagenturen wie v. Mannstein (Solingen), KM Wolff & Partnern, Wilkens Ayer, Notker Honé Promotion, AZ direct marketing, HMS und Moritz Hunzinger zu untersuchen.

8) Nach 1970 wurden für die „nonkonforme" Rechte Zeitschriften wie „criticón" und „student" gegründet. (Siehe auch Anm. 5) Damals wurde von den Rechten hysterisch z.B. die Übernahme der Redaktionen der Zeitungen und Rundfunkstationen durch die Studentenbewegung bejammert („Kulturrevolution").

9) Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Der schwierige Konservatismus, München 1975

10) Kaltenbrunner, Die Zukunft der Vergangenheit, München 1975. Bei allen weiter unten aufgeführten Büchern ist K. der Herausgeber.

11) Siehe Anm. 9, S. 144

12) Kaltenbrunner, in: Das Elend der Christdemokraten, Herder-Reihe Nr. 21, München 1977

13) Kaltenbrunner, Der überforderte schwache Staat, München 1975, S. 8

14) „*1967 bekamen die Adenauer-Preise (für Publizistik) das spätere DS-Mitglied Mohler, das 1942 mit der SS marschieren wollte, ‚nach völkischen Gesichtspunkten' studierte und später auf der äußersten Rechten der BRD-Publizistik heimisch wurde*" (Bamberg, 1978). Mohler publiziert, wie auch Kaltenbrunner, in „criticón".

15) Kaltenbrunner, Die Herausforderung der Konservativen, München 1974

16) ebd., S. 14

17) Kaltenbrunner, Sprache und Herrschaft, München 1975

18) „Die neue soziale Frage": lt. CDU gibt es heute eine wachsende Zahl von Leuten, die ärmer sind und die keine Lobby oder Interessensvertretung — z.B. die Gewerkschaften — haben, also die Rentner, Frauen, Jugendliche, Arbeitslose etc. Die CDU müsse sich diesen Gruppen als Vertretung anbieten.

19) „Filzokratie" besagt, daß überall dort, wo Sozialdemokraten regieren, sie nichts eiligeres zu tun haben, als ihre Macht durch Pfründe und Posten abzusichern bzw. an ihre Leute zu verteilen. Gleichzeitig weist die Kampagne auf die enge Verflechtung von SPD und Gewerkschaften hin.

20) Es lohnt sich, das Zitat weiterzulesen: „*Wachstum wird erneut als Voraussetzung erfolgreicher Innen- und Außenpolitik angesehen (...). Ich kann in den politischen Perspektiven und Entscheidungen der Industrieländer, die anhaltendes Wirtschaftswachstum für ihre Volkswirtschaften zugrunde legen, ohne sich zu den längerfristigen Aspekten einer solchen Festlegung auch nur zu äußern, obwohl seit Jahren über die diskutiert wird, keinen politischen Fortschritt erkennen. Sie erscheinen mir eher als Gegenteil.*" Das Zitat, im „Spiegel" 40/1985 abgedruckt, stammt aus Biedenkopfs Buch „Die neue Sicht der Dinge".

21) Geißler („FR", 31.8.84): „*Die Grünen sind eine antiparlamentarische Partei von ihrem Selbstverständnis her und damit letztendlich vom Selbstverständnis unserer Verfassung her auch eine antidemokratische Partei.*" Geißler („FR", 20.10.84): „*In einem Rundschreiben an alle christdemokratischen Funktionäre in Bund, Land und Gemeinden warf er den Grünen vor, ‚durch Verleumdungen und Verdächtigungen im Stile der Nationalsozialisten und Kommunisten in der Weimarer Republik Ehre und Ansehen des Bundeskanzlers zu verletzen und herabzuwürdigen'.*"

22) Die Einschätzungen gehen hier im alternativen Lager meilenweit auseinander. Einige exponierte Mitglieder der Grünen (Ökolibertäre) sehen Teile der CDU sogar als potentielle Bündnispartner an.

23) Finke schrieb zu seinem Konzept, abgedruckt in der „FR", 13.6.85: „*Die neue Orientierung der Sozialpolitik in Berlin kam nicht zufällig oder lediglich als Reflex auf die Probleme Berlins zustande. Sie ist Ausdruck eines neuen sozialpolitischen Konzepts, das die CDU in den 70er Jahren in der Bonner Oppositionszeit entworfen hat. Formuliert wurde es in der Grundsatzprogrammkommission (Leitung Richard von Weizsäcker, erheblich beeinflußt von Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf). Verwirklicht wird es in Berlin.*"

Renaissance des Revanchismus?

120.000 Vertriebene auf dem „Sudetendeutschen Tag" in Nürnberg an Pfingsten, etwa 85.000 Schlesier auf deren „Deutschlandtag" in Hannover am 20./21.6.87, dazu Festredner aus dem Regierungslager und die alten revanchistischen Parolen vom Fortbestehen des „Deutschen Reiches" — haben wir es mit einer breit angelegten Renaissance des Revanchismus zu tun, wie es auf der Linken vor allem BWK und Volksfront behaupten oder was bedeuten diese Treffen sonst ?

Nachdem diese Treffen in den 70er Jahren relativ unbeachtet, wenn auch mit meist erheblich höherer Beteiligung, über die Bühne gegangen waren, gewannen sie seit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU/FDP-Koalition wieder mehr Beachtung. Zum ersten Mal seit der Einleitung der „Neuen Ostpolitik" Ende der 60er Jahre war mit Kohl wieder ein Bundeskanzler Starredner auf dem „Deutschlandtag der Schlesier" 1985 in Hannover, und auch in diesem Jahr ließ sich ausreichend Regierungsprominenz diese Gelegenheit zur revanchistischen Hetze nicht entgehen: Die Bundesminister Wilms und Klein bei den Sudetendeutschen sowie CDU-Fraktionsvorsitzender Dregger und CSU-Vorsitzender Strauß bei den Schlesiern.

Die „offene deutsche Frage"

Einhellig betonten alle Regierungsvertreter auf diesen Versammlungen die sattsam bekannte Position der Bundesregierung: Das Deutsche Reich sei mit der Kapitulation 1945 völkerrechtlich nicht untergegangen. Weder die Konferenz von Jalta noch die von Potsdam habe daran irgendetwas geändert. Insofern seien die ehemaligen deutschen Ostgebiete kein „legaler" Bestandteil des polnischen bzw. tschechoslowakischen Staatsgebietes. Orginalton Strauß: Die „deutsche Frage" sei kein Sonderinteresse der Heimatvertriebenen. Die Deutschen dürften „nicht vom Selbstbestimmungsrecht ausgenommen werden", sondern völkerrechtliche Bestimmungen müßten auch dann gelten, wenn sie einmal den Deutschen zugute kämen. „Das Recht auf Heimat ist ewig", darin sei „das Recht auf ein politisches und gesellschaftliches System eingeschlossen, in dem man sich zu Hause fühlen kann" (FR, 22.6.87). Auf die Spitze wurde die Provokation dann von Schlesier-Präsident Hupka getrieben, der frech behaupte-

vokation dann von Schlesier-Präsident Hupka getrieben, der frech behaupte-

te, nicht die Schlesier würden Gebietsansprüche an die VR Polen stellen, sondern diese an „Deutschland", indem sie Schlesien als polnisches Staatsgebiet betrachte.

Es wird wohl für immer das Geheimnis des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dregger bleiben, wie er in diesem Zusammenhang von einer — wie er es nannte — „Aussöhnung" mit Polen kommen will. Dies könne nur „auf dem Boden des Rechts und der geschichtlichen Wahrheit geschehen".

Und dennoch, ungeachtet solcher bewußter Provokation sind dies die bekannten Positionen des westdeutschen Revanchismus und zumindest für den „Sudetendeutschen Tag" ist bekannt, daß die CSSR gegen derartige Provokationen protestiert hat. Doch es sind dies — auch das ist eine Tatsache — eben nicht nur Positionen des Revanchismus landsmannschaftlicher Spielart, sondern es sind dies genau die Positionen, die bislang noch jede Bundesregierung vertreten hat. Zu jedem Vertrag im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik gibt es einen entsprechenden Vorbehalt der Bundesregierung: Die Verträge hätten nur Bindungswirkung für die Regierung der BRD, nicht aber für eine anzustrebende „gesamtdeutsche Regierung". Das entsprechende Bundesverfassungsgerichtsurteil zum deutsch-polnischen Vertrag hat genau diese Position quasi in Verfassungsrang gehoben. Und wenn — wie vor wenigen Jahren der ehemalige Bundesminister Schmude — irgend jemand es wagt, die Präambel des Grundgesetzes auch nur ansatzweise in Frage zu stellen, so kann sich der des vehementen Protestes aller staatstragenden Parteien sicher sein. Strauß hat zu diesem Thema sinngemäß den schlichten Kommentar abgelassen, es sei töricht, ohne Not Rechtspositionen aufzugeben, die zwar aktuell keine Bedeutung hätten, aber man wisse ja nie... Insofern sind also diese Äußerungen der versammelten Stahlhelmfraktion nicht überraschend. Es wäre eher überraschend gewesen, wenn angesichts der Unzufriedenheit der revanchistischen Einpeitscher mit der CSU/CDU/FDP-Regierung eher Laues zu hören gewesen wäre.

Unzufriedenheit unter den Revanchisten wächst

Denn diese Unzufriedenheit mit der Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung nimmt allgemein unter der Rechten, als auch im besonderen unter den Revanchisten zu. Anzeichen dieser Unzufriedenheit allgemein ist das Auftreten der Republikaner, der Versuch von Frey und der NPD, mit der Liste D in Bremen zu landen etc.

Deutlicher Ausdruck diese Unzufriedenheit unter den Revanchisten war z.B. das offene Auftreten von Nazis in Hannover, die das Zeichen der „Aktion Widerstand" den Rednern entgegenhielten, war aber auch der Auftritt der „Republikaner", die von der Empore ein Transparent entrollten, oder auch Hinweise u.a. des Sprechers der „Schlesischen Jugend", Koschyk, der das sogenannte „Wiedervereinigungspapier" des CDU-Bundestagsabgeordneten Friedmann dahingehend kritisierte, daß es sich lediglich auf „Mittel- und Westdeutschland" — also die beiden deutschen Staaten beziehe. Speziell im „Schlesier", dem „offiziösen" Mitteilungsblatt der „Landsmannschaft Schlesien" wird diese Unzufriedenheit ganz offen diskutiert, wobei hier ganz offensichtlich Präferenzen für die Republikaner deutlich werden.

Der Kern dieser Unzufriedenheit ist ganz offenkundig der, daß im Gegensatz zu den Erwartungen der Revanchisten, diese Bundesregierung in keiner Weise daran denkt, den Kurs ihrer Politik gegenüber den Staaten des RGW im Gegensatz zu ihrer sozialliberalen Vorgängerin zu ändern. Selbstverständlich — so Kohl — werden die Verträge eingehalten; die Vertriebenen sollten — so ebenfalls Kohl in einer Rede vor Vertriebenen in Salzgitter — ihren Heimatbegriff befreien von der Bindung an die juristische Kategorie des Eigentums und mehr die Frage der kulturellen Identität, der Tradition u.ä. betonen. Klammheimlich wird dem „Schlesier" die staatliche Förderung gestrichen usw.usf. Ja, selbst das Ziel der Wiedervereinigung wird — ebenfalls Kohl, diesmal im rechtsradikalen „Deutschlandmagazin" — als auf lange Zeit nicht realisierbar vertagt. Vor diesem Hintergrund sind eben die Äußerungen der Stahlhelmfraktion auf den diesjährigen Revanchistentreffen auch zu sehen. Speziell auch Strauß, der mit dem „Schlesierschild" geehrt wurde, hatte hier noch eine Rechnung zu begleichen, hatte er doch mit seiner Vermittlung des Milliardenkredits an die DDR als einer der ersten gezeigt, daß die Hoffnungen auf eine „deutschlandpolitische Wende" seitens der Rechten auch von ihm nicht bedingungslos erfüllt würden.

Diskussion und Polarisierung bei den Revanchisten

Auf der einen Seite ist unverkennbar, daß ein Teil der revanchistischen Kräf-

Fortsetzung nächste Seite



Vertriebenentreffen 1967 — auch zwanzig Jahre später die selbe Leier

Fortsetzung von vorheriger Seite

te, die traditionell in den Landsmannschaften zu finden sind, heute offen mit dem Bruch mit ihrer traditionellen Anbindung an CDU/CSU zumindest kokettieren. Diese rechte Radikalisierung nahm ihren Anfang in der Auseinandersetzung um den „Schlesiertag" 1985, auf dem Kohl aufgetreten ist. Damals war es ein Artikel, der vom begeisterten Empfang einer in Richtung UdSSR marschierenden Bundeswehr in den Staaten des RGW phantasierte, der den Anlaß für die Auseinandersetzung um das Motto des damaligen „Schlesiertages", das berüchtigte „Schlesien bleibt unser" auslöste. Ergebnis der damaligen Auseinandersetzungen war die Ausgrenzung bestimmter rechtsradikaler Strömungen und — wie sich in der Kandidatenaufstellung für den Bundestag zeigte, eine Verringerung des landsmannschaftlichen Einflusses in der CSU/CDU-Bundestagsfraktion.

Speziell der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, nicht mehr im Bundestag vertreten, hat wiederholt im „Schlesier" auf das Dilemma hingewiesen: Er sieht für eine „Wiedervereinigungspartei" keine politische Chance und alles, was sich in dieser Frage als rechte Alternative zur CDU/CSU anbietet, wie etwa die Republikaner, sei programmatisch völlig undiskutabel. Insbesondere würde dort die „deutsche Frage" in keiner Weise eingebettet in die Frage der Nato und der EG.

Auf der anderen Seite repräsentieren diese berufsmäßigen Ostlandritter nur eine Strömung innerhalb des Revanchismus. Seit Jahren findet z.B. in der „Deutschen Jugend in Europa — DJO", wie die ehemalige „Deutsche Jugend des Ostens" schon seit etwa 15 Jahren heißt, eine ganz andere Diskussion statt. In der Verbandszeitung „Pfeil" wird heute ganz offen um die „Schuld der Sudetendeutschen" diskutiert (was in der Sudetendeutschen Landsmannschaft völlig undenkbar ist), wird den „jungen Polen" das „Recht auf Heimat" garantiert, werden Kulturaustauschfahrten offizieller Art beispielsweise nach Stettin in der VR Polen durchgeführt, wird in einer eher auf der linken CDU-Ecke zu suchenden Art und Weise um das Asylrecht diskutiert, werden in der BRD lebende Ausländer (u.a. Afghanen) als Gäste betreut usw. Der traditionelle Revanchismus findet dort statt als Aussiedlerhilfe, kultureller Arbeit etc.

Dies alles findet auch in der DJO selbstverständlich nicht ohne Konflikte statt, und ohne Zweifel ist die DJO in keiner Weise eine fortschrittliche Jugendorganisation. Mit dem klassischen Bild vom Revanchismus hat das aber relativ wenig zu tun.

Was sich derzeit m.E. innerhalb des organisierten Revanchismus abspielt, ist eine Neuauflage der alten Auseinandersetzungen um die reale politische Bedeutung der „gesamtdeutschen" Option der BRD-Politik, die im Kern darum geht, ob spezielle deutsche Sonderinteressen (Rückgewinnung des „deutschen" Ostens) Vorrang haben sollen vor den Interessen einer im westeuropäischen Bündnis agierenden BRD. In der Vergangenheit wurde diese Auseinandersetzung immer zugunsten der westeuropäischen Orientierung und unter Ausgrenzung der diesen Schritt verweigernden Altrevanchisten gelöst.

So wurden in den 50er Jahren gleich zweimal Koalitionsparteien der Adenauerregierungen, der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und die DP (Deutsche Partei) durch die CDU gespalten an der Frage der Westintegration der BRD. Die Teile dieser politischen Repräsentanten auch des aggressiven deutschen Revanchismus, die die deutsche Frage damals nicht auf die lange Bank schieben wollten und sich nicht positiv zur westeuropäischen Orientierung stellten, wurden in die politische Bedeutungslosigkeit ausgegrenzt und stellten später eine Wurzel für die NPD-Gründung dar. Gleichzeitig sorgte sich die CDU/CSU sehr wohl um Vertriebene, deren sogenanntes Heimatrecht in Sonntagsreden hochgehalten wurde und deren politische Ziele sich im sogenannten Alleinvertretungsanspruch bzw. der Hallsteindoktrin wiederfanden. Zum partiellen Bruch mit dem so integrierten Revanchismus kam es mit Bildung der großen Koalition und Einleitung der Neuen Ostpolitik. Wie groß der damalige Bruch war, läßt sich in etwa an den Stimmen für die NPD als einziger politischer Partei des aggressiven Nationalismus damals ablesen, aber auch daran, daß damals verschiedene prominente Vertreter des Revanchismus aus der CDU, später auch der SPD (Hupka) austraten, Anfang der 70er Jahre die traditionell nationalliberalen Kreise der FDP (Mende, Zoglmann, Lange) die Gründung einer 4. Partei versuchten etc.

Was heute auf revanchistischer Seite an Parteigründung wohlwollend beobachtet, und — wie die Kandidatur des schleswig-holsteinischen Regierungsbeamten Emil Schlee für die Republikaner in einem Fall belegt — teilweise mit vorangetrieben wird, ähnelt auf quantitativ geringerer Basis, eben diesen er-
ner in einem Fall belegt — teilweise mit vorangetrieben wird, ähnelt auf quantitativ geringerer Basis, eben diesen er-
folglosen Vorläufern. Als die Tagespolitik bestimmende Kraft hat der Revanchismus spätestens seit dem Scheitern der Hallsteindoktrin keine Chance mehr.

Antirevanchistische Aktivitäten

Auch in diesem Jahr hatte das vor zwei Jahren erstmals aktive Bündnis „Schlesien bleibt polnisch" zu Aktionen gegen den „Deutschlandtag der Schlesier" mobilisiert. Auf einer Demonstration am Samstag, den 20.6., nahmen nur wenige Hundert Menschen teil, was die Bedenken u.a. des KB schon zuvor voll bestätigte. Fast ebensoviel Teilnehmer konnte eine Podiumsdiskussion am Freitagabend im Raschplatzpavillon mobilisieren, auf der als Teilnehmer Geord Herde von der VVN, der Bonner Korrespondent der Tribunu Ludu, ein Vertreter des KB, ein Dozent der Uni Hannover sowie ein Experte in Fragen Ostverträge/Ostpolitik teilnahmen. Die Diskussionsleitung hatte Eckart Spoo. Hier prallten, gestört durch die MGs, die in vorbereiteten Beiträge ihre alte Leier von der Unsinnigkeit dieser Diskussion betonten, weil nicht der Klassenkampf im Vordergrund stünde, die unterschiedlichen Einschätzungen recht gut aufeinander. Während die Volksfront aus ganz allgemeinen Gründen jede expansionistische und imperialistische Zielsetzung als bruchlose Fortsetzung der nazistischen Eroberungspläne sieht, und dort die Revanchisten quasi als ideologische Speerspitze bezeichnet, vertrat Herde, wohl der beste Revanchismuskenner im Revi-Spektrum überhaupt, die Standpunkte, daß der Revanchismus Völkerrecht breche und daß insgesamt der Revanchismus wie eh und je gefährlich sei. Vom KB wie auch von dem Dozenten an der Uni Hannover wurde bezweifelt, ob der Revanchismus — obwohl reaktionär und antidemokratisch — die ideologisch tragfähige Grundlage für die BRD-Politik sein könne.

Reaktionäres Wählerpotential — nicht nur gern gesehen

Der Revanchismus hat in der BRD — teils rein gefühlsmäßig, teils aber auch als politische Kraft — eine nicht zu unterschätzende Basis. Insbesondere die CDU/CSU hat hier ein Wählerpotential, das bei Bedarf wohl auch jede reaktionäre Mobilisierung mitzutragen bereit wäre. Im Sinne der Pflege dieser Klientel ist dann auch Förderung des Revanchismus, sind Heimatmuseen, Festreden u.ä. zu sehen. Und wenn — wie Strauß auf dem „Deutschlandtag der Schlesier" mobilisieren will für seine Ablehnung der Doppel-Nullösung, dann sind ihm derartige nationalistische Töne gerade recht.

Die Idee vom „wiedervereinten Deutschland" war in der bisherigen Geschichte der BRD immer einer der zentralen Stützen jeder reaktionären Kampagne und in diesem Sinne ist der Revanchismus bis heute staatstragende Ideologie. Auf der anderen Seite ist — und das hat sich Ende der 60er Jahre gezeigt — der Revanchismus in der Tagespolitik zunehmend direkt kontraproduktiv in dem Sinne, daß er eine bestimmte Politik unmöglich macht. Insofern ist der Revanchismus eben auch ein „Pferdefuß" in der Politik der westdeutschen Bourgeoisie. Es scheint mehr als zweifelhaft, ob der Revanchismus in dieser spezifisch deutschen Form Grundlage für imperialistische Expansionswünsche und -pläne sein kann. Und es scheint angesichts der Widersprüche im revanchistischen Lager ebenfalls zweifelhaft, ob dieser Revanchismus bruchlos umgebogen werden kann in die Formel vom „Europa freier Völker", die heute den Revanchisten als Alternative zu ihren Gebietsansprüchen angeboten wird.

E./Antifa-Kommission

Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten

Kritische Anmerkungen zur „Wende"-Diskussion

Dynamik

Betr.: „Wahlzeit: Wendezeit?" (AK 282)

Liebe Genossen der Antifa-Kommission Hamburg, bei aller Freundschaft: Diese Form der Revision der ehemaligen Faschisierungsthese, bzw. die Verharmlosung der aktuellen innenpolitischen Entwicklung in der BRD, wie sie in diesem Wendezeit-Artikelkomplex betrieben wird, kann ich nicht unwidersprochen lassen. Nun war und ist wissenschaftlich-theoretische Debatte nicht gerade meine Stärke. Und ich weiß auch, daß es (fast) verschwendete Zeit ist, euch zu widersprechen, wenn dieser Widerspruch nicht mit einem ganzen Stapel Beweisanträgen gestützt werden kann. Trotzdem will ich's mal tun, einfach weil's mich drängt.

Die politische Kernaussage dieser Artikel kann ich voll unterschreiben: Allenthalben wird über „die Wende" gefaselt, als ob es sich bei der bisherigen Variante konservativer Regierungspolitik — im Vergleich zur vormaligen sozialliberalen Politik — um eine ganz neue Qualität der Restauration handelt; daß dies nicht stimmt, es sich vielmehr um eine Fortschreibung sozialliberaler Regierungspolitik handelt; daß die Gefahr dieser „Wende"-Diskussion darin besteht, daß die sozialliberale Regierungspolitik zu einer vergleichsweise wünschenswerten Herrschafts-Variante hochgespielt wird; und daß der unausgesprochene Zweck dieser Betrachtungsweise darin besteht, die heutige SPD für Linke und sozial-emanzipative Kräfte wieder — vergleichsweise — attraktiv zu machen.

Aber ihr schießt über das Ziel hinaus. F. formuliert ganz richtig den Untersuchungsansatz: „Heute wäre zu prüfen, ob sich die Verhältnisse seit Antritt der CDU/CSU/FDP-Koalition '82 im Vergleich zur SPD-geführten Regierung verschlechtert oder verbessert haben oder ob sie sich nach der Wahl '87 vergleichsweise verbessern oder verschlechtern werden" (S. 30). Bei der Antwort, die er sich im nächsten Satz selbst gibt, muß ich allerdings passen: „Tatsächlich würde ein solcher
Bei der Antwort, die er sich im nächsten Satz selbst gibt, muß ich allerdings passen: „Tatsächlich würde ein solcher
Vergleich, konkret angestellt, ergeben, daß die Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition seit '82 voll und ganz im Erbe und in der Kontinuität der SPD-Politik steht, mehr noch, daß sie bisher in manchen Punkten sogar liberalere Verhältnisse zuläßt als seinerzeit die SPD/FDP-Koalition". Dann kommt ein kurzer Verweis auf die Anwesenheit von Grünen in den Parlamenten (als ob dies auf ein „Zulassen" konservativer Kräfte ginge) und andererseits Verweise auf besonders repressive Elemente der SPD-Herrschafts-Sicherungspolitik wie „Terroristen-Hetze, Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, den ‚Deutschen Herbst '77'", wobei die „CDU/CSU-Regierung bisher Vergleichbares nicht vorzuweisen" habe.

Diese Form der Betrachtung ist m.E. aus mehreren Gründen falsch.

1. Wenn ich wissen will, ob die Situation besser oder schlechter geworden ist, dann eine „Kontinuität" feststelle, habe ich meine Frage noch nicht beantwortet. Kontinuität von was denn? Doch wohl einer *dynamischen* Politik nach innen und außen, deren Charakter und Folgen ich hier wohl nicht aufzuführen brauche. Diese „kontinuierlich" fortgeschrieben ergibt — natürlich eine *sich ständig verschlechternde Situation*. F. müßte schon die Beibehaltung eines Status quo behaupten, was er natürlich nicht tut.

Das Gleiche gilt für den Artikelteil des Genossen HC (grüß dich, Amigo). Es ist für mich wirklich erstaunlich, daß dieser helle Kopf das aktuelle konservative Regierungsprogramm minutiös untersucht, auf allen Gebieten bisherige und künftig beabsichtigte Verschlechterungen (!) feststellt, in seiner Einleitung aber mit dem Formel-Begriff „Kontinuität" der Behauptung widerspricht, daß es sich dabei um einen „grundlegenden Kurswechsel" handle. Selbst wenn — was ja richtig ist — „die politischen Gemeinsamkeiten klar die vorhandenen Unterschiede überwiegen", heißt das noch nicht, daß quasi alles beim Alten geblieben ist.

Es braucht ja auch gar keinen „grundlegenden Kurswechsel". Wenn ein Verschlechterungskurs fortgeschrieben wird, nimmt er irgendwann eine neue Qualität an (womit ich nicht gesagt haben will, daß dies zur Zeit schon der Fall ist). Das kann theoretisch sogar der Fall sein, wenn die konservative Regierung 1982 lediglich den Stand am Ende der sozialliberalen Ära im Sinne eines Status quo zementiert hätte, weil sich die eingeleiteten Verschlechterungen, sozialer, repressiver, usw. Art in einer Gesellschaft erst über die Jahre hinweg — aber durchaus fortschreitend — auswirken. Der Begriff „Kontinuität", bzw. „Gemeinsamkeit" qualifiziert eine Regierungspolitik oder eine gesellschaftliche Realität also in keiner Weise.

2. Zurück zur Behauptung des Genossen F., daß die konservative Regierung „in manchen Punkten sogar liberalere Verhältnisse (zulasse), als seinerzeit die SPD/FDP-Koalition". Hätte ich nicht seine Ausarbeitungen zur Revision der Faschisierungsthese gelesen, würde ich ja an einen gedanklichen Ausrutscher glauben. Leider ist es wohl keiner.

Ich hatte schon angemerkt, daß die Anwesenheit von Alternativen in den Parlamenten unter einer CDU/CSU/FDP-Regierung, bwz. die Nicht-Anwesenheit derselben in den Parlamenten während der sozialliberalen Regierungs-Ära absolut nichts mit einem „Zulassen", bzw. Nicht-zulassen seitens der jeweils herrschenden Kräfte zu tun hat. Diesen Hinweis auf die „Parlamentsrealität" in diesem Zusammenhang höre ich hier zum ersten Mal. Bisher war es doch übereinstimmende Meinung aller (!) Analytiker, daß der Einzug Alternativer in die Parlamente Ausdruck verschiedenster politischer Verschiebungen in der Wählerschaft widerspiegelt. Dabei sollte es auch bleiben.

Schwerer hat man es da mit seinem — für sich besehenen völlig richtigen — Hinweis, daß die konservative Regierung in puncto Repression gegenüber den entsprechenden Spitzen (z.B. ‚Deutscher Herbst '77') der sozialliberalen Ära nichts „Vergleichbares vorzuweisen" habe. Nur hat auch das m.E. nichts damit zu tun, daß die Konservativen punktuell „liberalere Verhältnisse (zulassen), als seinerzeit die SPD/FDP-Koalition". Ich erkläre mir das vielmehr so, daß die Konservativen für vergleichbare Reaktionen seither
SPD/FDP-Koalition". Ich erkläre mir das vielmehr so, daß die Konservativen für vergleichbare Reaktionen seither
auch keinen Grund gehabt haben. Der KB — bekanntlich mit F. an der Spitze — hatte ja seinerzeit analysiert, daß die Sozialliberalen die Drecksarbeit übernommen haben, einen „präventiven Sicherheitsstaat" (wie F. das heute nennt) aufzubauen und damit die Linke und einige, wegen ihrer Radikalität als gefährlich eingeschätzte sozial-emanzipative politische Bewegungen (Antifa-Bewegung, Anti-AKW-Bewegung, etc.) zu zerschlagen oder zu domestizieren, wobei der „Terrorismus" als Legende diente. Wie immer man dieses Staatsgebilde nennt und egal, ob man im Nachhinein die Begrifflichkeit der „schrittweisen Faschisierung" für richtig oder wenig glücklich gewählt halten mag: Ich sehe keinen Grund, heute von dieser Einschätzung abzugehen.

Ganz im Gegenteil: Ich bin der Ansicht, daß die Bourgeoisie mit diesem Kurs einen derartig durchschlagenden Erfolg errungen hatte (Ende der 70er Jahre), daß sie sich nicht nur erlauben konnte, einzelne repressive Elemente (z.B. verschiedene Strafrechtsverschärfungen) bereits während der sozialliberalen Ära zurückzunehmen (was damals als „Liberalisierung" verkauft wurde), sondern auch unter der konservativen Regierung keinen nennenswerten innenpolitischen Gegner hatte, gegen den „vergleichbare" repressive Kampagnen im Interesse der Herrschaftssicherung hätten durchgeführt werden müssen. Die Linke ist seit Ende der 70er Jahre praktisch zersetzt und demoralisiert und hat sich seitdem nicht erholt; die Bewegungen in den Betrieben sind seitdem faktisch liquidiert; ebenso radikalere Bewegungen (z.B. Anti-AKW-Bewegung, die heutige setzt sich völlig neu zusammen); sich neu entwickelnde Bewegungen waren von vornherein domestiziert (z.B. Friedensbewegung); gesellschaftlich-politisches Engagement verlagerte sich für Jahre ausschließlich auf die von der Gegenseite zunächst als wenig bedrohlich eingestufte Ebene der Parlamentsbeteiligung.

Warum also, Genosse F., und wogegen hätten sie denn „vergleichbar" durchziehen sollen? Ich glaube nicht, daß man in Agenten-Theorien à la „bestimmte Finanzkreise haben beschlossen ..." verfällt, wenn man behauptet, daß es gerade die Qualität des im Verlauf vieler Jahrzehnte angesammelten Herrschaftswissens der Gegenseite zeigt und ausmacht, daß sie in der Lage ist, sich in ihren Anwendungen im Großen und Ganzen auf die jeweils gegebene gesellschaftliche Realität zu beziehen, also auch zurückzunehmen, nicht linear fortzuschreiben. Möglicherweise wirst du dieser Ansicht sogar zustimmen. Nur: Sie hilft mir auch noch nicht weiter, wenn ich den Kurs während der kommenden Legislaturperiode zu erfassen versuche. Denn er hängt ganz wesentlich von der Dynamik der sich neu formierenden progressiven Kräfte ab, kann also ganz anders aussehen, als in der letzten. Deswegen ist deine Position der „Kontinuität" zu statisch, sie ist darüberhinaus m.E. konkret falsch.

Nach meinen Beobachtungen ist spätestens seit Anfang 1986 nämlich Bewegung in die politische Landschaft gekommen. An den verschiedensten Stellen beginnen sich radikalere politische Potentiale zu entwickeln, die sich aus der Enge des Erlaubten, der Domestizierung herausbewegen (Umweltschutz, Friedensbewegung, auch innerhalb der parlamentarisch orientierten Kräfte), bzw. sich von vornherein außerhalb davon entwickeln (Anti-AKW-Bewegung, Volkszählungs-Boykott). Diese Potentiale „stehen" noch nicht, das politische Niveau der Ansätze ist im allgemeinen prinzipienfest-banal, die einsatzfreudigsten Teile agieren wüst und desorientiert. Aber — trotzdem — es bewegt sich was.

Und siehe da: Seit Anfang '86 beginnt sich auch die Schlange „Innere Sicherheit" wieder zu räkeln. Es ist mir zu dünn, die Absichten, die hinter den verschiedensten Gesetzes-Paketen zur „Inneren Sicherheit" stehen, lediglich als juristische Sanktionierungen einer längst illegal geübten Praxis der Repressionsorgane zu werten. Eine inhaltliche Bestimmung dieser Gesetzes-Initiativen und -vorhaben zeigt bereits, daß sie weit über die bereits gängige Praxis hinausgreifen. Es ist mir auch zu dünn, darin lediglich eine Art „typisch deutschen Perfektionierungsdrangs" zu sehen. Da steckt, wie der Volksmund so nett sagt, mehr hinter.
pisch deutschen Perfektionierungsdrangs" zu sehen. Da steckt, wie der Volksmund so nett sagt, mehr hinter.
Auch die operative und juristische Praxis der Repressionsorgane seit Anfang '86 (Zerschlagung bestimmter Massen-Demonstrationen, Kriminalisierungs-Wellen) weist eine einschlägige Dynamik auf. M.E. sollen die sich entwickelnden Potentiale bereits im Keim erstickt werden. That's counterinsurgency, Variante Heimatfront.

Hinzu kommen aus einer ganz anderen Ecke Signale: Der Aufruhr Anfang Mai in Westberlin-Kreuzberg scheint — ich sag's mit aller Vorischt — darauf hinzudeuten, daß die Politik des Sozialabbaus mittlerweile verelendete Potentiale erzeugt hat und daß dieser Prozeß punktuell derartig vorangeschritten ist, daß er sich in sozial motiviertem Aufruhr entlädt. Das kann während der aktuellen Legislaturperiode auch anderswo passieren. Und dafür ist er ja wohl vor allem aufgebaut worden, der „präventive Sicherheitsstaat". Nicht für die paar Tausend Linken und sonstwie Bewegte.

Wenn diese Vermutungen zutreffen, dann bleibt der Sicherheitsstaat nicht mehr lange präventiv. Dann wird er verdammt aktiv, Kontinuität hin oder her, das wär dann Schnee von gestern, nur ein Zwischenspiel.

Und das stört mich maßlos an der neuen Linie der Antifa-Kommission: Nach wie vor reduziert ihr die Fragestellung auf „Geht's in Richtung Faschismus oder nicht", bzw. aktuell „Gibt's ne Wende oder nicht". Und wenn nicht, dann ist die Chose halt normal bürgerlich-demokratisch und überhaupt, wozu die Aufregung, man muß das alles nüchtern sehen und genau betrachten. Dabei geht zwangsläufig der feine Blick für die gesellschaftliche Dynamik flöten. Steigerung von Ausbeutung, Repression und ideologische Formierung der Gesellschaft erzeugen bei euch nur ein abgewichstes, professionelles Achselzucken. Mit umfangreichen Artikeln wird belegt, daß alles so schlimm nicht ist, wenn's auch — das konzediert ihr — schlimm genug ist. Ich hoffe sehr, daß dieses Intermezzo bald beendet ist und euer Spürsinn wieder erwacht.

Rote Grüße
Michael, Bielefeld

Elieser Feiler, einer der Delegationsleiter der Gruppe von Israelis, die sich im November 1986 mit Vertretern der PLO in Costinesti traf, ist aufgrund der Teilnahme an diesem Treffen, wie auch die anderen Mitglieder der Delegationsleitung, vom israelischen Generalstaatsanwalt der „Unterstützung einer terroristischen Organisation" angeklagt (s. AK 283).

Feiler, 1921 in Düsseldorf geboren, 1938 nach Palästina emigriert, ist seit Anfang der 40er Jahre aktiv in der kommunistischen Bewegung Palästinas bzw. Israels. Allerdings war er, wie er selbst von sich sagt, „schon damals nicht ganz linientreu" und er sei auch heute gelegentlich das enfant terrible in der Partei. Er verließ stets dann die Partei oder den Parteiflügel, der sich nur jüdisch- oder nur arabisch-nationalistisch orientierte, da er damals wie heute davon ausgeht, daß beide in diesem Land lebende Völker, Juden wie Palästinenser, das Recht auf Selbstbestimmung haben.

Elieser Feilers politische Geschichte: zugleich die Geschichte der kommunistischen Bewegung der letzten rund 50 Jahre in Palästina bzw. Israel.

Zwei Völker in einem Land

Gespräch mit Elieser Feiler über die kommunistische Bewegung in Palästina und in Israel



Arabische Geschwister am Stadtrand von Tel Aviv*



Jüdische Geschwister im Elendsviertel zwischen Tel Aviv und Jaffa*

Du lebst seit fast fünfzig Jahren in Palästina bzw. Israel. War dir damals, als du 1938 im Alter von siebzehn Jahren aus Deutschland emigriert bist, die Bedrohung deines Lebens durch den Nazismus bewußt?

Ich bin in Düsseldorf geboren und ich war dort in einer relativ guten Situation. Aber als ich mich weigerte, den Schuldirektor mit erhobenem Arm zu grüßen, mußte ich das Gymnasium verlassen. So hat man mir beigebracht, daß ich nicht, wie ich mich verstand, ein deutsches Kind mosaischen Glaubens bin, sondern einfach Jude. In Düsseldorf war ich Mitglied der zionistischen Jugendorganisation Habonim (1), und in Berlin, wo ich dann Gärtnerei gelernt habe, habe ich mich den Haschomer Hazair (2) angeschlossen. Im illegalen Kommunistischen Jugendverband, mit dem ich 1936 in Verbindung gekommen war, hat man uns, den jüdischen Genossen, 1937 gesagt, daß es wahrscheinlich sehr schlimm kommen wird. Wenn wir Deutschland verlassen könnten, dann sollten wir das tun, vielleicht nach Südamerika gehen. Ich habe mir damals gesagt, ich war ja etwas zionistisch infiziert, wenn die Genossen das schon sagen, dann haben die Zionisten vielleicht doch recht. Ich habe dann die Möglichkeit gehabt, auf eine Landwirtschaftsschule zu kommen und bin gefahren. Hab Glück gehabt. Bin im Oktober 1938 — vor der „Kristallnacht" — nach Palästina gefahren, habe aber schon im ersten Jahr dort gesehen, daß das, was Theodor Herzl gesagt hat: ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land, daß das nicht stimmt. In Palästina bin ich in den Kibbuz Elgawisch eingetreten, aber

dort gesehen, daß das, was Theodor Herzl gesagt hat: ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land, daß das nicht stimmt. In Palästina bin ich in den Kibbuz Elgawisch eingetreten, aber

bald wieder ausgeschlossen worden, weil man mich für einen Kommunisten hielt.

Ein Kibbuz hat entschieden, wer Kommunist ist, kann nicht Mitglied des Kibbuz sein?

Nein, das war ein allgemein aktzeptierter Rahmenbeschluß des Kibbuz Arzi (3). Die Zionisten haben damals kooperiert mit den Briten, aber die Kommunisten haben gesagt, Palästina ist ein arabisches Land, antiimperialistischer Kampf, die einzige potentiell revolutionäre Kraft ist das arabische Volk, und die jüdische Minderheit ist eine kolonialistische Minderheit — folglich Unterstützung des arabischen Aufstands (4). Nicht sehr differenziert, aber das war so die Generallinie. Und die Zionisten und sogar die Zionisten-Sozialisten (oder die linken Zionisten) haben daraus gefolgert, daß die Kommunisten auf der anderen Seite stehen würden.

Die Diskussion, die wir in meinem Kibbuz hatten, hatte überhaupt nichts mit dieser Frage zu tun. 1941, noch vor dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg, befanden wir uns in meinem Kibbuz in einer Diskussion, ob dieser Krieg ein imperialistischer oder ein antifaschistischer sei.

Die Haschomer Hazair-Leitung hatte damals beschlossen, daß Kibbuz-Mitglieder in die britische Armee eintreten können oder sollen, aber nur in Einheiten, die Palästina verteidigen, nicht in Einheiten, die am Krieg gegen Deutschland teilnehmen. Man hat gesagt: Verteidigung des Landes innerhalb der Grenzen des Landes. Meiner Auffassung nach war das ein Kulaken-Standpunkt — seinen Hof verteidigen sonst nichts. Denn wenn der Krieg ein antifaschistischer ist, müßten wir überall hingehen; wenn er aber ein imperialistischer ist, sollten wir gar nicht am Krieg teilnehmen. Und da hat man gesagt: Aha, das ist ein Kommunist, Palästinensische Kommunistische Partei, woher hat er sonst solche Ideen?! Man hat Leute geholt, Ideologen, um mit uns zu diskutieren — da waren zehn Leute bei uns im Kibbuz, die meiner Meinung waren. Es wurde beschlossen, daß ich mich binnen vierzehn Tagen überzeugen lassen soll. Ich habe mir gesagt, wenn die Mehrheit meiner Genossen im Kibbuz anders denkt als ich, das verpflichtet mich natürlich, nochmal nachzudenken, aber nicht unter dem Druck von einem Ultimatum. Da ziehe ich es vor, den Kibbuz zu verlassen. Wenn ich zu dem Schluß komme, daß ich geirrt habe, dann werde ich kommen und sagen, ich habe geirrt.

Nun, ich bin nicht zurückgekommen und habe angefangen, die kommunistische Organisation zu suchen, denn wenn das, was ich sage, kommunistisch ist, dann muß ich die Kommunisten finden.

Ich habe zuerst im Kommunistischen Jugendverband gearbeitet und später in der Partei.

Was hast du beruflich gemacht nach dem Verlassen des Kibbuz?

Ich habe eine Zeitlang in den Maisfel-

Was hast du beruflich gemacht nach dem Verlassen des Kibbuz?

Ich habe eine Zeitlang in den Maisfel-

dern von Gan-Schmuel gearbeitet und bin, als meine Eltern einwanderten, nach Tel Aviv gezogen. Dr. Soskin, einer der Pioniere für Hydrokulturen war von meinen Versuchen mit Hydrokultur beeindruckt und forderte mich auf, an seiner Forschungsarbeit teilzunehmen. Als Agronom habe ich dann später in der Landwirtschaftsabteilung der Jewish Agency (5) bzw., nach der Gründung Israels, im Landwirtschaftsministerium gearbeitet.

Deine Parteimitgliedschaft war kein Hindernis?

Es war kein, ich muß sagen, kein direktes Hindernis, manchmal war es ein bißchen prekär. Als meine Mitgliedschaft in der KP so um 1948 bekannt wurde, gab es noch eine Art prokommunistischer Atmosphähre — die Rote Armee hat den Faschismus besiegt, Gromykos Rede für die Gründung des Staates Israel.

Im Landwirtschaftsministerium habe ich bis 1952 gearbeitet, bis ich zur Partei geholt wurde. Von 1952 bis 1968 war ich Parteiarbeiter, war im Zentralkomitee der Landarbeitergewerkschaft Vertreter der KP, war für internationale Beziehungen zuständig und Sekretär des Generalsekretärs Mikunis, später Mitglied des ZKs und des Politbüros. Während der Spaltung 1965 ...

Was waren die Gründe der Spaltung?

Wenn du mir erlaubst, ein bißchen weiter auszuholen: wir haben *zwei* Spaltungen gehabt. Die eine Spaltung war 1943, da gab es zweimal die Palästinensische Kommunistische Partei und zweimal die Zeitung „Kol Haam" („Volksstimme").

Spaltung der Kommunistischen Partei

1943 gab es den Streik der jüdischen und arabischen Arbeiter in den britischen Militärwerkstätten, ein Lohnstreik. Die Histradut hatte den Streik für den 10. Mai ausgerufen, die damaligen arabischen Gewerkschaften, die von relativ reaktionären Führern geleitet wurden, haben gesagt, wenn die Histradut am 10. streikt, dann werden die arabischen Arbeiter am 11. streiken. Die Kommunistische Partei hätte zum gemeinsamen Streik der jüdischen und arabischen Arbeiter aufrufen müssen, aber die Leitung hat gesagt, der Streik der Histradut ist ein pro-imperialistischer Streik, der Streik der Araber ist der progressive Streik. Also sollen alle Genossen an dem Streik der arabischen Arbeiter teilnehmen. Da haben viele von den Genossen, die Funktionen hatten, die in Arbeiterkomitees waren, gesagt, daß dann all ihre Arbeit, die sie gemacht haben, die Positionen, die sie erobert haben, futsch sind. Und man ist ins Zentralkomitee gegangen und hat gesagt, daß der Leitungsbeschluß nicht akzeptabel ist. Der Beschluß ist geändert worden: die jüdischen Genossen streiken mit der Histradut, und die arabischen Genossen streiken mit ihren Gewerkschaften. Falsch, wieder falsch. Es gab einen

jüdischen Genossen streiken mit der Histradut, und die arabischen Genossen streiken mit ihren Gewerkschaften. Falsch, wieder falsch. Es gab einen

Aufstand unter den Parteikadern, besonders in Haifa. Damit begann die Periode der Spaltung. Es hat eine Zeitlang gedauert, Diskussion, dann Skandal, und dann die Spaltung. Wie hat man das damals interpretiert? Da muß doch irgendwo ein Agent sein, der diese Spaltung herbeigeführt hat.

Wenn ich zurückblicke, dann stellt sich mir das so dar: das Land war ein arabisches Land in den zwanziger, frühen dreißiger Jahren. Die Strategie und Taktik der Partei war darauf ausgerichtet, die arabische Nationalbewegung zu unterstützen und die zionistische Kolonisation zu bekämpfen. Quantität schlug in Qualität um: das Land wurde ein binationales Land mit zwei nationalen Gruppen, die beide irgendwelche nationalen Rechte hatten — das war zu Anfang der vierziger Jahre die neue Situation. Die Kommunistische Partei hätte die neuen objektiven Bedingungen erkennen und eine neue Strategie entwickeln müssen, eine Strategie, die die beiden Völker mobilisiert. Was 1943 geschah, diese Spaltung, das hat seine Ursache in dieser Situation. Es gab andere, die schon um 1941 diese Situation erkannt hatten, sie haben auch eine besondere Zeitung herausgegeben, „Emet" („Wahrheit"), das war die jüdische Sektion der Partei. Zuerst waren sie in der Partei, dann hat man sie ausgeschlossen, die wollten beide Völker einbeziehen — aber vielleicht ein bißchen zu früh. Die anderen aber sind weitergefahren auf dem Gleis, daß Palästina ein arabisches Land ist und die jüdische Bevölkerung kein Recht auf dieses Land hat.

Konnte oder wollte der Teil der Partei, der vertrat, daß es sich um ein rein arabisches Land handele, nicht in seine Überlegungen einbeziehen, daß in Europa der Massenmord an den Juden bereits im vollen Gange war, daß den Juden in den vom Nazismus besetzten Gebieten kaum noch ein Ausweg geblieben war?

Es war bekannt, aber das war so auf zwei Ebenen. Auf der Ebene des antifaschistischen Krieges, der Unterstützung der Sowjetunion, auf dieser Ebene hat man auch argumentiert, daß man den jüdischen Massen helfen muß. Aber das war alles noch so im Hinblick darauf, daß das, was im Jischuw, bei der jüdischen Bevölkerung Palästinas, passiert, vielleicht ein reversibler Prozeß ist. Wenn der Krieg zu Ende ist, dann gehen die Leute zurück. Das war nicht bis ins Letzte durchdacht. Ich habe das damals auch nicht völlig durchschaut. Wir haben gesagt: Einigkeit für den Sieg. So haben wir unter den anderen jüdischen Jugendbewegungen agiert und versucht, sie für eine gemeinsame antifaschistische Front zu gewinnen. Aber wenn es um die nationalen Rechte der jüdischen Bevölkerung ging, dann hat das gedauert. Nach der Spaltung fing die Diskussion darüber auch in dem, sagen wir mal, dogmatischen Teil an. Das erste, was zugestanden wurde, war, daß gesagt wurde, die Lösung der nationalen Frage, des Palästina-Problems verlangt Selbstbestimmungsrecht. Aber dann ist eine Formel entstanden, die

sagt wurde, die Lösung der nationalen Frage, des Palästina-Problems verlangt Selbstbestimmungsrecht. Aber dann ist eine Formel entstanden, die

Selbstbestimmungsrecht gibt und doch nicht gibt: Selbstbestimmungsrecht Palästinas. Man kann doch einem *Land* keine Selbstbestimmung geben. Das hat ein paar Jahre gedauert. Ich glaube erst 1945, 1946 hat sich die Partei wieder vereinigt auf der Grundlagen von Thesen, in denen schon von nationalen Rechten für die jüdische Bevölkerung Palästinas die Rede war, aber nicht ganz konsequent.

Arabische Kommunisten, jüdische Kommunisten

Die arabischen Kommunisten, die nur eine kleine Minderheit waren — nach der Niederlage des Aufstandes war die arabische Bevölkerung in eine politische Starre verfallen —, haben damals gesagt, wir müssen eine progressive arabische Nationalbewegung schaffen, und haben 1945 die „Liga für nationale Befreiung" gebildet, eine prokommunistische Organisation. Die arabischen Kommunisten haben gesagt, sie können nicht in der gleichen Organisation wie die jüdischen Kommunisten sein. Es gab dann zwei kommunistische Organisationen: die Liga, die Organisation der arabischen Kommunisten, und die Palästinensische Kommunistische Partei, die Partei der jüdischen Kommunisten. So war das bis nach 1948. Als die UNO 1948 die Teilung Palästinas beschloß, hat sich die Liga mit der Palästinensischen Kommunistischen Partei zur Kommunistischen Partei Israels, Maki, vereinigt. Ein Teil der arabischen Genossen war damit nicht einverstanden, sie haben sich nicht der Maki angeschlossen; darunter auch eine der wichtigsten Persönlichkeiten im politischen Leben Israels, Dr. Emile Touma, der im vorigen Jahr gestorben ist. Er ist davon ausgegangen, daß sich erst der arabische Kommunismus eigenständig entwickeln muß bevor eine Vereinigung erfolgen kann. Aber nachher hat er die übliche Selbstkritik gemacht, ist in die Partei eingetreten, war ein paar Jahre ein underdog und wurde später ins Zentralkomitee kooptiert.

Der arabische Kommunist Emile Habibi hat zur Zeit der Spaltung ein Flugblatt verfaßt, in dem sinngemäß stand: Die Palästinensische Kommunistische Partei ist eine national-arabische Partei, in der auch Juden Mitglieder sein können, die das nationale Programm der arabischen Nationalbewegung anerkennen. Das war so ein Paradeding, womit wir, die wir die Haltung der Partei gegenüber den Juden ändern wollten, agiert haben: Guck dir an, da können wir arbeiten wenn ...

Aber das ist lange her und die Maki hat während des Unabhängigkeitskrieges und nachher eine sehr große Arbeit geleistet in der Agitation und dem Kampf gegen die Vertreibung der Araber aus den Dörfern und dem Land, gegen Landraub. Das Prestige der Kommunisten ist bei der arabischen Bevölkerung sehr schnell angestiegen. Es ist so gestiegen, in den fünfziger Jahren schon, daß die Maki dreißig Prozent der arabischen Stimmen erhalten hat.

Die zweite Spaltung, 1965, die entstand aus zwei Gründen: erstens, weil dieser Prozeß von einem nationalen Territorium mit zwei Gruppen weiterging und sich entwickelt hatte zur Existenz zweier Nationen, die beide ein Recht auf Selbstbestimmung haben und die von dem Recht auch Gebrauch machen wollen. Und daß die israelische KP in einem Land, in dem rund achtzig Prozent der Bevölkerung Juden sind, eine Taktik entwickeln muß, die dem Rechnung trägt und die akzeptabel ist für die jüdischen Einwohner. — Andererseits gab es die Probleme, die in der kommunistischen Bewegung aufgekommen waren: Slansky-Prozeß, XX. Parteitag der KPdSU, Chruschtschow rauf, Chruschtschow runter. In der Partei gab es den Trend zu sagen: Alles schön und gut, die Sowjetunion sehr wichtig, aber die Parteien sollten aus alledem lernen, daß jede Partei ihre eigene Politik machen muß. Und es gab andere, die mit einer kritischeren und distanzierteren Haltung gegenüber der Sowjetunion nicht einverstanden waren. Die Meinungsverschiedenheiten verschärften sich.

Dann gab es den Streit um den Brief, den Mikunis, der Generalsekretär der Maki, an den algerischen Präsidenten Ahmed ben-Bella, geschickt hatte. Ahmed ben-Bella, hatte bei der Verleihung des Lenin-Friedenspreises in Moskau gesagt, daß er hunderttausend Freiwillige nach Palästina schicken wolle, um das zionistische Gebilde zu zerschlagen. Mikunis hatte ben-Bella erwidert: Auch die israelische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, was du machst, ist kein marxistisches Herangehen. Mikunis hat diesen Brief an die „Prawda" und an die israelische Presse geschickt. Die „Prawda" hat

du machst, ist kein marxistisches Herangehen. Mikunis hat diesen Brief an die „Prawda" und an die israelische Presse geschickt. Die „Prawda" hat

ihn nicht veröffentlicht, „Kol Haam", die Zeitung der jüdischen Kommunisten, hat ihn gebracht, aber die Zeitung der arabischen Kommunisten hat sich geweigert, den Brief zu veröffentlichen. Daraufhin sagte jede Seite, daß die andere Seite die Disziplin gebrochen habe. Man hat sich über Bagatellen gestritten, über formelle Fragen. Und dann hieß es: Also gut, wir haben ernste Meinungsverschiedenheiten, der 15. Kongreß der Partei wird entscheiden. Dann gab es Differenzen über die Zahl der Delegierten, ob mehr von der einen oder mehr von der anderen Seite delegiert werden sollten. Es war ein schreckliches Durcheinander. Freunde aus der kommunistischen Bewegung aus verschiedenen Ländern kamen zu uns und sagten: Einheit ist die Hauptsache. Nachdem es im Politbüro eine Mehrheit der pro-arabischen Linie gab, und es so schien, daß es unter den Kadern eine Mehrheit der pro-jüdischen Linie gab — ich sag das mal so undifferenziert —, wurde vorgeschlagen, daß man die Zahl der Politbüro-Mitglieder so erhöht, daß die Positionen gleichstark vertreten sind. Das wurde einstimmig angenommen, und der Kongreß sollte stattfinden.

Dann ist wieder was passiert. Daraufhin haben einer der Führer der arabischen Kommunisten, Emile Habibi, und einer der Führer der jüdischen Kommunisten, Dr. Sneh, eine gemeinsame Resolution vorgeschlagen, die besagte: es gibt Meinungsverschiedenheiten in der Partei, die man heute nicht lösen kann, deshalb beschließen wir einstimmig, daß sich die Partei spaltet. Und das Zentralkomitee hat das angenommen.

Leute aus Moskau und von der Zeitschrift aus Prag sind angereist, die haben nochmal vorgeschlagen, daß man sich doch einigen solle. Aber auf beiden Seiten war man kampfbereit, und es wurde gemeinsam beschlossen, daß

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

es zwei Kongresse gibt. Am selben Tag wurde ein Kongreß in Haifa und ein Kongreß in Tel Aviv eröffnet. Der Druck von der Sowjetseite wurde stärker und wir wurden in die sowjetische Botschaft in Tel Aviv eingeladen. Nachts um zwei Uhr wurde ich geweckt, das Zentralkomitee war einberufen worden. Es wurde uns gesagt, die Weltbewegung stimme dieser Spaltung nicht zu, für drei Monate solle ein Waffenstillstand geschlossen werden. Das hat aber nicht geklappt, die Kader waren schon so auf Touren.

Eine zionistische KP

Nach der Spaltung gab es dann weiterhin die Maki, in der fast ausschließlich die jüdischen Genossen — wie auch ich — organisiert waren, und als zweite kommunistische Partei die von Meir Wilner geführte Rakach, die Neue Kommunistische Liste, deren Mitglieder ganz überwiegend arabische Genossen waren.

Diese Spaltung war, wenn ich zurückblicke, ein großes Unglück für die kommunistische Bewegung in Israel, denn die nationale Frage ist das Hauptproblem, und nur die kommunistische Bewegung ist für eine demokratische Lösung, für gemeinsamen jüdisch-arabischen Kampf eingetreten. Alle anderen waren zionistische Parteien. Ich glaube heute, daß die Spaltung der Partei nicht gerechtfertigt war. Aber es war wieder das Resultat einer Entwicklung der objektiven Realität, die zu verstehen wir nicht reif genug waren.

Mosche Sneh, der zusammen mit Emile Habibi die Spaltung der Partei vorgeschlagen hatte, war 1965 während der Diskussion in der Partei praktisch schon die Nummer Eins, er war der Mann, der die größten Massen anzog, wenn es Versammlungen gab, er war der Mann, der Beziehungen hatte zu Regierungskreisen noch von früher. Und er hat sehr dafür gekämpft, daß man wirklich die Partei spaltet, weil er geglaubt hat, wenn sich die Partei von der Last der arabischen Mitgliedschaft befreit, dann kann die Partei eine Massenpartei für die Juden werden. Maki und Rakach existierten eine neben der anderen, sie prozessierten vor Gericht gegeneinander. Es gab ziemlich bittere Kämpfe, ziemlich viel persönliche Feindschaft. 1967, als der Krieg ausbrach, war Sneh für die Unterstützung dessen, was er die „nationale Verteidigungsfront" nannte. Vom Podium des 16. Kongresses der Maki sandte er Grüße an die Luftwaffe, als sie die syrischen Stellungen auf den Golan-Höhen bombardierte. Er sagte, daß der Krieg ein gerechter Krieg ist und er entwickelte These, daß *jeder* Krieg, den Israel führt, ein gerechter Verteidigungskrieg ist, solange die arabische Umwelt die Existenz Israels nicht akzeptiert. Ich habe mit ihm diskutiert in meiner Partei: du bist Dialektiker, habe ich ihm gesagt, du mußt verstehen, in jedem Krieg gibt es gerechte und ungerechte Tendenzen, die Frage ist, was ist das Dominante in einer bestimmten Periode. Und das ist nicht unveränderlich. Das Dominante ist heute, daß Israel einen Okkupationskrieg führt, und wir müssen dagegen auftreten.

1968 bin ich schließlich von meiner Funktion im Parteiapparat zurückgetreten und zusammen mit meiner Frau in den Kibbuz Ja Chana gegangen, wo wir heute noch arbeiten und leben. Jad Chana war übrigens der einzige Kibbuz, der sich 1953 mehrheitlich geweigert hat, die Sowjetunion wegen des Slansky-Prozesses zu verurteilen. In dem Kibbuz lebten meist Leute, die in Ungarn von der Roten Armee befreit worden waren. Sie haben gesagt: Wer Recht hat, wissen wir nicht, aber wir werden unsere Hand nicht gegen unsere Befreier erheben. Wenn es sich um einen Justizirrtum handelt, dann wird es sich herausstellen. Jad Chana wurde daraufhin aus der Kibbuz-Bewegung ausgeschlossen, sechzehn Jahre lang haben wir keine Kredite bekommen und haben ein schweres Leben gehabt. Und bis heute hat, wer „Jad Chana" in Israel hört, einen conditioned reflex, der sagt: „Kommunisten".

Du hast deine Funktion niedergelegt, bist aber weiterhin Mitglied der Maki geblieben?

Nein, ich bin zwar 1965 bei der Spaltung in der Maki geblieben, weil ich den Weg der Rakach, den Weg von Wilner und seinen arabischen Genossen für den falschen hielt, aber die politische Linie von Sneh, die uns zum Zionismus zurückführen würde, konnte ich schließlich auch nicht mehr mittragen. Ich war in einer kleinen Gruppe, die für eine Erneuerung der Partei eintrat, wofür wir jedoch in einer von Sneh geführten Partei keine Möglichkeit sahen.

Israelische Kommunistische Opposition

Wir haben also die Partei verlassen — oder sind verlassen worden — und haben eine Gruppe mit dem Namen Aki, Israelische Kommunistische Opposition, gegründet. Wir haben für Zusammenarbeit und Wiedervereinigung aller Kommunisten agiert und gegen den Ausverkauf an den Zionismus.

Wir haben eine ganze Zeitlang als kleine Gruppe existiert. Die Maki war immer bedeutungsloser geworden, während die Rakach an politischem Gewicht zunahm und zusammen mit anderen Gruppierungen 1977 die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit, Chadasch, bildete, der wir uns als Gruppe angeschlossen haben. Die Rakach wollte natürlich nicht, daß etwas neben ihr existiert, was „kommunistisch" heißt, es gibt diesen Ausschließlichkeitsanspruch. Ihr seid kommunistische Opposition? Was heißt Opposition gegen Kommunismus? In der Demokratischen Front hatten wir dann den einen, als eigenständige Gruppe einen anderen Namen. Aber das war nur eine kurze Zeit. Und ich habe gesagt, weil die Rakach die einzige Partei ist, die ein klares Friedensprogramm hat — Rückzug aus *allen* besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem, Anerkennung der PLO —, dem ich zustimme, sehe ich keinen Grund, warum ich nicht in der Partei sein soll, wo ich doch auch etwas beeinflussen kann, anstatt nur in der „Front" zu sein, wo ich eine kleine Gruppe vertrete. Wir haben unsere Gruppe 1984 aufgelöst. Ich habe einen Brief geschrieben an die Partei, daß ich bereit bin, wieder einzutreten, aber daß ich möchte, daß die Partei weiß, daß ich in den Fragen eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht diese und diese Meinung habe, zum Demokratischen Zentralismus zum Beispiel, Definition der Arbeiterklasse heute ... verschiedene Fragen, wo ich meine, daß die Position der Partei veraltet ist. Und ich habe geschrieben, daß ich den ideologischen Kampf gegen den Zionismus unterstütze, daß ich aber gegen die Dämonisierung des Zionismus bin, gegen eine Position, die den Zionismus als den bösesten Nationalismus der ganzen Welt darstellt. Der Zionismus ist ein Nationalismus, es gibt eine Diskussion zwischen Nationalisten und Internationalisten, ich bin auf der Seite der Internationalisten, aber ebenso wie ich unterscheiden kann zwischen verschiedenen Schattierungen jeder anderen nationalen Bewegung, kann ich auch die verschiedenen Strömungen des israelischen politischen Zionismus unterscheiden.

Die Partei hat sich acht, neun Monate damit abgeplagt, was sie mir antworten soll und hat mich dann aufgenommen. Ich habe so ein bißchen Narrenfreiheit. Auf dem Kongreß habe ich gesagt, daß ich mich freue, wieder in der Partei zu sein, aber daß ich kein yesmen sein werde. Darauf hat Meir Wilner, der Generalsekretär der Partei, in seinem Schlußwort entgegnet, das sei eine Beleidigung der Partei — es gebe yesmen in der Partei? Dann hat man sich wieder geärgert mit mir, weil ich das veröffentlicht habe — es war ein offener Kongreß! ... das ist die Lage heute.

Kommunist seit fünfzig Jahren

Ich bin Mitglied der Partei, bin Mitglied des Disktriktkomitees. Die Masse der Parteimitglieder hat, glaube ich, Sympathie für Leute, die den Mund aufmachen. Ich will nicht sagen, daß sie mit mir übereinstimmen. Ein großer Teil der Parteimitglieder ist so verhärtet in den Positionen, daß es sehr schwer ist, da etwas ins Rollen zu bringen, aber — die Leute hören zu. Sie wissen, daß man eine etwas andere Meinung haben kann und trotzdem vertrauenswürdig ist. Früher war es ja so, wenn jemand eine andere Meinung hatte, dann konnte das nur ein Agent sein.

Du bist jetzt seit fast fünfzig Jahren aktiver Kommunist unter äußerst schwierigen Bedingungen. Wie hält das einer aus? Wie hält er insbesondere seine Isoliertheit aus?

Ich glaube, daß ich nicht isoliert bin. Weil ich eben in fast all den Jahren immer versucht habe zu sagen, was ich glaube und wie ich es glaube, nicht nach irgendwelchen Stereotypen. Und dadurch, daß ich in einem Kibbuz lebe, in der Landwirtschaft arbeite und auch ein relativ bekannter Fachmann bin, war ich „in". Wenn ich in der Landarbeitergewerkschaft etwas gesagt habe — ich war dort im Zentralkomitee —, dann haben die Leute das nicht so aufgefaßt, da kommt irgendein Funktionär, der deklamiert irgendwas, was vielleicht richtig ist, aber nichts mit der israelischen Landwirtschaft zu tun hat. Sondern es kommt jemand, mit dem man sich streitet, aber der Ahnung hat vom Fach.

Natürlich bedrohen uns die Faschisten. Aber ich habe auch Dutzende von Telefonanrufen von Kibbuzim und anderen Leuten bekommen, die sagen, alle Achtung. Zum Teil sagen sie: Alle Achtung, ich glaube ja nicht, daß das nützt, aber ihr seid Klasse, ihr versucht etwas. Also, ich habe mich nie isoliert gefühlt.

Es gibt in Israel also nicht diese völlige Ausgrenzen von Kommunisten?

Das betrifft vielleicht einen Teil unserer Genossen — ich glaube, zum größten Teil aus eigener Schuld ... Es gibt natürlich auch Genossen, die meinen, wenn ich so rede, und wenn ich so verstanden werde, dann muß da etwas nicht in Ordnung sein. *Ideologisch* muß da etwas bei mir nicht in Ordnung sein.

Es gab in der Partei so eine Mentalität des Fensterlädenschließens: in der Partei sind alle militant, stark, können in die Hände klatschen und Beifall schreien, aber alles nur, wenn die Fensterläden zu sind. Wenn man rauskommt, dann ist man in Feindesland. Entweder man camoufliert sich oder man ist isoliert und redet nicht mit den Leuten. Ich habe gelernt, daß das nicht die richtige Herangehensweise ist. Ich sage, was ich bin, und warum ich das bin, und kann das ganz logisch erklären.

Es gibt allerdings verhetzte Kreise und Gegenden, wenn ich dahinkomme, da kann ich Schläge bekommen. Und ich kriege auch Anrufe: Wenn der Prozeß gegen euch anfängt, ich warte auf euch mit meiner Maschinenpistole, das gibt es.

Das ist aber eher die Ausnahme?

Ja, das sind die Rechtsradikalen. — Es war schlimm in den Jahren nach dem arabischen Aufstand, vor dem Zweiten Weltkrieg, weil man uns da „Agenten des Mufti" genannt und gesagt hat, daß die Kommunisten Bomben geworfen haben. Und es war wieder schlimm zur Zeit des Suez-Sinai-Krieges. Aber heute ist die Situation eine ganz andere. Es sind schon Dokumente veröffentlicht worden über die Suez-Krise, die Rolle Englands und Frankreichs. Viele Sachen, die wir früher gesagt haben — die Leute beginnen das zu verstehen, auch in bezug auf die PLO. Vor ein paar Jahren noch bist du, wenn du gesagt hast, daß du für Verhandlungen mit der PLO bist, als Erzverräter angesehen worden. Aber seit dem Libanon-Krieg ist es zwar nicht Konsensus und nicht akzeptiert, daß man mit der PLO verhandeln soll, aber es ist eine legale Meinung. Viele Schriftsteller, Schauspieler und andere Leute aus dem Kulturbereich haben jetzt einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie ausdrücklich unseren Kampf für Verhandlungen mit der PLO und eine internationale Konferenz unterstützen.

Ich kann heute jedem auf der Straße sagen, ich bin für Verhandlungen mit der PLO, ohne daß man mich verflucht deswegen. Und das ist, ich glaube, ein großer Fortschritt — die Leute lernen langsam, aber sie lernen.

Das Interview wurde geführt von K., Hamburg

Anmerkungen

(1) *Habonim Noar Chaluzi:* Pionierjugend „Die Bauleute", Vereinigung der Jugendbewegung Kadima (Vorwärts) und Brit Olim (Bund der Einwanderer). Habonim wurde in Berlin im Februar 1933 gegründet. Das Ziel der Habonim war die Erziehung zum Leben in Palästina und der dortige Anschluß an Hakibbuz Hameuchad (der 1927 gegründete Vereinte Kibbuz).

(2) *Haschomer Hazair:* Der Junge Wächter. 1916 in Polen und Galizien gegründete jüdische Pfadfinderbewegung. Ziele: Einwanderung nach Palästina und Leben im Kibbuz. Mitbegründer der links-zionistischen Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei).

(3) *Kibbuz Arzi:* Landes-Kibbuz, in dem die Kibbuzim des Haschomer Hazair zusammengeschlossen sind.

(4) Hier gemeint der arabische Aufstand 1933, der sich gegen die britische Mandatsmacht sowie die „zionistische Einwanderung und den zionistischen Bodenraub" richtete. S. W. Lutzki: Der englische Imperialismus und der Oktoberaufstand in Palästina. In: Agrarprobleme, H. 3/4, 1934, Moskau.

(5) *Jewish Agency:* faktisch die jüdische Regierung Palästinas vor der Gründung Israels.

*** Die Abb. stammen aus Walter Zadek: Kein Utopia ... Araber, Juden, Engländer in Palästina. Fotografien aus den Jahren 1935 bis 1941. Berlin-Kreuzberg: Dirk Nishen Verlag (Das Foto-Taschenbuch, Bd. 8), 1986. Pb., 156 S., 24 DM**

Angeklagt:

Teilnahme an Friedensgesprächen

Viel Freude hat das israelische Establishment nicht an dem Prozeß, den es gegen vier der (jüdischen) Israelis angestrengt hat, die sich im November letzten Jahres in Costinesti zum israelisch-palästinensischen Dialog mit Repräsentanten der PLO trafen. (S. AK 283) Solidaritätsbekundungen für die Angeklagten und Manifestationen für eine Friedenskonferenz unter Einbeziehung der PLO durchzogen den ganzen Juni. Eine Woche vor dem Beginn des Prozesses fand ein zweites Treffen von Israelis und PLO-Vertretern statt. Und die Hauptverhandlung des Prozesses, am 17. Juni begonnen, mußte schon am nächsten Tag wieder ausgesetzt werden.

Rund 10.000 jüdische und palästinensische Israelis demonstrierten am 6. Juni gegen das Kontaktverbot-Gesetz und für eine internationale Friedenskonferenz unter Einbeziehung der PLO. Am 13.6. wurde im Neve Zedek-Theater in Tel Aviv eine Künstlerkonferenz unter dem Motto „Gemeinsam gegen die Besatzung und für Frieden und Freiheit im künstlerischen Schaffen" durchgeführt, an der Juden und Palästinenser teilnahmen. Gegen das Kontaktverbot-Gesetz richtet sich auch eine Unterschriftensammlung in Israel sowie ein von ausländischen Friedensgruppen in der Tageszeitung „Haaretz" plazierter Aufruf. Vom Dialog in Costinesti handelt das Theaterstück „Das verbotene Treffen". Und Mahmoud Darwish, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees und quasi deren Kulturminister, hat israelische Künstler zum Dialog mit palästinensischen Künstlern eingeladen.

Nachdem Elieser Feiler im April und Mai in Westberlin, der BRD und der Schweiz über den Dialog in Costinesti und den anhängigen Prozeß berichtet hat, sind nun die anderen drei Angeklagten ebenfalls demnächst unterwegs: Jael Lotan, Schrifstellerin und Redakteurin der Mapam-Tageszeitung, reist nach England; Latif Dori, Sekretär des Dialog-Komitees und Mitarbeiter in der arabischen Abteilung der Mapam, sowie Reuwen Kaminer, Dekan für ausländische Studenten an der Hebräischen Universität, Leitungsmitglied der Israelischen Sozialistischen Linken (Schassi), sind in die USA eingeladen.

Latif Dori, der Anfang Juni schon in Wien auftrat, betont die Bedeutung der Unterstützung des Dialogs „für das gegenseitige Verständnis unserer Völker", der auch im Ausland geführt werden müsse: „Die Juden und die Palästinenser in der Diaspora müssen uns helfen."

Dialog in Budapest

Am 11.6. und damit kaum zufällig eine Woche vor dem Beginn der Hauptverhandlung gegen die Costinesti-Reisenden fand ein zweiter israelisch-palästinensischer Dialog, diesmal in Budapest statt. Anders als es die israelische Delegation im vorigen November beim Abflug nach Rumänien erleben mußte, waren jetzt keine von dem rechtsradikalen Rabbiner Meir Kahane aufgeputschten Gegendemonstranten am Flughafen, und bei der Rückkehr aus Budapest wurde die Delegation von Unterstützern des Dialogs begrüßt. Auch die Medien befleißigten sich fast durchweg eines moderateren Tones, als es bei der Berichterstattung über den Dialog in Costinesti der Fall gewesen war.

Die zweiundzwanzigköpfige israelische Delegation wurde von dem orientalischen Juden Charlie Biton, Mitglied der KP und Delegierter der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit in der Knesset, geleitet. Der größte Teil der israelischen Delegierten war nicht parteigebunden. Die vier Mapam-Mitglieder, deren Parteiführung den Dialog ablehnt, nahmen individuell, nicht als Repräsentanten ihrer Partei teil.

Den Israelis, die nicht nur nicht im Auftrage der israelischen Regierung, sondern nur unter Verstoß gegen das Kontaktverbot nach Budapest gekommen waren, saß eine hochkarätige PLO-Delegation gegenüber: u.a. die PLO-Exekutivkomitee-Mitglieder Mahmoud Abbas (Abu Mazen), zuständig für nationale und internationale Angelegenheiten, und Abd al-Razzaq al Yehya, zuständig für Erziehung und Wirtschaft; der politische Berater Arafats Imad Shaqqour, und der PLO-Repräsentant für Ungarn und die Sowjetunion.

Die Erklärung der israelischen Delegation bestand im wesentlichen in drei Punkten: Anerkennung der PLO als legitimer Repräsentantin des palästinensischen Volkes; Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung sowohl des palästinensischen wie des jüdischen Volkes; Errichtung eines Palästinenserstaates neben Israel. Die PLO-Delegation stimmte dieser Erklärung, und zwar *im Namen der PLO* zu. Nach den Äußerungen einzelner PLO-Repräsentanten nach dem Treffen in Costinesti ist hier also namens der PLO das Existenzrecht des Staates Israel — wie wohl kaum erwähnt werden muß: in den Grenzen von 1967 — unzweideutig bestätigt worden.

Nichtsdestotrotz — das israelische Establishment fürchtet wenig mehr als den Frieden mit der PLO, wäre es dann doch der vollen Wucht der innerisraelischen Probleme ausgesetzt — nichtsdestotrotz wurde dem Delegationsleiter Charlie Biton bei der Rückkehr noch auf dem Flughafen eine gerichtliche Vorladung übergeben (die er, auf seine parlamentarische Immunität pochend, ignorieren will). Vier weitere israelische Delegationsteilnehmer haben eine Anklage wegen des Kontakts „mit terroristischen Organisationen" und damit eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren zu erwarten.

Prozeß-Pleite

Der Staatsanwalt hatte Latif Dori indirekt wissen lassen, daß es Möglichkeiten gebe, den Prozeß gegen ihn, Elieser Feiler, Reuwen Kaminer und Jael Lotan erst gar nicht stattfinden zu lassen. Worauf die Angeklagten allerdings nicht hereingefallen sind. „Wir sind gerade froh über unseren Prozeß," sagt Latif Dori. „Zum ersten Mal in der Geschichte Israels wird ein politischer Prozeß über den Dialog mit der PLO geführt werden. Die Menschen, die Haß predigen, können das ungestraft tun, und wir, die wir einen Dialog für den Frieden führen, sollen dafür ins Gefängnis. Das wird nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung bleiben."

Die Hauptverhandlung begann am 17. Juni und war am folgenden Tage schon wieder ausgesetzt. Zu den Zeugen der Anklage gehörte ein Angehöriger des Shin Bet, des Inland-Geheimdienstes, dessen Aussage nur schriftlich vorgelegt werden sollte. Die Rechtsanwälte der Angeklagten setzten jedoch dessen persönliches Erscheinen vor Gericht durch. Die Aussagen des Shin Bet-Mannes bestätigten faktisch die Position der Angeklagten: die PLO ist die Vertretung der Palästinenser, Teile der PLO treten für den Frieden ein, der Dialog ist positiv. Das brachte Schlagzeilen in die Presse und Nervosität ins Gericht.

Nachdem am zweiten Prozeßtag Fragen der Anwälte — von wem der Ankläger instruiert worden sei, warum gerade diese vier angeklagt sind, warum z.B. der Hauptreferent in Costinesti, Simcha Flapan, nicht angeklagt wurde, während Elieser Feiler, der beim (offiziellen Teil des) Treffens gar nicht gesprochen hatte, vor Gericht gestellt wird — vom Richter für unzulässig erklärt wurden, lehnten die Anwälte ihn als befangen ab. Der Richter mochte dem nicht folgen.

Nun ist der Prozeß vorläufig ausgesetzt und das oberste Gericht in Jerusalem wird frühestens am 28.6. über den weiteren Gang der Dinge entscheiden. Vom 1.7. bis 1.9. sind jedoch Gerichtsferien in Israel, und der Staatsanwalt grämt sich schon jetzt, was, wo doch gerade eine zweite Delegation sich mit der PLO getroffen hatte, während die erste noch nicht abgeurteilt ist, bis zum Herbst noch alles passieren könnte.

K., Hamburg

Quellen: Al-Fajr, 14.6.87; Palästina-Bulletin, 19.6.87; Vrij Nederland, 20.6.87; Telefonbericht aus Israel, 27.6.87

Unsere Serie zur Energiepolitik der Bundesregierung begann mit einer Rückschau auf die Entwicklung des Energieprogramms seit 1970 (AK 283). Im vorliegenden zweiten Teil wird die allmähliche aber zielstrebige Liquidierung des Kohlebergbaus dargestellt.



Wann ist die Kohle am Ende?

Energie-Serie Teil 2

,,Die Situation ist volkswirtschaftlich völlig absurd, weil wir die Förderung von Steinkohle und Stahlproduktion enorm subventionieren und gleichzeitig allen anderen Wirtschaftszweigen ungeheure Last aufbürden und sie wettbewerbsunfähig machen. Vielleicht können wir damit etwa in der Kohle vorübergehend noch 50.000 Arbeitsplätze sichern. (...) Jeder weiß: Selbst wenn der Staat und die Steuerzahler diese Last noch für einige Jahre auf sich nehmen, können damit diese Industriezweige nicht gerettet werden. Eines Tages kommt dann das Aus für diese nicht mehr wettbewerbsfähigen Bereiche.'' (1) Diese Äußerung von Wirtschaftsminister Bangemann in einem ,,Welt''-Interview im März dieses Jahres stand in einer ganze Reihe von Angriffen auf die Steinkohle. Bangemann wollte in den Koalitionsvereinbarungen für die Fortsetzung der CDU/CSU-FDP-Koalition eine deutliche Senkung der Kohlesubvention durchsetzen. Auslöser der Angriffe war außerdem die anstehende Erhöhung des sogenannten Kohlepfennigs. Dabei kann man von Pfennig kaum reden, ging es doch darum, den Anteil der Kohlesubvention, der durch den Stromverbraucher über den Kohlepfennig als Teil des Strompreises aufgebracht wird, auf rund 6 Milliarden DM heraufzusetzen.

Diese Angriffe lösten bei den Betroffenen einen Sturm der Empörung aus: *,,Unsere Rohstoff- und Energiepolitik*

Diese Angriffe lösten bei den Betroffenen einen Sturm der Empörung aus: *,,Unsere Rohstoff- und Energiepolitik* *steht vor einer großen Bewährungsprobe,''* schrieb der Vorsitzende der IG Bergbau und SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz-Werner Meyer, die Situation im Steinkohlebergbau *,,droht sich dramatisch zuzuspitzen. (...) Die finanziellen Lasten für die deutsche Steinkohle müssen endlich überall und von allen als Sicherheitsprämie für unsere nationale Energieversorgung begriffen werden.''* (2) *,,Wir gehen unruhigen Zeiten entgegen,''* erklärte Meyers Stellvertreter Klaus Hüls von der IGBE: *,,Massiv vorgetragene Forderungen nach entscheidenden energiepolitischen Kursänderungen zu Lasten der deutschen Steinkohle haben unter den Bergbaubelegschaften (...) erhebliche Unruhe hervorgerufen. Das Gespenst der Existenzgefährdung geistert wieder durch die Belegschaften.''* (3) Aufgrund der zwischen FDP und CDU/CSU getroffenen Koalitionsvereinbarungen, die eine Kürzung der Subventionen ab 1988 brachten und den ,,Jahrhundertvertrag'' mit der Kohle überprüfen wollen, fragte Horst Niggemeier (Chefredakteur der IGBE-Zeitschrift ,,Einheit und Dattelner Bürgermeister): *,,Wird da an einer Politik des freien Falls der Kohle in ein abgrundtiefes Loch gebastelt?!''* (4)

Schon längst steuert die Kohle auf dieses abgrundtiefe Loch zu. Angesichts der erheblich sinkenden Ölpreise in den letzten beiden Jahren gibt es jetzt eine offene Debatte und laute Rufe, auf dieses Loch *schneller* zuzusteuern. Die Krise des Steinkohlenbergbaus dauert nun schon mindestens 20 Jahre bzw. für die Kumpel, die von Rationalisierung und Entlassungen betroffen sind, schon 30 Jahre: *,,In den letzten 30 Jahren Kohlenkrise sind 141 (!!) von 172 fördernden Schachtanlagen stillgelegt worden; die Zahl der Beschäftigten ist in der gleichen Zeit von 604.000 auf 164.000 um 440.000 (!) geschrumpft und die Jahresförderung fiel um 47% Prozent von 150 auf 80 Millionen Tonnen zurück.''* So stand es in der ,,Einheit'', der Zeitung der IG Bergbau. (5)

Vom ,,schwarzen Gold'' — zum schwarzen Loch

Kohle und Eisenerz bildeten im letzten Jahrhundert die Grundlage und Voraussetzung für die Entwicklung des industriellen Reichtums. Das Ruhrgebiet wurde aufgrund dieser Vorkommen *das* deutsche Industrialisierungszentrum überhaupt. Das Erstürmen von Kohlenzügen gehörte nach Kriegsende vielfach noch zur Sicherung der Existenzgrundlage. Doch nach der ersten Aufschwungphase des BRD-,,Wirtschaftswunders'' ging es bald schrittweise bergab mit der deutschen Kohle. Das billige Öl verdrängte die teure Kohle. Bis zur ersten Ölkrise, bis 1973, sackte der Steinkohleanteil von 85% auf unter 25% der gesamten Energieversorgung. (6) Vom ständig steigenden Energiebedarf in der BRD (Verdoppelung des Energiebedarfs in jeweils 10 Jahren) hatte die Kohle nur anfangs noch ein Stück abbekommen. 1958 erreichte die Kohleförderung mit 143 Mio. Tonnen pro Jahr den Höhepunkt, 600.000 Menschen waren im Bergbau beschäftigt. Bis Mitte der 60er Jahre blieb der Kohleabsatz noch stabil. Um diesen Anteil zu halten, war bereits eine erste gewaltige Rationalisierungswelle in den Zechen durchgezogen worden: Rund ein Drittel der

bil. Um diesen Anteil zu halten, war bereits eine erste gewaltige Rationalisierungswelle in den Zechen durchgezogen worden: Rund ein Drittel der

Zechen (56 an der Zahl oder zwei in drei Monaten) wurden geschlossen und die Belegschaften um ein Drittel (auf 390.000 Bergleute) bis 1965 reduziert, während die Schichtleistung pro Arbeiter von 1,6 auf 2,7 Tonnen heraufgefahren worden war.

Ab Mitte der 60er Jahre wurde die Kohleförderung stetig verringert, 1973 waren 100 Mio. Tonnen Jahresförderung bereits unterschritten. Bei Beginn der Ölkrise hatte die Kohle die erste Krise noch nicht hinter sich gebracht. Die Verluste bei der Kohle wurden dem Staat und dem Verbraucher aufgehalst. Ab 1966/67 begannen die Verhandlungen über eine gemeinsame Ruhrkohle AG. 1969 wurden 26 Einzelgesellschaften und 52 Zechen (mehr als 120 waren beim ,,Zechensterben'' auf der Strecke geblieben) mit 185.000 Beschäftigten in die Ruhrkohle AG eingebracht. (Es gibt außerdem die Saarbergwerke.) Der 1969 zwischen Staat, Kohleindustrie und IG Bergbau geschlossene Vertrag kostete dem Staat jährlich mehrere Milliarden an Zuschüssen, darunter weitere Stillegungsprämien (1976 gab es noch 32 Schachtanlagen). Die in der BRD aus mehreren tausend Metern Tiefe geförderte Kohle war trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen weder gegenüber dem Öl, das sogar mit horrenden Steuern belastet wurde, noch der im Tagebau billig geförderten Importkohle aus Kanada oder Australien, noch der auf den Knochen der Schwarzen geförderten Südafrika-Kohle konkurrenzfähig. (20)

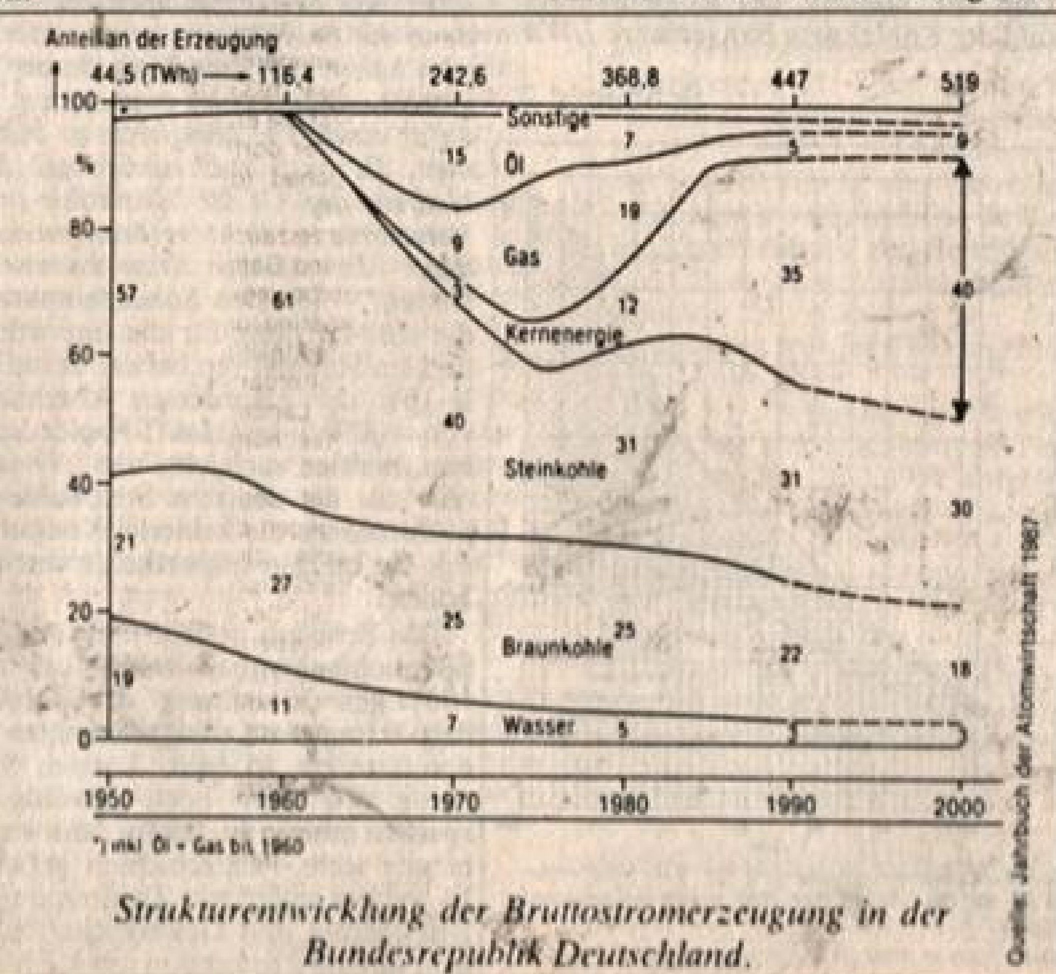
Inzwischen kostet Importkohle auch nach dem Überseetransport in der BRD nur rund 40% der Ruhr- oder Saarkohle. Die Energieprognose der Bundesregierung ging vor der Ölkrise statt von der dann eingetretenen Stabilisierung des Energieverbrauchs noch von einer Verdoppelung bis 1985 aus, rechnete aber gleichzeitig mit einer Halbierung des Steinkohlenverbrauchs auf 50 Mio. Tonnen pro Jahr, 8% der Energie sollten noch aus Steinkohle gedeckt werden. (7)(8)(9)

Nach der Ölkrise konnte der Kohlebergbau in der Bundesrepublik noch einmal aufatmen. Bis zur Ölkrise waren die Staatsmilliarden für den Bergbau mehr eine sozialpolitische Abfederungsmaßnahme für den Niedergang der Kohle und das Freihalten der Kapitalisten von Schaden. Seither ist die Kohlesubvention eine ,,Sicherheitsprämie für unsere nationale Energieversorgung'', wie das IGBE-Chef Meyer nennt (s.o.); ,,Kohlevorrang-Politik'' heißt das in SPD-Programmen. 1974 erklärte die Bundesregierung zur Steinkohlenförderung: *,,Die politische Verantwortung der Bundesregierung erfordert jedoch in der gegenwärtigen Lage die derzeitige Förderkapazität* (damals 94 Mio. Tonnen Steinkohle) *solange vorzuhalten, bis die internationale Energielage übersichtlicher und kalkulierbarer geworden ist.''* (10) Seither ist die Kohleproduktion tatsächlich fast stabil gewesen, sie schwankte in den 70er Jahren und bis 1983 zwischen 90 und 96 Millionen Tonnen und sackte in den letzten Jahren mit der Verbilligung des Öls und der Energiepreise schnell auf 80 Millionen Tonnen ab, die in diesem Jahr erstmals deutlich unterschritten werden. Seit der ersten Ölkrise gilt, daß die Hoffnung für die Kohle um so besser stand, je krisenhafter die Entwicklung auf dem Energiemarkt war. Jede Ent-

Hoffnung für die Kohle um so besser stand, je krisenhafter die Entwicklung auf dem Energiemarkt war. Jede Ent-

spannung, jedes Sinken der Ölpreise brachte umgekehrt eine Gefährdung für den Kohleanteil, da rechnerisch ihr Einsatz und ihre dauerhafte Subvention schon immer ,,volkswirtschaftlich absurd'' war. Und da sieht es für die Zukunft der Kohle ganz schwarz aus, denn gesetzmäßig wird der sprunghafte Anstieg der Subventionen die Kohlevorrangpolitik zum Einsturz bringen, nur eine baldige große internationale Krise bzw. Energiekrise könnte die Kohle davor bewahren. Eine erst einmal stillgelegte Zeche kann kaum wieder in Betrieb gesetzt werden.

Kohle wird auf allen Ebenen subventioniert: es gibt einen Hüttenvertrag bis zur Jahrhundertwende, wonach in der Stahlindustrie in der BRD die ,,heimische Kohle'' einzusetzen ist(subventioniert natürlich). Die Stahlproduktion in der BRD befindet sich aber in rasanter Talfahrt. Es gibt die sogenannte Kokskohlenhilfe, d.h. Exportsubventionen für die Kohle, die jedoch nach der neuen Koalitionsvereinbarung ab 1988 gestrichen wird. In diesem Artikel wird schwerpunktmäßig die Kohleverstromung behandelt werden, die heute sozusagen das entscheidende Standbein der Kohleförderung geworden ist und für die in den 90er Jahren über die Hälfte der Kohle verbraucht werden soll.



Strukturentwicklung der Bruttostromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach 1973 wurde eine teure Autarkiepolitik insbesondere für die Stromerzeugung konsequent geplant und durchgeführt:

— Der Kernenergieanteil sollte zügig ausgebaut werden, nach kräftigen Verzögerungen und Verteuerungen um einen Faktor Zehn wurde dieser Anteil inzwischen auf 19.000 MW Leistung und ein Drittel der Stromerzeugung gesteigert. Vor allem in den letzten Jahren ging diese Steigerung vonstatten. (12) Ziel ist ein Anteil von ca. 40% der Stromerzeugung.

— Der Kohleanteil sollte auf gut 30% der Stromerzeugung gehalten werden. Nach dem ersten ,,Verstromungsgesetz'' von 1974 sollten 33 Mio. Tonnen Kohle aus deutschen Revieren verfeuert werden. Nach der zweiten Ölkrise 1979 wurde im sogenannten Jahrhundertvertrag sogar vereinbart, daß bis Anfang der 90er Jahre der Kohleeinsatz auf bis zu 47,5 Millionen Tonnen Steinkohle gesteigert würde. Der Vertrag läuft 1995 aus.

satz auf bis zu 47,5 Millionen Tonnen Steinkohle gesteigert würde. Der Vertrag läuft 1995 aus.

— Ein Fünftel der Stromerzeugung sollte aus Braunkohle erzeugt werden. Immerhin besitzt die BRD die größten Braunkohlevorkommen Westeuropas im Rheinland. Dort werden im Tagebau ganze Regionen um Hochhausgröße abgetragen. Die Förderungskapazität beträgt 120 Mio. Tonnen, das entspricht etwas über 30 Mio. Tonnen Steinkohle. Der Braunkohlenstrom kostet derzeit ca. 8 Pf pro Kilowattstunde und ist damit konkurrenzlos billig.

— Strom aus Gas und vor allem aus Öl sollte nach dieser Planung zielstrebig auf ein Restminimum heruntergefahren werden, um die Abhängigkeit vom Öl zu verringern. Beim Erdgas werden immerhin noch für die nächsten 30 Jahre rund 30% in der BRD selbst gefördert.

Vergleicht man dieses Programm mit dem französischen Stromprogramm, das weltweit den derzeit höchsten Kernenergieanteil mit rund 70% bei der Verstromung aufweist, so ergibt sich tatsächlich der entscheidende Unterschied darin, daß die BRD-Planung 50% des Stroms aus heimischen Kohlevorkommen deckt. In allen revierfernen Regionen ist aber der Kernenergieanteil mindestens so hoch wie in Frankreich. Hamburg mit der HEW und über 70% Kernenergieanteil ist dafür ein typisches Beispiel.

Wie tiefgreifend diese Umstrukturierung war, läßt sich am einfachsten an der Entwicklung des Kraftwerksparks der Elektrizitätsindustrie verdeutlichen.

(siehe Schaubild 2, nächste Seite)

Nach der Ölkrise war die Planung neuer Öl- und Gaskraftwerke verboten worden (9), trotzdem lieferten vor der Ölkrise geplante und in Angriff genomme Öl- und Gaskraftwerke den Löwenanteil zur Erhöhung der Kraftwerkskapazität, die 1980 knapp 85.000 MW erreichte (+ 18.000 MW). Erst nach 1980 ist der Zuwachs nur noch durch Kohle- und Kernkraftwerke zu verzeichnen, die teilweise die überalteten Kohlekraftwerke ersetzen. Inzwischen sind nahezu 100.000 MW installiert, wobei 19.000, d.h. ein Viertel AKWs sind. Der Stromverbrauch hat aber selbst bei Spitzen im Winter niemals 60.000 MW überschritten. Auf dieser Basis werden die Öl- und Gaskraftwerke nur bei Stromschwankungen und damit wenige Stunden im Jahr zugeschaltet.

(siehe Schaubild 1, nächste Seite)

Der Pakt von Kernenergie und Kohle

Das Verstromungsprogramm der BRD, das nach der ersten Ölkrise festgeschrieben wurde, stellt so etwas wie einen Pakt der teuren, aber außenwirtschaftlich ,,unabhängigen'' Kern- und heimischen Kohlenergie dar. Als 1980 der ,,Jahrhundertvertrag'' mit den E-Werken geschlossen wurde, der bis 1995 die Kohlekontingente zur Verstromung festschreibt, wurde ausdrücklich vereinbart, daß Kohle und Kernenergie auf gegenseitige Angriffe verzichten bzw. intern beizulegen versuchen sollten. (19)

Es wundert nicht, daß die militantesten Vertreter dieses Paktes in den Gewerkschaften sitzen. Die IG-Bergbau, die Bereiche der ÖTV oder IG-Metall, die in diesem Sektor beschäftigt sind, bilden seit eh und je eine Lobby ihrer Industriebranche und eine Art gelbe Gewerkschaft innerhalb des DGB. Bei

bilden seit eh und je eine Lobby ihrer Industriebranche und eine Art gelbe Gewerkschaft innerhalb des DGB. Bei

der ersten Rationalisierungswelle spielte die IG-Bergbau mit und brach den Einfluß kommunistischer Gewerkschafter. 1976 fragte die ,,Welt der Arbeit'' (26.11.76), *,,ob der Rationalisierungsprozeß im Ruhrkohlenbergbau ohne Mitbestimmung überhaupt durchführbar, und wenn ja, in dem Zeittempo so harmonisch vollziehbar gewesen wäre.''* (9) In den 70er Jahren organisierten diese Gewerkschaften Demonstrationen für die Kernenergie und gegen Umweltschützer und das ,,opportunistische Zurückweichen'' davor. (9)(21) Auch heute macht die IGBE wieder mit bei Rationalisierungsabkommen und fordert sowohl gegenüber CDU und FDP als auch gegenüber der SPD die Einhaltung des alten Konsenses für Kernenergie und Kohle. (s.u. und (21))

Päpstlicher als der Papst

Die der Kern- und Kohleindustrie nahestehende Zeitschrift ,,Energiewirtschaftliche Tagesfragen'' schrieb unter dem Titel: die ,,Ökologische Herausforderung annehmen'': ,,Interessant ist auch, wie sich der Bergbau verhielt, als sich die Umweltschützer straffer organisierten bis hin zur Gründung der Grünen Partei. Am meisten Angst vor den ,Grünen' zeigte die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Die Forderungen nach Entstaubung, Entschwefelung und neuerdings auch nach Entstickung der Kohlekraftwerke wurden von der Bergarbeitergewerkschaft ,aus Sorge um die Arbeitsplätze' auch dann noch verteufelt, als sich im Ruhrkohle-Vorstand schon längst die Einsicht durchgesetzt hatte, daß angesichts der wachsenden Sensibilität der Bevölkerung für Umweltfragen der Bergbau nur noch mit sauberen Kraftwerken eine Zukunft haben könne.''

Kommentar der ,,Einheit'', Zeitung der IGBE: Eine *,,fast bösartige Unterstellung''*, eben nur fast. (3)

Dieser von Gewerkschaften so militant verteidigte Pakt zwischen Kernenergie und Kohle ist natürlich teuer bzw. ,,volkswirtschaftlich absurd'' (Bangemann), mit diesem Stromprogramm leistet sich die BRD im internationalen Vergleich ein reichlich hohes Strompreisniveau.

(siehe Schaubild 4, nächste Seite)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schaubild 1

Ausnutzungsdauer der Kraftwerke der öffentlichen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1982 bis 1985

	1982 h[1])	1983 h[1])	1984 h[1])	1985 h[1])
Laufwasser	6 027	5 652	5 556	5 178
Kernenergie	**6 123**	**6 038**	**7 048**	**7 425**
Braunkohle[2])	6 778	6 890	6 939	6 505
Steinkohle einschließlich Steinkohlen-Mischfeuerung	4 478	4 752	4 593	4 215
Gas	2 387	2 395	2 223	1 446
Öl	697	421	256	366
Insgesamt[3])	4 108	4 136	4 299	4 246

[1]) Summe der Quotienten aus monatlicher Stromerzeugung und monatlicher Engpaßleistung.
[2]) Ab 1975 einschließlich Hartbraunkohle.
[3]) Einschließlich Müllkraftwerke, Pumpspeicher, Speicherkraftwerke.

Quelle: Jahrbuch der Atomwirtschaft 1987

Der Pakt bzw. dieses Programm kann natürlich mit teuren Strompreisen, die auf den Verbraucher abgewälzt werden, bestens leben, aber das kann nur funktionieren, solange im Rahmen der internationalen Konkurrenz die Strombelastung der BRD nicht allzu sehr aus dem Rahmen fällt oder anders ausgedrückt; Jede Kohleverteuerung bzw. Verbilligung anderer Energie übt entsprechenden Druck auf dieses Gebäude aus.

Nach dem Ölpreisschub 1973 kam es sehr schnell wieder zu einer gewissen Entspannung des Energiemarktes, die Industriepreise zogen kräftig an, der Dollarkurs, der entscheidenden Einfluß über den Ölpreis hat, fiel in der BRD wieder ab und infolgedessen auch der ans Öl gebundene Gaspreis. Und schon wurde der Gasanteil bei der Verstromung heraufgefahren. Statt der vereinbarten 33 Mio. Tonnen Steinkohle wurden 1975 nur 27 Mio. Tonnen verstromt, die Elektrizitätsfirmen wollten den Kohleanteil weiter auf 20 bis 25 Mio. Tonnen senken. (9) 1975 war der Kohlepfennig eingeführt worden, d.h. eine Kohlesubvention von 0,77 Mrd. DM 1975, bzw. schon 1,26 Mrd. DM 1976 (s. Kasten zum Kohlepfennig). Das reichte aber nicht. Anfang 1977 drohte Ludwig Riemer für die NRW-Landesregierung: „*Wenn nicht fürderhin mehr Steinkohle verstromt wird als bisher, soll die Abnahmepflicht gesetzlich geregelt werden.*" Im April konnte dann der Erfolg vermeldet werden: Ab 1978 verstromte die E-Wirtschaft tatsächlich 33 Mio. Tonnen Steinkohle. Der Staat hatte für diese „freiwillige" Vereinbarung noch einmal kräftig in die Tasche gelangt: 1 Mrd. DM an zusätzlicher Kohlesubvention (zum Kohlepfennig hinzu, Summa Summarum 2,5 Mrd. jährlich), 1,5% Mrd. DM wurden aus EG-Investitionshilfen dafür bereitgestellt, damit der Neubau von Kohle-
vention (zum Kohlepfennig hinzu, Summa Summarum 2,5 Mrd. jährlich), 1,5% Mrd. DM wurden aus EG-Investitionshilfen dafür bereitgestellt, damit der Neubau von Kohle-
kraftwerken in Gang käme. (9)

Die zweite Ölkrise ab 1979 brachte einen noch viel höheren Ölpreisschub, und nun plante man ein ganz neues Kohlezeitalter und Kohleveredelung im großen Stil (s. Teil I im letzten AK dazu). In dieser Zeit (1980) wurde der „Jahrhundertvertrag" geschlossen, der eine „*kontinuierliche Erhöhung der Steinkohlelieferungen zur Stromerzeugung in Elektrizitätswerken*" vorsah, von 33 Mio. auf 47,5 Mio. Tonnen. Der Markt sollte für die Importkohle geöffnet werden, da man hoffte, zusätzlich gewaltige Kohlemengen im „neuen Kohlezeitalter" absetzen zu können. Doch auch dieser Vertrag war nur gegen „*längeren Widerstand*" der E-Werke zustandegekommen. (13)

In diesem Jahr kam es wiederum zum offenen Streit um die Kohlezukunft, nachdem über den Kohlepfennig für ein Jahr 5,6 Mrd. DM aufzubringen waren.

Der Milliarden-Pfennig

Der Kohlepfennig wurde 1975 mit dem „3. Verstromungsgesetz" als „*Ausgleichsabgabe zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes*" eingeführt und beim Verbraucher auf die Stromrechnung prozentual draufgeschlagen, d.h. vor allem bei Privatpersonen mit hohen Stromtarifen. Der Kohlepfennig wird jährlich neu festgesetzt, bis zu 4,5% kann der Wirtschaftsminister festsetzen, für höhere Prozentsätze, wie Anfang 1979 und in diesem Jahr, ist das Parlament zuständig.

Errechnet wird dieser Pfennig nach folgendem System: Für 23,8 Mio. Tonnen Steinkohle wird die Preisdifferenz zum Öl ermittelt (Heizöl ist derzeit 85 DM pro Tonne SKE billiger als Kohle, die 255 DM kostet. (SKE = Steinkohleeinheit, das ist die Energieeinheit, die aus einer Gewichtseinheit Kohle gewonnen werden kann, eine Tonne Heizöl liefert mehr Energie, wird aber das Äquivalent von Heizöl in Rechnung gestellt). Bei weiteren 11 Mio. Tonnen wird die Differenz zum Durchschnittspreis bei der Importkohle bezuschußt (145 bis 175 DM pro Tonne billiger). Allerdings ist hier der Zuschuß seit 1980 auf 1,3 Mrd. DM begrenzt worden. Im Kohlepfennig sind außerdem noch Zuschüsse für den erschwerten Transport und andere Erschwernisse berechnet. 1986 hatte der Wirtschaftsminister seinen maximalen Spielraum mit 4,5% ausgeschöpft, wodurch 1,9 Mrd. DM an Zuschuß auf 1987 abgewälzt wurden. Der nun vom Parlament beschlossene Satz von 7,5% reicht hinten und vorne nicht, doch die notwendigen 12% mochte niemand beschließen, stattdessen soll dafür ein Kredit von 2 Mrd. DM eingeräumt werden, damit diese Summe auf spätere Jahre abgewälzt werden kann. (14)

Der Kohlepfennig

Jahr	Aufschlag (Durchs.)	Aufkommen (in Mrd. DM)
1975	3,24	0,77
1976	4,5	1,26
1977	4,5	1,54
1978	4,5	1,57
1979	6,2 4,5	2,18
1980	4,5	1,82
1981	4,5	1,90
1982	4,2	2,05
1983	3,5	1,95
1984	3,5	1,95
1985	3,5	2,13
Summe		**19,12**

Summe 19,12

Im Rahmen dieses Streites um die Festsetzung des Kohlepfennigs fiel auch das Interview Bangemanns in der „Welt". Das Interview war so eine Art Herausforderung zum Startschuß, der längerfristige bestimmte Wirkungen auslösen sollte. Hierzu noch einige weitere Passagen aus dem Interview: „*Deshalb habe ich mich geweigert, diese Subventionen weiter so fortzusetzen, wie wir das in der Vergangenheit getan haben. (...) Natürlich werden wir sozialpolitisch alles tun, daß die betroffenen Menschen andere Arbeitsplätze erhalten. Aber wir werden diese Industriezweige nicht am Leben erhalten können. (...) Ich gebe zu, daß wir dafür viel Mut aufbringen müssen.*" Und zur Zukunft des Kohlepfennigs und der Kohle sagte Bangemann: „*Wir werden sehen; wie weit wir in Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen kommen. Vielleicht werden wir noch etwas entgegenkommen. Viel wird es aber nicht sein. (...) Dann müssen wir prüfen, was wir finanziell leisten können und die Mengenstruktur der Kohleförderung neu berechnen. Die Kapazität muß zurückgefahren werden.*" Im „Einheit-Telegramm" der IG-Bergbau hieß es dazu: „*Helle Empörung bei den Bergleuten (...) Frontalangriff gegen Kohle — Jetzt muß der Kanzler handeln*". Bei einer Arbeitslosenquote von 15% in Revierstädten werde „*mit leichter und leichtsinniger Hand die deutsche Kohle als einzige nennenswerte Energiereserve zum Abschuß freigegeben*". (5) Man organisierte in den Bergwerken Appelle an Kohl, hatte der doch bei einer gemeinsamen Grubenfahrt am 13.11.86 mit IGBE-Chef Meyer und Norbert Blüm vollmundig verkündet: „*Diese Bundesregierung und ich selbst sehen unsere Pflicht und stehen zur deutschen Steinkohle. Ich weiß, daß der deutsche Bergbau nicht allein gegen Dollarkurs und Ölpreisverfall anrationalisieren kann. Dies sind weltwirtschaftliche Vorgänge, die einen langen Atem und unsere finanzielle Solidarität erfordern.*" (5) Schließlich besuchte sogar eine Abordnung von Bergleuten den Kanzler in Bonn. Trotzdem werden laut Koalitionsvereinbarung ab 1988 die Exportsubventionen für die Kohle gestrichen und außerdem heißt es, daß über die „*Strukturelemente des Kohlepfennigs einschließlich seiner Berechnungsmethode neu entschieden werden müssen.*" (zitiert nach 4)

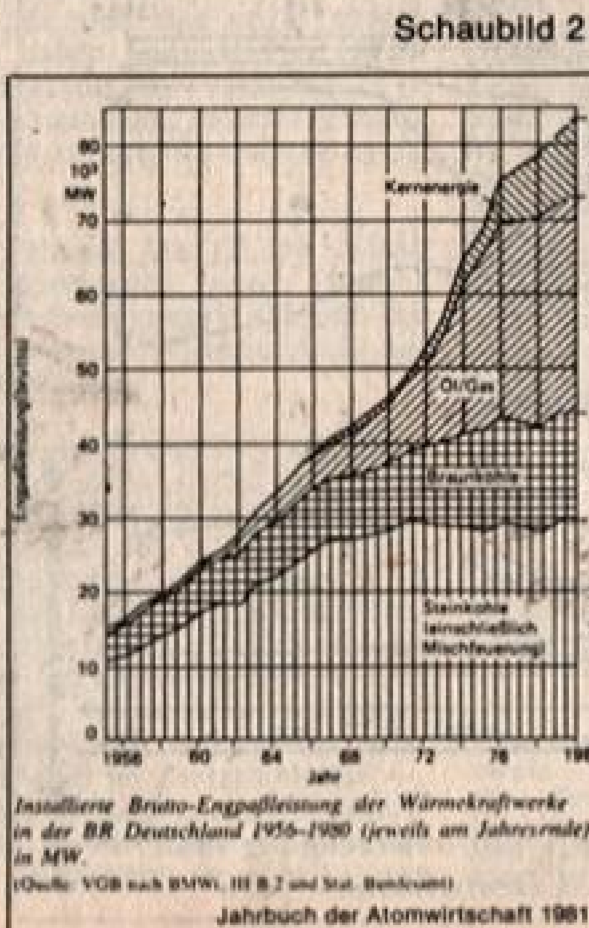
Nun hatte Kohl dann in seiner Regierungserklärung das übliche Bekenntnis zur Kohle erneuert und erklärt: „*Wir wollen und werden auf die Kohle als einzige nennenswerte nationale Energiereserve nicht verzichten. Sie wird auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten.*" Kohl hatte aber gleichzeitig die CDU-Bundesländer, wie Schleswig-Holstein, Bayern, etc., die mit ihrem hohen Kernenergieanteil den Kohlepfennig nicht mehr zahlen wollten, verteidigt: „*Niemand kann erwarten, daß die revierfernen Bundesländer die Lasten der Verstromungsregelung weiter in vollem Umfang mittragen, wenn sie andererseits gehindert werden, die Kernenergie zur Senkung ihrer Stromkosten zu nutzen.*" Damit sollte der SPD, die in vollem Umfang an der Kohlevorrangpolitik festhält und die Erhöhung des Kohlepfennigs vehement einklagte, die Drohung verpaßt werden, schleunigst zum alten Energiekonsens unter Einschluß der Kernenergie zurückzukehren. Ungeachtet seines „Bekenntnisses zur Kohle ließ Kohl in der Regierungserklärung keinen Zweifel daran, daß es dem Bergbau an den Kragen geht: „*Der Bergbau muß seinerseits verstärkte Anstrengungen zur Kostensenkung unternehmen. Gleichzeitig kann die Bundesregierung die zurückgehende Nachfrage der Stahlindustrie und*
„Der Bergbau muß seinerseits verstärkte Anstrengungen zur Kostensenkung unternehmen. Gleichzeitig kann die Bundesregierung die zurückgehende Nachfrage der Stahlindustrie und
auf dem Wärmemarkt nicht ersetzen. Aber auch in Zukunft wird sie Kapazitätsanpassungen im Kohlebergbau sozial flankieren."

Graf Lambsdorff machte dann in seiner Bundestagsrede zum Kohlepfennig deutlich, daß jedes Rühren am Jahrhundertvertrag der Kohle ganz schnell das AUS bringen wird: „*Wer den geltenden Jahrhundertvertrag zwischen Bergbau und Elektrizitätswirtschaft (...) auch nur in Einzelheiten (...) ändern will, gefährdet den gesamten Vertrag und bringt das stärkste Standbein des deutschen Bergbaus, nämlich die Verstromung zum Einsturz. (...) Wer den Kohlepfennig heute in Frage stellt, gefährdet sofort den Steinkohleeinsatz und damit die Existenz von Schachtanlagen im Revier, denn die Energieversorgungsunternehmen haben sich langfristig darauf eingestellt, Steinkohle einzusetzen und dafür einen Preisausgleich zu bekommen. Es muß auch unbedingt dabei bleiben, daß Öl die Steinkohle in der Verstromung nicht verdrängen kann, denn ‚die nächste Krise kommt bestimmt'.*" (5) Den Sozialdemokraten, die eine Öffnung für die Importkohle und ein Hochfahren bei der Braunkohle (bei der geforderten Abschaltung von AKWs) im Hauff-Papier vorsehen, hielt er auch vor, das „*Todesurteil*" für die deutsche Steinkohle herbeizuführen, die keinerlei Konkurrenz mit der billigen Importkohle vertragen könne.

Das Problem besteht darin, daß der Steinkohlenbergbau selbst bei einer 100%igen Einhaltung des Jahrhundertvertrages mit einer maximalen Förderquote bis 45 Mio. Tonnen Steinkohle pro Jahr noch gewaltig abspecken müßte. In diesem Jahr wurden bereits sechs Feierschichten gefahren, 13 weitere sollen mit Zustimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften folgen, um die Produktion um 4,5 Millionen Tonnen auf 74 Millionen zu senken. Die Stahlwerke nehmen derzeit 24,5 Mio. Tonnen und somit ein Drittel weniger als 1985 ab, der verbleibende Wärmemarkt wird weitgehend zusammenbrechen. Innerhalb der letzten vier Jahre ist die Zahl der Kumpel noch einmal um 21.000 gefallen, es wird bereits diskutiert, Zechen mit einer Jahreskapazität von sechs bis sieben Mio. Tonnen stillzulegen. Andererseits ist offenkundig, daß die E-Wirtschaft aufgrund ihrer Überkapazitäten Schwierigkeiten hat, die vereinbarte Kohle zu verstromen; 1986 wurde sogar die Kernenergie um 5,1% und die Braunkohle sogar um 8% heruntergefahren, was natürlich erhebliche Verteuerungen bringt. (15)

(siehe Schaubild 3)

Schaubild 2



Installierte Brutto-Engpaßleistung der Wärmekraftwerke in der BR Deutschland 1956-1980 (jeweils am Jahresende), in MW.
(Quelle: VDB nach BMWi, III B 2 und Stat. Bundesamt)
Jahrbuch der Atomwirtschaft 1981

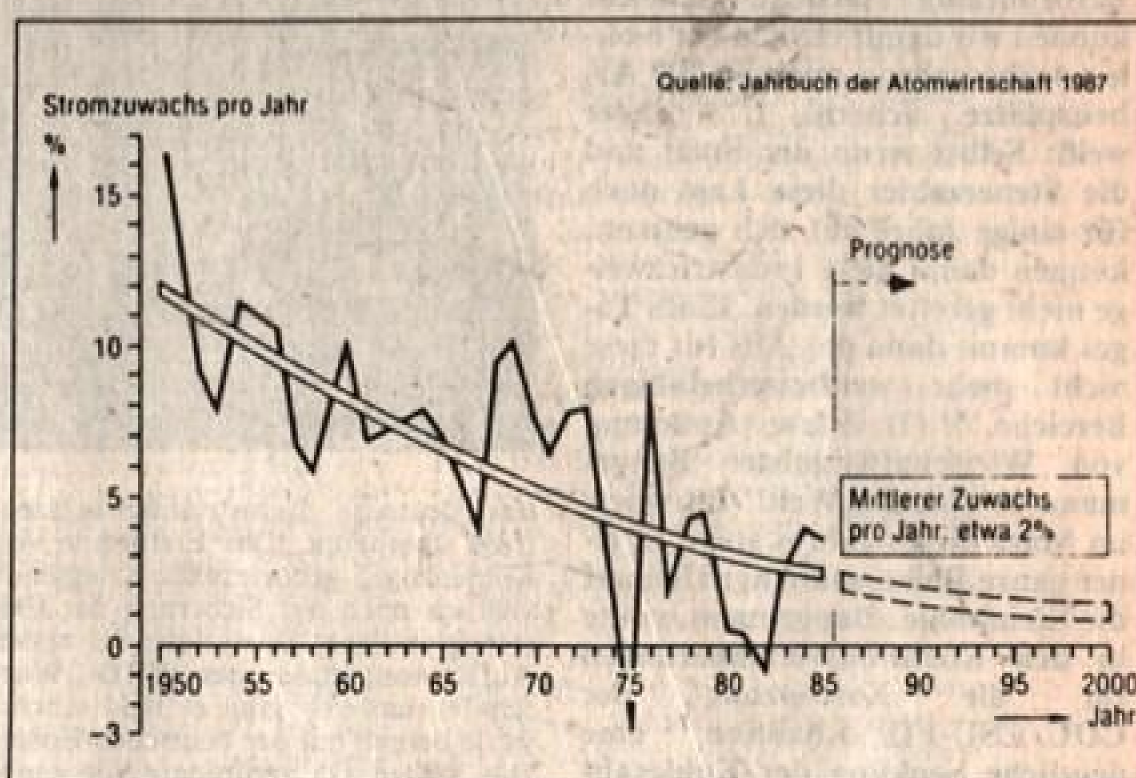


Schaubild 3

Es ist nicht die Frage, ob sich die Kohle auf Dauer halten können wird, wie es derzeit ein Lambsdorf noch lautstark im Bundestag verkündet, sondern die Frage, wieviel Abbau man dem Kohlebergbau „sozialverträglich" zumuten kann. Und so jammert auch der IGBE-Chef Meyer in der Gewerkschaftszeitung „Einheit": „*Noch zwei Jahre läuft der in der Bonner Kohlerunde im Oktober 1983 von allen Verantwortlichen verabredete Anpassungsprozeß im deutschen Steinkohlenbergbau. Bergbau und Bergleute haben ihre Pflichten bis heute schon mehr als erfüllt. Drei Jahre (!) konstante Produktionskosten und Preise sind nur ein herausragendes Beispiel dafür.*" (2) (Man vergleiche das mit den Auseinandersetzung im britischen Bergbau.)

Strom wird in Deutschland immer teurer

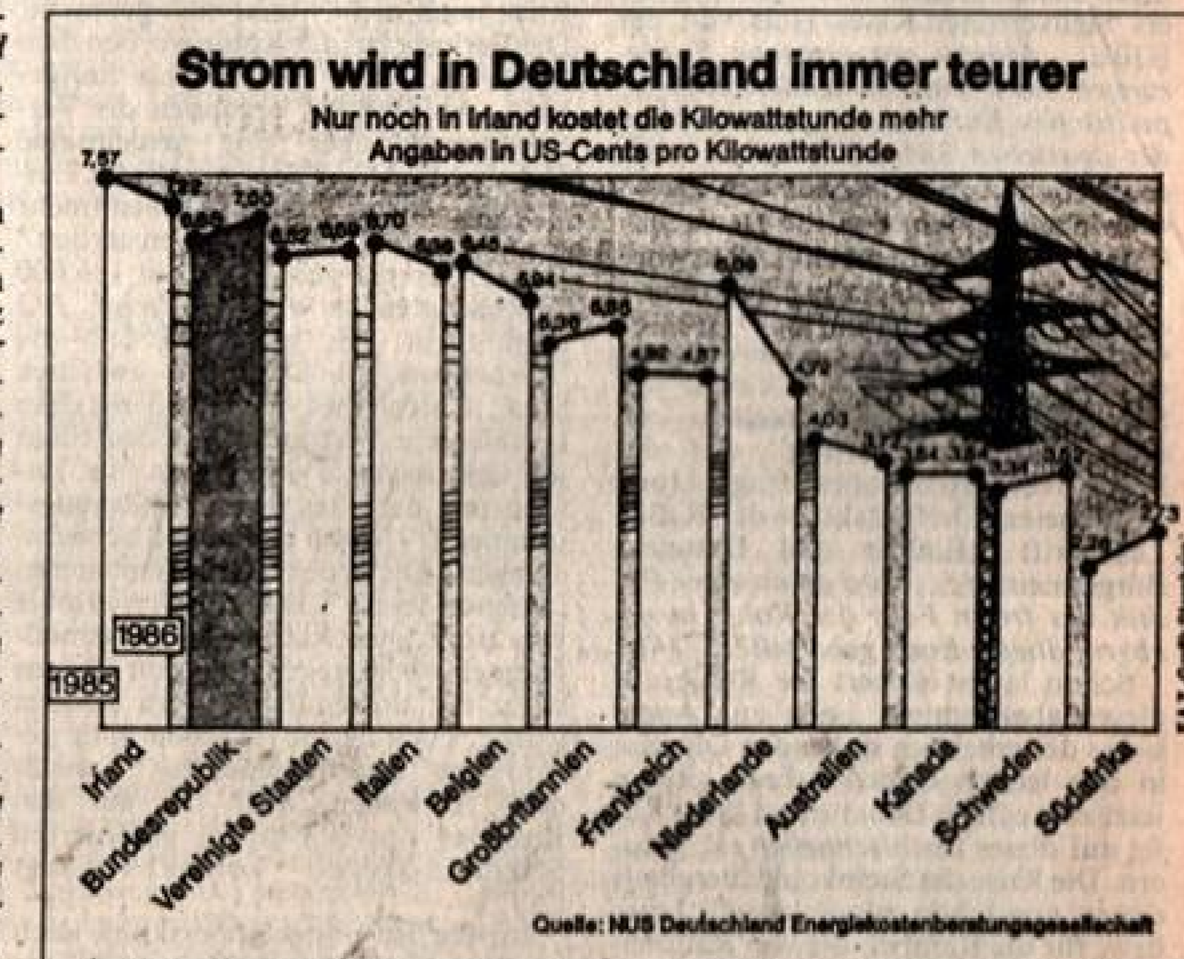


Schaubild 4

Aber genutzt hat die Zustimmung für die Aussonderung von über 20.000 Bergleuten offenbar nicht, noch vor Vertragsende wird alles infrage gestellt. Horst Niggemeier, auch so ein Gewerkschaftsführer mit Verständnis für Entlassungen, klagt: „*Längst ist nicht mehr davon die Rede, daß Änderungen in der Kohlepolitik nur insoweit erfolgen sollen, ‚wie dies sozialverträglich und beschäftigungspolitisch möglich ist'.*" (4) Als dann eine in dem Biedenkopf-Institut erstellte Studie seines Mitarbeiters Miele vorgelegt wurde, die prognostizierte, daß innerhalb der nächsten 15 Jahre die Zahl der Kumpel auf 20.000 schrumpfen werde, da forderten Blüm und Geißler noch vor der Veröffentlichung Biedenkopf auf, damit „*behutsam*" umzugehen. Norbert Lammert von der CDU-NRW distanzierte sich vom Miele-Gutachten und unterstützte den Jahrhundertvertrag, weil „*die an anderer Stelle unvermeidlichen Rückgänge der Förderung nach meiner festen Überzeugung sonst einen sozialverträglichen Abbau der Kapazitäten, den wir alle wollen, nicht mehr möglich machen.*" (16) Die „Westfälischen Nachrichten" schrieben, es sei für die Bundesregierung zwar verlockend, die Ruhrkrise der SPD anzulasten, das sei aber zu zynisch und zu gefährlich: „*Denn wer weiß, ob nicht eines Tages das Arbeitslosenheer im Ballungsraum Revier zu einem Pulverfaß wird, auf dem die gesamte Bundesrepublik sitzt.*" (17) Es geht also derzeit wohl mehr darum, ob man den Bergbau nicht schneller, als im Jahrhundertvertrag vorgesehen ist, zu Grabe tragen soll, und ob das „sozialpolitisch" verträglich ist, wie das heute heißt. In einer weiteren (DPU-)Studie des SPD-Abgeordneten Reinhard Schultz, die für den Cappenberger Schloßherrn Graf von Kanitz erstellt wurde, wird die Behauptung aufgestellt, daß die Gesamtsubventionen für die Steinkohle sich jährlich auf über 36 Mrd. DM addierten, während die Bruttoproduktion sich nur auf 24 Mrd. belaufe.

NRW-Arbeitsminister Hermann Heinemann und der SPD-Fraktionsvorsitzende aus NRW, Friedhelm Farthmann, haben die Schultz-Studie als „*abstruse Meinung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens*" bezeichnet, die „*eine Fülle von Ungereimtheiten und Denkfehlern*" enthalte und (sicher nicht) „*die Auffassung der SPD*" wiedergebe. Der VEBA-Chef Bennigsen-Foerder nannte sie in einem Brief an Auftraggeber Graf Kanitz eine „*Mischung aus Mißverständnissen und Wunschvorstellungen*", bei der außerdem Rechenfehler zu verzeichnen seien. Die Ruhrkohle AG qualifizierte sie als „*völlig wertlose Studie*", und die IGBE schimpfte, daß

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

,,seit der Billigölschwemme Hochkonjunktur für energiepolitische Abenteurer à la Miegel und Schultz'' herrsche. Doch eine einfache Nachrechnung ergibt, daß man tatsächlich mehr als die doppelte Menge an Importkohle für den gleichen Preis beziehen könnte, d.h. im Grunde auf verschiedene Weise mehr als der Kohleumsatz direkt subventioniert oder anders bezahlt wird.

Schultz hat natürlich recht, wenn er in einem Interview der Behauptung, daß die Versorgungssicherheit nur durch die deutsche Kohle gewährleistet sei, entgegenhält: *,,Das ist das lächerlichste Argument. Wir sind auf allen wichtigen Rohstoffsektoren von Lieferungen aus dem Ausland abhängig. Hier wird quasi eine Autarkie mit ständiger Kriegsbereitschaft begründet. Was man verhindern muß, ist, daß man von einem Lieferanten ökonomisch erpreßbar wird. Das aber ist überhaupt kein Problem.''* Bei der Fortsetzung der jetzigen Politik sei *,,das Staatsversagen vorprogrammiert.''* (18) Da wird es aber wohl kaum zum Staatsversagen, sondern eher zum Versagen weiterer Subventionen kommen, spätestens 1995 dürfte es soweit sein:

,,1995 läuft der Jahrundertvertrag aus, und die Bergbauunternehmen wollen dann, so haben sie unterschrieben, ‚keine weiteren Forderungen bezüglich der für die Verstromung einzusetzenden Mengen an inländischer Steinkohle erheben'. Spätestens dann werden Zehntausende von Bergleuten ihre Grubenlichter ausblasen und stempeln gehen.'' Das schrieb die ,,Wirtschaftswoche'' schon 1984. (19) Heute

peln gehen.'' Das schrieb die ,,Wirtschaftswoche'' schon 1984. (19) Heute

gibt es *,,angekündigte Produktionsstillegungen oder -einschränkungen in fast allen Bergbauzweigen''*, schreibt die Gewerkschaftszeitung. Da kann wohl nur noch EINER helfen, und tatsächlich, in diesem Jahr war der ''Papst bei den Bergleuten'', Schlagzeile der Gewerkschaftszeitung: *,,Papst und IGBE einig: Die Kohle braucht Hilfen!''* (18)

Wieder aktuell: Wie man eine Zeche stillegt

''Ich weiß genau, daß eine ganze Menge Stillegungsaktionen eingeleitet sind. Aber eine Stillegungsaktion im Bergbau geht nicht von heute auf morgen. Man kann sie natürlich auch von heute auf morgen machen, wenn man ein politisches Schauspiel wünscht, dann kann man solche Dinge durchaus von heute auf morgen machen, dann geht man hin und erklärt: Ab morgen oder in 14 Tagen wird die Grube stillgelegt. Wenn man es aber einmal mit Rücksicht auf die Belegschaft und zweitens mit Rücksicht auf das Geld, das man darin investiert hat, machen will, dann macht man das anders. In einer Grube sind für die Kohle, die ich heute abbaue, die Vorbereitungsarbeiten von 3 bis 5 Jahren gemacht worden, oder 3 bis 7 Jahre kann man vielleicht sagen. Wenn ich als heute zu dem Ergebnis komme, die und die Grube müsse stillgelegt werden, dann lege ich die Vorbereitungsarbeiten still, und dann kann ich noch 1, 2, 3, vielleicht sogar 4 und 5 Jahre wahrscheinlich sehr viel produktiver arbeiten, als ich bisher gearbeitet habe. Das ist allerdings meistens unwiderruflich.''

Dr. Ing. Helmuth Burckhardt, nach 1958 Vorsitzender des ''Unternehmensverbandes Ruhrbergbau'', Anfang 1959 im Spiegel (zit. nach 7)

HH

ANMERKUNGEN

(1) Bangemann-Interview in ,,WELT'', 23.3.87
(2) aus ,,Einheit'' Nr. 4, 15.2.87, Zeitung der IGBE
(3) aus ,,Einheit'' Nr. 5, 1.3.87
(4) aus ,,Einheit'' Nr. 6, 15.3.87
(5) aus ,,Einheit'' Nr. 7, 1.4.87
(6) s. Schaubild in Teil 1, AK 283, S. 14
(7) ,,Krise im Steinkohlenbergbau — Für wen?; eine dreiteilige AK-Serie aus dem Jahre 1973: AK 32, S. 17f; AK 33, S. 20f; AK 35, S. 9f
(8) s. Tabelle 1 in Teil 1, AK 283, S. 14
(9) ,,Der Bluff mit der Kohle'', AK-Sondernummer vom 8.7.77
(10) FR, 24.10.74, zitiert nach (11)
(11) ,,Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?'', Broschüre des KB, erschienen im November 1976
(12) Die Kernenergie wird im Teil III der Serie abgehandelt
(13) FAZ, 11.3.1980
(14) Angaben nach FR, 28.3.87
(15) FR, 5.Mai.1987
(16) aus ,,Einheit'' Nr. 8, 15.4.87
(17) aus ,,Einheit'' Nr. 9, 1.5.1987
(18) aus ,,Einheit'' Nr. 10, 15.5.1987
(19) ,,Wirtschaftswoche'' Nr. 23, 1.6.1984, S. 109
(20) Die IGBE fordert (ganz aus der Reihe) im übrigen den Boykott südafrikanischer Kohle(-Konkurrenz). IGBE-Chef Meyer nahm am NUM-Kongreß in Südafrika teil.
(21) Eine Zusammenfassung solcher gelber Gewerkschaftsaktivitäten ist nachzulesen in AK 273, S. 17: ,,Der ‚Aktionskreis Energie' — Eine faktisch gelbe Gewerkschaft''

Neue Atomwaffen für die Kriegsfähigkeit



Mikrowellen-Waffe: Wenn die Atomsprengladung gezündet wird, sorgen Antennen dafür, daß ein großer Teil der Energie in Form gebündelter Mikrowellen abgestrahlt wird. Damit ließe sich die ,,gehärtete'' Elektronik militärischer Einrichtungen — etwa eines Flottenverbandes oder Luftwaffenstützpunktes — lahmlegen, auch wenn die Waffe in einer Erdumlaufbahn (200 bis 500 Kilometer) gezündet wird.

Kanonenrohr-Waffe: Atomsprengköpfe dienen dabei als Treibladung für Anti-Raketen-Geschosse. In erdumkreisenden Rohren (oder auch an der Sohle tiefer Erdbohrungen) bringen die Atomtreibladungen bei ihrer Zündung Spezialgeschosse nach Art von Schrotkugeln auf eine Geschwindigkeit von 36.000 Kilometer pro Stunde. Die beschleunigten Projektile sollen feindliche Satelliten oder anfliegende Atomsprengköpfe zerstören.

EMP-Waffe: Der bei jeder atomaren Explosion freiwerdende elektromagnetische Impuls wird bei diesen Waffen so verstärkt, daß der elektromagnetische Blitz noch auf große Entfernungen hin jedwede Elektronik lähmt, Autozündströme unterbricht und — über Ballungszentren oder Millionenstädten gezündet — augenblicklich ein Chaos auslöst.

(schematische Darstellung)

Pünktlich zum 40. Jahrestag der Explosion der Hiroshima-Atombombe, am 6.8.1985, begann die Sowjetunion mit einem einseitigen Stopp ihrer Atomwaffenversuche. Gorbatschow wollte damit den ernsthaften Willen der Sowjetunion unterstreichen, zu einem Abkommen zur Beendigung aller A-Waffenversuche zu kommen. (5) 18 Monate später, am 26.2.1987, nahm die Sowjetunion ihre Versuche wieder auf mit dem Ziel, ,,die militärische Technik zu vervollkommnen'' bzw. ,,Ergebnisse von Grundlagenforschung zu überprüfen.'' Die Sowjetunion sei aber weiterhin zu einem ,,unverzüglichen Teststopp'' bereit. (6)

Die US-Regierung verschanzt sich bei ihrer Ablehnung eines solchen Abkommens offiziell hinter Problemen der Überprüfung solcher Vereinbarungen. (5) Und tatsächlich können unterirdische Tests in größerer Tiefe mit einer Sprengkraft unter einer Kilotonne (ein Zehntel der Hiroshima-Bombe) nur noch schwerlich identifiziert werden. So ist auch die derzeitige geheimgehaltene Anzahl der US-Versuche nicht zu ermitteln. Sie liege in der Größenordnung von jährlich 20 Versuchen, behauptet der ehemalige Atombombenbastler und heutige Chef des Lawrence Livermore-Laboratoriums, eines der beiden wissenschaftlichen Testzentren der USA. (3) Doch bei einem Etat von zwei Milliarden Dollar pro Jahr und 10 bis 30 Mio. Dollar Kosten pro Versuch muß man mit derzeit rund 100 bis 200 Atomversuchen der USA pro Jahr rechnen. (2) Erst wenn *,,wir alle Atomwaffen abschaffen, dann sind Atomversuche nicht mehr nötig,''* ein umfassendes Teststoppabkommen könne nicht der erste Schritt, sondern vielleicht *,,krönende Stufe der Abrüstung''* sein, meinte Test-Chef Miller. (3) Ein Drittel der Versuche gelte der ,,Sicherheit'' der Sprengköpfe, da sie altern bzw. Explosionen und auch Feuerstürme überstehen können müßten. Mit einem weiteren Drittel der Versuche werde die Auswirkung von Atomwaffen auf militärisches Gerät getestet, die beim Gegner ausgeschaltet werden, bzw. bei den USA möglichst einen Atomschlag überstehen können sollen. Beim letzten Drittel der Versuche, so Miller, *,,spielen die Wissenschaftler (...) noch mit dem technisch Unmöglichen, mit neuen extravaganten Ideen.''* (3) Man wolle ja nicht plötzlich vom Gegner überrascht werden.

Nun kommt allmählich ans Tageslicht, was es mit diesen ,,extravaganten Ideen'' und diesem ,,neuen Design'' für Atomwaffen auf sich hat, an dem derzeit in den USA gebastelt wird. Schon lange war bekannt, daß im Rahmen des SDI-Programms mit solchen Atombomben-Versuchen die atomare Zündung von Röntgenlasern geprobt wird, die eines Tages, im Weltraum gezündet, gegnerische Atomraketen vernichten können sollen. Konventionelle Energiequellen müßten sonst über mehr als zehn Jahre mit Raumtransportern Stück für Stück in den Weltraum geschafft oder das Atomenergie-Programm der USA in etwa verdoppelt werden, wenn man diese Laser von der Erde aus zünden wollte. In der neuesten Ausgabe von ,,Spektrum der Wissenschaft'' beschreibt der bis Mitte der 60er Jahre als Atombomben-Bastler tätige Theodore Taylor, daß hier an einer ganz neuen Generation von Atomwaffen experimentiert werde. Nach der herkömmlichen Atombombe und der dann folgenden Wasserstoffbombe soll es sich hier um die ,,dritte Generation'' von Atomwaffen handeln. (1) Man könne durch neue Hüllmaterialien oder eine veränderte Geometrie die Richtung und Art der Energieabstrahlung von Atom- und Wasserstoffbomben weitgehend beliebig manipulieren. Bisher lösen Atom- und Wasserstoffbomben in einem Umkreis von mehreren Kilometern ein Inferno aus: Ein Sechstel der gewaltigen Energie geht als tödliche Strahlung weg, ein Drittel wird zu einem Feuerball und -sturm, die Hälfte rast als Druckwelle durchs Land. Die neue Generation soll nicht mehr eine allgemeine Vernichtung sondern ganz gezielte Wirkungen hervorrufen. Dazu baut man an einer ganzen Reihe verschiedener neuen Waffentypen:

— **,,EMP-Waffen'':** Man kann Atomwaffen bauen, die einen superstarken elektromagnetischen Impuls aussenden würden. Obwohl sie in der Atmosphäre gezündet würden, könnten sie in einer ganzen (gewünschten) Region mit einem elektromagnetischen Blitz jedwede Elektronik lähmen, das Stromversorgungsnetz zum Zusammenbruch bringen und selbst Autozündströme unterbrechen — kurz gesagt: ein landesweites Chaos inszenieren.

— **Mikrowellen-Waffen:** Mit entsprechend langen ,,Antennen'' versehene Atomwaffen könnten in Satelliten-Höhe gezündet einen scheinwerferartigen Strahl von Mikrowellen aussenden, und durch die Atmosphäre ungehindert auf die Erde strahlen. Damit könnte man die Elektronik von Flugzeugen und Raketen eines Stützpunktes oder Flottenverbandes wie mit einem Mikrowellenherd verschmoren.

— **,,Hero''-Waffen** (HERO = hazardous effect of radiation on ordonance): Erzeugen Atomwaffen vorwiegend starke elektromagnetische Strahlungen in einem bestimmten Frequenzbereich, lassen sich damit die Zünder von Granaten und Bomben auslösen. Damit würden sich dann Muntionsdepots oder waffentragende Schiffe und Flugzeuge des Gegners quasi selbst in die Luft sprengen.

— **Kanonenrohr-Waffen:** Atomwaffen im Weltraum oder unterirdisch gezündet sollen vor allem eine Schrotladung von Spezialgeschossen auf Geschwindigkeiten von 36.000 km pro Stunde beschleunigen, die als Waffe gegen feindliche Satelliten oder anfliegende Atomraketen oder Sprengköpfe verwendet werden können. (1)(2)

,,Die Wissenschaftler'', schreibt der ,,Spiegel'' (2), *,,haben sich zum Ziel gesetzt, die verheerende Gewalt der atomaren Vernichtungswaffen gleichsam zu kanalisieren: Wie Schwarzpulver im Lauf von Flinten zur tödlichen gerichteten Treibladung wurde, so wollen Physiker die Zerstörungskraft des Atoms nunmehr in ausgewählte, zweckgerichtete Vernichtungs-‚Spektren' zwingen.''*

Mit der Atomwaffe stand zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine Waffe zur Verfügung, die mit schier unbegrenzter Zerstörungskraft dem Gegner einen totalen Schaden zufügen konnte. Bereits seit den ersten Nachkriegsjahren rechnen US-Militärs, welche sowjetischen Ziele, welche und wieviele Städte sie ausradieren müßten, um die Sowjetunion entscheidend zu treffen. (7) Doch seit die Sowjetunion in den 60er Jahren die gleichen atomaren Vernichtungsfähigkeiten erreichte, entwickelten sich Atomwaffen zu einer Art Bumerang: die aus militärischer Sicht phantastischen Vernichtungswaffen machen jeden kriegerischen Konflikt mit der Sowjetunion zu einem Vabanque-Spiel mit der Selbstvernichtung. So konnte man erst kürzlich wieder beim deftigen Streit um die Nulllösung und die besten atomaren Kriegsoptionen lesen, daß es im Grunde sowieso bei der Atomkriegsplanung um ,,einen großen Bluff'' gehe (8) oder es wird für den atomaren Schlagabtausch das vom Film her bekannte Bild vom ,,Chicken-Spiel'' gebraucht, wo derjenige gewinnt oder am Ende mit dem geringeren Schaden wegkommt, der am höchsten am Rande des Abgrunds pokert. Und seither sind die USA auf der fieberhaften Suche nach einem Ausweg aus diesem Dillemma. Längst hat sich in der Atomrüstung durchgesetzt, daß man einen ,,begrenzten'' Atomkriegsschaden hinnehmen müsse. Und es wird eifrig gerechnet, wieviel Millionen Tote im eigenen Land man in Kauf nehmen könne, wenn nur das System, d.h. die Weltmacht USA als einzige nach einer längeren Erholungsphase übrig bleibt. In den 70er Jahren und bis heute folgte die Planung mit zielgenauen, in ihrer Sprengwirkung begrenzten Waffen gegen militärische Ziele in einem Atomkrieg, was aber voraussetzt, daß der Gegner dabei ,,mitspielt''. Das Ei des Kolumbus ist noch lange nicht gefunden worden.

Es ist offenkundig, daß die Entwicklung der Atomwaffen der dritten Generation hier einen technischen Weg aus diesem Dilemma weisen soll: Atomwaffen mit gewaltiger Vernichtungswirkung, die militärisch gezielt eingesetzt und unterhalb des vernichtenden Infernos bleiben, könnten ein entscheidender Schritt sein, die Möglichkeit eines militärischen Waffenganges gegen die Sowjetunion wieder ernsthaft ins Auge zu fassen. Kein Wunder also, daß man sich diese Planung nicht durch irgendwelche Teststoppabkommen vermasseln lassen möchte.

HH

Zur Geschichte der Teststoppabkommen

Einge tausende Atomwaffentests sind seit 1945 durchgeführt worden. Als Anfang der 50er Jahre die Tests mit den gewaltigen Wasserstoffbomben begannen, mehrten sich die Proteste gegen diese Tests und deren gefährliche radioaktive Verseuchung der Welt, die bis heute nach UNO-Schätzungen weltweit über 100.000 Krebstote verursacht haben. 1955 führte die Sowjetunion erstmals ein einseitiges Teststopp-Moratorium durch. Aber erst 1957 kam es zu Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion, nachdem den USA erstmals ein unterirdischer Atomtest gelungen war. Anfang der 60er Jahre folgte nach ergebnislosen Verhandlungen die größte Atom-Testwelle aller Zeiten seitens der Sowjetunion mit Wasserstoffbomben bis an die 100 Megatonnen Sprengkraft. 1963 wurde schließlich ein Teststoppabkommen geschlossen, das Atomwaffenversuche in der Atmosphäre verbot. Allerdings schlossen sich die Atommächte China und Frankreich diesem Abkommen nicht an, das sie als Knebelung der ,,kleinen'' Atommächte ansahen; sie beendeten ihre oberirdischen Versuche erst 1980 bzw. 1974. 1974 folgte ein zweites ,,Schwellen''-Teststoppabkommen, das die Obergrenzen für Tests auf 150 Kilotonnen Sprengkraft festsetzte. Ab 1977 gab es Verhandlungen, um endlich die in den bisherigen Abkommen versprochene Präambel-Verpflichtung zur Beendigung aller Tests zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Die Verhandlungen wurden 1980 ergebnislos unterbrochen.

Am 6.8.85 begann die Sowjetunion mit einem einseitigen Teststopp, der am 26.2.1987 aufgehoben wurde, weil keine US-Resonanz erfolgt war. Die USA sind zwar zu einer weiteren Begrenzung der Sprengkraft (auf ca. 10 KT) bereit, verschanzen sich aber bisher hinter der angeblich mangelnden Bereitschaft der Sowjetunion, wirksame Kontrollen zuzulassen.

ANMERKUNGEN

(1) Theodore B. Taylor, Kernwaffen der dritten Generation, Spektrum der Wissenschaft, Juni 1987
(2) ,,Höllisches Design'', eine Zusammenfassung von Taylors Aufsatz im ,,Spiegel, 1.6.1987
(3) Horst Rademacher, Teststopp — Nicht der erste Schritt, sondern der krönende Abschluß der Atomrüstung, in: FAZ, 17.3.87
(4) Roert Jan Akkermann, Verbot von Kernwaffen-Versuchen: Prüfstein für die Rüstungsbegrenzung, in: Europäische Wehrkunde, 5/86
(5) Thomas Enders, Verbot von Kernwaffen-Versuchen — nützlich oder schädlich für die Sicherheit?, in: Europäische Wehrkunde, 10/85
(6) FR, 13.3.87
(7) Greiner/Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, Pahl-Rugenstein-Verlag — eine Darstellung der US-Atomkriegsplanung nach 1945
(8) Günther Nonnenmacher, Zeit des Umbruchs, in: FAZ, 10.6.87

Die Bundeswehr —
Rückgrat der NATO-Kriegsführung in Europa

Geschichte und Entwicklung der Bundeswehr sind bereits mehrfach Thema ausführlicher Untersuchungen im „Arbeiterkampf" gewesen, insbesondere in Hinblick auf NATO-Einbindung, -strategie und operativ-taktische Konzeptionen (1). Im folgenden Artikel wird nun der Versuch unternommen, vor diesem Hintergrund die bundesdeutsche Militärpolitik seit dem Ende der sechziger Jahre anhand der zentralen Bereiche Personal- und Rüstungsplanung der Bundeswehr darzustellen. Die Betrachtung dieser seit dem Anwachsen der Friedensbewegung unter dem Schlagwort „Konventionalisierung" betriebenen Kriegsvorbereitungen soll u.a. einige Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage erbringen, ob wir es seit dem Amtsantritt einer CDU/ CSU/ FDP-Bundesregierung mit einer qualitativ neuen Entwicklungsphase in diesem Bereich zu tun haben.



Als Leitlinie gerade auch heutiger Bundeswehrpläne erscheint nach wie vor eine Erbschaft von der NS-Wehrmacht, deren Formeln und Forderungen in so modernen Schlagworten wie Airland Battle und Rogers-Plan/FOFA teilweise wortgetreu wieder auftauchen: die von deutschen derungen in so modernen Schlagworten wie Airland Battle und Rogers-Plan/FOFA teilweise wortgetreu wieder auftauchen: die von deutschen Weltkriegsoffizieren unter Auswertung ihrer Blitzkriegserfahrungen verfaßte „Himmroder Denkschrift" vom 9.10.1950, in deren operativem (auf die unmittelbaren Kampfmaßnahmen bezogenen) Teil betont wird, den westeuropäischen Raum *„soweit ostwärts wie möglich"* ‚verteidigen' zu wollen und den Kampf *„wo immer möglich, offensiv zu führen"*. Neben der Forderung, *„daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß"* tauchen dort außerdem Vorschläge zur *„Zerschlagung der über die Weichsel laufenden Verbindungen, Niederkämpfen der feindlichen Luftwaffe und Angriffe auf die angreifenden sowjetischen Divisionen selbst"* auf (1a).

Obwohl sich diese Konzeption sehr bald einerseits im Aufbau der Panzerwaffe als Kern des Heeres zum Zwecke höchster Beweglichkeit, andererseits in der Übernahme der sog. „Vorwärtsverteidigung" als offizielle NATO-Doktrin für Europa am 1.9.1963 ausdrückte, konnte sie ihren endgültigen Siegeszug erst mit Einführung der NATO-Gesamtstrategie „flexible response" (flexible Erwiderung) im Dezember 1967 antreten. Im Rahmen der zunächst gültigen unterschiedlichen Varianten einer „massiven Vergeltung" (massive retaliation) fiel den konventionellen Streitkräften — und damit vor allem der Bundeswehr als ihrem zentralen Bestandteil (2) — nämlich eine sehr untergeordnete Rolle zu, da die NATO sich aus unterschiedlichen (finanziellen und politischen) Gründen im Kriegsfall auf die atomare Überlegenheit der USA zu stützen können glaubte. Erst die zunehmende Möglichkeit der Sowjetunion, die USA mit strategisch-atomarer Vergeltung bedrohen zu können, führte zu Überlegungen hinsichtlich „begrenzter" Kriegsführungsoptionen und verschaffte der konventionellen Komponente ihre heutige Bedeutung innerhalb der NATO-Strategie. Gefördert wurde dieser Prozeß seit dem Ende der siebziger Jahre durch die Entwicklung der neuen Waffentechnologien (3).

Folgen der „flexible response"

„Das nukleare Patt machte das Konzept der ‚massiven Vergeltung' fragwürdig. Es forderte die strategische Anpassung an die Möglichkeit begrenzter Aggressionen und Konflikte und damit die Fähigkeit, Konflikte zu kontrollieren und steuern zu können." (4) Das Ergebnis dieser Überlegungen war die Verabschiedung der „flexible response"-Strategie durch den NATO-Rat. Drei Arten der Kriegführung sind darin vorgesehen, die *„gleichzeitig, nacheinander oder in beliebiger Reihenfolge angewandt werden"* können:
— die „Direktverteidigung" auf gleicher Eskalationsstufe, ergänzt durch [illegible] Eskalationsdrohung oder selekti[illegible] taktischen Atomwaffen-Einsatz
— die „vorgedachte Eskalation", d.h. bewußte Steigerung und/oder räumliche Ausweitung der Kampfhandlungen einschließlich ausgedehn- d.h. bewußte Steigerung und/oder räumliche Ausweitung der Kampfhandlungen einschließlich ausgedehn-teren, kontrollierten Atomwaffen-Einsatzes
— die „Androhung der allgemeinen nuklearen Eskalation" durch Einsatz strategischer Nuklearwaffen gegen gegnerische militärische, industrielle und andere kriegswichtige Ziele.

Am 16.1.1969 beschloß der NATO-Rat infolgedessen *„Maßnahmen zur Verbesserung der konventionellen Qualität im erreichten organisatorischen Rahmen und eine(r) angemessene(n) Ergänzung und Modernisierung der Rüstung"*, die in den Streitkräfteplan der NATO 1969-1973 eingingen. Darüberhinaus wurde in der „Studie über Verteidigungsprobleme der Allianz in den siebziger Jahren" (AD 70) im Dezember 1970 *„die Notwendigkeit der Verbesserung der konventionellen Kräfte durch di europäischen NATO-Partner"* festgehalten (4/237f). Schwerpunkte waren: Panzerabwehr, Beweglichkeit, Ausbau des Depotsystems, Fernmelde- und Führungssysteme, Aufklärung, Luftverteidigung, Luftangriff und Modernisierung der Seestreitkräfte (5).

Die erst kurz zuvor konstituierte „Eurogroup" (europäische NATO-Mitglieder einschließlich Frankreich) verpflichtete sich gleichzeitig im „Europäischen Verstärkungsprogramm" (EDIP), innerhalb der anschließenden fünf Jahre insbesondere Verbesserungen der NATO-Infrastruktur (u.a. Fernmeldeverbindungen) sowie der nationalen Streitkräfte entsprechend den Vorgaben der in AD 70 festgelegten Prioritäten vorzunehmen (4/ 234-239). *„Denn Flexible Reaktion bedeutet, daß konventionelle Verteidigung Vorrang vor der nuklearen hat."* (5/132)

Maßnahmen der Bundesregierung

Eingeleitet wurden die nun notwendigen Reformen der Bundeswehr noch durch den Kriegsminister der großen Koalition, Gerhard Schröder (CDU). Im September 1968 wurde durch Zusammenfassung der Planungsinstanzen für die gesamte Bundeswehr die Strukturplanung begonnen. Ein Jahr später erschien der erste Streitkräfteplan für den Zeitraum bis 1978, kurz darauf ergänzt durch die Programmleitlinie für die unmittelbar bevorstehenden fünf Jahre (1970-1974). Unter den Hauptpunkten der langfristigen Planung tauchten — bis auf die Marinemodernisierung — sämtliche o.a. NATO-Vorgaben auf, vor allem Erhöhung der konventionellen Feuerkraft und Beweglichkeit, Ausbau eines raumdeckenden Depotnetzes sowie zusätzlich die Intensivierung der Reservistenausbildung (4/273; 5/132).

Die erste Aktivität des im Oktober 1969 angetretenen sozialdemokratischen Nachfolgers Helmut Schmidt bestand in einer *„in ihrem Ausmaß bis dahin für die Bundeswehr neuartige(n), kritische(n) Bestandsaufnahme, an der er sich selbst intensiv beteiligte"* (4/259). Es wurden außerdem sechs Kommissionen eingesetzt, nahme, an der er sich selbst intensiv beteiligte" (4/259). Es wurden außerdem sechs Kommissionen eingesetzt, die sich mit Wehrstruktur, Ausbildung und Bildung, Rationalisierung des Bauverfahrens, Personalstruktur, Reorganisation des Rüstungsbereiches und Neuordnung der Öffentlichkeitsarbeit befaßten. Folge der Bestandsaufnahme waren die 124 „Maßnahmen des Weißbuchs 1970", die schwerpunktmäßig die Verbesserung der Personallage der Bundeswehr durch Struktur- und Organisationsveränderungen, erhöhte Attraktivität für Zeit- und Berufssoldaten und mehr „Wehrgerechtigkeit" (= verstärkte Heranziehung zu Wehr- und Ersatzdienst) vorsahen. Aufgrund des Kommissionsberichts „Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland" kamen mit dem Weißbuch 1971/1972 weitere 35 Absichtserklärungen hinzu, die im wesentlichen in ein Gesetz mündeten, das am 1.1.1973 in Kraft trat und vor allem folgende Änderungen brachte: Die (Aus-)Musterungskriterien wurden verschärft, das Heranziehungshöchstalter auf 28 Jahre heraufgesetzt, der Wehrdienst von 18 auf 15 Monate verkürzt und die dreimonatige „Verfügungsbereitschaft" für Reservisten eingeführt (6). Dieser Beschluß *„folgte bei Beibehaltung der Wehrpflicht einem in der NATO sich verstärkenden Trend zur Wehrdienstverkürzung bei gleichzeitiger, durch zunehmende Technisierung erforderlicher Erhöhung der Zahl der längerdienenden Freiwilligen"* (4/261).

Der Bericht der Kommission zur Reorganisation des Rüstungsbereiches löste am 28.1.1971 per Rahmenerlaß eine Neuordnung aus, die dem Ziel dienen sollte, Entwicklungs- und Produktionsverzögerungen, unnötige Kostensteigerungen und technische Mängel von Waffensystemen zu vermeiden. Abgeschlossen wurde die Überprüfungsphase mit einer Regierungserklärung am 18.1.1973, die in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Wehrstruktur-Kommission und allen im Bundestag vertretenen politischen Parteien eine neue Wehrstruktur für notwendig erachtete. Als Hauptprobleme wurden angesehen: die mangelnde Anpassung der Bundeswehr an die veränderte NATO-Strategie, *„vor allem nicht mit den konventionellen Kräften für Abschreckung und Verteidigung"*, die zu großen Geburtsjahrgänge zum Ende der siebziger Jahre in Hinblick auf die „Wehrgerechtigkeit" bei weniger personalintensiven zukünftigen Waffen- und Führungssystemen sowie finanzielle Mißverhältnisse (6/64-68).

Heeresstruktur 4

Nachdem bereits im November 1967 eine Fusion der „Territorialverteidigung" mit dem Feldheer (7) ins Auge gefaßt worden war, mußten wegen der neuen NATO-Strategie weitere Umgliederungen vorgenommen werden, um *„das Ziel der höchsten Präsenz, Beweglichkeit und Feuerkraft* (im „V-Fall", Anm. d. Verf.) *so rasch wie möglich zu erreichen"* (4/279).

Zu diesem Zweck wurde ab Mai „V-Fall", Anm. d. Verf.) so rasch wie möglich zu erreichen" (4/279). Zu diesem Zweck wurde ab Mai 1968 mit einer Neuordnung in Feld- und Territorialheer begonnen, die ab 1970 nach dem ein Jahr zuvor gebilligten „Schnez-Plan" (Generalleutnant Schnez war der damalige Inspekteur des Heeres) mit der Umwandlung in die „Heeresstruktur 3" beendet wurde. *„Wichtigstes Kennzeichen sollte die umfassende Staffelung der Verbände in die Tiefe des westdeutschen Raumes sein"* (ebd.). Die Veränderungen im Feldheer betrafen besonders die „Luftbeweglichkeit" (Hubschrauber) und die „Anpassung an das Gelände" (neue Jägerverbände: leichter bewaffnete, bewegliche Einheiten zum Einsatz in für Panzer ungünstigem Gelände wie z.B. Mittelgebirgen) (4/281). Aus den Empfehlungen der Wehrstruktur-Kommission resultierten schließlich drei Planungsvorhaben: eine neue Heeresstruktur, die „Zusammenfassung bundeswehrgemeinsamer Aufgaben" und eine andere Organisation des Sanitätsdienstes (8). Nach einer zweijährigen Erprobungsphase konnte das Kriegsministerium im Herbst 1978 die Entscheidung zur Einführung der „Heeresstruktur 4" bis zur Mitte der achtziger Jahre fällen. Vorangegangen war seit dem 1.4.1975 die Aufstellung der letzten drei noch zur Erfüllung der NATO-Verpflichtung von 36 Heeresbrigaden erforderlichen Panzerverbände, die zusammen mit zwei der 33 vorhandenen Brigaden für die Versuchsphase verwendet wurden.

„Beim Entwurf einer neuen Heeresstruktur kam es darauf an, (...) die konventionelle Kampfkraft des Bündnisses zu stärken und zu diesem Zweck die Präsenz der Kampf- und Kampfunterstützungsverbände und zugleich deren Aufwuchsfähigkeit (zur Komplettierung gekaderter Truppenteile durch Reservisten; Anm. d. Verf.) *in ein Verhältnis zu bringen, das schon im Spannungsfall mehr Kampfkraft ergibt (...) Die der NATO zugesagten 36 Brigaden konnten nach Heeresstruktur 3 — mit ihren größeren Verbänden und Einheiten — nicht sämtlich aufgestellt werden. Die Heeresstruktur 3 konnte die für die achtziger Jahre notwendige Ausrüstung nicht aufnehmen. Das Territorialheer genügte nach Präsenz, Panzerabwehrfähigkeit und Beweglichkeit nicht den Herausforderungen. All diese Bedingungen und Ziele für eine neue Heeresstruktur — orientiert am langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO — verlangten eine Gesamtplanung zugleich für Feldheer und Territorialheer."* (8/148) Die wichtigsten Veränderungen waren: die Verlängerung der Verfügungsbereitschaft der Reservisten auf zwölf Monate (ab 1.1.1976), verstärkte Kaderung der Einheiten und Verbände mit Festeinplanung verfügungsbereiter Soldaten, Vereinheitlichung der Brigaden, Verkleinerung der Kompanien und Bataillone und Vermehrung der (einsatzbereiten) Panzer und Panzerabwehr-Raketensysteme, Vergrößerung des Anteils für Waffenbeschaffungen im Rüstungsetat und straffere Organisation und Führung der Teilstreitkräfte durch Zusammenlegung und Einsparung von Kommandobehörden (9).

NATO-Langzeitprogramm

Die Verabschiedung des „Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO" (Long Term Defense Program, LTDP) für den Zeitraum von 1978 bis Anfang der neunziger Jahre auf einer NATO-Gipfelkonferenz im Mai 1978 kennzeichnete den Beginn einer neuen Aufrüstungsetappe. Auch hierbei liegt der Schwerpunkt eindeutig im konventionellen Bereich: *„In Konsequenz der nuklearstrategischen und der annähernden nuklear-taktischen Parität einerseits, der Disparität zwischen den nuklearen Mittelstreckenpotentialen und zwischen den konventionellen Kräften in Europa andererseits steht die NATO vor der Aufgabe, die konventionelle Komponente zu stärken und die Disparität bei den nuklearen Mittelstreckenpotentialen abzubauen."* (10) Letzteres verwandelte sich im Dezember 1979 in den hinlänglich bekannten „Nach"rüstungsbeschluß, konventionelle Verstärkung wurde auf folgenden Gebieten vorgesehen: Bereitschafts- und Verfügbarkeitsstand der Streitkräfte, Heranführung von Verstärkungskräften in Krisen- und Spannungszeiten, Reservistenmobilisierung, Seestreitkräfte, Luftverteidigung, Führungssysteme und Fernmeldewesen, elektronische Krisen- und Spannungszeiten, Reservistenmobilisierung, Seestreitkräfte, Luftverteidigung, Führungssysteme und Fernmeldewesen, elektronische Kampfführung, Rationalisierung und Standardisierung der Waffensysteme, sowie Logistik (11).

Während ein Teil dieser Punkte bereits durch die Einführung der „Heeresstruktur 4" in der Bundeswehr realisiert wurde, diente der Verbesserung der Heranführung von Verstärkungskräften der Abschluß eines deutsch-amerikanischen Unterstützungsabkommens (War Host Nation Support, WHNS) im April 1982 (im Dezember 1983 ergänzt durch ein ähnliches Abkommen mit Großbritannien): Darin verpflichten sich die USA, innerhalb von zehn Tagen „in Krise und Krieg" ihre in der BRD stationierten Truppen von vier auf zehn Divisionen zu verstärken und zusätzlich dreißig Luftverstärkungsstaffeln zu schicken, während die BRD die zivile Unterstützung von Transport und Versorgung sowie Bundeswehrunterstützung bei Sicherung, Instandsetzung, Transport, Nachschub und Sanität zusagte. Die dafür insgesamt vorgesehenen zusätzlichen 90.000 Reservisten sollen im Ernstfall außerdem die Einrichtungen der US-Luft- und Landstreitkräfte sowie die Einsatzflugplätze sichern und instandhalten (12). Alles in allem ist die BRD an 186 der 300 verschiedenen Einzelmaßnahmen konventioneller Aufrüstung im LTDP beteiligt (13).

Konventionelle Aufrüstung

In den Jahren 1969 bis 1979 gab das SPD-geführte Kriegsministerium nach eigenen Angaben rund 54 Mrd. DM für die Neuausrüstung der drei Teilstreitkräfte aus, u.a. zur Beschaffung wesentlicher Großwaffensysteme der sog. „ersten Generation" (Leopard I, Phantom-Flugzeuge, Zerstörer der Lütjens-Klasse usw.). Angekündigt bis Mitte der achtziger Jahre wurde die Ersetzung älterer Teile dieser Generation durch modernere Nachfolger wie Leopard II, Tornado, Flugabwehrsysteme Roland I und II, Mehrzweckfregatten Klasse 122 etc. Ein besonderes Gewicht erhielt im Zusammenhang mit der neuen Heeresstruktur die Einführung einer großen Zahl verschiedener Panzerabwehrsysteme (Milan, Hot, Tow, Hubschrauber), deren militärische Vorteile in hoher Zielgenauigkeit, leichter Handhabung und größter Mobilität bestehen. 40 Mrd. DM waren schon zum damaligen Zeitpunkt für zukünftige Neuanschaffungen veranschlagt (14).

Die Reihenfolge der Investitionen in den Jahren bis 1988 war im Weißbuch 1975/1976 so angegeben worden: Kampf auf dem Gefechtsfeld (darunter Mehrfach-Raketenwerfer und Kleinstminen für großflächige Wirkung), Kampf zur See, Luftverteidigung und Unterstützung sowie Führung und Aufklärung, „Feuerwirkung in die Tiefe des Raumes" (!) und Nuklear-

Fortsetzung nächste Seite

Militarismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

kampf. Bis 1988 war damit die Reihenfolge der Investitionen festgelegt (15). Im Weißbuch 1979 wurden diese Punkte wieder aufgenommen und mit einigen Hinweisen auf die waffentechnologische Entwicklung verbunden: ,,*Technologie der Zukunft wird Waffen verfügbar machen, die mit präzisionsgelenkter Munition (PGM) den Gegner überall im Kampfgebiet treffen (...) Überlegene Treffgenauigkeit und große Schußweiten geben den Waffen längere Überlebensfähigkeit. Reaktionsschnelle Aufklärungssysteme, Informationsverarbeitungs- und Übertragungssysteme machen Lagebeurteilung und Waffeneinsatz ohne Verzug möglich. Ferngelenkte unbemannte Flugzeuge werden Aufklärung und Waffeneinsatz auch dann erlauben, wenn gegnerische Luftverteidigung den Einsatz bemannter Flugzeuge zu risikoreich macht*'' (8/182)

Die Entwicklung der Militärausgaben in der BRD seit 1970

Jahr	EP14 (Mrd. DM)	(%) BSP	Anteil an BA1	BA2	Steigerung gegenüber Vorjahr (%)	Militärische Beschaffungen (Mrd. DM)	Anteil an EP14 (%)	Forschung + Entwicklung (Mrd. DM)	Anteil an EP14 (%)	Preissteigerung gegenüber Vorjahr (%)
1970	19,4	2,9	22,1	22,8	—	3,9	20,1	1,1	5,7	—
71	21,4	2,9	21,8	22,2	10,3	3,5	16,4	1,2	5,6	7,9
72	24,3	2,9	21,9	22,6	13,6	4,2	17,3	1,3	5,3	5,9
73	26,8	2,9	21,8	22,7	10,3	4,8	17,9	1,3	4,9	6,0
74	29,9	3,0	22,3	23,3	11,6	5,4	18,1	1,4	4,7	6,9
1975	31,2	3,0	20,0	20,9	4,3	5,7	18,3	1,4	4,5	6,8
76	32,4	2,9	19,9	20,8	3,8	6,4	19,8	1,6	4,9	3,3
77	33,5	2,8	19,5	20,6	3,4	6,6	19,7	1,6	4,8	3,8
78	35,4	2,7	18,7	19,7	5,7	7,2	20,3	1,7	4,8	3,8
79	37,1	2,7	18,2	19,4	4,8	8,0	21,6	1,8	4,9	4,0
1980	39,4	2,7	18,3	19,6	6,2	8,8	22,3	1,7	4,3	4,5
81	42,6	2,8	18,3	19,9	8,1	10,6	24,9	1,5	3,5	4,2)*
82	44,4	2,8	18,2	20,0	4,2	11,1	25,0	1,7	3,8	4,4
83	46,8	2,8	19,0	21,3	5,4	11,8	25,2	1,8	3,8	3,2
84	48,0	2,7	18,7	21,1	2,6	12,6	26,3	1,9	4,0	1,8
1985	49,0	2,7	18,9	21,4	2,1	12,3	25,1	2,5	5,1	2,1
86	49,9		18,9	21,5	1,8	12,2	24,4	2,6	5,2	
87	50,9				2,0					

)* Regierungswechsel

Erläuterungen: EP14: Einzelplan 14 des Kriegsministeriums, bis 1983 sind Netto-Istausgaben angegeben, ab 1984 Sollausgaben nach Haushaltsplänen
BSP: Bruttosozialprodukt
BA1: Bundesausgaben nach Finanzbericht
BA2: Bundesausgaben nach Abzug des Schuldendienstes
Die Preissteigerungsraten sind bezogen auf das Bruttosozialprodukt angegeben, 1983-1985 vorläufige Angaben
Quellen: ,,Neue Rüstung — Neue Armut'' (Huffschmid u.a.), ,,Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre'' (Borgmann u.a.), verschiedene Finanzberichte der Bundesregierung, ,,Das Parlament'' vom 13.12.86 und eigene Berechnungen

Bundeswehr-Langzeitkommission

Im Zusammenhang mit Finanzierungsproblemen, insbesondere der sog. ,,Tornado-Affäre'' infolge immenser Preissteigerungen während der Produktion dieses Flugzeuges, berief der letzte sozialdemokratische Kriegsminister Hans Apel im März 1981 die Spitzen seines Ministeriums und der Bundeswehr zu einer ,,Rüstungsklausur''. Nachdem dort für den anstehenden Fünfjahres-Zeitraum aus Kostengründen einige Abstriche an den Vorhaben ,,Taktisches Kampfflugzeug für die neunziger Jahre'', ,,Kampfpanzer 90'', Flugabwehrsystem Roland gemacht und bei anderen zeitliche Verschiebungen vorgenommen worden waren (16), setzte er am 6.5.1981 die ,,Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr'' unter Generalinspekteur Jürgen Brandt ein. Deren Aufgabe sollte es sein, ,,*Entscheidungsmöglichkeiten zu untersuchen, wie die Bundeswehr im Rahmen des Bündnisses in den 90er Jahren ihren Auftrag erfüllen und dazu die personelle und materielle Einsatzbereitschaft sichern kann*'' (17). Dabei sollte sie ,,*Möglichkeiten und Empfehlungen für eine kontinuierliche Fortentwicklung der in den siebziger Jahren getroffenen Strukturentscheidungen auf(zu)zeigen*'' (18).

Die Problemfelder, denen sich die Untersuchung widmete, waren Personal, Struktur/Wehrsystem und Ausrüstung vor dem Hintergrund der NATO-Anforderungen und relativ begrenzter Finanzierungsmöglichkeiten, wobei ,,*die Bewältigung des Personalproblems (...) im Mittelpunkt der Suche nach Lösungsansätzen für eine aufgabengerecht ausgestattete Bundeswehr*'' stand. Als Grundprämissen der Kommissionsarbeit wurden vor allem betont: ,,*Die NATO-Strategie gemäß MC 14/3* (flexible response, Anm. d. Verf.) *bleibt gültig*'' und: ,,*Das Prinzip der Vorneverteidigung bestimmt die Forderung an die konventionelle Stärke*'' (19).

In der Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen kam die Studie bezüglich der Personalplanung dazu, angesichts der ab 1984 sinkenden jährlichen Anzahl wehrpflichtiger Männer als ,,mögliche Gegenmaßnahmen'' vorzuschlagen: Erhöhung des Längerdieneranteils und Verlängerung der durchschnittlichen Verpflichtungszeit, Verlängerung des Grundwehrdienstes, Reduzierung von Wehrdienstausnahmen sowie des externen Bedarfs (Polizei etc.) und freiwilliger Dienst von Frauen in den Streitkräften. ,,*Darüberhinaus muß noch näher untersucht werden, ob Ausländer in den Streitkräften Dienst leisten können.*''

An ,,Tendenzen der Nutzung neuer technologischer Möglichkeiten'' wurden u.a. aufgeführt: verbesserte verzugsarme Übermittlung, Verarbeitung und Darstellung von Daten für Führung, Aufklärung und Waffeneinsatz, erhöhte Wirksamkeit der Aufklärungsmittel, zunehmende Reichweite, Trefferwahrscheinlichkeit, Zerstörungskraft und Abwehrunempfindlichkeit von Lenkflugkörpern, verbesserte Wirksamkeit elektronischer Kampfführung, gestärkte Nacht- und Schlechtwetterkampffähigkeit und die ,,*besonders wichtige Rolle in der Landkriegsführung ... von*
— *Panzerabwehrraketen mit autonomen Zielsuchköpfen*
— *zielsuchender endphasengelenkter Artilleriemunition*
— *Panzermunition mit hoher Erstschußvernichtungswahrscheinlichkeit*''.

Es wurde dann vorgeschlagen, zunächst die Peripherie, d.h. Munitionsvorräte, Führungs- und Informationssysteme sowie Ausbildungsmittel vorhandener Waffensysteme zu beschaffen und vermehrt Betrieb und Ausbildung in den Vordergrund zu rücken. Die ,,*finanzielle Ausstattung der wehrtechnischen Forschung und Entwicklung .. (sei) deutlich zu verbessern*''. Speziell verwiesen wurde im weiteren auf ein ,,System Gepanzerte Kampftruppen 90'', den ,,Mittleren Artillerie-Raketenwerfer'', ein neues Jagdflugzeug sowie die Modernisierung der Luftverteidigung. Abschließend betonten die Autoren noch einmal neben kostensparenden Vorgehensweisen den ,,*Schwerpunkt auf die Wirkung im Ziel zu legen*'' und ,,*vermehrt unbemannte Systeme zu nutzen*''. Dennoch sei ein ,,*angemessener Aufwuchs des Verteidigungshaushaltes anzustreben*''.

AirLand Battle/FOFA

Unter der Überschrift ,,*Tendenzen in der Entwicklung möglicher Gefechtssituationen und eigener Konzepte*'' finden sich nun einige denkwürdige Formulierungen: ,,*Zur Abwehr der Landstreitkräfte des Warschauer Pakts wird es darauf ankommen, den Angreifer* ***schon in der Tiefe*** *durch Luftwaffe und weitreichende Artillerie frühzeitig abzunutzen (...) Die Luftangriffsverbände der Luftwaffe werden dazu beizutragen haben, Einsatzmöglichkeiten der zweiten Staffeln der Warschauer Pakt-Landstreitkräfte schon auf dem Anmarsch und* ***in den Bereitstellungsräumen*** *entscheidend einzugrenzen (...) wird sie* (die deutsche Marine, Anm. d. Verf.) *auch künftig (...) beizutragen haben durch den Einsatz von U-Booten und Marinefliegern* ***in der Tiefe des Raumes*** *von Ostsee und Norwegensee zur Abnutzung von Angriffskräften (...)* (S. 77f., Hervorheb. v. Verf.). Nicht von ungefähr erinnern obige Zitate an den Hauptbestandteil des bereits zur US-Armeedoktrin (FM 100-5 vom 20.8.1982) erhobenen AirLand-Battle-Konzepts, der in ,,konventioneller'' Variante als ,,Follow-on Forces Attack'' (Angriff auf nachfolgende Kräfte) im November/Dezember 1984 von der NATO verabschiedet wurde: Nach Angaben von Wörners Staatssekretär Würzbach waren dessen Leitlinien schon 1976 geplant worden (20), bevor sie 1982 unter dem Namen ,,Rogers-Plan'' bekannt wurden; bei den Vorarbeiten zu AirLand Battle war auch Hitlers ,,successfull Blitzkrieg of World War II'' ausgewertet worden, und an der Entstehung des ,,konventionellen'' Gegenstücks für Europa sollen Manfred Wörner und General a.D. Franz-Josef Schulze beteiligt gewesen sein (21).

Im Zusammenhang damit erschienen zwei Untersuchungen, die sich konkreter mit der zur Umsetzung der ,,neuen'' NATO-Pläne benötigten Aufrüstung beschäftigten: Die im Herbst 1981 von europäischen und amerikanischen Spezialisten in Angriff genommene ,,Europäische Sicherheitsstudie'' (ESECS) und die ,,Wörner-Würzbach-Studie'' vom Mai 1982, die sich unter erneutem Verweis auf das nuklearstrategische und -taktische Patt sowie das ,,*erhebliche Übergewicht* (des Warschauer Paktes, Anm. d. Verf.) *im Bereich nuklearer Mittelstreckensysteme*'' mit der ,,*(Ver-)Stärkung der konventionellen Abschreckung (in Europa)*'' befaßten. Beide gingen ausführlich auf das ,,*extended-battlefield-Konzept*'' bzw. ,,*Abriegeln, Angreifen und Niederhalten der nachfolgenden Verbände des Warschauer Pakts*'' sowie entsprechende Waffentechnologien ein: nichtnukleare Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper und Kampfdrohnen, moderne Streu- und Flächenmunition, präzisionsgelenkte oder selbstzielsuchende Abwehrwaffen und verzugslos arbeitende Aufklärungs- und Führungssysteme (22). Eine in ESECS ebenfalls geforderte ,,*erhebliche Verbesserung der Luftverteidigung*'' ist neben FOFA schon von der NATO in Form einer Planungsrichtlinie beschlossen worden. ,,*Weitere Planungsrichtlinien — zum Beispiel für Seekriegführung, Aufklärung und Einsatzführung auf dem Gefechtsfeld, Mobilisierung von Reserven — werden zur Zeit zwischen den NATO-Befehlshabern und den Nationen abgestimmt (...)* (23).

Bundeswehr der neunziger Jahre

Mit Vorliegen des Berichts der Langzeitkommission im Juni 1982 hatte Apel dem Generalinspekteur der Bundeswehr den Auftrag erteilt, innerhalb des folgenden Jahres ,,*den langfristigen Bundeswehrplan, der bis in die zweite Hälfte des nächsten Jahrzehnts reicht*'' (24), zu erarbeiten. Mit der Amtsübernahme Wörners (CDU) im Oktober 1982 wurden jedoch zunächst einmal Vorarbeiten für eine ,,Gesamtplanerische Bestandsaufnahme'' angeordnet, die zu den Bundeswehrplänen 1984 und 1985 für die mittelfristige Planung bis 1988 führten. Dabei wurden ,,erhebliche Schwächen'' in den Bereichen Aufklärung, elektronische Kampfführung, Munitionsbevorratung, Luftverteidigung und Sanitätsdienst festgestellt.

Im ersten Halbjahr des Jahres 1984 fand dann die ,,Rüstungsplanerische Bestandsaufnahme'' statt, aufgrund deren Ergebnis im Herbst 1984 die ,,Bundeswehrplanung für die 90er Jahre'' erstellt und vom Bundeskabinett gebilligt werden konnte. ,,Vorrangig berücksichtigt'' werden sollten darin die Stärkung der Defensivkraft und Reaktions- und Durchhaltefähigkeit sowie die Verbesserung der Führungsfähigkeit, Aufklärung und elektronischen Kampfführung (23/344f.). Beschaffungsschwerpunkte der Teilstreitkräfte wurden:
— beim Heer bis 1987 die restlichen Kampfpanzer Leopard 2, ab 1988 insbesondere die Artillerie der Kampfunterstützungstruppen und ab 1994 der Aufbau des ,,Systems Gepanzerte Kampftruppen 90''
— bei der Luftwaffe bis 1989 der Abschluß des Tornado-Zulaufs, ab 1988 die Ausstattung der Luftverteidigung und bis 1997 die Steigerung des Durchsetzungsvermögens und der Waffenwirkung der Luftangriffskräfte
— die Marine erhält mittelfristig das Kampfflugzeug Tornado, die Modernisierung der U-Bootklasse 206, neue Minenkampfboote Klasse 343 und Minenjagdboote 332 sowie eine Umrüstung des Hubschraubers Seaking und in den neunziger Jahren eine verbesserte Ausrüstung zur Geleit- und Gebietssicherung im ,,Nordflankenraum'' der NATO. Als einzelne Großprojekte wurden u.a. der Mehrfach-Raketenwerfer MARS, ein neuer Panzerabwehrhubschrauber, die bodengestützten Luftverteidigungssysteme Roland und Patriot, der Jäger 90 und neue Fregatten vorgesehen. Und: ,,*Die finanziellen Ansätze für Forschung und Entwicklung werden deutlich erhöht*'' (25), u.a. für die Herstellung ,,intelligenter Munitionsarten''.

Zur ,,Lösung der personellen Probleme'' waren von der neuen Bundesregierung anfänglich weitere Untersuchungen auf der Grundlage des Berichts der Langzeitkommission veranlaßt worden, bevor sie am 17.10.1984 im Zusammenhang mit der Gesamtplanung der Bundeswehr Entscheidungen traf. Eine Veränderung der Tauglichkeitskriterien hin zu mehr wehrdienstfähig Gemusterten war bereits vorgenommen worden. Desweiteren waren beabsichtigt: eine Erhöhung der Attraktivität der Streitkräfte für die freiwillige Verpflichtung zum Soldaten auf Zeit, eine Erhöhung der Anzahl an Berufssoldaten, verbesserte ,,Wehrgerechtigkeit'', Verlängerung des Wehrdienstes und verstärkte Reservistennutzung (26). Mittlerweile ist in einer entsprechenden Gesetzesänderung vom Bundestag beschlossen worden, die Tauglichkeitsstufe ,,bedingt tauglich'' einzuführen, auf verheiratete kinderlose Wehrpflichtige zurückzugreifen, die Wehrerfassung vorzuverlegen, um dem Umzug nach Westberlin vorzubeugen, und die Zahl der für andere Dienste Freigestellten (Zivil- und Katastrophenschutz) zu verringern. Schließlich soll der Wehrdienst ab 1.6.1989 auf 18 Monate verlängert werden (27).

Aber die Zeit bleibt ja nicht stehen, seit Veröffentlichung all dieser Pläne sind neue Bedürfnisse seitens der Militärs angemeldet worden: Der o.a. Gesetzentwurf war noch nicht durch den Bundesrat, da beklagte ein bekannt gewordenes ,,vertrauliches'' Dokument eine weitere Lücke von etwa 20.000 Soldaten Ende der neunzige Jahre, der Wörner allerdings mit gesteigerter Freiwilligenverpflichtung beizukommen versprach (28). Und ,,Der Spiegel'' berichtete im Herbst vergangenen Jahres (29) über Absichten der Planer, nach der Bundestagswahl über eine vermehrte Nutzung von Reservisten z.B. in Form von Sicherungsbataillonen und Instandsetzngskompanien durch die Großindustrie zu beraten, um deren Widerstände gegen die durch Wehrübungen bedingten Fehlzeiten ihrer Belegschaftsangehörigen zu reduzieren. Grund: Der Abschied von ,,*einem alten Kriegsbild, in dem der konventionelle Krieg lediglich als kurze Übergangsphase zur nuklearen Konfrontation angesehen wurde*'', und stattdessen Steigerung der ,,*konventionellen Durchhaltefähigkeit*'' (30).

Das Ziel

Die Forderungen an die ,,Bundeswehr der neunziger Jahre'' laufen letztlich auf einen Kernpunkt hinaus. Neben ,,Stärkung der Fähigkeit zur Anfangsverteidigung'' (Phase bis zum Eintreffen größerer Teile v.a. der US-Streitkräfte in Europa, Anm. d. Verf.) und ,,Stärkung der Luftverteidigung'' ist das: die ,,*Bekämpfung der feindlichen Luftstreitkräfte am Boden*'', *Bekämpfung der Folgestaffeln vor ihrem Eintritt ins Gefecht*'', ,,*Vorneverteidigung auch gegen die Kräfte der zweiten strategischen Staffel*'', ,,*Fähigkeit zur frühzeitigen Bekämpfung des gegnerischen Angriffspotentials auf See*'' usw. usf., mit einem Wort: *Angriff in die Tiefe* (23/393f.).

Zu diesem Zweck sollen vielfach in Kooperation mit anderen NATO-Staaten, zahlreiche neue oder veränderte konventionelle wie atomare Flugkörper verschiedener kurzer und mittlerer Reichweiten realisiert werden. Als besondere Spezialität kommt das ,,EVI''-Projekt hinzu: die Erweiterung der Luftverteidigung gegen ballistische Raketen und Marschflugkörper, z.B. durch Umrüstung der Patriot (31) und Produktion eines bundesdeutschen ,,Mittleren Flugabwehrsystems 2000'' (32).

Vom ,,atomaren Stolperdraht'' zur ,,konventionellen'' Blitzkriegsarmee

Die sehr detaillierte Darstellung der Bundeswehrentwicklung seit 1967 zeigt meines Erachtens ganz deutlich, daß wir es mit einem langfristigen kontinuierlichen Prozeß zu tun haben, der keine grundsätzlichen parteipolitischen Differenzen erkennen läßt. Das ist zunächst einmal aus rein ,,sachlichen'' Gründen schon nicht verwunderlich: Sämtliche militärichen Planungen beruhen selbstverständlich auf entsprechender Fachkompetenz, d.h. den Fähigkeiten des Militärs selber. Diese wiederum sind auf den beiden entscheidenden Ebenen mit der politischen Führung eng verflochten: In den NATO-Gremien sitzen eine Unzahl von Bundeswehrsoldaten an wichtigen Stellen (darunter der Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa und der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte) und ,,*wirken (...) auf allen Ebenen an der Planung mit*'' (23/75), und das ,,Bundesministerium der Verteidigung'' ist faktisch ein Bestandteil der Bundeswehr (der Minister ist Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden, die Inspekteure der Teilstreitkräfte sind gleichzeitig ministerielle Abteilungsleiter). Darüberhinaus besteht gerade bezüglich der ,,konventionellen'' Rüstungs- und Strategiefragen eine ,,Gemeinsamkeit der Demokraten'' in der BRD, deren zentrale Bestandteile seit der ,,Himmeroder Denkschrift'' zum Aufbau der Bundeswehr unverändert Geltung beanspruchen und heute infolge globalstrategischer und militärtechnologischer Veränderungen erstmals richtig zum Zuge kommen (sollen) (33). Diese grundlegende Übereinstimmung drückt sich nach wie vor u.a. darin aus, daß die SPD in ihren letzten Parteitagsbeschlüssen zwar Kritik an AirLand Battle und ,,deep strike'' äußerte, auf der anderen Seite jedoch die Forderung nach ,,Vorneverteidigung'' mehrfach hervorhob und in ihrem praktischen Verhalten zu den Rüstungsplanungen der Bundesregierung keinerlei prinzipielle Einwände gegen FOFA-Waffensysteme erhob, sondern lediglich auf konsequenter ,,Konventionalisierung'' bestand (34).

Einige Charakteristika der Bundeswehraufrüstung in den zurückliegenden zwanzig Jahren sollen hier noch einmal hervorgehoben werden: ,,*Der Übergang von der Strategie der Massiven Vergeltung zur Strategie der Flexiblen Reaktion mit einer deutlichen Steigerung der Bedeutung der konventionellen Streitkräfte war bestimmender Faktor für die Weiterentwicklung der Streitkräfte an der Schwelle zu den siebziger Jahren.*'' (23/377)

Während die Effektivität der Bundeswehr — bei Verkürzung des Grundwehrdienstes — durch Rationalisierung, Zentralisierung und Spezialisierung erhöht werden sollte, wurde in der Ausrüstung der Wechsel von der ersten zur zweiten (überwiegend eigen- oder ko-produzierten) Waffengeneration vollzogen, der mit einem stetigen Anstieg des zugehörigen Ausgabenanteils im Rüstungshaushalt verbunden war (s. Tabelle). Die Heeresstrukturreform Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre bildete den Höhepunkt und Abschluß dieser Phase der Rationalisierung und Kampfkraftsteigerung sowie gleichzeitig die Voraussetzung, um den Anforderungen des NATO-Langzeitprogramms nachkommen zu können. Seitdem wird die Entwicklung vor dem Hintergrund des Strategiewandels hin zu AirLand Battle/FOFA durch die Verwirklichung und Beschaffung moderner Führungs-, Aufklärungs- und Kommunikationssysteme sowie ,,intelligenter'' Munitionsarten bestimmt, ablesbar an steigenden Investitionen für Forschung und Entwicklung. Bei den Großgeräten herrscht bis zum Anfang der neunziger Jahre neben der Komplettierung der zweiten Waffengeneration die Kampfwerterhaltung und -verbesserung vor, an die sich die Einführung der dritten Generation anschließen soll. Hinzu kommen die diversen Maßnahmen zur Sicherstellung des personellen Umfangs der Streitkräfte angesichts der geburtenschwachen Jahrgänge. Die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate 1989 könnte dabei durchaus erst das vorletzte Wort gewesen sein: Im Bericht der Langzeitkommission von 1982 wurde eine erneute Verlängerung in den neunziger Jahren für wahrscheinlich notwendig gehalten.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Kontinuität der konventionellen Aufrüstung dürfte einigermaßen anschaulich geworden sein. Es ist jedenfalls erkennbar, daß die neueren Tendenzen zum einen konzeptionell schon seit Anfang der fünfziger Jahre parteipolitisches Allgemeingut waren und deren konrete Umsetzung zum anderen unter einer sozialliberalen Bundesregierung eingeleitet wurde. Auch die gegenwärtige Haushaltspolitik läßt bisher keine gravierenden Veränderungen (außer im Bereich Forschung und Entwicklung) der Rüstungsausgaben erkennen, die Beschaffungsmittel sind sogar in den vergangenen drei Jahren geringer geworden. Nur eines fällt bei genauerem Hinsehen auf: Der Anteil des „Einzelplan 14" an den gesamten Bundesausgaben ist bei Abzug des Schuldendienstes für aufgenommene Kredite seit 1980 angestiegen — das bedeutet eine verstärkte Schwerpunktsetzung im Rüstungsbereich gegenüber anderen Bundesaufgaben, allerdings ebenfalls seit den Tagen der SPD/FDP-Koalition (s. Tabelle).

Für die Zukunft sehen die Planungen des Weißbuches 1985 weiterhin lediglich *„eine Fortschreibung der aktuellen Etatsteigerungen"* (35) vor. Daß daran aus guten Gründen gezweifelt werden kann (36), macht sicherlich erhöhte Aufmerksamkeit erforderlich. Besonders zu achten bleibt dabei auf den Versuch des BRD-Imperialismus, wohlbekannte Blitzkriegsoptionen (wieder) realisierbar zu machen.

Mi., Antimil-Kommission, KB Göttingen

Anmerkungen und Quellen:

1) AK 254: „Überall und von Beginn an angreifen" und AK 258: „Kanzler, bleibe hart!", beide nachgedruckt in der Broschüre: „Ein Heer für den Angriff" (30 Jahre Bundeswehr — Materialien, Analysen, Dokumente), erhältlich über Antimil-Komm. Göttingen c/o Buchladen Rote Straße 10 sowie „Die Bundeswehr und ihr ‚Verteidigungsauftrag' " in AK 263, unter etwas anderem Titel auch in der Broschüre „Die BRD in der NATO", zu beziehen bei der Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik, Postfach 2304, 4400 Münster (sehr empfehlenswert!)
1a) abgedruckt in: K.v.Schubert, „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland", Teil 2, Köln 1979, ausführlicher zitiert in den Quellen unter 1)
2) Das „Weißbuch 1985 — Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr" (künftig „WB '85") des Bundesministers der Verteidigung gibt zum bundesdeutschen Anteil an den Streitkräften der NATO und den Seegebieten der Nordflanke folgende Zahlen an: 50% der Landstreitkräfte, über 60% der Kampfpanzer, 50% der bodengebundenen Luftverteidigung, 30% der Kampfflugzeuge, 30% der Seestreitkräfte, 70% der Seestreitkräfte und 100% der Seeluftstreitkräfte in der Ostsee (Großbritannien gehört nicht in diesen Bereich, s. S. 113
3) vgl. hierzu Untersuchungen der o.a. Broschüre „Die BRD in der NATO", die sich aus-
100% der Seeluftstreitkräfte in der Ostsee (Großbritannien gehört nicht in diesen Bereich, s. S. 113
3) vgl. hierzu Untersuchungen der o.a. Broschüre „Die BRD in der NATO", die sich aus-
führlich mit den Problemen des Strategiewandels der NATO sowie den unterschiedlichen Motivationen der „Konventionalisierung" beiderseits des Atlantiks befassen, darunter der genannte Artikel aus AK 263 (s. Anm. 1)
4) dies Zitat und die anschließenden Angaben zur „flexible response" nach: „Verteidigung im Bündnis — Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950-1972", hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (München 1975), S. 180f.; dieses Werk sowie die verschiedenen Weißbücher der Bundesregierung (abgekürzt „WB") werden im folgenden einmal eingeführt und dann im Text unter Angabe der jeweiligen Anmerkung samt betreffender Seitenzahl notiert, soweit nichts anderes angegeben ist.
5) „Weißbuch 1971/1972", S. 141
6) WB '73/74, S. 229f.; die Reservisten der Verfügungsbereitschaft gehören faktisch zum Friedensumfang der Bundeswehr und müssen daher jederzeit erreichbar sein. Sie werden heute als feste „Dienstposten" in gekaderten Truppenteilen eingezogen und üben relativ häufig.
7) Die „Territoriale Verteidigung" war erst in den sechziger Jahren schwerpunktmäßig ausgebaut worden. Sie untersteht nationalem Oberbefehl und ihr Einsatzgebiet ist vor allem das „Hinterland". Hier wird der Großteil der Reservisten im V-Fall eingesetzt. Das grenznah stationierte Feldheer untersteht demgegenüber NATO-Oberbefehl und ist auch in Friedenszeiten weitestgehend präsent. Im Verlauf der Heeresstrukturreform wurden allerdings (1982) sechs „Heimatschutzbrigaden" des Territorialheeres ebenfalls der NATO unterstellt (lt. „Loyal" 6/82, Organ des Reservistenverbandes)
8) WB '79. S. 149; die beiden letztgenannten Reformen sollten einer Zentralisierung und Rationalisierung auf geeigneten Gebieten dienen. Das betraf außer dem Sanitäts- und Gesundheitswesen den Fernmelde-Weitverkehr, elektronisches Nachrichtenwesen sowie Logistik und Infrastruktur für alle drei Teilstreitkräfte.
9) WB '73/'74, S. 68-77 und WB '75/'76, S. 111-116; „Kaderung" ist die Reduzierung eines Truppenteils auf wenige erfahrene (meist leitende) Bundeswehrangehörige samt Ausrüstung, die im Bedarfsfall durch Einziehung von Reservisten oder Soldaten anderer Truppenteile rückgängig gemacht wird. „Brigaden" sind vorwiegend aus Kampftruppen bestehende Großverbände mit 3.500 bis 5.000 Mann Personalstärke. Sie umfassen beim „Feldheer" neben kleineren Unterstützungseinheiten jeweils vier Panzer- bzw. Panzergrenadierbataillone (diese unterscheiden sich hauptsächlich hinsichtlich der Art und Anzahl der zugehörigen Panzer sowie Einsatzprioritäten). Die Brigaden können wiederum mit weiterer Ergänzung zu (insgesamt 12) Divisionen zusammengefaßt werden.
10) WB '79, S. 128f.; selbstverständlich werden NATO-Aufrüstungsmaßnahmen immer mit einer angeblichen Überlegenheit des Warschauer Paktes oder sonstigen „Bedrohungen" gerechtfertigt. Als Anlaß der konventionellen „Modernisierung" ab 1969 mußte z.B. die Invasion in die CSSR im August 1969 herhalten. Entsprechende Kräftevergleiche möge mensch bitte der einschlägigen Fachliteratur entnehmen (z.B. Mechtersheimer/Barth: „Militärmacht Sowjetunion")
11) WB '79, S. 128 und „Europäische Wehrkunde" 7/78, S. 330
12) WB '85, S. 117 und taz, 14.12.83
13) „Europäische Wehrkunde" 7/78, S. 330
14) alle Angaben nach WB '79, S. 161-178; das Weißbuch erschien im September 1979, Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition war im Oktober 1969
15) WB '75/'76, S. 125-129
16) „Göttinger Tageblatt", 9.3.81
17) dies und die weiteren Zitate dieses Abschnittes (bis auf das direkt anschließende) aus: „Bericht" der „Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr" vom 21.6.1982 (kurz: „Bericht ..."), S. 21
18) „Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Hans Apel, zum Ergebnis der Arbeiten der Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr" vom 21.6.1982 (kurz: „Stellungnahme ..."), S. 2
19) Der Begriff „Vorneverteidigung" ersetzte ab 1966 aus diplomatischen Gründen den der „Vorwärtsverteidigung", ohne jedoch am Inhalt etwas zu verändern (s. ausführlicher den unter 1) genannten Artikel aus AK 263; s.
19) Der Begriff „Vorneverteidigung" ersetzte ab 1966 aus diplomatischen Gründen den der „Vorwärtsverteidigung", ohne jedoch am Inhalt etwas zu verändern (s. ausführlicher den unter 1) genannten Artikel aus AK 263; s.
auch Anm. 34)
20) „Frankfurter Rundschau", 15.11.84
21) „Angriff als Verteidigung — AirLand Battle, AirLand Battle 2000, Rogers-Plan", hrsg. von „Die Grünen im Bundestag" (Bonn/Hamburg 1984), S. A 6 und A 23 für ersteres; als Quelle ist dort ein Aufsatz aus „Military Review", Vol. LXII, No. 6, June 1982 (S. 34-44) angegeben
22) beide Studien (ESECS in Auszügen) sind abgedruckt in ebd., S. D 47/48 und D 55/56; die Broschüre enthält neben weiteren Dokumenten (AirLand Battle etc.) einen ausführlichen Hintergrund- und Analyseteil zu den neuen US-Konzepten und NATO-Doktrinen
23) WB '85, S. 180
24) Stellungnahme ..., S. 7
25) WB '85, S. 346; der „Hauptabteilungsleiter Rüstung" im Kriegsministerium in der „Wehrtechnik" 7/85: „Etwa 36% der F & T-Mittel von 700 Mio. DM sollen künftig für die Nutzung der ‚technologischen Intelligenz' ausgegeben werden." (F & T = Forschung und Technologie, offenbar eine Unterabteilung des Forschungs- und Entwicklungsetats)
26) Die Bundesregierung hat im Weißbuch 1985 angekündigt, die Zahl der Wehrübungsplätze in den neunziger Jahren schrittweise auf 15.000 zu erhöhen, bis 1986 sollten es 6.600 werden. Das entspräche einer Steigerung der Anzahl übender Reservisten von (1986) über 200.000 auf bis zu 400.000 (S. 260). Das Ziel von 210.000 übenden Reservisten war allerdings bereits im Weißbuch 1979 angepeilt worden (S. 154). Laut 4.) war sogar bereits bis 1974 eine Zunahme der Wehrübungsplätze auf 8.000 vorgesehen (1969 waren es noch 5.000, S. 294). Wehrübende 1979: 130.000, 1981: ca. 140.000, 1983: ca. 160.000 und 1984 180.000; „Wehrübungsplätze" bedeutet dabei offensichtlich eine Art „Planstellen"
27) „Frankfurter Rundschau", 18.4.86
28) FR, 28.4. und 12.5.86
29) „Der Spiegel" vom 8.9.86; außerdem soll der Wunsch nach etwa 15.000 weiblichen Freiwilligen auf's Tapet gebracht werden. In der Bundeswehr gibt es außerhalb der zivilen Dienststellen erst seit 1975 vereidigte Stabsärztinnen als bisher einzige „Soldatinnen" (WB '79, S. 232).
30) Generalinspekteur Wolfgang Altenburg nach ebd.
31) „EVI" ist das europäische Gegenstück zu SDI: „Europäische Verteidigungsinitiative"; zum Einsatz der Patriot als Anti-Raketen-Rakete vgl. AK 248: „Defensivbewaffnung und Erstschlagsstrategie — z.B. Patriot"
32) s. WB '85 und: A. Borgmann u.a.: „Die konventionelle Aufrüstung der 90er Jahre — Aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums — Analysen und Dokumente" (Kassel 1984); M. Hennes: „Vor einer neuen Aufrüstungswelle — Die Bundeswehrplanung für die 80er und 90er Jahre" in „Blätter für deutsche und internationale Politik" 4/85; „Ziviler Ungehorsam" 9-10/86, S. 26: „Neue Rüstungspläne der Hardthöhe" v. W. Bruckmann (wissenschaftlicher Mitarbeiter der „Grünen im Bundestag"), hrsg. von der Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam
33) S. „Die Bundeswehr und ihr Verteidigungsauftrag' " (s. Anm. 1)
34) dazu z.B. Carsten Voigt: „Allerdings wird auch eine defensive verteidigungspolitische Zielsetzung (wie sie von der SPD in ihren neueren Parteitagsbeschlüssen beschworen wird, Anm. d. Verf.) nicht auf die Fähigkeit verzichten können, die Heranführung von militärischen Verstärkungen aus der Sowjetunion und Osteuropa militärisch unterbinden zu können" (aus „Möglichkeiten und Grenzen einer Konventionalisierung" in „Die Atomschwelle anheben", hrsg. von P.-K. Würzbach 1983); und Erwin Horn forderte schon 1982 die Anschaffung von konventionellen Waffensystemen, „die jede größere Panzeransammlung bereits in den Aufmarschräumen der Sowjetunion zerstören (...) könnten" (FR, 20.7.82) — beide SPD-Sicherheitsexperten zitiert nach „Die Sicherheitspolitik der SPD — ‚Überwindung der nukleären Abschreckung'?" aus AK 250, nachgedruckt in der Broschüre: „SPD 87 — Friedenspartei oder NATO-Partei", erhältlich bei Jürgen Jakoby, Augartenstr. 77, 6800 Mannheim 1. In den Haushaltsausschuß-Beratungen im Herbst 1984 lehnte die SPD die Wörner-Pläne vorwiegend mit „Argumenten" ab wie: „nicht entscheidungsreif", „Prestige orientiert", „nicht finanzierbar", „keine in
heim 1. in den Haushaltsausschuß-Beratungen im Herbst 1984 lehnte die SPD die Wörner-Pläne vorwiegend mit „Argumenten" ab wie: „nicht entscheidungsreif", „Prestige orientiert", „nicht finanzierbar", „keine in
sich geschlossene Konzeption" etc. (vgl. Tagespresse Okt./Nov. 84). „Vorneverteidigung umfaßt neben der grenznahen Abwehr von Angriffen auch ... die Bekämpfung des gegnerischen Potentials in der Tiefe", so das Weißbuch 1985 zum Thema „Vorneverteidigung".
35) M. Hennes in Blätter ... (s. Anm. 59), S. 464
35) s. z.B. ebd. und in Huffschmid/ Voß/ Zdrowomyslaw: „Neue Rüstung — Neue Armut — Aufrüstungspläne und Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000" (Köln 1986)

Fortsetzung von Seite 21

Vom Mitmachen, II ...

be. (Jo Müller im „Pflästerstrand" vom 30.5.) Oder Joschka Fischer: *„Er mokierte sich über die Fundis, die mit ihrem engstirnigen Beharren auf dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie dem Wähler keine realistische Perspektive in einer Zeit böten, da Atomkraft nicht ab-, sondern ausgebaut werde."* (FR, 30.5.)

Sie sind alle große Helden der reformistischen Phrase. Natürlich hat auch Jo Müller noch keinen einzigen Fluß saubergekriegt, noch nicht mal einen ganz kleinen. Natürlich hat auch Joschka Fischer gegenüber dem Ausbau der Atomkraft absolut nichts realitätstüchtiges anzubieten. Natürlich haben die GAL-Wähler von Kurt Edlers Reform-Sprüchen ganz genauso wenig wie von den „Fundi-Sprüchen", über die er sich dreist mokiert. Ihr Geschimpfe auf die *„radikale Phrase, die nichts bewirkt oder verändert"*, dient nur dem Dummenfang, da sie selbst bisher ebensowenig bewirkt und verändert haben. Selbstverständlich, denn *niemand* kann mit einem Potential von ungefähr 10% eine Reformpolitik durchsetzen. *Vielleicht* kann er einige kleinere Veränderungen anbringen, aber um den Preis, in allen wesentlichen Fragen die *Verantwortung* für die Beibehaltung des status quo mitzuübernehmen. In keiner einzigen der großen Fragen, die Hubert Kleinert in der „Zeit" genannt hat, sind die hessischen Grünen in der Koalition mit Börner ein Stück vorangekommen. Eine Reformpolitik fand nicht statt. Typisch der Hanau-Konflikt: Nicht um die Stillegung der Plutoniumfabrik ging der Streit, sondern um einen taktischen Dreh, der es erlauben sollte, die Hände in Unschuld zu waschen. „Wir haben getan, was wir tun konnten, aber leider, die Bundeskompetenz ..."

Abgesehen von der Möglichkeit, daß sie einfach nur Sprüche herunterleiern, ohne über die Sache nachzudenken, müssen die „Realos" zwangsläufig die Unwahrheit sagen: Entweder geht es ihnen um das „Machbare", dann kann es ihnen aber nicht wirklich um Reformen gehen. Oder es geht ihnen um Reformen, aber dann berufen sie sich zu unrecht auf den Maßstab der Machbarkeit. Reformpolitik ist, bei den gegebenen Verhältnissen, eine radikale Utopie. Machbarkeit ist, bei den gegebenen Verhältnissen, ein sich Abfinden mit dem status quo in sämtlichen wesentlichen Fragen.

Die Lust aufs Mitmachen

Die Lust aufs Mitmachen

Hinter den irrealen Reform-Sprüchen der Realos wird eine kaum noch zu zügelnde Lust aufs *Mitmachen* deutlich. Dies Angebot ist zur Zeit weitaus größer als die Nachfrage der SPD, die den Grünen umso deutlicher die kalte Schulter zeigt, je mehr sie sich zu Schleuderpreisen offerieren. Der Hohn der Realos über die *„radikalen Gesinnungsethiker"* (H. Kleinert), die sich mit dem *„kleinen Glück im stillen Oppositionswinkel"* (Th. Bock) bescheiden wollen, drückt nur den Ausverkauf der eigenen politischen Moral aus. Für eine 10%-Partei, die in einer scharfen Opposition zu zentralen Elementen der nicht bloß in Jahrzehnten, sondern in Jahrhunderten verfestigten Verhältnisse steht — erinnert sei hier nur an das Atomprogramm, an die Kriegsrüstung, an die Ausländerpolitik, an die Politik gegenüber der Dritten Welt — ist eigentlich eine *Selbstverständlichkeit*, daß sie sich darauf einrichtet, in absehbarer Zeit parlamentarische Opposition zu bleiben. Die SPD war jahrzehntelang Oppositionspartei, und natürlich von den Herrschenden als Neinsager-Partei diffamiert. Aber was hätte sie zur Politik Bismarcks und Kaiser Wilhelms oder später Adenauers denn sonst sagen sollen, wenn nicht immer wieder Nein? Nicht das Nein-Sagen, sondern das *Mitmachen* hat die SPD demoralisiert. Ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten im 1. Weltkrieg, Noskes *„Einer muß den Bluthund machen"* nach dem 1. Weltkrieg. Demoralisiert hat sie die Logik des „Lieber einen Schmidt als Verteidigungsminister als einen Franz Josef Strauß."

Es gibt das Beispiel der Reichstagswahlen 1907, bekannt unter dem Schlagwort „Hottentottenwahlen". In der vorangegangenen Wahl 1903 war die SPD mit nahezu 32% stärkste Partei geworden. 1907 verlor sie nach einem von den Rechten vor allem in der Kolonialfrage äußerst aggressiv geführten Wahlkampf 3% der Stimmen und, aufgrund des für sie ungünstigen Wahlrechts, fast die Hälfte ihrer Parlamentssitze. Trotzdem hatte sie mit ihrer *Verweigerungspolitik* gegenüber der imperialistischen Politik des Kaiserreichs historisch gesehen recht, hätte darin sogar gern noch radikaler sein dürfen. Heute, im Rückblick, fällt es sehr leicht, das einzusehen. Aber wenn es um einen herben Wahlrückschlag geht, der gerade eben stattgefunden hat, haben natürlich erst einmal die Dummköpfe und Demagogen Oberwasser, für die „der Wähler" das klügste Wesen auf Erden ist und die folglich einen Rückschlag nicht als ganz normale Erscheinung, sondern nur als Quittung für falsche Politik interpretieren können.

Die Grünen sind als Partei sieben Jahre, als Strömung zehn Jahre alt. Keine lange Zeit, aber sie zeigen schon fast sämtliche Allüren der zum Opportunismus herangereiften SPD: Das *Gewaltmonopol des Staates* soll akzeptiert werden, obwohl es gerade in diesem Land untrennbar mit Weltkrieg I, Weltkrieg II und Auschwitz verbunden ist. Die Mitgliedschaft in der NATO soll nicht mehr bekämpft werden, obwohl die NATO nicht zu trennen ist vom Vietnamkrieg, von der Errichtung der Militärdiktatur in der Türkei und dem Krieg gegen die Kurden, von Falkland, von den Bombenangriffen auf Libyen — und von dem, was die Zukunft noch bereithält. Wenn man sie nur ließe, hätten wir bald grüne Innenminister, die Ausländer ausweisen und besetzte Häuser räumen lassen — alles mit dem sachlich zweifellos richtigen Argument, daß ein grüner Innenminister sehr viel besser sei als ein schwarzer und sogar etwas besser als ein sozialdemokratischer, und daß es ansonsten eben bestimmte rechtsstaatliche Prinzipien und Sachzwänge gibt, über die sich auch ein Minister nicht hinwegsetzen kann. Es wäre wahrscheinlich ein ernüchterndes Erlebnis für manche Grüne, die heute gedankenlos die Parole von der *„Verweigerungspolitik"* nachbeten. Allein deshalb ist es schade, daß die Realos diese Chance zur staatsbürgerlichen Bewährung wohl nicht bekommen werden. Jedenfalls nicht mit ihrem jetzigen Parteibuch.

Kt., Hamburg

Torsten Lange: Warum ich die Grünen verließ

In dieser Woche wurde bekannt, daß der Ex-Bundestagsabgeordnete, Torsten Lange, aus seiner Partei ausgeschieden ist. Heute rechnet er in BILD mit der Führungsspitze der Partei um Jutta Ditfurth und Thomas Ebermann ab.

Lange, seit gestern SPD-Mitglied, zu BILD: „Die Grünen mißbrauchen die Demokratie. Sie akzeptieren nicht das Konsensprinzip, auf das unser Staat aufgebaut ist. Auch ihre Wähler werden betrogen: Einerseits treten sie für Abrüstung und Umweltschutz ein, weigern sich aber, mitzuarbeiten, wenn das in Politik umgesetzt werden soll."

Heuchelei

Lange weiter: „Keiner weiß, was die Grünen wollen. Soll der Staat reformiert und abgeschafft werden. Die Grünen distanzieren sich auch nur halbherzig von Gewalt gegen Menschen und Sachen."

Zum Schwangerschaftsparagraphen 218 meint Lange: „Den Beschluß, den Paragraph 218 abzuschaffen, habe ich nur mit Zähneknirschen zugestimmt. Welcher Grüne tritt denn konkret für das Recht des ungeborenen Lebens ein?"

Staatsknete

Auch das „Gerede von der Basis" ist für Lange Heuchelei: „Nur die Grünen reden von Basis-Demokratie, die von einem Vorstandsposten zum anderen Mandat und umgekehrt hinüberrutschen."

Und: „Die Strömungen kämpfen verbissen um ihre Anliegen. Sie täuschen vor, sich für das Gesamtinteresse einzusetzen, holen Stimmen und Staatsknete, interessieren sich aber überhaupt nicht für das, was die Grünen-Wähler wollen.

Ich bin deshalb ausgetreten, weil ich nicht länger bereit war, diesen Betrug mitzumachen." *(geo)*

Titelbild: la lampe philosophique, 1935 von Rene Magritte

Mao und Gorbatschow
Den Zusammenhang denken

Mit Gorbatschow ist die Debatte um das Gesicht eines emanzipatorischen Sozialismus neu entbrannt. Mit Gewinn kann sie aber nur dann geführt werden, wenn die Begeisterung über das Aufbrechen der eiszeitlichen Erstarrung im ,,Realen Sozialismus'' dazu genutzt wird, abgerissene Diskussionsfäden wieder zu verknüpfen: Gerade für die Linke, die in der ,,Planwirtschaft'' nur den kleinsten Teil des Sozialismus sieht, die darüberhinaus die Perspektive des ,,neuen Menschen'' und das ,,Absterben des Staates'' fasziniert, sind durch Che Guevara und Mao Tsetung schon einige Prämissen gesetzt. Dialektik ist, bisherige Erkenntnisse und neue Impulse ins Verhältnis zu setzen. Das soll hier versucht werden.

Real hat Gorbatschow bisher wenig erreicht. Er fasziniert — übrigens auch in der Außenpolitik — nicht durch seine *Taten*, sondern durch seine *Ideen*. Sie allerdings könnten zur ,,materiellen Gewalt'' werden, wenn sie als Katalysator eines Neuanlaufs kommunistischer Diskussion und Organisation taugen — auch in der BRD. Hinz und Kunz interessiert sich für Gorbatschow und findet ihn sympathisch — können wir mit radikaleren Inhalten an diesem Interesse anknüpfen?

Erinnern wir uns nochmal an die These von Rosa Luxemburg: kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus. Wer wollte bestreiten, daß diese Verknüpfung die Menschen in den Staaten des Westens, die durch die bürgerlichen Revolutionen ,,Appetit auf mehr'' bekommen haben, schon immer fasziniert hat? Nach der Zerschlagung der demokratischen Freiheiten durch den Faschismus gilt umso mehr, daß revolutionäre Politik an dieser Verknüpfung nicht mehr vorbei kommt, will sie Breitenwirkung erzielen.

Auf den ersten Blick greifen beide — Mao und Gorbatschow — die Notwendigkeit demokratischer Rechte im Sozialismus auf. Dies wird im ersten Teil des Artikels dargestellt. Bei näherem Hinsehen werden jedoch Unterschiede deutlich: Mao betont mehr das Weitertreiben der sozialistischen Revolution, die die Entfaltung der Demokratie in sich berge. Gorbatschow hebt mehr auf die Entfaltung der Demokratie ab, die der einzige Garant für ein Weitertreiben der Revolution sei. Dies referiert der zweite Teil der Arbeit. Eine Synthese beider Ansätze im Sinne von Rosa Luxemburg ist zur Schärfung revolutionärer Theorie zwingend notwendig — dazu mehr am Schluß.

Laßt hundert Blumen blühen

In der Auseinandersetzung mit politi-

In der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern verfolgen Mao und Gorbatschow eine ähnliche Linie, die sich grundsätzlich von Stalins blutiger ,,tabula rasa'' unterscheidet. Mao kritisierte stalinistische Strömungen in der KP China mit den Worten: ,,*Unsere Vorstellung von Disziplin kommt überwiegend aus der Sowjetunion; zu große Strenge schlägt den Menschen in Fesseln, so kann man nicht den Bürokratismus zerschlagen.*'' (1)

Darauf entwickelte er die Politik ,,*Laßt hundert Blumen blühen*'' als Prinzip sozialistischer Demokratie. Zur Begründung führte er aus: ,,*Oft wird eine Probezeit notwendig sein, um zu entscheiden, ob etwas richtig oder falsch ist. In der Vergangenheit gelang es dem Neuen und Richtigen oft nicht, die Anerkennung der Mehrheit der Menschen zu erringen und es konnte sich erst auf Umwegen durchsetzen. Richtiges und Gutes wurde zunächst nicht als duftende Blume, sondern als Giftgras angesehen.*'' (2)

Mao erkannte nach den Ereignissen 1956 in Ungarn, daß nicht etwa zuviel Demokratie, sondern *zuwenig* Demokratie ein idealer Nährboden für konterrevolutionäre Bestrebungen ist. Mao will reaktionäres Gedankengut nicht durch Schuriegelung von oben, sondern durch breite Diskussion zurückdrängen. Seine Devise: ,, *Man muß den Massen freie Hand lassen, die Wandzeitungen der Rechten zu widerlegen.*'' (3)

Genauso verfuhr Gorbatschow bei der Freilassung von Sacharow und anderer Reaktionäre. Auf die Frage der Stalinisten, was zu tun sei, ,,*wenn so mancher versucht, die breite und öffentliche Information und den demokratischen Prozeß zu eigennützigen, antisozialen und verleumderischen Zwecken auszunutzen?*'', antwortete er ganz im Vertrauen auf ,,die Massen'': ,,*Tritt ein Demagoge auf den Plan, wird er von ihnen selbst in die Schranken gewiesen. Das habe ich selbst hundertmal gesehen. Die Menschen werden immer in allen Fragen klarkommen.*'' (4)

Klassenwidersprüche im ,,Realen Sozialismus''

Zur der Begründung für diese Ausdehnung der demokratischen Rechte formuliert Mao: ,,*Das wird helfen, die Widersprüche zwischen dem Staat und den Fabrikdirektoren auf der einen Seite und den Massen der Arbeiter auf der anderen Seite zu lösen.*'' (5) Oder noch prägnanter: ,,*Die wesentliche Ursache, weshalb man Unruhen fürchtet und mit plumpen Methoden gegen sie vorgeht, besteht in der Weigerung, im Kopf anzuerkennen, daß die sozialistische Gesellschaft eine Einheit von Gegensätzen bildet, in der noch Widersprüche, Klassen und Klassenkämpfe existieren.*'' (6)

Dies steht im schroffen Gegensatz zu den Thesen von Stalin und Chruschtschow, die Klassengegensätze im Sozialismus leugneten und vom ,,Staat des ganzen Volkes'' sprachen.

An Gorbatschow wäre wenig Sensationelles, wenn er genau wie seine Vorgänger ,,*wenig von Klassen*'' reden würde, wie ein Genosse im AK lobend erwähnte. (7) Das Umgekehrte gilt: Endlich greift einmal jemand in der Sowjetunion die obigen Gedanken von Mao implizit auf! Unter den veralteten Theorien, mit denen Gorbi aufräumen will, nennt er z.B. die folgende: ,,*Die soziale Struktur der Gesellschaft wurde schematisch als frei von Widersprüchen , als frei von Dynamik in den vielfältigen Interessen ihrer verschiedenen Schichten und Gruppen dargestellt.*'' (8) Konkret benennt er das Problem so: ,,*Zwischen dem Volk, das diese Veränderungen will, das davon träumt, und der Staatsführung befindet sich eine Verwaltungsschicht, die Ministerien, der Parteiapparat, der keine Umgestaltung will, der den Entzug einiger Rechte, die mit Privilegien verbunden sind, nicht will.*'' (9) Wer denkt da nicht an Maos Warnung vor ,,*Machthabern, die den kapitalistischen Weg gehen*''?

Gorbatschow zeigt ganz deutlich, *welche* Klasse er in ihrer gesellschaftlichen Macht stärken will. ,,*Die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion*'' ist für ihn ,,*die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Ent-*

entwicklung der Demokratie in der Produktion'' ist für ihn ,,*die wichtigste*

Richtung bei der Vertiefung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie insgesamt.'' (10) Neben einer Erweiterung der innerbetrieblichen Rechte der Arbeiterklasse will Gorbatschow dabei auch die Rolle der Gewerkschaften als ,,*Gegengewicht gegen technokratische Tendenzen*'' stärken. Ist es nicht eine direkte Aufforderung zur Rückkehr zum Klassenkampf, wenn Gorbatschow die Gewerkschaftsfunktionäre kritisiert, ,,*die mit den Wirtschaftsleitern Krakowiak tanzen*'' (10a)?

Absterben von Herrschaft — aber wie?

Bei diesem Thema geht Mao über die sowjetischen Neuerer weit hinaus: Wie soll die Demokratie allumfassend werden (und erst dann ist ihr Absterben wie das jeder anderen Herrschaftsform möglich), wenn sich durch die Art der Produktions- und Reproduktionsbeziehungen in der Gesellschaft ständig neue Unterdrückung, neue Entmündigung bildet? Degradiert nicht die kapitalistische Großfabrik die Arbeiter automatisch zu einem Anhängsel der Maschine und priviligiert die Ingenieure und Kopfarbeiter als Kommandanten ihrer Arbeitskraft? Werden nicht in der bürgerlichen Familie und im Schulsystem ständig angepaßte Untertanen ohne jedes politische Bewußtsein herangezüchtet? Wie kann die kommunistische Partei, statt zur festen Stütze der neuen ungerechten Ordnung zu werden, zur Abschaffung von Herrschaft beitragen?

Von diesen Fragen ausgehend, brach Mao mit dem Stalinschen Modell der vom Westen abgepausten Industrialisierung und befürwortete eine dezentrale Form der Vergesellschaftung über das Kommunemodell (sog. ,,Großer Sprung'', Ende der 50er Jahre). Er unterstützte die in der Jugend aufgebrochenen Unruhen und ihren Kampf gegen Fabrikdirektoren, Schulmeister, Fachidioten und Eltern (,,*Rebellion ist gerechtfertigt*''). Schließlich befürwortete er die Verdichtung dieser antiautoritären Kämpfe in der ,,Kulturrevolution'' (1966 - 69). Dabei geschieht etwas Unerhörtes: Ein leibhaftiger Parteivorsitzender ruft die Massen dazu auf, gegen die Partei zu revoltieren und das ,,*Feuer auf das Hauptquartier*'' zu eröffnen sowie neue Machtorgane ,,*vom Typ der Pariser Kommune*'' zu schaffen. Insgesamt hat Mao diese Politik nicht geradlinig durchgezogen, insbesondere die von ihm teils mitgetragene ,,Befriedung'' der Kämpfe wirft Fragen auf (s. dazu unten). Fakt bleibt aber, daß Maos Theorie und Praxis einen so stark antiautoritären Grundzug hatte, wie nie zuvor in der Geschichte des Marxismus.

Es scheint so, als ob dieses riesige

Es scheint so, als ob dieses riesige Verdienst Maos von der marxistischen Diskussion heute klarer erkannt wird, als von den ,,maoistischen'' Linken der 70er Jahre. So betont Rainer Hoffmann, ein dem Anarchismus nahestehender Chinaexperte: ,,*Während dem ,demokratischen Zentralismus' Leninscher Prägung jede selbständige Regung von unten verdächtig vorkommt, setzt die Lehre von der ,Massenlinie' ein großes Vertrauen in die Weisheit der Basis voraus. Die Partei ist nicht mehr der einzige Garant einer sozialistischen Zukunft, die geschichtliche Dynamik wohnt auch in den Massen, reiner und ursprünglicher als in jeder abgeleiteten organisatorischen Form. (...) Der Kernsatz der maoistischen Philosophie ,Rebellion ist vernünftig' setzt den unerschütterlichen Glauben daran voraus, daß sich die geschichtliche Vernunft eher über populistische Bewegungen von unten als überorganisatorische Lenkung von oben verwirklichen läßt.*'' (11)

Rosana Rossanda, Herausgeberin von ,,il manifesto'': ,,*Zumindest seit 1957 fragte sich Mao, welche Vorstellungen von Sozialismus neue Mächte, Unterwürfigkeiten, Unterdrückung hatten wiedererstehen lassen (...): all das entsprang der Logik gerade jenes Entwicklungsweges, den die UdSSR gewählt hatte.*'' (12)

Ebenso wie sie betont auch das aus dem linken Flügel des Eurokommunismus hervorgegangene ,,Kritische Wörterbuch des Marxismus'' die Einzigartigkeit von Mao in diesem Punkt: ,,*Während die Trotzkisten, so sehr sie auch den Überbau des stalinistischen Modells kritisierten, dennoch dessen Basis für richtig hielten, unternahm Mao eine eindringliche Kritik des Modells.*'' Die in der Kulturrevolution von Mao unterstützten egalitär-autoritären Kommunemodelle werden als ,,*das am weitesten fortgeschrittene Experiment einer Diktatur des Proletariats seit der Pariser Kommune*'' bezeichnet. (13)

Von alldem findet sich in der Sowjetunion auf den ersten Blick recht wenig. Immerhin gibt es Kräfte in Partei und Gesellschaft, die die Diskussion um eine andere Produktivkraftentwicklung (Stop der Verschmutzung des Baikalsees, der geplanten Flußumleitungen usw.), um andere Arbeitsverhältnisse (Förderung des Gemeineigentums; Diskussion über kollektive Lohnformen) und eine andere Kultur vorantreiben.

Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen

Mao betont die Demokratie nicht als besonderen Wert; wie das Gorbatschow in seinem berühmt gewordenen Zitat tut. Ich halte das für einen Fehler mit weitreichenden Konsequenzen.



Dazu möchte ich zwei Beispiele nen-

Dazu möchte ich zwei Beispiele nennen.

Das erste Beispiel betrifft Mao und sein Scheitern selbst. Wenn Mao sagt ,,Die Massen sich selbst befreien lassen'' so klingt das beim ersten Hinhören sehr gut, und es hatte ja auch eine ganze Reihe antiautoritärer Experimente zur Folge, wie ich oben aufgezeigt habe. Nur: Wer garantiert eigentlich, daß dieser Selbstbefreiungsprozeß weitergehen kann? Und: Wer bestimmt, welche Massenregungen zur ,,Selbstbefreiung'' gehören, und welche ,,konterrevolutionär'' sind? In Maos Verständnis war das immer die Partei, die durch den 30jährigen Partisanenkampf einen sehr hohen Grad an Verschmelzung mit dem chinesischen Volk, gerade auch mit den Bauern, erreicht hatte — ganz im Unterschied übrigens zu den Bolschewiki, weshalb in Rußland viele Schlüsselprobleme der revolutionären Macht früher und schärfer hervortraten als in China. Trotzdem wurde auch Mao von dieser Problematik eingeholt: Was passiert, wenn die ,,Bourgeoisie mitten in der Partei'' sitzt, wie Mao 1975 resigniert bemerkte? Nachdem die KP ,,die Farbe gewechselt hatte'', hatte der emanzipatorische Prozeß zwar immer noch eine mächtige soziale Basis, aber praktisch keine organisatorische Stütze mehr. Er war zersplittert und konnte nach und nach befriedet oder zerschlagen werden. So besehen war Maos Parole ,,*Bombardiert das Hauptquartier*'' einerseits eine unerhört revolutionäre Losung, andererseits aber auch eine gewisse fast schon anarchistische Hilflosigkeit. Die Schlacht um das Hauptquartier wurde zur Entscheidungsschlacht, nach deren Verlust China nun schon beinahe 20 Jahre in den Händen von Maos politischen Gegnern ist...

Die Lehre ziehen heißt: Es darf nicht ein Hauptquartier geben, es müssen mehrere Hauptquartiere geschaffen werden. Haben konservative Kräfte ein Hauptquartier übernommen, kann der revolutionäre Prozeß von einer anderen Bastion aus einen neuen Anlauf nehmen. Auch der Sozialismus braucht eine ,,Gewaltenteilung'', und zwar nicht der Bourgeoisie zuliebe, sondern im Interesse der Linken in der Gesellschaft, die nach dem Verlust von Einfluß in dem *einen* Hauptquartier ansonsten politisch, zuweilen auch physisch,liquidiert werden.

Diese Gewaltenteilung kann umfassen die Zulassung mehrerer linker Parteien (Mao war zwar für das Mehrparteiensystem, sah aber für die revolutionären Kräfte niemals neue, zusätzliche Parteien für notwendig an!) und die gegenseitige Kontrolle von rätedemokratischen, parlamentarischen und plebiszitären Strukturen, daneben natürlich die ganze Palette der verschiedenen Formen für die ,,Rebellion'' (freie Meinungsäußerung, Demonstrationsrecht, Streikrecht...).

Gorbatschow hat begonnen, kleine Ansätze für eine solche Dezentralisierung von Macht gesetzlich abzusichern. Im wesentlichen geht es hier um gewerkschaftliche Rechte, Mitbestimmungsrechte im Betrieb, Beschwerderechte und freie Meinungsäußerung. Das ist natürlich viel zu wenig. Aber entscheidend ist, daß hier demokratische Rechte nicht nur kurzzeitig durch die Partei(linke) gewährt werden, wie in den Zeiten der ,,Hundert-Blumen-Kampagne'' oder der Kulturrevolution, sondern daß diese Rechte gesetzlich abgesichert werden. Das ist zwar kein absoluter Schutz, wohl aber eine Hürde für Machtmißbrauch und Willkür, und eine Ermutigung für Protest und Rebellion. Vor allem setzt es ein bestimmtes politisches Bewußtsein zugleich voraus und verstärkt es: Wäre die Möglichkeit mehrer linker Parteien politisches und juristisches Allgemeingut der chinesischen Gesellschaft gewesen, hätte die maoistische Linke vermutlich sehr viel planmäßiger darangehen können, zusammen mit ,,Roten Rebellen'' eine neue Partei aufzubauen, statt sich in den Grabenkämpfen der Parteiadministration absorbieren und kaltstellen zu lassen. Das Dogma, daß es links nur eine Partei geben könne, hat darüberhinaus zur Verzerrung und Verflachung des Meinungskampfes in China geführt: Alle Abweichler wurden als ,,Rechte'' dargestellt, da es ja nur *eine* linke Meinung geben könne. Selbst Lin Biao als Repräsentant des linken Flügels wurde nach seiner Kaltstellung als ,,notorischer Rechter von Anbeginn'' bezeichnet. Nur ,,konsequent'' war es dann, daß die fehlende politische Prägnanz der Kritik in aller Regel durch persönliche Schmähungen des Kritisierten wettgemacht wurden, bis hin zur Vorführung der Gescholtenen mit ,,Schandhüten''. Unter diesem Aspekt ist es wichtig, wenn Gorbatschow hervorhebt: ,,*Erneuerung der Gesellschaft bedeutet auch Kampf für die Würde, die Erhabenheit*

Gorbatschow hervorhebt: ,,*Erneuerung der Gesellschaft bedeutet auch Kampf für die Würde, die Erhabenheit*

und die Ehre des Menschen. Insbesondere ist es unzulässig, wenn dieser oder jener Publizist jemanden nicht kritisiert, sondern erniedrigt. Solche Publizisten halten sich für Vertreter der Demokratie, für Kämpfer gegen das Alte und Überlebte. Sie selbst aber benutzen kränkende Etikette. (...) Eine solche Kritik dient nur den Gegnern der Umgestaltung.'' (14)

Mao und Stalin

Das zweite Beispiel verdeutlicht Maos Fehler weiter. Nach dem 20. Parteitag ergriff Mao in der kommunistischen Weltbewegung Partei für Stalin, nahm ihn gegen die Chruschtschowsche Kritik in Schutz. Offensichtlich hatten die chinesischen Genoss/inn/en nicht die Spur von Sensibilität dafür, welche gewaltige Leistung von Chruschtschow es war, unter hohem persönlichen Risiko über die stalinistischen Greuel zu informieren, die Macht des KGB einzuschränken, ein Minimum demokratischer Freiheiten wieder herzustellen und Hunderttausende (manche sprechen von Millionen) aus den Lagern freizulassen! Über diese demokratischen und humanistischen Fortschritte hinwegzugehen, sie mit keinem Wort zu erwähnen, mußte in der Weltöffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß der radikale Flügel des Kommunismus zur Frage der Demokratie und des Humanismus ein rein taktisches Verhältnis habe. So fiel auch ein schräges Licht auf die korrekten Teile der chinesischen Kritik an Chruschtschow, insbesondere sein Arrangement mit den

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

USA und die Theorie des ,,friedlichen Weges zum Sozialismus'' betreffend. Kein Wunder, daß der Versuch, an der Stalin-Chruschtschow-Frage eine neue revolutionäre Linke aufzubauen, nur von Enver Hodscha unterstützt wurde, ansonsten aber völlig fehlgeschlagen ist. Erst mit der Kulturrevolution wurde klar, daß ,,*Mao das Verdienst zukommt, nach Wegen gesucht zu haben, auf denen es möglich wird, praktisch mit dem stalinistischen Modell zu brechen*'', wie das ,,Kritische Wörterbuch des Marxismus'' bilanziert.

Die zwei Pole

Maos Mißachtung des demokratisch-humanistischen Impetus von Chruschtschow und sein in der Theorie nur ,,*unausdrücklicher*'' (15) Bruch mit Stalin macht ihn zwar nicht zum Stalinisten. Dafür ist seine antistalinistische Praxis immer noch das entscheidende Kriterium. Doch diese schweren Fehler haben dem Stalinismus sehr wohl mit ermöglicht, in Teilen der Neuen Linken im Westen Fuß zu fassen und sie so ihres ursprünglich antiautoritären Impulses zu berauben. Politik und Rituale des schon bald gescheiterten Sektierertums à la KBW, KPD und KPD/ML sind dafür beredtes Zeugnis, und der ,,lange Schatten'' ihrer stalinistischen Maointerpretation hat den kommunistischen Neuanfang nach der APO insgesamt verdunkelt.

Aus der Distanz von 30 Jahren betrachtet wäre es also besser gewesen, Mao hätte die Stalinkritik Chruschtschows aufgegriffen und radikalisiert, was ja durchaus in der Logik seiner Argumentation gelegen hätte. ,,*Das chinesische Desinteresse an der moralischen Dimension der Entstalinisierung hat auch bewirkt, daß die Tragödie der Lager, an sich das beste Beweismaterial für ‚Revisionismus', das sich die chinesische Propaganda hätte wünschen können, aus der Polemik gegen Moskau ausgespart blieb.*'' (16) Eine ähnliche Kritik äußerte Isaac Deutscher damals: ,,*Die Aussichten wären unvergleichlich hoffnungsvoller, wenn es den verschiedenen progressiven Kräften in den zwei großen kommunistischen Parteien möglich wäre, sich aus dem Griff der rückwärtsgerichteten Faktoren zu befreien und miteinander zu verschmelzen — wenn der chinesische Eifer für den leninistischen Internationalismus Hand in Hand ginge mit einer echten und stetigen Entstalinisierung der kommunistischen Bewegung.*'' (17)

Die verpaßte Chance ist wieder da: Es gibt *wieder* den einen Pol, den Antistalinismus,der endlich von Gorbatschow aktualisiert wurde und weltweit die ,,Herzen und Hirne'' der Menschen erobert. Und es gibt *noch* den anderen Pol, Maos Aufruf zur Rebel-

schow aktualisiert wurde und weltweit die ,,Herzen und Hirne'' der Menschen erobert. Und es gibt *noch* den anderen Pol, Maos Aufruf zur Rebel-

lion gegen alle knechtenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse, und sei er auch nur aufgehoben bei kleinen Gruppen wie dem KB.

Diese beiden Pole in Theorie und Praxis zusammenzubringen — es kann nichts wichtigeres geben. Dafür Mitkämpfer/innen zu suchen, bei radikalen Eurokommunisten,undogmatischen Trotzkisten und klugen Anarchisten — das könnte,das müßte, das wird die Aufgabe des ARBEITERKAMPF sein. Oder gibt es einen besseren Vorschlag?

Jü., Stuttgart

Anmerkungen:

1) Mao, Rede auf der Konferenz des Politbüro, April 1956, z.n. „Mao intern", S.99
2) Mao, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, 1957, z.n. „Texte zur Stalinfrage", S.133
3) Mao, Unsere Kräfte organisieren..., 1957, z.n. Ausgew. Werke Band 5, S.509
4) Gorbatschow, Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen, z.n. der Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik", S.62
5) Mao, Rede auf der zweiten Plenartagung des 8.ZK (1956), z.n. Ausgew. Werke Band 5, S.389
6) Mao, Rede auf einer Konferenz der Sekretäre der Parteikomitees, 1957, z.n. AW Band 5, S.425
7) jb, Lernen von Gorbatschow?, AK 280
8) siehe (4), S.7
9) Gorbatschow, Rede vom 19.6.86, z.n. MSZ 2/87
10) siehe (4),S.20
10a) Gorbatschow, Rede auf dem Gewerkschaftskongreß, z.n. UZ 4.3.87
11) Rainer Hoffmann, Kampf zweier Linien, Klett-Cotta 1978, S.9
12) Rosana Rossanda, Mao stellte richtige Fragen, taz 17.10.86
13) Argument-Verlag, Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 5, S.824 ff.
14) Gorbatschow, Rede vor den Leitern der Massenmedien, UZ 25.2.87
15) KWM, s. (13)
16) Helmut Martin, Stalin, Revisionisten und die maoistische Strategie der KP China, in: Medwedew u.a., Der 20. Parteitag der KPdSU, suhrkamp 1977
17) Isaac Deutscher, Der Maoismus, in: Deutscher/Mandel, Der Maoismus, isp-Verlag 1972

Das steckt also dahinter

Vor einigen Wochen konnte man in einer Erklärung der AK-Redaktion lesen, sie bezweifle, ob es sich bei der sowjetischen perestroika (Umgestaltung) um eine ,,Annäherung an den Sozialismus'' handle (AK 281, S. 34). Im letzten AK nun schrieb F. als erster aus der Redaktion eine Begründung dieser Einschätzung, in der es heißt:

,,Aber mensch muß es aussprechen: Nicht trotz, sondern aufgrund des stalinistischen Terrors und der ‚Opferbereitschaft' ihrer Bevölkerung entwickelte sich die UdSSR bis zum Tode Stalins 1951 zu einer führenden Industrienation und zur Weltmacht Nr. 2 nach den USA. Dies ist keine politische und erst recht keine moralische Rechtfertigung des Stalinismus. Dies ist eine historische Feststellung.''

Diese Sätze sind sachlich falsch, wie vieles in dem Artikel von F. Aber viel schlimmer ist das in ihnen auflebende Geschichtsbild, dem die Opfer zwar nicht egal, aber auch nicht wichtig genug sind, um erwähnt zu werden. Ein Geschichtsbild, in welchem Industrielevel und Weltmacht allemal höhere Kriterien sind als Freiheit und Leben. Die Sätze von F. sollen keine Rechtfertigung des Stalinismus sein, aber sie öffnen ihm die Tore, weil sie immerhin dem Stalinismus zusprechen, eine historische Notwendigkeit besessen zu haben.

Denn F. behauptet ja *nicht nur*, was noch diskutabel wäre, daß ein Land nur durch mehr oder weniger etatistische Strukturen aus der Rückschrittlichkeit gerissen werden könne; er behauptet *nicht nur*, der Staat müsse unter solchen Bedingungen, wie sie damals in der UdSSR herrschten, eine wichtige Rolle spielen. Sondern er behauptet ganz ausdrücklich, der ,,stalinistische Terror'' sei notwendig gewesen. Es sind aber zwei völlig verschiedene Dinge, ob jemand sagt, der Staat müsse bei der Industrialisierung eine wichtige Rolle spielen, oder ob einer behauptet, für die Industrialisierung seien Terror und Massenmord notwendig. Und F. hat ja nicht nur geschrieben, daß Industrialisierung und stalinistischer Terror historisch zusammenhingen, sondern behauptet, *aufgrund* des Terrors hätte die UdSSR industrialisiert werden können.

Natürlich hat F. das, was seine Formulierung aussagt, nicht sagen wollen. Eben deshalb hat er ja den Nachsatz eingeschoben, er wolle den stalinistischen Terror nicht rechtfertigen. Aber der Satz steht dennoch da und er hat die Implikation, den stalinistischen Terror zur Notwendigkeit zu erklären, denn der Gegensatz zu ,,trotz'' ist ,,wegen'' oder ,,aufgrund''. Da gibt es keinen Zweifel. Wie kann man aber einen solchen Satz überhaupt schreiben? Wie kann man all das, was wir über den Stalinismus wissen, mit einer solchen Formulierung erschlagen? Solange wir als Kommunisten ein so leichtfertiges Umgehen mit dem Stalinismus an den Tag legen, solange ist auch der Stalinismus nicht eine überwundene Geschichte, sondern ein gegenwärtiges Problem. Für uns muß die Rehabilitierung der OPFER' DER ERMORDETEN Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, Sozialrevolutionäre und Demokraten zu einer Selbstverständlichkeit werden — zu einer Selbstverständlichkeit, die Sätze wie den von F. unmöglich macht. Hier geht es nicht nur um eine Frage der historischen Analyse, sondern um die politische und moralische Integrität der radikalen Sozialisten und Kommunisten, hier geht es um die Glaubwürdigkeit unseres Humanismus.

Man muß die Frage aufwerfen, wie es kommen kann, daß jemand wie F. trotz allem, was wir über den Stalinismus wissen, eine solche ,,historische Feststellung'' machen kann, was ihn dazu treibt und was andere dazu bringt, es zu dulden.

110 von 139

Es ist nicht möglich und auch nicht nötig, an dieser Stelle die Geschichte des Stalinismus aufzurollen. Aber einige Fakten sollten wir uns vergegenwärtigen, um das ,,nicht trotz, sondern aufgrund'' wirklich zu verstehen.

— Nicht trotz, sondern aufgrund der Tatsache, daß von 139 ZK-Mitgliedern und -kandidaten des XVII. Parteitages (1934) 1939 noch 19 in Freiheit aber 110 verhaftet und großteils hingerichtet waren, sei die UdSSR erstarkt.

— Nicht trotz, sondern aufgrund des von der Kollektivierung ausgelösten Produktionsrückganges in allen Sparten der Landwirtschaft, habe die UdSSR aufgeholt. (1935/36 erreichte die UdSSR in etwa wieder den Stand von 1928).

— Nicht trotz, sondern aufgrund der Ausrottung der alten Parteimitglieder und den Säuberungen in Staatsapparaten und gesellschaftlichen Institutionen sowie der Paralysierung der Sowjets habe die UdSSR es erreicht, Weltmacht Nr. 2 zu werden.

Wie glaubwürdig ist es wohl, einerseits von den anderen stets laut die Wahrheit und das Erinnern einzufordern, aber selbst den eigenen Schatten auszuweichen, die Schatten der eigenen Vergangenheit zu relativieren und zu bagatellisieren. Der Stalinismus ist kein sowjetisches Phänomen, sondern Geschichte des Kommunismus, der Stalinismus ist *unsere* Geschichte.

Wenn F. sagt, ,,nicht trotz, sondern aufgrund'', dann sagt er auch, Bucharin hatte unrecht und Stalin hatte recht. Dann sagt er auch, das vom XVII. Parteitag gewählte ZK der Partei hatte unrecht und Stalin hatte recht.

Indem F. die ganze Geschichte der UdSSR allein unter dem Blickwinkel der Akkumulation betrachtet, fällt der Stalinismus als besonderes Problem unter den Tisch. Er wird bequemerweise hinwegabstrahiert. Dieser leichtfertige und unmoralische Umgang mit dem Stalinismus fällt weit hinter die Diskussion im KB zurück. Es ist vielleicht sinnvoll, daran zu erinnern, daß wir 1979 in den ,,Texten zur Stalin-Frage'' die Aufarbeitung des Stalinismus als ,,substantielle Frage jeder revolutionären Bewegung'' bezeichnet haben:

,,Wir halten die Stalin-Frage, bzw. die Analyse der Klassenkämpfe in der SU bis zur Machtergreifung des Revisionismus, für eine substantielle Frage jeder revolutionären Bewegung, die heute wieder Masseneinfluß gewinnen und die Völker speziell der westlichen Welt wieder für die sozialistische Idee begeistern will. Ohne diese offenen Fragen offen gestellt und sowohl im innerorganisatorischen Leben wie auch im Verhältnis zu den Massen und Massenbewegungen reflektiert zu haben, wird ein solches Ziel nicht zu realisieren sein.''(Texte zur Stalin-Frage, hrg. von der RgW-Kommission des KB 1979).

So sehr wir uns damals auch um die Einschätzung der UdSSR gestritten haben (wobei ich damals noch, stark beeinflußt von Bettelheim, von der These ausging, in der UdSSR herrsche eine ,,neue Bourgeoisie''), ist es doch damals niemandem eingefallen, den Terror des Stalinismus als notwendig für die Industrialisierung zu bezeichnen. Sondern es wurde ganz im Gegenteil aufgezeigt, daß der Stalinismus die gesellschaftliche Entwicklung massiv behindert hat. Die Kollektivierung warf die Landwirtschaft um Jahre zurück, die Säuberungen in den wissenschaftlichen Instituten behinderten wichtige Forschungsarbeiten, die Ausmerzung der ,,Schädlinge'' in der Industrie dezimierte die ohnehin zu wenig vorhandenen Facharbeiter und Ingenieure (Schachty-Prozeß) usw. usf. Dieser Prozeß war in jedem Falle zu widersprüchlich, als daß man hätte sagen können, der Stalinismus habe erst die Industrialisierung ermöglicht.

Der Terror war großteils schlicht und einfach dysfunktional, er kann aus ökonomischen Erfordernissen nicht erklärt werden. Und wer einfach ,,historisch'' feststellt, der Stalinismus habe die Industrialisierung ermöglicht, rechtfertigt den Stalinismus auch dann, wenn er es gar nicht will.

Das Problem mit den Fakten

,,Differenzierung und Konkretisierung'' wollte F. mit seinem Artikel in eine bislang vom ,,Chaos'' beherrschte Diskussion bringen. Und so stirbt dann Stalin 1951 (richtig ist: 5. März 1953). So wird ohne jede Begründung, ohne eine einzige Quelle einfach mal so eben behauptet, die KPdSU plane heute die ,,intensivere Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung''. Da gibt es dann so konkrete und differenzierte Aussagen wie den ,,beispiellosen Gewinn an sozialer Mobilität, Lebensqualität und persönlicher Freiheit'', der zwar ein Fortschritt, aber keine ,,revolutionäre Erneuerung des Sozialismus'' ist und schon gar keine ,,attraktive Alternative zum Kapitalismus'', sondern ein Fortschreiben in das Nirgendwo der unendlichen Differenzierung. Höchst differenziert wird dann auch festgehalten (ohne Begründung, versteht sich), eine Aufnahme der Initiativen Gorbatschows könne hierzulande ja überhaupt nur ,,auf eine weitere Sozialdemokratisierung der linken Sozialismusvorstellungen hinauslaufen''.

Es wundert bei dem Artikel auch nicht, daß F. die gesamte sowjetische Stalinismus-Diskussion ignoriert. Perestroika — das ist Gorbatschow höchstpersönlich. Afanasiev? Nie gehört. Bowin? Wer ist das denn? Aber eine Einschätzung hat F. auf jeden Fall. Gorbatschow rede ja gar nicht von Stalin, schreibt F. Gorbatschow redet auch nicht von Chruschtschow, Breschnew, nicht von Molotow und nicht von Berija. Es geht weder um die Abrechnung mit den Vorgängern noch um schnöde ,,Vergangenheitsbewältigung'', sondern um die Gegenwart, um das Erbe des Stalinismus (siehe nebenstehenden Kasten: Kritik des Stalinismus in der UdSSR).

F. gibt ja durchaus zu, daß Gorbatschow ,,Kritik des Stalinismus'' betreibt. Was soll also die alberne Behauptung, in der UdSSR werde heute nicht um den Stalinismus diskutiert? Können wir als Kommunisten nicht endlich begreifen, daß die Überwindung des Stalinismus für einen sowjetischen Sozialismus die elementarste Voraussetzung ist?

endlich begreifen, daß die Überwindung des Stalinismus für einen sowjetischen Sozialismus die elementarste Voraussetzung ist?

F. scheint es einfach nicht zu begreifen und verheddert sich bei seinen Ablenkungsmanövern bis zur Absurdität. Da heißt es dann bei F., eine ,,Korrektur der Leninschen Revolutionstheorie durch Gorbatschow'' sei nicht in Sicht. Also folgte bislang die KPdSU der Leninschen Theorie? Genau das hat doch der KB immer bestritten! Da behauptet F. erst, es ginge Gorbatschow keineswegs etwa um den Stalinismus oder den ML, sondern die perestroika stehe ,,voll und ganz in der Kontinuität der bisherigen Traditionen sowjetischer Wirtschafts- und Innenpolitik''. Kurz danach schreibt dann F. aber, es handele sich um ,,weitreichende Revisionen bisheriger Grundsätze der KPdSU''. Und der Autor so widersprüchlicher und sich gegenseitig ausschließender Einlassungen beansprucht ernsthaft, Ordnung in eine bislang vom ,,Chaos'' beherrschte Debatte zu bringen.

Wie wenig F. von der Sache versteht, beweist schon seine Auseinandersetzung mit der Kritik an der ,,Verabsolutierung des sozialistischen Eigentums''. F. kann diese Kritik nur als Übergang zu kapitalistischen Maßnahmen begreifen, weil er nicht sieht, daß es dabei um die Kritik der Kollektivierung geht. Und was soll man von einem Kommunisten halten, der schreibt: ,,‚Sozialistisches Eigentum', also wesentlich Lohnarbeit''? Lohnarbeit im marxistischen Sinne gibt es in der UdSSR nicht. Die ,,Ware/Geld-Beziehungen'' haben ebenfalls einen prinzipiell anderen Charakter als im Kapitalismus, weil die sowjetische Ökonomie nicht von dem Wertgesetz beherrscht wird.

All die Ausführungen von F. zeigen nur, wohin es führt, wenn man ohne gründliches Studium beliebige Argumente als Beleg für die eigenen Vorur-

Fortsetzung nächste Seite

Nachdem auf kulturellem Gebiet eine Reihe von Filmen, Büchern ge dürfen auf keinen Fall unserer Aufmerksamkeit entgehen. Wenn unsere Studenten nur selten einen Blick in die Quellen werfen. (...)

Nachdem auf kulturellem Gebiet eine Reihe von Filmen, Büchern und Theaterstücken endlich veröffentlicht werden konnten, die die Stalin-Ära in die Kritik nahmen, haben die Personaländerungen auch die wissenschaftlichen Institute erreicht. Jurij Afanasiev (zum Teil hierzulande auch: Afanassjew geschrieben) wurde Rektor des Moskauer Historisch-Archivarischen Instituts. Dieses Institut ist, wie der Name schon sagt, für ein historisches Archiv zuständig. Da die bisherige sowjetische Geschichtswissenschaft nach der Devise verfuhr, ,,Was keiner weiß, macht keinen heiß'', spielt dieses Institut eine gewichtige Rolle.

Afanasiev machte bereits in seiner Antrittsrede klar, daß die alten Zeiten vorbei sind und erklärte:

,,Unsere Geschichtswissenschaft gleicht eher einem abgehobelten Telegraphenmast als einem lebendigen Baum''. Schuld daran seien die ,,scholastischen stalinschen Schemata, die das Denken der Forscher seit den 30er Jahren beherrschen und zum Erstarren brachten'' (zitiert nach: Jutta Scherrer, Das ist unsere Revolution; in: Die Zeit Nr. 11/87, S. 61/62). Bis heute würden sich die Lehrbücher an Stalins Aufsatz ,,Über dialektischen und historischen Materialismus'' orientieren. (Dieser Aufsatz ist ein Bestandteil der ,,Geschichte der KPdSU/B — Kurzer Lehrgang'', der kanonischen Darlegung der stalinistischen Theorie.)

In einem Interview mit der Sovietskaya Kultura, einer vom ZK der KPdSU herausgegebenen Zeitschrift, erschien wenig später ein Interview mit Afanasiev, aus dem hier einige prägnante Passagen wiedergegeben werden sollen:

,,Das Verhalten verschiedener Menschen zu Stalin ist nicht eindeutig. Seine Referate und Beiträge dürfen auf keinen Fall unserer Aufmerksamkeit entgehen. Wenn es notwendig ist, soll man sie neu verlegen. Unser Fernsehen zeigt uns Stalin bisher nicht anders als im Nimbus der Macht und der Weisheit.(...)

Ein Historiker, der wichtige Probleme behandelt, der die Gesellschaft, in der wir leben, auf eine großzügige und sachliche Art schildern will, muß auch das moralische Recht dazu besitzen. Das kann aber nur im Kampf gegen diejenigen, die die Geschichte als Wissenschaft zu sozialer Passivität verurteilen, im Kampf gegen die eigenen Übel — Trägheit und Servilität — errungen werden. (...)

Wir (als Historiker — jb) sind diejenigen, die als erste genesen und Buße tun müssen. In unserer eigenen Zunft steht die Umgestaltung — wir wollen es hoffen — noch bevor. (...)

Meines Erachtens müßte man die Erforschung der mit dem Personenkult Stalins zusammenhängenden Probleme in ihrem Komplex endlich auf eine sachliche Grundlage stellen. Bei uns ist keine einzige wissenschaftliche Abhandlung über diese bedeutende Frage erschienen.

(...) Mir will es beispielsweise nicht in den Kopf, daß die Massenrepressionen gegen rechtschaffene Sowjetbürger in den dreißiger Jahren entweder auf ‚Fehler' oder auf ‚Unzulänglichkeiten bei der Befolgung der sozialisitschen Gesetzlichkeit' (die in einem Atemzug mit Unzulänglichkeiten im Dienstleistungsbereich erwähnt werden!) oder sogar auf ‚unvermeidliche Unkosten des Klassenkampfes und der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft' zurückzuführen sein sollen. (...)

Man soll Marx und Lenin, nicht aber Lehrbücher oder Nacherzählungen lesen. Es ist furchtbar, daß unsere Studenten nur selten einen Blick in die Quellen werfen. (...) Wir müssen die Begründer des Marxismus an neuen, von ihnen nicht vorhergesehenen Wendepunkten des Geschichte verstehen lernen. Leider wird es in den Lehrbüchern so dargestellt, als habe man alles, was sie sagten, längst und endgültig begriffen. Ihre Gedanken werden nicht als Probleme, sondern als Antworten dargelegt. Das ist der springende Punkt des Dogmatismus.'' (aus: Jurij Afanasiev: ,,Wir wollen an das Schlimme zurückdenken''; Nachdruck in: Die Zeit, Nr. 22/1987, S. 19/20)

Afanasiev plädiert für eine neue, wissenschaftliche Zeitschrift für Parteigeschichte, um das Schweigen über die sowjetische Geschichte zu brechen. Ein erster Schritt war es bereits, daß endlich das bislang verschwiegene ,,Testament'' Lenins veröffentlicht wurde, in dem Lenin die Absetzung Stalins und eine Reform der Parteistrukturen gefordert hatte. Nach dem Interview mit Afanasiev in der Sovietskaya Kultura entbrannte ein öffentlicher Streit, in dem er von konservativen Historikern beschuldigt wurde, bürgerliche Ansichten zu verbreiten.

Meines Wissens ist es seit dem Stalinismus das erste Mal, daß in der Sowjetunion offen über die Geschichtswissenschaft und ihre Haltung zu Stalin diskutiert wird. Mit Sicherheit jedoch ist es das erste Mal, daß ein Rektor einer geschichtswissenschaftlichen Institution den andauernden Einfluß ,,stalinscher Schemata'' angreift und als Ursachen der intellektuellen Stagnation benennt.

Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung, sagt der Volksmund.

jb

Fortsetzung von vorheriger Seite

teile sammelt. Da nützt es auch nichts, alle paar Absätze zu erklären, man müsse die ,,Einzelheiten'' noch untersuchen. So etwas sollte man lieber tun, *bevor* man eine Einschätzung abgibt.

Die Psychologie der Stagnation

Gorbatschow hat im Namen der KPdSU (-Mehrheit) der ,,Psychologie der Stagnation'' den Kampf angesagt. F. dagegen ist ihr erlegen. Die Reformen in der UdSSR schaffen doch, so F., Demokratie nur für diejenigen, ,,die sie sich auch ökonomisch leisten können''. F. beklagt die ,,soziale Kontrolle'', die entsteht, ebenso wie das ,,Leistungsprinzip''. Bloß nicht mehr staatliche Kontrolle, aber auch keine ,,soziale''. Lieber alles lassen, wie es ist. Dann gibt es auch keine Gefahr von ,,Sozialdemokratisierung'', keine soziale Differenzierung und keine Desorientierung der geplagten Kommunisten im Westen. Reformen, ja, aber nur, wenn garantiert und sofort das sozialistische Paradies entsteht. Bloß keine Experimente.

Was sich da rächt, ist nicht nur das unverdaute Erbe der westdeutschen ML-Bewegung und ihrer Anlehnung an die ,,Polemik über die Generallinie'' der KP Chinas, sondern das ist die Furcht vor dem Neuen, das man mit alten Ideen nicht erfassen

ML-Bewegung und ihrer Anlehnung an die ,,Polemik über die Generallinie'' der KP Chinas, sondern das ist die Furcht vor dem Neuen, das man mit alten Ideen nicht erfassen

kann, das ist die Furcht vor dem Eingeständnis eigener Fehler, das ist der Hang zur Stagnation, die man als Prinzipienfestigkeit kaschiert. F. vertritt Standpunkte, die von der Diskussion im KB seit fast zehn Jahren überholt sind. F. vertritt Standpunkte, die mit allen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Entwicklung der UdSSR unvereinbar sind. ,,Differenziert und konkretisiert'' hat F. nichts. Zum Verständnis der perestroika hat F. ebenfalls nicht Neues gesagt. Nichts über die ökonomischen Hintergründe, was nicht längst in meinen Artikeln stand; nichts Neues über die sowjetische Diskussion; nichts Neues zu der im AK geführten Diskussion, auf deren Fragen sich F. gar nicht erst einläßt.

Neu an F.s Artikel ist nur die behauptete ,,Sozialdemokratisierung'' und die These, ,,nicht trotz, sondern aufgrund des stalinistischen Terrors'' habe sich die UdSSR weiterentwickelt. Wenn es nach F. ginge, würden wir noch lange Zeit ,,Traktate von der Art von Trinksprüchen'' verfassen (Gorbatschow über die sowjetischen Gesellschaftswissenschaften) statt gefährliche Stalinismus-Kritik zu treiben.

jb

Bei der Sache bleiben

Wir veröffentlichen auf diesen Seiten drei Beiträge zum in der letzten Ausgabe des AK erschienenen Artikel ,,Faktor Mensch''. Es hat innerhalb der Redaktion Bedenken gegen den Abdruck gegeben, weil *mehrheitlich* die Meinung bestand, daß der in allen drei Beiträgen vorhandene Vorwurf, F. habe den ,,stalinistischen Terror'' als *notwendig* für den Aufbau der SU bezeichnet, nicht herleitbar ist und damit die Debatte an einer möglichen Mißinterpretation einer Ausführung in die Irre geht bzw. dies zum Anlaß genommen wird, uns und den Lesern eine unfruchtbare und unnütze Stalindebatte aufzuzwingen. *Mehrheitlich* stieß auch auf Ablehnung, daß aus dieser Auseinandersetzung heraus umgehend mit der ,,moralischen Glaubwürdigkeit'' von Genossen operiert wird und dies lediglich an den für die Schreiber ,,zweifelhaften Formulierungen'' festgemacht wird.

Die Sommerendredaktion

Keine Annäherung an den Sozialismus?

Einige Anmerkungen zum Artikel „Faktor Mensch“ (in AK 283)

Ich halte es für notwendig, der Einschätzung, die F. im letzten AK über die aktuellen Veränderungen in der Sowjetunion abgegeben hat, zu widersprechen. Die Argumentation des Artikels halte ich für unschlüssig und suggestiv. Sie basiert auf einer offenkundig selektiven Auswertung der neueren Erscheinungen im Staat und in der Gesellschaft der UdSSR. Außerdem will ich einige Mißverständnisse bzw. Entstellungen betreffend den bisherigen Diskussionsstand, wie sie sich in F.'s Artikel zeigen, richtigstellen.

Nur eine ökonomische Effektivierungskampagne?

F. versucht, die Entwicklung der Sowjetunion unter einem nur ökonomischen Blickwinkel zu deuten. Die Kernaussage des Artikels besteht darin, daß das Wesentliche der perestroika

der liquidiert worden ist, daß jede Spur von Meinungsstreit und demokratischer Willensbildung innerhalb des Staates und der Partei beseitigt worden ist. Diese Züge des Stalinismus waren es, die die kommunistische Bewegung einer ganzen Epoche geprägt haben, und zwar weltweit, und die viele Anhänger der kommunistischen Idee in

mokratisierung und Liberalisierung des gesellschaftlichen Lebens einerseits und dem ökonomischen Effektivierungsprogrammender UdSSR andererseits in den bisherigen Beiträgen im AK noch nie die Rede gewesen wäre. Doch dem ist mitnichten so. Es waren sogar die ersten Artikel, die im AK überhaupt zur neueren Entwicklung in der

solle der Schlendrian bekämpft und wieder mehr auf die Leistung geachtet werden. Es werde über kurz oder lang eine deutliche soziale Schichtung eintreten.

Daran ist nur so viel richtig, daß durch die Maßnahmen im ökonomischen Sektor in der Tat die unwirtschaftliche Produktionsweise, die in einem Großteil der Betriebe und Einrichtungen besteht, überwunden werden soll. Dieses Ziel steht an sich aber natürlich in keiner Weise im Widerspruch zu sozialistischen Prinzipien. Die Frage kann also nur sein, mit welchen Mitteln man diesem Ziel näher zu kommen versucht. Wenn F. es nun so darstellen möchte, als ob die persönliche Leistungssteigerung jedes Einzelnen eines der Hauptmomente wäre, dann gibt das bestenfalls seine verzerrte Sichtweise wieder. Ein wesentlicher Bestandteil der Kampagne ist die Zurückdrängung der Korruption, des Wirtschaftens in die eigene Tasche, des unrationellen, durch Gleichgültigkeit gekennzeichneten Umgangs mit den Produktionsmitteln und — nicht zuletzt — die Absetzung unfähiger Leute und ihre Ersetzung durch zuverlässige und engagierte Menschen. Dies alles scheint mir durchaus im Interesse der Stärkung sozialistischer Prinzipien zu liegen. Bei einer erfolgreichen Durchführung dieser Schritte werden auch so manche Privilegien und durch Mauscheleien erlangte Vorteile beseitigt, was F. durchaus selbst feststellt. Wenn F. dann aber andererseits behauptet, durch die ,,Umgestaltung'' würde soziale Ungleichheit erst geschaffen, dann gibt das die Auswirkungen der Maßnahmen falsch wieder. Bisher geht es doch darum, die bestehenden, nicht durch Leistungen, sondern durch das Innehaben gewisser Posten begründeten Privilegien zurückzudrängen.



Foto: Henri Cartier-Bresson

nicht die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, die Kritik an den erstarrten Denkweisen der sozialistischen Gesellschaftswissenschaften und

nicht die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, die Kritik an den erstarrten Denkweisen der sozialistischen Gesellschaftswissenschaften und

die Öffnung für gesellschaftskritische Beiträge ist, sondern die Steigerung der ökonomischen Effektivität, für die der ,,Faktor Mensch'' genutzt und eingespannt werden soll. Um diese Ansicht zu belegen, nimmt F. eine sichtbar selektive Auswahl von Zitaten aus den Reden Gorbatschows vor. Nur solche Passagen werden erwähnt, in denen von der Umgestaltung im ökonomischen Sektor, insbesondere von Ermahnungen zu einem rationelleren Wirtschaften und zu mehr Leistung die Rede ist.

Wüßte man nicht aus anderen Quellen mehr nicht nur über Gorbatschows Äußerungen, sondern auch über andere Träger der perestroika und deren Beiträge, dann könnte man F.'s Einschätzung fast glauben. Da aber F. seinerseits weiß, daß zumindest jede/r interessierte Linke über die perestroika und Gorbatschow schon mehr und anderes gehört hat, kann er diese Aspekte nicht einfach unter den Tisch fallen lassen, sondern muß eine Deutung anbieten, die zu seiner Einschätzung paßt. Dies geschieht, indem die Demokratisierung und die Diskussionsbereitschaft im wissenschaftlichen und kulturellen Leben als bloßes Mittel zum Zweck dargestellt werden. Die perestroika kann auf diese Weise in die ,,*Kontinuität der bisherigen Traditionen der sowjetischen Wirtschafts- und Innenpolitik*'' gestellt werden, bei der es anscheinend stets nur darum ging, die Ökonomie voranzubringen und die Innenpolitik dafür zu funktionalisieren.

In der Kontinuität des „stalinistischen Terrors“?

Das war — laut F. — schon unter Stalin so. Der ,,*stalinistische Terror*'', so erfahren wir, war nämlich auch wieder nur eine Funktion des Industrialisierungsprogramms: ,,*Nicht trotz, sondern aufgrund des stalinistischen Terrors und der ,Opferbereitschaft' ihrer Bevölkerung entwickelte sich die UdSSR ... zu einer der führenden Industrienationen und zur Weltmacht Nr. 2 nach den USA.*'' Spätestens mit dieser Behauptung offenbart sich sein ganzer ökonomischer Denkansatz als platt und undifferenziert.

Der stalinistische Terror bestand doch vor allem darin, daß ein Großteil der erfahrenen kommunistischen Ka-

die Verzweiflung getrieben haben. Das soll funktional für die Bewerkstelligung des Industrialisierungsprogramms gewesen sein?

die Verzweiflung getrieben haben. Das soll funktional für die Bewerkstelligung des Industrialisierungsprogramms gewesen sein?

F. kann zu solchen unhaltbaren Aussagen nur kommen, weil er auf Biegen und Brechen seine Kontinuitätsthese zu beweisen versucht: Es sei in der Geschichte der Sowjetunion immer nur um Steigerung der Produktion gegangen; alles andere sei nur Mittel zum Zweck gewesen.

Es ist also kein Zufall, sondern folgt aus der Methode, wenn die perestroika letztlich ebenfalls darauf reduziert wird, daß die Reformen funktional für das Ziel der ökonomischen Effektivierung sein sollen. Die Auflösung starrer Gewohnheiten und Zwänge im gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Leben wird nicht als selbständiger Bestandteil der stattfindenden Entwicklung gewürdigt.

Die Behauptung von der ,,Funktionalität'' des stalinistischen Terrors ist nicht nur sachlich unhaltbar, sondern auch in ihren Konsequenzen katastrophal, weil diesem Terror damit sehr wohl eine Legitimation zugesprochen wird. Zwar schließt F. ausdrücklich aus, daß sich aus seiner Aussage eine ,,*moralische oder politische*'' Berechtigung für das terroristische Regime unter Stalin ableiten lasse. Und in der Tat: Nicht alles, was effektiv ist, ist auch moralisch gerechtfertigt. Aber: Wir kennen dieses Gegeneinanderausspielen von Effektivität und moralischer Integrität nur zu gut als Allzweckargument aus dem bürgerlichen Politikbetrieb. Wenn man sich auf diese Logik als Sozialist/in einläßt, hat man schon verloren. Würde F.'s Behauptung stimmen, daß die rasche Industrialisierung der UdSSR wegen des stalinistischen Terrors erreicht werden konnte, dann würden die Kritiker des Stalinismus und dessen Opfer zwar die Moral auf ihrer Seite haben, hätten aber die UdSSR ihrerseits in die Niederlage getrieben. Denn: Ohne stalinistischen Terror keine rasche Industrialisierung, ohne Industrialisierung keine Chance, die UdSSR gegen die imperialistischen Mächte zu verteidigen. Also war der stalinistische Terror zwar ,,*moralisch und politisch*'' unanständig, aber leider notwendig. — Das ist die Konsequenz aus F.'s Behauptung.

Nichts Neues über die ökonomischen Bedingungen der perestroika

Man könnte in F.'s Artikel vielleicht als pointierten, überspitzten Diskussionsbeitrag auffassen, wenn von der Beziehung zwischen der aktuellen De-

Sowjetunion erschienen sind, in denen ausführlich über die geplanten und bereits durchgeführten Reformen im ökonomischen Sektor berichtet und

Sowjetunion erschienen sind, in denen ausführlich über die geplanten und bereits durchgeführten Reformen im ökonomischen Sektor berichtet und

der Zusammenhang mit den erheblichen Mißständen im Produktionsprozeß erklärt worden ist (AK 268). F. tut aber so, als ob diejenigen, die sich bisher im AK positiv auf Gorbatschow und die perestroika bezogen haben, die ökonomischen Hintergründe — von mir aus auch Ursachen — verschweigen oder sie nicht sehen wollen, so daß sie von völlig falschen Tatsachen ausgehen würden.

Richtig ist dagegen, daß die ökonomischen Bedingungen der perestroika von den betreffenden Autoren nicht nur nicht verschwiegen worden sind, sondern daß beispielsweise jb und fo. in ihren Beiträgen sogar ausdrücklich einen Zusammenhang zwischen den z.T. katastrophalen strukturellen Mißständen in der Ökonomie der Sowjetunion und der perestroika hergestellt haben (AK 268 bzw. 281). F. verrät uns hier also weder etwas Neues noch hat jemals irgendjemand die offenkundige Tatsache bestritten, daß die Umgestaltung der ökonomischen Bedingungen einen wesentlichen Bestandteil der perestroika bildet.

Wiedereinführung des Leistungsprinzips?

F. will ja allerdings mehr sagen: Die ökonomischen Reformen, sondern die ökonomischen Reformen seien nicht im Sinne sozialistischer Prinzipien und führten zur Stärkung kapitalistischer Elemente. Hier schließt sich der Kreis: Weil die perestroika nichts weiter als ein Mittel zum Zweck der ökonomischen Effizienzsteigerung sei und letztere aber wiederum mit der Wiedereinführung kapitalistischer Prinzipien verbunden, stelle die perestroika keine Annäherung an den Sozialismus dar. Diese Konsequenz formuliert F. in seinem Artikel zwar etwas anders, aber der Sache nach genauso. Nun erinnert sich der/die aufmerksame AK-Leser/in daran, daß uns eine entsprechende Einschätzung bereits vor drei Monaten, und zwar ohne jegliche Begründung, von der AK-Redaktion mitgeteilt worden ist (AK 281, S. 34). Obwohl F.'s Artikel ganz eindeutig in diesem Zusammenhang zu sehen ist, wird von F. als Redaktionsmitglied jede Bezugnahme auf diese Anmerkung der Redaktion sorgsam vermieden.

Die Argumente, die diese Einschätzung stützen sollen, sind allerdings nicht besonders überzeugend. Als hauptsächliches Argument verwendet F. die Feststellung, in der Sowjetunion

„Soziale Kontrolle“ in den Arbeitskollektiven

„Soziale Kontrolle“ in den Arbeitskollektiven

Als weitere abschreckende Auswirkung jener Reform die den Betrieben mehr Selbstbestimmungsrechte einräumt, wird uns von F. die ,,*soziale Kontrolle*'' durch die Arbeitskollektive eines Betriebes dargestellt. Dieses Argument gegen die ,,Umgestaltung'' zielt in eine mehrkwürdige Richtung: Offenbar soll es für die arbeitende Bevölkerung in der Sowjetunion vorteilhafter sein, wenn anstelle der ,,*sozialen Kontrolle*'' durch innerbetriebliche Demokratie eine institutionalisierte Kontrolle durch besondere Staatsapparate stattfindet. Oder wie sonst sollen wir F. verstehen? Vielleicht meint er ja auch, gar keine Kontrolle sei das richtige sozialistische Prinzip. Aber wie war das gleich? ,,*Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser*'', meinte einst ein bedeutender russischer Sozialist. Nur nebenbei bemerkt ist eine Gesellschaftsform, ein wie auch immer gestaltetes Zusammenleben vieler Menschen miteinander, ohne ,,*soziale Kontrolle*'' gar nicht denkbar. Jeder Mensch wird von seiner Geburt an sozialisiert und lernt dabei unter anderem, bestimmte Verhaltenserwartungen anderer zu erfüllen. Man mag diese Banalität mit der abschreckend klingenden Vokabel ,,*soziale Kontrolle*'' bezeichnen oder auch nicht. Jedenfalls: Auch wenn ein möglichst hohes Maß an persönlicher Autonomie das Ziel des Sozialismus ist, so kann doch eine Kontrolle über das Einhalten gewisser sozialer Regeln nicht von heute auf morgen abgeschafft werden. Deshalb finde ich es aber grundsätzlich einen Schritt in die richtige Richtung, institutionalisierte Formen der Kontrolle durch besondere Staatsorgane abzubauen zugunsten ,,*sozialer Kontrolle*''. Oder was soll ,,*Absterben des Staates*'' sonst heißen?

Mißverständnisse und Entstellungen

F. stellt in seiner abschließenden Bewertung der Vorgänge in der Sowjetunion fest: ,,*Hierin kann ich zwar durchaus noch einen begrüßenswerten Impuls zur Überwindung des demokratischen Nachholbedarfs der SU, aber keineswegs einen solchen für revolutionäre Erneuerung des Sozialismus erkennen.*''

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dazu möchte ich zweierlei bemerken:

1. Was versteht F. unter *„revolutionärer Erneuerung des Sozialismus"*? Das bleibt in seinem Artikel eine unbeantwortete Frage, denn F. sagt nur, daß er die Entwicklung in der Sowjetunion nicht mit diesem Prädikat versehen will. Die Zustände, die F. zur Bezeichnung einer Gesellschaftsform als „Sozialismus" angibt, sind in der UdSSR zweifellos nicht verwirklicht. Doch kann man ja nicht so herangehen und eine konkrete Gesellschaft mit ihren realen historischen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen vergleichen mit einem Idealzustand, den man zuvor ganz zeitlos und abstrakt definiert hat. — Vor einer solchen Vorgehensweise hat bereits fo. (AK 281) gewarnt. — F. müßte also einmal angeben, welche konkreten Veränderungen sich in der Sowjetunion seines Erachtens abspielen müßten, damit sie das Prädikat *„revolutionäre Erneuerung des Sozialismus"* verdienen.

2. Es bleibt unklar, gegen wen — oder besser: gegen wessen Einschätzung — sich F. mit dieser Feststellung eigentlich richtet. Wenn man mit dem Anspruch auftritt, das bisher angeblich bestehende *„Chaos"* in der Diskussion um die perestroika durch *„Differenzierung und Konkretisierung"* zu entwirren, dann muß man sich wohl mit den bisher geäußerten Einschätzungen etwas genauer befassen. Da sind auf Seiten der „Befürworter" nämlich durchaus unterschiedliche Töne angeschlagen worden. Während Gerd Eggeling von einer *„zweiten Revolution"* spricht, die *„von Gorbatschow geleitet"* werde (AK 281), hat jb den Begriff „Revolution" im Zusammenhang mit der perestroika ausdrücklich zurückgewiesen: *„Daß dies eine Reform, wenn auch eine radikale, und keine Revolution ist, kann man der KPdSU kaum vorwerfen"* (AK 268).

F. verwendet im ersten Teil seines Artikels viel Mühe darauf nachzuweisen, daß es Gorbatschow gar nicht um *„den Stalinismus"*, sondern um die Breschnew-Ära gehe.

Dazu drei Bemerkungen:

1. F. gibt zu, daß man die Äußerungen Gorbatschows über den Zustand der Gesellschaftswissenschaften *„mit Recht'* als *„Kritik des Stalinismus"* verbuchen könne. Der *„Stalinismus als politische Wirklichkeit"* werde dagegen nicht kritisiert, der Name Stalin komme nicht vor. F. arbeitet in seinem Artikel mit einem recht verschwommenen Begriff von *„Stalinismus"*: Mal ist *„Stalinismus"* als *„ideologisches"* Konzept gemeint, mal als *‚politische Wirklichkeit"*, was offenbar wiederum im Sinne einer bestimmten historischen Etappe zu verstehen ist. Durch diese unklare Begrifflichkeit wird der bisher erreichte Diskussionsstand eher verwirrt als *„konkretisiert und differenziert"*.

2. Die Gesellschaftswissenschaften in der UdSSR, die ja eingestandenermaßen noch im stalinistischen Denken verharren, sind für die sowjetische Gesellschaft nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil der *„politischen Wirklichkeit"*. Das hat jb in seinem Kommentar zur Rede Gorbatschows (AK 279) meines Erachtens plausibel hervorgehoben. Die Gesellschaftswissenschaften spielen *„als zweite Linie derLegitimationsbeschaffung eine ganz zentrale Rolle"*: Wenn Gorbatschow hier mit einer scharfen Kritik ansetzt, dann geht es nicht etwa bloß darum, sich statt der bisherigen Dünnbrettbohrerei etwa mehr intellektuellen Luxus zu leisten, sondern es geht um bedeutende Veränderungen im politischen Überbau. F. hat entweder die Bedeutung, die das stalinistische Denken nach wie vor für die heutige sowjetische Gesellschaft hat, nicht begriffen, oder kann in dieser Frage den von jb in dem genannten Kommentar aufgezeigten Zusammenhängen gar nicht widersprechen und zerredet sie deshalb wieder mithilfe ungenauer Begriffe.

3. Überhaupt baut F. hier an einer Legende. Indem er hervorhebt, es gehe nicht um *„den Stalinismus"* bzw. *„den ML"* sondern um die *„Breschnew-Ära"*, wird der Eindruck erweckt, als habe jemand behauptet, die Stalin-Ära oder gar die Person Stalin sei Gegenstand der Reden Gorbatschows. In Wirklichkeit ist behauptet worden, daß *„die Fraktion um Gorbatschow den Erben Stalins einen entschiedenen Kampf erklärt hat"* (Kommentar jb, AK 279), und daß es sich um *„den ernsthaftesten Angriff auf die stalinistischen Strukturen"* handelt, *„den die UdSSR je erlebte"* (redaktioneller Vorspann zur Rede Gorbatschows, AK 279; Hervorh. von mir). Und schon in AK 268 war zu lesen, daß die jetzigen Strukturen im Wirtschaftsapparat gegen Ende der 30er Jahre entstanden sind. Es war also offensichtlich, was gemeint war mit der Frage *„Abschied vom Stalinismus?"* (Überschrift in AK 268). Sofern von einer Kritik *„des ML"* durch Gorbatschow die Rede gewesen sein soll, so waren die diesbezüglichen Äußerungen ebenfalls wesentlich vorsichtiger bzw. anders betont. jb hat in seinem bereits mehrfach erwähnten Kommentar geschrieben: *„Wenn die Stützen eines staatlich verordneten Marxismus-Leninismus nun aus der intellektuellen Starrheit gerissen werden, so* ***kann*** *dieser Prozeß* ***langfristig*** *auch vor der Philosophie und damit vor dem ML selbst nicht haltmachen"* (AK 279; Hervorh. von mir). Ferner hat jb von *„Gorbatschows Alternative zu dem* ***stalinistischen*** *ML"* gesprochen (AK 280; Hervorh. von mir). Es ging in Bezug auf die Kampagnen Gorbatschows ganz klar um *„ML"* als diejenige Gesellschaftstheorie, wie sie in der Sowjetunion bislang *„staatlich verordnet"* worden ist. Und daß diese sehr wohl Gegenstand von Gorbatschows Kritik ist, sagt F. ja selber. Also was solls?

Ich bin gespannt, ob wir von der AK-Redaktion oder einzelnen Redakteuren noch eine bessere Begründung für die von ihnen geäußerten *„Zweifel"* am sozialistischen Charakter der perestroika zu lesen bekommen, oder ob man dort seine Einschätzung lieber noch einmal überdenkt.

Ed. Hamburg



Foto: Henri Cartier-Bresson

Über historische Feststellungen und andere Irrtümer

Anmerkungen zum Beitrag „Faktor Mensch" (AK 283)

Wenn Sozialisten zur sowjetischen „perestroika" Stellung nehmen, wird dabei immer ein Stück des eigenen Verständnisses von Sozialismus und sozialistischer Politik sichtbar. Wie sonst, wenn nicht von der Warte **eigener** Sozialismusvorstellungen, soll schließlich beurteilt werden, ob die unter Gorbatschow eingeleitete Reformpolitik Chancen für eine sozialistische Erneuerung der UdSSR beinhaltet oder nicht? Gerade das macht die im AK begonnene „Gorbatschow-Debatte" so lehrreich, wichtig und interessant.

Denn es ist doch so: Nicht nur über die UdSSR, auch über die Perspektiven sozialistischer Politik „hier und heute" läßt sich auf Dauer sinnvoll nicht diskutieren, wenn man sich nicht gleichzeitig darüber auseinandersetzt, **wie** das „sozialistische Ziel" beschaffen sein muß, das dieser Politik zugrunde liegen und sie bestimmen soll. Es ist schlechterdings nicht möglich, das eine vom anderen zu trennen.

Kann man sagen, daß der KB die Diskussion hierum bereits im Übermaß geführt und daraus überzeugende Ergebnisse vorzuweisen hat? Ich denke nicht und kann daher auch überhaupt nichts mit Äußerungen anfangen, in denen die ganze „Gorbatschow-Debatte" als reine „Mode-Erscheinung", wenn nicht gar als Ärgernis abgetan wird, über das man sich tunlichst hinwegzusetzen habe. Wer so denkt und argumentiert, bringt damit sich und andere um eine Chance, die längst überfällige Diskussion um die Erneuerung der eigenen sozialistischen Perspektive endlich aufzunehmen. Dabei ist „Gorbatschow" für diese Auseinandersetzung mehr als ein nur willkommener Anlaß oder deren politischer „Katalysator": Die mit seinem Namen verbundene Politik stellt eine ernstzunehmende und von vielen als attraktiv empfundene Herausforderung an bisherige Sozialismusvorstellungen dar. Das gilt am unmittelbarsten sicherlich für das übrige realsozialistische Lager, darüber hinaus aber auch für die sozialistische Linke im Westen, den KB nicht ausgenommen.

Die bisherige Diskussion im KB sowie die im AK dokumentierte Auseinandersetzung um eine Bewertung der sowjetischen „perestroika" haben recht unterschiedliche Vorstellungen von Sozialismus und sozialistischer Politik zutage treten lassen. Ein gemeinsames Verständnis **des** KB läßt sich daraus jedenfalls nicht ablesen und — das sollten wir der Ehrlichkeit halber einräumen — es ist auch gar nicht (mehr) vorhanden. Ein weiterer Grund also, die als „Gorbatschow-Debatte" begonnene Auseinandersetzung unbedingt fortzusetzen.

Droht eine neue „Historiker-Debatte"?

„Die Begeisterungswelle für das aus der UdSSR herüberstrahlende ‚Neue Denken' hat uns überrascht und überrollt", hieß es im April in einem mit „AK-Redaktion" unterzeichneten Textknödel (AK 281). Wer will, kann es natürlich auch so ausdrücken, daß er eine für den Gang sozialistischer Diskussion und Politik wichtige Entwicklung schlicht verpennt hat. Nicht nur peinlich, sondern für Leser und Mitdiskutanten auch nicht nachvollziehbar aber war es, daß selbiger Redaktionsknödel verlautbarte, man habe *„erhebliche Zweifel"* ob es sich bei dem sowjetischen Reformversuch um eine *„Annäherung an den Sozialismus"* handele. Dank F., der sich im letzten AK mit seinem Beitrag „Faktor Mensch" als erstes und bisher einziges Redaktionsmitglied zum Thema äußerte, kommt nun endlich etwas Licht ins selbstgeschaffene Dunkel. Was darin sichtbar wird, begründet in der Tat „erhebliche Zweifel": zwar nicht an der sowjetischen Reformpolitik, wohl aber an dem, was im Kreis der Redaktion selbst an Verständnis von den Möglichkeiten und Zielen sozialistischer Politik kultiviert wird.

Um gleich mit der politisch am fatalsten Aussage zu beginnen: F. behauptet tatsächlich nicht **trotz**, sondern **aufgrund** des stalinistischen **Terrors** (und der „Opferbereitschaft" ihrer Bevölkerung) habe sich die UdSSR bis zum Tode Stalins zu einer der führenden Industrienationen und zur Weltmacht Nr. 2 entwickeln können (Hervorhebung von mir). Das — so F. — sei eine „historische Feststellung". Und was für eine! Will F. damit wirklich behaupten, die Industrialisierung der SU und das dabei erreichte Entwicklungsniveau bis zum Tode Stalins, die erfolgreiche Verteidigung des Landes gegen den faschistischen Agressor u. dgl. m. sei **nur** durch das System des stalinistischen Massen**terrors** zu erreichen gewesen? Seine „Feststellung" selbst läßt eigentlich keinen anderen Schluß zu, denn ansonsten ergäbe sein „aufgrund" anstelle des „trotz" keinen Sinn.

Abgesehen von den verheerenden Konsequenzen, die eine solche „Feststellung" ansonsten noch beinhalten mag, verbleiben dem, der diese Position teilt, im Grunde nur zwei Möglichkeiten: entweder, den stalinistischen Terror als historisch „unumgänglich" und damit eben auch politisch/moralisch zu rechtfertigen. Oder: die siegreiche Oktoberrevolution und das mit ihr verbundene Projekt eines sozialistischen Entwicklungsweges als historischen Irrtum von Anfang an zu bezeichnen. Letzteres war und ist bekanntlich die Position der Sozialdemokratie; ersteres die klassisch realsozialistische Position (den „Maoismus" eingeschlossen), die damit bis heute ein Verständnis von sozialistischer Politik pflegt, mit dem sich innerhalb der radikaldemokratischen, antikapitalistischen Opposition Westeuropas zu Recht kaum mehr als ein politisches Schattendasein fristen läßt.

Weniger Leistung = mehr Sozialismus?

Für einen Kommentator, der antritt im Namen „des Sozialismus" marxistischer Provinienz die sowjetische „perestroika" zu kritisieren, wäre eine grobe Kenntnis zumindest der wesentlichsten Prinzipien dieses Sozialismus nicht unbedingt von Nachteil. F. stattdessen legt das erprobte marxistische Handwerkszeug beiseite und erscheint mit einer Keule im Ring, die irgend jemand auf dem Weg vom klassischen Anarchismus zur „Hafenstraße" verloren haben muß. Kritisiert er scheinbar Gorbatschow, keult er in Wahrheit doch gegen Marx, dem schließlich die Erkenntnis zu verdanken ist, daß in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, heute gemeinhin als Sozialismus bezeichnet, wesentlich die individuelle Arbeits**leistung** die Aufteilung des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds an die einzelnen Beschäftigten bestimmt. Genau damit scheint F. nämlich nicht einverstanden zu sein. Wozu sonst die heftige Polemik, sobald bei Gorbatschow von „Leistung" die Rede ist, weshalb sonst die schon gar nicht mehr polemische, sondern eher demagogische Feststellung, auch in der UdSSR gelte zukünftig der *„uns wohlbekannte Spruch: Leistung soll sich wieder lohnen!"*? Ein Analogieschluß, der deshalb so unerträglich ist, weil bei „uns" in erster Linie und erklärtermaßen eben nicht die individuelle Leistung des Lohnarbeiters, sondern dessen Ausbeutung, die private, unentgeltliche Aneignung fremder Arbeit noch „lohnenswerter" gemacht werden soll. Bei Gorbatschow geht es, wie das nachstehende Zitat verdeutlicht, um etwas ganz anderes:

„Es traten Verletzungen des wichtigsten Prinzips des Sozialismus — der Verteilung nach der Leistung — auf. Der Kampf gegen nicht aus der Arbeit stammende Einkünfte wurde nicht entschieden geführt. Die Politik der materiellen und moralischen Stimulierung einer hochproduktiven Arbeit war inkonsequent. Es wurden große Summen ungerechtfertigter Prämien, verschiedenartiger zusätzlicher Vergünstigungen ausgezahlt. Es wurden gefälschte Abrechnungen um des Gewinn willens zugelassen. Es kam eine Schmarotzer-Ideologie auf, die Psychologie der ‚Gleichmacherei' begann sich im Bewußtsein festzusetzen. Und das traf jene Werktätigen, die besser arbeiten konnten und wollten, und erleichterte gleichzeitig denjenigen das Leben, die gern während der Arbeit eine ruhige Kugel schieben.

Die Verletzung des organischen Zusammenhangs zwischen dem Maß der Arbeit und dem Maß des Verbrauchs deformiert nicht nur das Verhältnis zur Arbeit, indem das Wachstum ihrer Produktivität gehemmt wird, sondern führt auch zu einer Entstellung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit. Das ist schon eine Frage von großer politischer Bedeutung"(1).

Also: Die individuelle Aneignung nicht aus eigener Arbeit stammender Einkünfte soll in der SU beseitigt und nicht — wie bei „uns" — sogar noch ausgeweitet werden. Der Anteil am gesellschaftlichen Konsumtionsfond soll der Arbeitsleistung entsprechen, durch Amtsmißbrauch, „Schlendrian" und Diebstahl, Korruption, „Beziehungen" oder auf andere Weise entstandenes „müheloses" Einkommen soll unterbunden werden. Ob der von Gorbatschow repräsentierte Flügel der KPdSU damit durchdringt, bleibt selbstverständlich abzuwarten. Weshalb F. aber schon den Versuch, in diesem Punkt Fortschritte zu erzielen, als gesellschaftlichen Rückschritt im Sinne sozialistischer Ideale darstellt, ist schwer zu begreifen. Aus dem Gesagten jedenfalls wird deutlich, daß dies kaum eine Politik ist, die — wie F. anscheinend nahelegt — die „Klassenunterschiede" vertieft. Natürlich: Die Organisation der Verteilung nach dem Prinzip der Leistung beseitigt nicht die Ungleichheiten, die in unterschiedlicher Begabung und Befähigung der Arbeitenden begründet sind. Das sozialistische Verteilungsprinzip setzt **gleiches** Recht für **ungleiche** Individuen. Es erkennt, um mit Marx zu sprechen, *„keine Klassenunterschiede an, weil nur jeder Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, wie alles Recht"*.(2)

Soziale Unterschiede, soweit durch das Leistungsprinzip bedingt, sind in jeder sozialistischen Gesellschaft unvermeidbar. Deshalb einer bestimmten Politik oder politischen Entwicklung ihren sozialistischen Charakter absprechen zu wollen, ist absurd. Diese Unterschiede können— wie die Erfahrung zeigt — weder per Verwaltungsakt noch im Wege „politischer Überzeugungsarbeit" einfach „abgeschafft" werden. Allenfalls können sie im Zuge eines materiell wie kulturell ungleich höheren Entwicklungsstandes der Gesellschaft verschwinden, wenn nämlich — wie Marx sagt — eine Situation geschaffen ist, in der *„die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis"* geworden ist und es die gesellschaftlichen Ressourcen **jedem** erlauben, einen „seinen Bedürfnissen" entsprechenden Lebensstandard zu verwirklichen.

Das allerdings wäre dann die „kommunistische Utopie", deren Realisierung weder in der SU noch anderswo z.Zt. auf der Tagesordnung steht, und die sich keinesfalls erreichen läßt, ohne

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

alles das, was F. so große Bauchschmerzen verursacht: deutliche Steigerung der Arbeitsproduktivität, mehr Effizienz, rationellerer Umgang mit natürlichen Ressourcen, Produktionsgütern und menschlicher Arbeitskraft, breitere und umfassende Qualifizierung der Produzenten, Entfesselung menschlicher Kreativität und ,,sozialistischen Wettbewerbs'', mit einem Satz: gewaltige Leistungssteigerung in der Produktion materieller und kultureller Güter.

Ist alles das nicht vorhanden, wird jeder Versuch, die sowjetische oder auch jede beliebige andere Gesellschaft nach den Idealen des Kommunismus formen zu wollen, nur in einem politischen Desaster enden können. Wer meint, es sei ,,sozialistisch'' oder gar ,,kommunistisch'', wenn der vorhandene Mangel nur möglichst gleich auf alle Mitglieder der Gesellschaft verteilt werde, wenn sich individuelle Leistung zwar für die Allgemeinheit, nicht aber für den Einzelnen lohne, der wird sich für ein Modell gesellschaftlicher Entwicklung entscheiden müssen, das ohne allgegenwärtigen staatlichen Zwang, zulasten persönlicher Freiheit, freiwilliger Initiative und Demokratie, gar nicht funktionieren kann. Ich nehme nicht an, daß es das ist, was F. gemeint hat. Aber er sollte rechtzeitig schon sagen, **was** er eigentlich meint, bevor sein Feldzug gegen das ,,Leistungsprinzip'' ins politisch Irreale abgleitet.

Demokratisierung in der SU: Nur ein Fortschritt für Leute mit dickem Geldbeutel?

Demokratisierung in der SU: Nur ein Fortschritt für Leute mit dickem Geldbeutel?

Der Demokratisierungsprozeß in der SU läßt sich unter verschiedenen Gesichtspunkten würdigen. Vor dem Hintergrund eines bis heute nicht bewältigtem stalinistischen Erbes stellen die seit Gorbatschow angekündigten und teilweise bereits verwirklichten Maßnahmen sicherlich einen großen, für die Gesellschaft der SU in seiner Bedeutung kaum zu überschätzenden Fortschritt dar. Andererseits wäre es natürlich vermessen zu behaupten, in der SU sei **jetzt** die sozialistische Demokratie verwirklicht. Noch immer gibt es in wesentlichen Bereichen der sowjetischen Gesellschaft statt mehr, **weniger** persönliche Freiheiten, weniger demokratische Rechte und weniger Rechtstaatlichkeit als in den entwickelten Staaten des kapitalistischen Westens. So gesehen sind die aktuellen Reformmaßnahmen zunächst einmal nicht mehr als erste Schritte in die richtige Richtung. Wie **weit** es in diese Richtung weitergeht und ob es dabei gelingt, eine sozialistische Demokratie zu etablieren, die nicht nur auf dem Papier steht, wird genau zu beobachten sein. Von besonderem Interesse dürfte dabei sein, wie die künftigen Vorstellungen über den ,,*Weg der weiteren Demokratisierung des Prozesses der Bildung und Tätigkeit der Staatsmacht*'' aussehen werden, von dem Gorbatschow sagt, daß neben einer Änderung des Wahlsystems ,,*auch noch tiefergreifende Veränderungen und Schritte*'' bedacht werden müßten.

Zu einer apologetischen Darstellung der sowjetischen Realität besteht jedenfalls nach wie vor kein Anlaß. Das wäre genauso fatal, wie die andererseits von F. eingenommene Position, die ja nicht den nach wie vor herrschenden Mangel an Demokratie beklagt, sondern ausgerechnet dort, wo die SU nun wirklich einen Schritt in Richtung auf sozialistische Demokratie und Selbstverwaltung unternommen hat, einen wahren Eiertanz aufführt, um diesen Fortschritt zu leugnen. Erstmals sollen die Werktätigen ihre Betriebs- und Brigadeleiter wählen können (das gibt es m.W. sonst nirgendwo auf der Welt, nicht einmal im KB). Sie sollen über die Verteilung der dem Betrieb verbleibenden Überschüsse mitbestimmen, bei der Organisation und Kontrolle des Produktionsprozesses mitwirken usw. Und was fällt F. zu alledem ein? Lediglich, daß sich jetzt zwischen Beschäftigten und Betriebsleitung ein antagonistischer, d.h. unversöhnlicher (!) Interessengegensatz entwickeln werde, da aus dem Betriebsfond einerseits Investitionen, andererseits Lohnerhöhungen und betriebliche Sozialleistungen finanziert werden müßten.

Daß ein ,,Zielkonflikt'' auf der Verteilungsebene existiert, daß jeweils aufs Neue über die Verwendung der betrieblichen Überschüsse diskutiert, gestritten und entschieden werden muß, stimmt zwar, ist als solches aber auch eine ziemlich banale Feststellung. Diesem Zielkonflikt sieht sich jeder Betrieb in jeder denkbaren Gesellschaft ausgesetzt, das gleiche Verteilungs- und Entscheidungsproblem gibt es im übrigen auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Nicht **daß** dieser Zielkonflikt gelöst werden muß, sondern wie, von wem, in wessen Interesse und mit welcher gesellschaftlichen Konsequenz hier entschieden wird, macht neben anderem den Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise aus. Weshalb ausgerechnet

welcher gesellschaftlichen Konsequenz hier entschieden wird, macht neben anderem den Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise aus. Weshalb ausgerechnet

die **Ausdehnung** betrieblicher Selbstverwaltung und Demokratie, bei gleichzeitiger, wenn auch veränderter Fortführung der zentralen Wirtschaftsplanung und Lohnpolitik, prinzipiell **weniger** sozialistisch und für die Mehrheit der Produzenten sogar **negativer** sein soll, als der bisherige Zustand, müßte F. erst einmal erklären. Ganz besonders würde mich in diesem Zusammenhang interessieren, wie denn die sozialisitische Alternative beschaffen sein soll, die F. offenbar vorschwebt. Bei dieser Gelegenheit könnte er auch gleich erläutern, wie er zu der Auffassung kommt, das **Mehr** an persönlicher Freiheit und Demokratie in der SU sei keinesfalls zum Nutzen **aller** Beschäftigten, sondern lediglich für diejenigen, ,,die sie sich ökonomisch leisten können''. Was ist damit gemeint? Etwa, daß man erst eine bestimmte Verdienstspanne erreicht haben muß, um beispielsweise an der Wahl des Betriebsleiters teilnehmen zu können? Oder werden für Betriebsversammlungen neuerdings saftige Eintrittspreise erhoben? Ist der Gewerkschaftsbeitrag unbezahlbar geworden? Wird das mehr an Rechtsstaatlichkeit durch unverschämte und für die Masse unbezahlbare Gerichtskosten zunichte gemacht? Fragen über Fragen...

Ich bitte um Aufklärung.

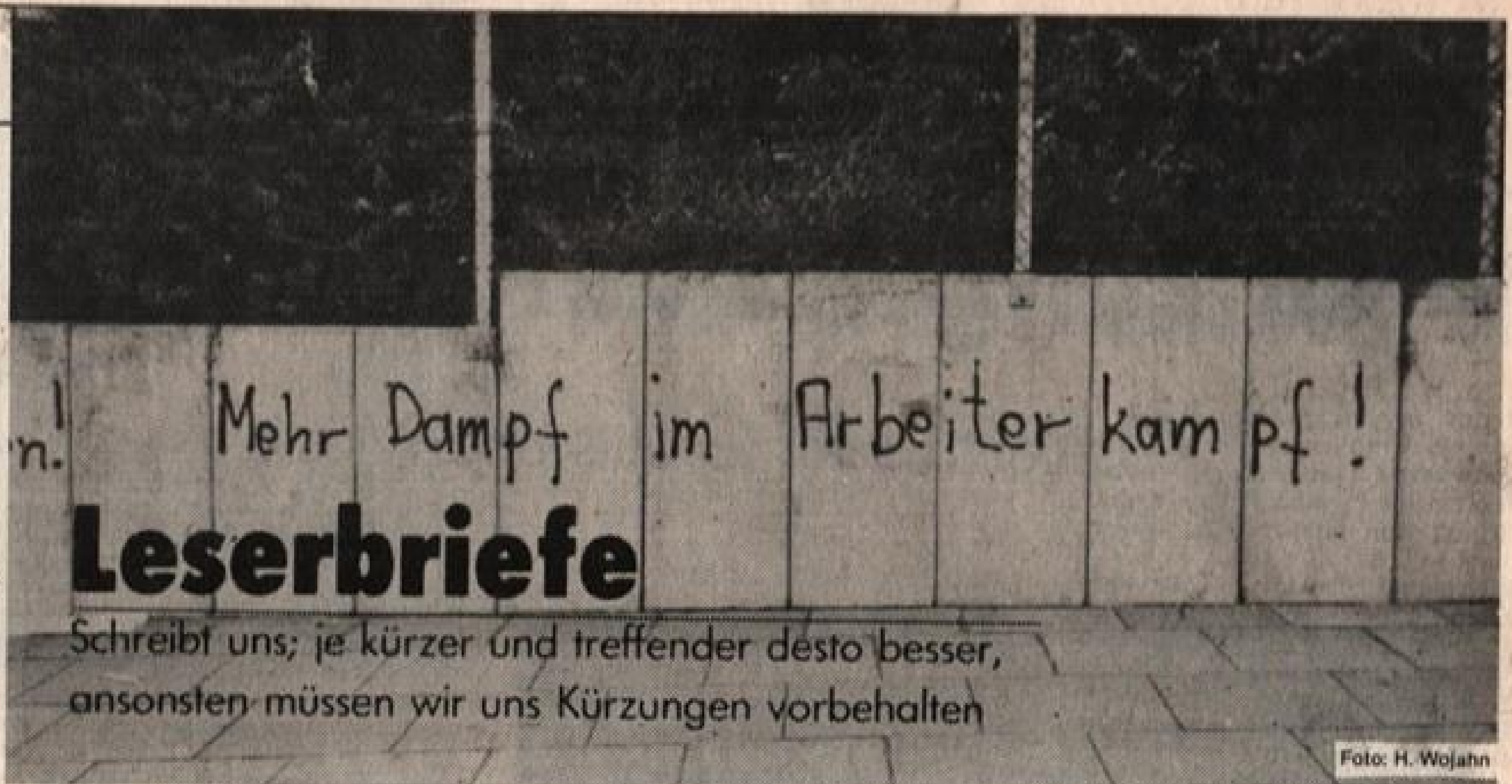
h.c.

Anmerkungen
(1) Michail Gorbatschow, Die Rede, Reinbek 1987, S. 20
(2) Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, Peking 1971, S. 15

Christa Wolf (DDR) zu Gorbatschow

Auf einem internationalen Schriftstellergespräch in Berlin, Hauptstadt der DDR, im Mai dieses Jahres sagte die Schriftstellerin Christa Wolf u.a.: ,,*Wovor haben sie wirklich Angst: vor den sowjetischen Raketen oder vor den neuen sowjetischen Ideen? Vor ihren Soldaten oder vor ihren Filmemachern und Schriftstellern? Der Prozeß, der in der Sowjetunion in Gang gekommen und mit dem Namen Gorbatschow verknüpft ist, hat eine bewegende Logik. Es zeigt sich, daß eine radikale, mit Kühnheit und Konsequenz betriebene Friedenspolitik, deren e r s t e r Schritt die Abrüstung ist, nach und nach alle Gebiete des Lebens einer Gesellschaft ergreifen muß, weil nämlich Frieden auf Dauer nicht die Abwesenheit von Krieg ist, sondern Konfliktfähigkeit, ein langer mühsamer Lernprozeß, der in den Staaten und Gesellschaftsordnungen, im Umgang mit den realen Widersprüchen, mit Andersdenkenden und Minderheiten zu beginnen hat, um nach außen hin glaubwürdig zu sein, das heißt: Angst abzubauen und wirksam zu werden. In einem solchen Prozeß übrigens kann die Kunst, kann besonders die Literatur, wie sich zeigt, wieder eine ihr gemäße Rolle spielen.*

Ich bin dafür, Prioritäten zu setzen. Ich bin für die Priorität der Abrüstung, und ich bin sehr froh, daß die Regierung der DDR diesen Prozeß unterstützt und mit vorantreibt, aus innerer Überzeugung, wie ich glaube, und nicht als taktisches Manöver. Von da ausgehend könnte Gorbatschows Forderung, die Moral nicht mehr von der Politik zu trennen, sich vielleicht allmählich ausbreiten — auch eine jener Wunschphantasien, die uns aus unseren Manuskripten als naiv gestrichen werden, solange nicht eine Weltmacht sie zu dem macht, was sie immer schon waren: Äußerungen des gesunden Menschenverstandes. Ich habe es erlebt, wie innerhalb eines Jahrfünfts eine Reihe solcher gestrichener Sätze zu Aussagen und Forderungen der großen Politik werden, die in den Zeitungen stehen'' (,,Sonntag, Zeitung des Kulturbundes der DDR, Nr. 22, 31. Mai 1987).



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: H. Wojahn

,,Trauerarbeit''?

Betr.: ,,Der Antisemitismus der Marxistischen Gruppe (MG)'' (AK 282)

Dem Artikel über die jüngste ,,politische Tollheit'' der Marxistischen Gruppe (MG) ist leider ebenso wenig wie einem ähnlich ,,argumentierenden'' Beitrag in der TAZ auch nur ein Hinweis darüber u entnehmen, was wir denn in unseren Flugblättern, Plakaten und auf der Veranstaltung anläßlich des Herzog-Besuches in der BRD *Falsches* gesagt hätten. (...)

Was (..) liegt vor, wenn im AK-Artikel ,,Antisemitismus'' gerufen wird, weil sich aus unseren Beiträgen in der Tat Sätze zitieren lassen, in denen

Was (..) liegt vor, wenn im AK-Artikel ,,Antisemitismus'' gerufen wird, weil sich aus unseren Beiträgen in der Tat Sätze zitieren lassen, in denen

als Subjekt ,,Jude'' vorkommt und im Prädikat negativ geurteilt wird? Dem AK-Beitrag läßt sich entnehmen, daß man erstens bei jeder Kritik am Staat Israel besondere Kriterien walten lassen soll, weil es sich um einen jüdischen Staat handelt, daß man zweitens *als Deutscher* nicht unbefangen, d.h. gerade nicht vorurteilslos urteilen darf, und daß sich drittens jegliche Ähnlichkeit mit dem Nazifaschismus absolut verbietet.

Hierzu ein Verweis auf ein paar Tatsachen, die leider feststehen: Erstens hat sich Israel selbst als Judenstaat konstituiert, dessen Verfassung die Besonderheit ausweist, daß die Staatsbürgerschaft *rassisch* definiert wird, was diesem Staat die permanente Aufgabe abverlangt, rauszukriegen, wer Jude ist und wer nicht. Zweitens ist dieser Staat nicht deshalb auf die Welt gekommen, um den Überlebenden des Holocaust Sicherheit und ein angenehmes Leben zu bieten (das leistet im übrigen kein *Staat*, nie und nirgendwo!), sondern durch einen Beschluß des Imperialismus, daß man so einen Staat im Nahen Osten gut gebrauchen kann, weshalb auch die ,,Wiedergutmachung'' der BRD dem Aufbau und der Aufrüstung eines Staates gilt und nicht der Hilfe für verfolgte Juden (dies ging nur zusammen, wo's zusammenpaßte!). Drittens schließlich finden die deutschen Staatsbürger inklusive so mancher Autoren des AK überhaupt nichts dabei, z.B. die Sowjetunion zu kritisieren, ,,obwohl'' der Nazifaschismus 20 Mio. Sowjetmenschen umgebracht hat. Eigenartigerweise deckt sich hier die ,,verlogene Nationalmoral'' (so nennen wir das) der BRD mit der ,,historischen Verantwortung'' eines AK-Autors. Wenn bei der Analyse israelischer Politik und des Staates, der sie betreibt, Parallelen mit dem Faschismus unvermeidlich sind, so liegt das in der Sache: Nationalismus ist ohne Rassismus nicht zu haben; und eine rassistische Begründung einer Staatsverfassung teilt mit dem Hitlerfaschismus das aparte Problem, festzulegen, wer nun Jude ist und wer nicht. (...)

Im AK lesen wir: ,,Die gespenstischen Tiraden der MG verweisen auf die emotionale Ausgrenzung des Völkermords aus der eigenen individuellen Lebensgeschichte, die hierzulande typisch ist für die (Nicht-)Bearbeitung des NS-Traumas.''

Ganz im Gegenteil: Die Psychologisierung eines ,,Kapitels der deutschen Geschichte'' zum ,,NS-Trauma'', seine emotionale Begutachtung durch die Stellung von Individuen in und zu ihr, *das* ist doch der ganze Dreh, mit dem Kapitalismus, Nationalismus und die ungebrochene Bereitschaft von Staatsbürgern zur Gewalt ihrer Obrigkeit gegen alle Feinde außen und innen nach dem Ende des ,,Dritten Reiches'' voll ins neue Freiheitsreich hinübergebracht worden sind. *Gefühlsmäßig* läßt der Massenmord nur Leute kalt, die mit ihren Gefühlen Probleme haben. Seine emotionale ,,Verarbeitung'' ist aber keine Erklärung und erst Recht keine Kritik an den ,,Notwendigkeiten'', ,,Sachzwängen'', kurz: an der Politik und an den Interessen, wegen denen er verbrochen worden ist, und warum die meisten ,,anständigen Bürger'' da mitgemacht haben. (...)

Wie es scheint, plagen den AK-Autor aber ganz andere Sorgen: ,,Die Haltung, die in der entlarvenden Floskel von der ,Gnade der späten Geburt' zutage tritt, ist nicht nur auf die politische Rechte beschränkt, hier scheint es gelegentlich einen nationalen Konsens zu geben: so, als ob die nachfolgende Generation (insbesondere als linke) geschichtlich wieder bei Null anfangen könnte.''

Wie kommen Linke eigentlich auf den Gedanken, der Faschismus sei eine Generationenfrage? Wie kommen heute Leute (insbesondere als Linke!) auf die Idee, für den Faschismus nachträglich *Verantwortung* übernehmen zu müssen und sich für die Opfer, die der Faschismus produziert hat, zu *schä-*

die Idee, für den Faschismus nachträglich Verantwortung übernehmen zu müssen und sich für die Opfer, die der Faschismus produziert hat, zu schä-

men? Sie entdecken eine Gemeinsamkeit mit den Tätern und den Toten in der von ihnen garantiert nicht zu verantwortenden Umständlichkeit, *Deutsche* zu sein. Und dann *bekennen* sie sich noch dazu? Anscheinend sind auch Linke der Auffassung, man müsse an seiner *Nation* festhalten und dem Staat vorwerfen, daß er das *Ansehen* der Nation schädige, wenn er nicht moralisch sauber dasteht. Dazu bekennt sich übrigens auch Kohl: Seine ,,späte Geburt'' ist ihm ,,Gnade''; auch er will verantwortlich sein, reklamiert aber für sich mildernde Umstände wg. Geburtsdatum. Ein schlechtes Gewissen *demonstrieren*, diese Heuchelei ist in der Tat nationaler Konsens. Eine *Kritik* ist das nicht, und selbstverständlich schon gar keine am demokratischen Bundesdeutschland.

Aber eben das will der AK-Autor der MG explizit verbieten: Da wird der Bannfluch des ,,Antisemitismus'' verhängt und Arie Goral als Antifaschist wehrt den Anfängen, indem er öffentlich für ein *Raumverbot gegen die MG* beim Universitätspräsidenten und beim AStA der Uni Hamburg wirbt. Das markiert die Fortschritte innerhalb der westdeutschen Linken. (...)

Marxistische Gruppe (MG)

Entkrampfter

Betr.: Brian Bunting zu den Wahlen am Kap (AK 283)

Liebe Genossinnen und Genossen, mit großer Freude haben wir in der jüngsten Ausgabe Eurer Zeitschrift die (positive) Erwähnung unserer Veranstaltung mit Brian Bunting lesen können.

Gefreut hat uns dies nicht nur weil wir namentlich erwähnt wurden, sondern weil wir dies auch als Ausdruck eines weniger verkrampften Umgangs verschiedener fortschrittlicher und linker Kräfte und Organisationen miteinander werten möchten.

In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß sich die Marxistische Abendschule Hamburg als Forum zur Diskussion und Auseinandersetzung verschiedener Teile der Linken versteht. (...)Schon jetzt möchten wir Euch daraufhinweisen, daß unser Herbstprogramm den thematischen Schwerpunkt ,,70. Jahrestag der Oktoberrevolution und die gegenwärtigen Veränderungen in der Sowjetunion'' haben wird. Da wir dem Arbeiterkampf entnehmen können, daß auch Euch dieses Thema nicht kalt läßt, werden wir Euch (nach Erscheinen) ein aktuelles Programm zusenden und freuen uns auf die Diskussionen.

Um eines würden wir Euch jedoch ganz herzlich bitten: solltet Ihr über unsere Aktivitäten berichten, dann nennt auch unseren richtigen Namen. Legt es bitte nicht als kleinkariert aus, aber wir finden es einfach korrekter.

Mit solidarischen Grüßen
Meinhard Mäker
(Marxistische Abendschule Hamburg)

Anm. d. Red.:
Da muß bei uns ein Traditionalist am Werk gewesen sein, der ,,MASCH'' wie in den Zeiten der Weimarer Republik mit ,,Marxistische *Arbeiter*schule'' übersetzt und die Entwicklung von ,,Arbeiterschule'' zu ,,Abendschule'', wie die Einrichtung sich heute nennt, übersehen hatte.

Klassenanalyse

Betr.: Artikel über Kirchentag, Kritische Aktionäre, Anti-Apartheidsbewegung

In bundesdeutschen Anti-Apartheidskreisen wird die US-amerikanische Boykottbewegung als großes Vorbild gepriesen; als Vorbild in ihrer politischen Mobilisierungskraft, in ihrer Bündnispolitik, in ihren Erfolgen: Klasse, was

ykottbewegung als großes Vorbild gepriesen; als Vorbild in ihrer politischen Mobilisierungskraft, in ihrer Bündnispolitik, in ihren Erfolgen: Klasse, was

die dort drüben so alles hinkriegen (Auflösung von Firmen, Rückzug von Banken, Investitionsstop).

Geht man diesen angeblichen Siegen jedoch auf den materiellen Grund, kommt man freilich zu ganz anderen Ergebnissen. Triumphierend dazu die Züricher Halbwochenzeitschrift ,,Finanz und Wirtschaft'': ,,Die Geld- und Kapitalmärkte der Kaprepublik scheinen zu neuem Leben zu erwachen. Die Johannesburger Börse befindet sich seit Wochen in Rekordlaune, das Vertrauen einheimischer wie ausländischer Investoren in die wirtschaftlichen Aussichten des von der Rezession tief getroffenen Landes scheint langsam zurückzukehren. (...) Der Investitionsstopp verschaffte den Südafrikanern die einmalige Gelegenheit, überseeische Großunternehmen zu Schleuderpreisen zu erwerben, gekoppelt mit dem gleichzeitigen Verlust fremder Einflußnahme auf Wirtschaft und Politik am Kap'' (lt. FAZ, 18.4.87). Hinzuzufügen ist noch die Vereinbarung eines Rückkaufrechtes der amerikanischen Unternehmen nach Ablauf einer bestimmten Frist.

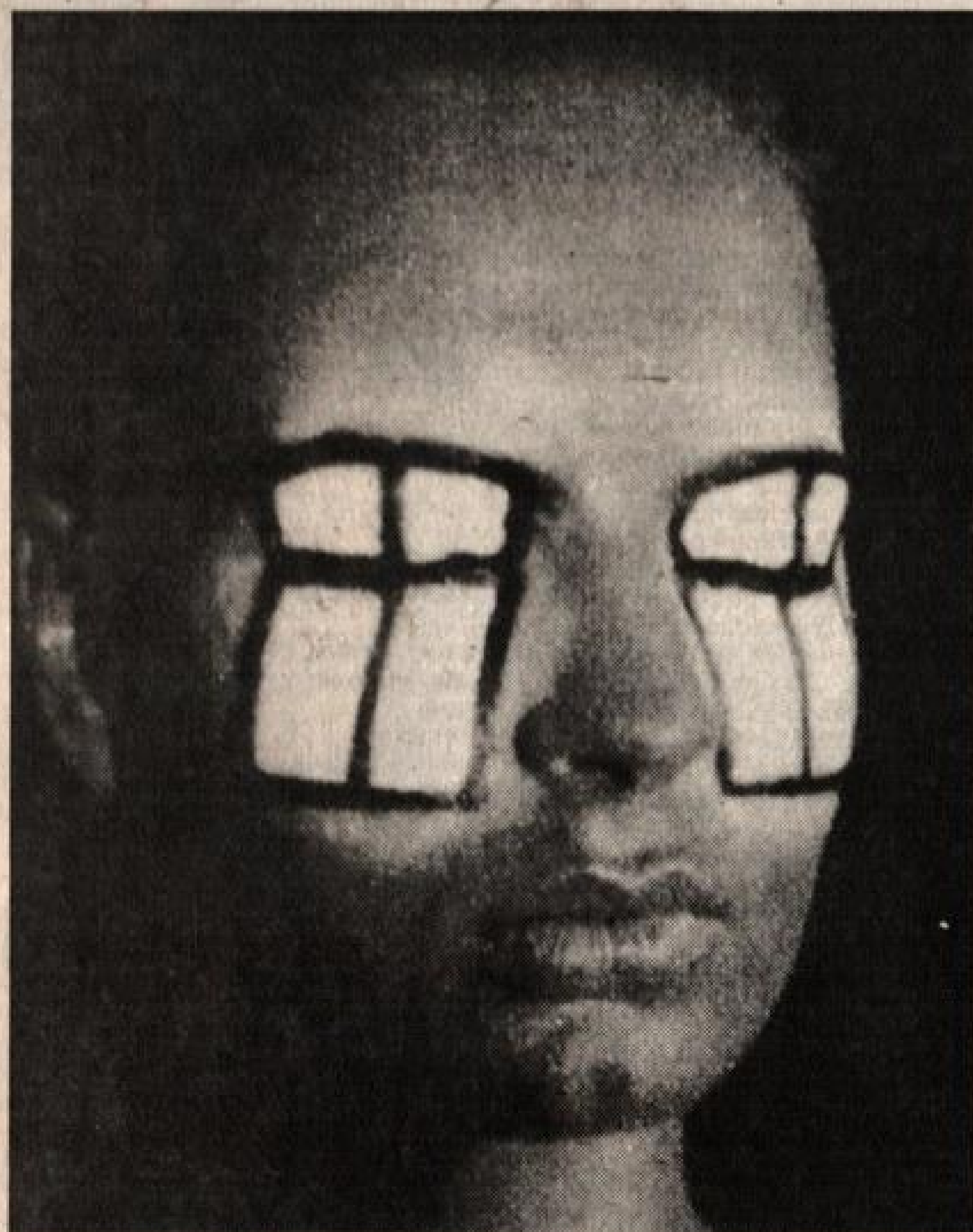
Dem Schreiber der o.g. Züricher Zeitung muß man sicher einen gewissen Zweckoptimismus unterstellen; jedoch: das internationale Kapital weiß offensichtlich sehr genau, wie es seine Krisen zu meistern hat, wie es seine politische und ökonomische Macht aufrecht erhält — was uns nicht verwundert. Verwundert sind wir aber allerdings über eine Anti-Apartheidsbewegung, die o.g. Manöver des Kapitals (Rückzug etc.) nicht als Teil imperialistischer Krisenlösungsstrategie denunziert, sondern diese auch noch als ,,Siege'' (!) behandelt wissen will. So gesehen kann, zumindest im US-amerikanischen ,,Anti-Apartheidskampf'' jede Seite zufrieden sein: Der RSA-Staat, der übergangsweise etwas mehr politischen und ökonomischen Spielraum hat; das US-Kapital, daß nach wie vor seinen Einfluß gewahrt hat durch Rückkaufrecht und Lizensen und auch die linke, kritische Öffentlichkeit, die mittels demokratischer Einflußnahme bzw. ,,Druck der Straße'' als Korrektiv Anerkennung fand. Doch — so muß fast zynisch gefragt werden — wo bleiben da die ausgebeuteten und verelendeten Massen im Südlichen Afrika?

Fazit: Gerade die US-amerikanische Anti-Apartheidsbewegung mit ihren klassenübergreifenden Bündnissen, mit ihrem ,,viel'' an Idealismus und Betroffenheit hat aufgezeigt, wie rasch man sich im Fahrwasser der herrschenden Klasse befindet. Eine fundierte politische Analyse der beteiligten Kräft, eine eindeutig antikapitalistisch/antiimperialistische Haltung statt des nebulösen Anti-Apartheidsbreis wären erforderlich; auch mit dem Risiko, so manchen ,,Kritischen Aktionär'' und so manchen Christenmenschen zu vergraulen. Der AK befindet sich derzeit noch nicht auf diesem Weg.

Genoss/inn/en aus der antiimperialistischen Solidarität

Dem Zeitgeist auf der Spur

Reiselektüre für Gruftis und Müslis



Noch rechtzeitig zum Ferienbeginn legt der Rotbuch-Verlag ein modisch-fröhlich beumschlagtes Büchlein vor: *Sein oder Design. Zur Dialektik der Abklärung.*

Somit hat nun auch die vorerst letzte Phase von Avantgarde-Leben das Schicksal seiner Historisierung ereilt. Denn dem, was — sicherlich mehr schlecht als recht — als New Wave bezeichnet wird, ist damit schon handfest die Aberkennung des Labels ,,New'' angekündigt. Warum sollte es der schwarzgewandeten Szene (zur Mischung mit Kaschmir siehe unten) auch anders ergehen, als der ehemals Neuen Linken, deren Ende nicht zufällig einst durch Büchlein wie ,,Wir war'n die stärkste der Partein'' signalisiert wurde (geschrieben aus eignem ML-Erleben). Und noch der New Wave-Vorlauf, Punk (oder wie immer), brachte aus sich heraus den eigenen Abgesang zustande (etwa Hollow Skais ,,Punk: Versuch der künstlerischen Realisierung einer neuen Lebenshaltung'' — oha!), oder, wie es dann hieß, Punk is dead.

Nicht zufällig ist, daß der New Wave-Essay sozusagen von außen betrachtet. Verfasser Guggenberger, 1949 geboren, haupt-jobmäßig Soziologe, hat die reflexiv geschulten Augen des 68ers.

Aber was sehen die? ,,*Abklärung — das ist der Ausstieg aus der Reflexionsspirale sich gefräßig fortzeugender Aufklärung. Wer sich ,abgeklärt' gibt, hat von den immer neuen Enthüllungsfeldzügen kritischer Aufklärer die Nase voll, er möchte cool leben, ohne zu frieren.*'' (S. 29) Ein so abgeklärter schreibt natürlich auch keine Bücher über sich selber. Schärfer noch, so Guggenberger, — der Kern der Neuen Avantgarde besteht ,,*in der Absage an Konsistenz und Kontinuität, an Wahrheit und Widerspruchsfreiheit*'' sowie ,,*im politischen und moralischen, im ethischen und ästhetischen Relativismus, (...) im schrillen Kult gestylter Standpunktlosigkeit und in den inflationierenden Bekenntnissen einer demonstrativen Unvernunft*'' (S. 74). Ja, da graust es die Altlinke, die sich unverändert für die Neue hält (also die Avantgarde, zumal sie ja doch durch 20 Jahre geläutert ist): Ach, ,,*die langandauernde Jugend im linken Ghetto*'' (Klaus Hartung). (Und den Grünen fällt immer wieder mal das Fernbleiben jugendlichen Nachwuchses auf.)

Jene, die beäugt werden, sind derweil allemal schlauer: In *Gruftis* und *Müslis* teilen sie die 68er-Szene ein — und das, ohne sich auf Bünde und Parteien, Kampfblätter und Kampagnen zu stützen.

Weder *Roter Morgen* oder *Arbeiterkampf*, noch *Neues Rotes Forum* oder *Unsere Zeit*, ebensowenig *Kursbuch* oder *Argument* heißt die Tageslosung, sondern **Tempotangowiener** ...

Begriffslos — vielleicht — ist im New Wave-Lifestyle sowohl der Gegenschlag gegen die linke Alternativkultur der 68er-Folge wie ebenso die Abarbeitung am alle gleichermaßen treffenden Lauf der Welt, dabei vor allem natürlich des heimischen Kapitalismus, enthalten. Guggenberger sieht das schon richtig: das Primat des Designs, also des ,gestylten' Lebens, die provokante Entpolitisierung (vom ,,Tanz den Mussolini'' der DAF angefangen, über Falcos Vergewaltiger-Song bis hin zu den Hammer-und-Sichel-Accessoirs an T-shirt und Ledergürtel); den Kult des ,,Gefühlsfrosts'', verbunden mit dem des ,,schönen Körpers''.

Aber die Linke und/oder Alternativ- incl. Frauenszene, die sich darüber entrüsten wollte, wäre schlecht dran, würde sie darin nichts anderes als Aufgabe erkämpften Terrains, Leugnen eherner Wahrheiten, Verfall politischen Verstandes und sozialer Moral erkennen.

In der Avantgarde der ,,*neuen Unübersichtlichkeit*'' (Habermas) kristallisiert sich der Zeitgeist **zumindest** so emsig, wie in der letzten DKP-Friedensversammlung oder dem jüngsten Frauenseminar über Körpererfahrung. Nur spannender.

Daß Guggenberger (hochstaplerisch titelnd, als ob Adornos und Horkheimers ,,*Dialektik der Aufklärung*'' von ihm renoviert würden) das komplexe Geschehen von (unter anderem) sich durchdringender Kapitalismusverzweiflung (Neue Technologien, Arbeitslosigkeit), Abarbeitung am 68er Erbe (Zerfall und Versagen der Linken) und Apokalypse-Furcht (Ökokrise, Atomare Katastrophe) nicht auf die Reihe kriegt, dürfte kaum verwundern, ihm auch nicht übelzunehmen sein. Was heute unter dem mittlerweile etablierten Namen ,,Postmoderne'' sich abspielt, wird erst noch zu begreifen sein; wir alle stecken ja mitten drin.

abspielt, wird erst noch zu begreifen sein; wir alle stecken ja mitten drin.

Wo stellenweise Zustimmung auf der Hand liegt, ist anderen Passagen des Buches Widerspruch sicher. Nicht nur braucht es, was den ersten, eher die Phänomene beschreibenden Teil betrifft, genaueres Hinsehen: New Wave und Yuppietum gehen nicht so ohne weiteres zusammen; — mehr Ärger und Zweifel und Fragen verdient der zweite Teil, wie der ganze Ansatz überhaupt, wo ein grün-getönter New Age-Traum vom ,,*ganzheitlichen Leben*'' angepeilt wird.

Leben wieder einmal als wundersam überhöhte Wunschformel: ,,*Gerade diese Frage aber nach dem dem Menschen jetzt und künftig Nötigen und Gemäßen läßt sich aus dem Horizont strengen Wissens nicht beantworten. Sie ist auf's engste verknüpft mit der Frage, wie wir leben und zusammenleben wollen — also mit einer spezifisch ,außerwissenschaftlichen' Frage.*'' (S. 14)

Aber das sollte nicht hindern, sich durch die Lektüre des Essays provozieren zu lassen, im Gegenteil. Nicht das Thema allein, gerade die zusammenstückelnde und widerspruchsvolle Behandlung machen Spaß, Denkspaß. Und der muß sein.

R.

Bernd Guggenberger: ,,Sein oder Design. Zur Dialektik der Abklärung'', Rotbuch-Verlag: Westberlin, 1987. 156 Seiten. DM 16,-

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—
○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

Absender: ....
....
....

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

.............., den ....
(Unterschrift)

INHALT

Linke 8
Nordirland: Sinn Fein verteidigt West Belfast.